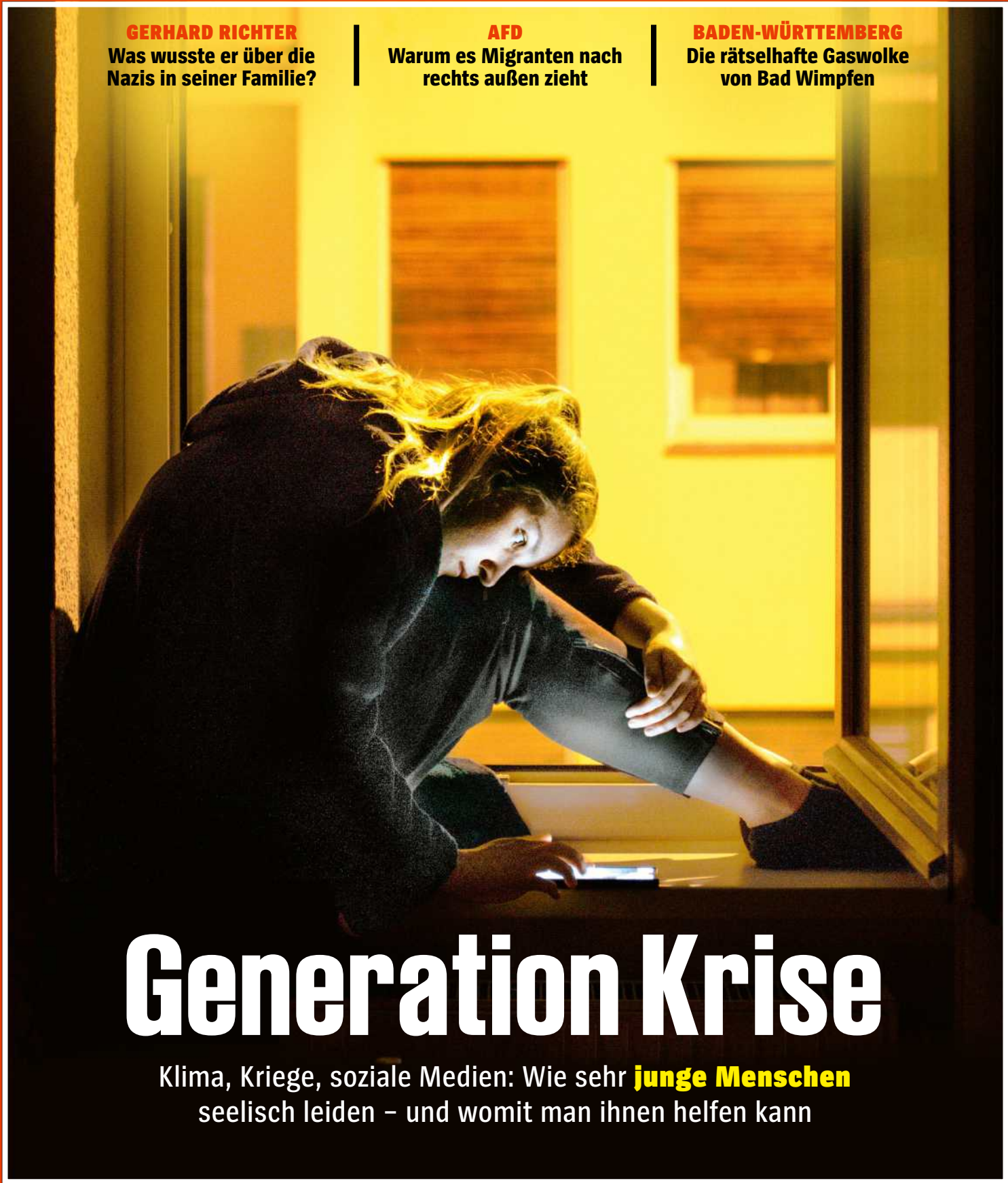
DER SPIEGEL

Nr. 50 | 5.12.2025
Deutschland € 6,90

GERHARD RICHTER
Was wusste er über die Nazis in seiner Familie?

AFD
Warum es Migranten nach rechts außen zieht

BADEN-WÜRTTEMBERG
Die rätselhafte Gaswolke von Bad Wimpfen



Generation Krise

Klima, Kriege, soziale Medien: Wie sehr **junge Menschen** seelisch leiden – und womit man ihnen helfen kann

4 190700 706909 50

Benelux € 8,20
Dänemark dkr 99,95
Finnland € 10,20
Frankreich € 8,50
Griechenland € 8,80
Italien € 8,80
Kroatien € 9,50
Norwegen NOK 139,–
Österreich € 7,60
Portugal (cont) € 8,50
Schweiz sfr 10,–
Slowakei € 8,50
Slowenien € 8,50
Spanien € 8,30
Spanien/Kanaren € 8,60
Tschechien Kč 250,–
Ungarn Ft 3990,–
Printed in Germany

DER NEUE JEEP® COMPASS

ERLEBEN SIE DAS ORIGINAL

Abb. zeigt Jeep® Compass Elektro.

ALS **e-HYBRID** ODER **VOLLELEKTRISCH**
e-HYBRID AB **299 € MTL. LEASEN*** OHNE ANZAHLUNG

Jeep®
DAS ORIGINAL

Kombinierte Werte gem. WLTP:
Jeep® Compass e-Hybrid: Kraftstoffverbrauch 5,7 l/100 km; CO_2-Emission 130 g/km; CO_2-Klasse D.
Jeep® Compass Elektro: Energieverbrauch 17,5 kWh/100 km; CO_2-Emission 0 g/km; CO_2-Klasse A.

* Ein unverbindliches Kilometerleasingangebot (Bonität vorausgesetzt) der Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland, Siemensstraße 10, 63263 Neu-Isenburg, für den Jeep® Compass e-Hybrid Altitude MJ26 mit 107 kW (145 PS) Systemleistung [100 kW (136 PS) Leistung Verbrennungsmotor]; Leasingsonderzahlung: 0,– €; Laufzeit: 48 Monate; mtl. Leasingraten: 299 €; Laufleistung: 10.000 km/Jahr. Alle Preisangaben inkl. MwSt.; zzgl. Überführungs- und Zulassungskosten. Privatkundenangebot, gültig bis 31.12.2025. Mehr- und Minderkilometer (Freigrenze 2.500 km) sowie eventuell vorhandene Schäden werden nach Vertragsende gesondert abgerechnet. Über alle Detailbedingungen informiert Sie gerne Ihr teilnehmender Jeep® Partner.

Jeep® ist eine eingetragene Marke der FCA US LLC.

w w w . j e e p . d e

Thomas Gottschalk wird künftig zwar kein Showmaster mehr sein, aber vielleicht kann er sich das Lächeln bewahren, das schon immer gesagt hat: Ich schaffe das.

Seite 97

Titel

Fast jeder vierte Heranwachsende in Deutschland gilt als psychisch auffällig, das ist ein Ergebnis der jüngsten Ausgabe der sogenannten Copsy-Studie; jeder vierte Befragte berichtet von Angstsymptomen, jeder sechste bis siebte von Symptomen einer Depression. SPIEGEL-Reporter **Maik Großekathöfer,** selbst Vater eines 16- und eines 20-jährigen Sohns, wollte wissen, was die Ursachen dafür sind und welche Auswege es gibt. Er sprach mit Kinder- und Jugendpsychiatern, mit Psychologinnen und Therapeutinnen. Sie zeichneten das Bild einer Generation, die sich in einer herausfordernden Zeit behaupten muss: Die Pandemie wirkt noch nach, dazu kommen Krieg, die Klimakrise und Sorgen vor einer wirtschaftlich unsicheren Zukunft. Großekathöfer besuchte Schülerinnen, die an Magersucht, einer Angststörung oder einer Abhängigkeit leiden. »Sie haben ein Gefühl von Ohnmacht und mangelnder Kontrolle«, sagt er. Bei der Recherche wurde ihm klar, wie schmal der Grat zwischen psychisch gesund und seelisch krank für Kinder heute ist.

Seiten 8, 17, 18

Sylvi Schaffrath / DER SPIEGEL

AfD

Gordon Welters / DER SPIEGEL

Es mag paradox klingen: Viele Menschen mit Migrationsgeschichte sehen ausgerechnet die AfD, die sich migrationsfeindlich gibt, positiv. Sie wählen sie, werben für die Partei oder übernehmen politische Posten. Offen darüber sprechen wollen allerdings nur wenige. »Ich hatte so viele Absagen wie selten bei einer Recherche«, sagt SPIEGEL-Redakteurin **Christine Keck.** Auch die AfD-Bundestagsabgeordnete **Diana Zimmer,** Kind russlanddeutscher Eltern, vertröstete sie erst auf März nächsten Jahres, um sich dann doch für ein Treffen Zeit zu nehmen. Immer wieder fiel das Argument, das Land verkrafte nicht mehr Flüchtlinge. Das haben auch SPIEGEL-Redakteurin Katrin Elger und SPIEGEL-Mitarbeiterin Patricia Friedek zu hören bekommen. »Uns ist diese Haltung sogar bei Menschen begegnet, die selbst eine Fluchtgeschichte haben«, sagt Elger. Sie sprach für die Recherche unter anderem mit AfD-Fan Serge Menga, der in den Achtzigerjahren aus dem Kongo nach Deutschland gekommen ist.

Seite 34

Ernährung

Wie schädlich sind hoch verarbeitete Lebensmittel wie Chips, Tiefkühlpizza und Frühstückscerealien für die Gesundheit? Zu diesem Thema werden weltweit Hunderte Studien im Jahr veröffentlicht, oft münden sie in warnende Schlagzeilen, die Nahrungsmittel würden die Menschheit krank machen. **Thomas Henle,** Professor für Lebensmittelchemie an der TU Dresden, sieht dafür bislang keinen wissenschaftlichen Beleg. Die Verbraucher würden mit pauschalen Aussagen verunsichert, sagt er. Im SPIEGEL-Gespräch mit den Redakteurinnen **Antje Windmann** und **Alina Schadwinkel** beleuchtet er die Studienlage und fächert auf, wann welche dieser hoch verarbeiteten Nahrungsmittel tatsächlich problematisch sein können. Der Wissenschaftler vertritt zudem die These, Studienerkenntnisse würden instrumentalisiert, um traditionelle Rollenbilder wieder aufleben zu lassen. Nach dem Motto: Nur was zu Hause frisch gekocht wird, ist gesund für die Familie. »Henle macht ein Ernährungsthema damit zu einem politischen Thema«, sagt Windmann.

Seite 82

Silas Bahr / DER SPIEGEL

CHRONIK

Wohl noch nie hat der Jahresrückblick des SPIEGEL so sehr im Zeichen eines Mannes gestanden: Donald Trumps Politik hat global Erschütterungen ausgelöst. Wie sich dadurch eine neue Weltordnung abzeichnet, beschreibt und analysiert die diesjährige CHRONIK. Das 172 Seiten starke Sonderheft ist ab Samstag im Handel, den Abonnenten wird es zugestellt.

DEIN SPIEGEL

Über die Jahrhunderte hat sich das Konzept Familie stark verändert. Was heute dahintersteckt, steht in der neuen Ausgabe von DEIN SPIEGEL, dem Nachrichten-Magazin für Kinder. Außerdem im Heft: Was ist 2025 passiert? Der Jahresrückblick im Quiz. Und: wie Spürhund Clyde bedrohte Tierarten sucht. DEIN SPIEGEL erscheint am Donnerstag.

Titelfoto: Valentin Goppel, aus der Bildserie »Zwischen den Jahren«

INHALT

TITEL

8 **Gesundheit** Warum Millionen junge Menschen in Deutschland psychisch belastet sind

17 **Psychologie** Die Präsidentin des Kinderschutzbunds Sabine Andresen über die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

18 **Protokoll** Die Angst eines Vaters um seine magersüchtige Tochter

POLITISCHE BÜHNE

20 Sinti und Roma wehren sich | Bewegung für mögliches AfD-Verbot

DEUTSCHLAND

6 **Leitartikel** Europa fällt bei den Ukraineverhandlungen durch Uneinigkeit auf

26 **Parlament** Eine Neuauszählung der Bundestagswahl könnte die Koalition die Mehrheit kosten

Valentin Goppel

Kinder in Bedrängnis

Titel Keine Altersgruppe fühlt sich seelisch so schlecht wie die Heranwachsenden. Viele Eltern quälen die Sorgen ihrer Kinder. Experten fordern, dass die Politik handelt.

Seiten 8, 17, 18

29 **Haushalt** Warum der Bundestag eine rechte Denkfabrik fördert

30 **EU** Die Malteserin Roberta Metsola möchte hoch hinaus

32 **Regierung** Die Verstrickungen zwischen Wirtschaftsministerin Reiche und ihrem Lebensgefährten Guttenberg

34 **Parteien** Viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte wählen die AfD

39 **Bildung** Grenzkontrollen in Frankfurt (Oder) treffen Studierende

DEBATTE

40 **Bürgerkrieg** Das Leid der Menschen im Sudan

AUSLAND

42 **Russland** Putin braucht derzeit keinen Friedensdeal

46 **Syrien** Eine Nahbetrachtung des Übergangspräsidenten Ahmed al-Sharaa

Andreas Pein / laif

Katherina Reiche

Ihr Wirtschaftsministerium fördert eine Firma, an der auch ihr Partner beteiligt ist.

Seite 32

Dirk Bruniecki / DER SPIEGEL

Thomas Gottschalk

Der Showmaster leidet an einem Tumor. Nun hört er als TV-Unterhalter auf.

Seite 97

Ruven Afanador

Margaret Atwood

Die Schriftstellerin über den Tod, Humor und ihre besten Lebenstipps

Seite 98

50 Globalisierung Autor Harald Schumann fordert im SPIEGEL-Gespräch eine gerechtere Verteilung des Reichtums

53 Niederlande Das Ende vom »Zwarte Piet«

54 US-Präsident Trump begnadigt Honduras' Ex-Präsidenten | Finnlands frühere Regierungschefin Sanna Marin über das Frausein in der Politik

REPORTER

56 Justiz Unterwegs mit einem Anwalt im ländlichen Louisiana, der versucht, Migranten aus Trumps Abschiebezentren zu befreien

64 Kolumne Alles Gutsch

WIRTSCHAFT

66 Finanzbetrug Kriminelle Netzwerke bringen Verbraucher um Millionen und lassen Zwangsarbeiter für sich schuften

70 Verkehr Die Bahn wird so schnell nicht wieder pünktlich

72 Arbeitsrecht Ein Jurist erklärt, warum Richter beim Homeoffice so streng sind

74 Konzerne Krise in der deutschen Chemiebranche

77 Fahrzeugindustrie Der Ausstieg aus dem Verbrenner-Aus birgt Risiken

78 Warum der Arbeitsmarkt für Bewerber schwieriger wird | Abschied von den Gasnetzen

WISSEN

82 Ernährung Forscher Thomas Henle wirbt im SPIEGEL-Gespräch für Gelassenheit im Umgang mit hoch verarbeiteten Lebensmitteln

86 Medizin Suche nach einer Impfung gegen Akne

Sascha Fromm / IMAGO

Kippt sie die schwarz-rote Koalition?

Das BSW will die Bundestagswahl neu auszählen lassen. Ein Erfolg der Partei könnte das Ende der Regierung bedeuten.
Seite 26

Bakr Alkasem / AFP

Der Mann, der Assad verjagte

Vom Bombenleger zum Staatschef – Ahmed al-Sharaas Biografie ist dramatisch und noch rätselhafter als angenommen.
Seite 46

Jerritt Clark / Wynn Records / Getty Images

Für alle Felle

Pelz war verpönt, jetzt ist er wieder angesagt: Auch wegen TikTok gehen junge Frauen auf die Suche nach Omas Mänteln.
Seite 102

88 Umweltschutz Gewaltiges Gasleck in Süddeutschland

90 Es blitzt auf dem Mars | Verkleben Kaugummis den Magen?

KULTUR

92 Nationalsozialismus Neue Funde zeigen, wie treu Familienmitglieder des Malers Gerhard Richter dem NS-Regime waren

97 Showbusiness Der schwer kranke Thomas Gottschalk verabschiedet sich vom Fernsehen

98 Literatur Die kanadische Autorin Margaret Atwood im SPIEGEL-Gespräch über Angst, Freiheit und Erfolg

101 Technokultur Der Tod der Klubs wurde schon beweint, nun öffnen neue Discos

102 Mode Pelz erlebt ein Comeback

104 Kino Das archetypische Ekel Stromberg ist wieder da, beugt es sich dem Zeitgeist?

105 Film »Jay Kelly« | Fleetwood Mac | Comics von Perscheid

SPORT

108 Karrieren Der ehemalige Bayern-Stürmer Giovane Elber ist heute Rinderfarmer in Brasilien

113 Randsportart Schachboxen | Haltungsnote: Die Würde des Schiedsrichters

69 SPIEGEL-TV-Programm
103 Bestseller
114 Impressum, Leserservice
115 Nachrufe
116 Personalien
118 Posteingang
120 Hohlspiegel
121 Familienalbum
122 Niemals geht man so ganz

Europäisches Versagen

Die USA und Russland verhandeln über das Schicksal der Ukraine, während die EU sich selbst lähmt.

Von Timo Lehmann

Es ist eine historische Tragödie, die sich rund um den Krieg in der Ukraine abspielt. Immer mehr Details werden darüber bekannt, wie sich die Sondergesandten der russischen und der amerikanischen Regierung einen angeblichen Frieden vorstellen. Im Vordergrund der geheimen Gespräche steht die Frage, wie beide Seiten ökonomisch von der Situation profitieren könnten, etwa bei gemeinsamen Geschäften. Die Sicherheitsinteressen der Ukraine und der Europäer spielen eine Nebenrolle.

Umso absurder mutet es an, wie sich die Europäische Union verhält. Statt der Ukraine in den Verhandlungen den Rücken zu stärken, auch um die eigenen Sicherheitsinteressen zu wahren, streiten sich die Europäer seit Monaten darüber, wie sie mit dem eingefrorenen russischen Staatsvermögen umgehen sollen. Dieses Versagen könnten sie noch bitter bereuen.

Aktuell gibt es für die Ukraine zwei Szenarien. Die von den USA vorangetriebenen Verhandlungen könnten tatsächlich dazu führen, dass der Krieg zwischen Russland und der Ukraine beendet wird und es einen Deal gibt. Wahrscheinlicher ist es, dass die Ukrainer sich mit den USA einigen, der Kreml das Verhandlungsangebot aber ausschlägt und seinen Angriffskrieg fortführt. In beiden Szenarien brauchte es die klare Botschaft, dass die Europäer weiter an der Seite der Ukraine stehen.

Die Strategie von Russlands Machthaber Wladimir Putin ist es, die Ukraine militärisch und wirtschaftlich in die Erschöpfung zu treiben. Umso wichtiger wäre das Signal, dass die EU dies nicht zulassen wird. Dafür könnte sie das nach Kriegsbeginn konfiszierte russische Vermögen nutzen.

140 Milliarden Euro davon sollen nach den Plänen der Kommission und einiger Mitgliedstaaten an die Ukraine fließen. Berechnungen gehen davon aus, dass das Land den russischen Angreifern damit zwei weitere Jahre widerstehen könnte. Das würde dem Kreml zeigen, dass er nicht auf die wirtschaftliche Erschöpfung der Ukraine setzen kann. Putin müsste sich überlegen, ob ein Ende des Krieges nicht auch in seinem Interesse läge.

Doch bislang haben die Europäer sich nicht auf ein solches Vorgehen einigen können. Die Schuld daran schieben sich die Mitgliedstaaten gegenseitig zu. Einer der Blockierer ist Belgien, wo die Abwicklungsgesellschaft Euroclear sitzt. Dort wird der größte Teil des eingefrorenen Geldes verwahrt.

Die EU-Kommission und Kanzler Friedrich Merz glauben, einen kreativen Weg gefunden zu haben, um das Geld rechtssicher zu nutzen. Es soll als ein Kredit an die Ukraine ausgezahlt werden, der später aus russischen Reparationsleistungen zurückgezahlt wird. Das Modell halten viele Juristen für rechtlich sauber. Dennoch fürchtet die belgische Regierung, eines Tages von Russland haftbar gemacht zu werden. Für den nicht sehr wahrscheinlichen Fall, dass Moskau vor einem Gericht recht bekäme und Belgien das Geld zurückzahlen müsste, will die Regierung in Brüssel Garantien von den anderen europäischen Ländern. Doch einige weigern sich.

Merz, der den Plan vor einigen Monaten in einem Gastbeitrag für die »Financial Times« vorstellte, hatte es offenbar nicht für nötig befunden, bei den Belgiern nachzufragen, ob sie mit seinen Ideen einverstanden sind. Es ist ein Muster im europapolitischen Handeln des Bundeskanzlers: Er will in der EU führen, aber wenn er vorprescht, folgen ihm die anderen nicht. Seiner Vorvorgängerin Angela Merkel wurde immer wieder vorgeworfen, sich erst spät zu positionieren. Doch sie schaffte es dann meist, sich in der EU am Ende durchzusetzen.

Den anderen Europäern fällt es auch deshalb leicht, den belgischen Wunsch nach gemeinsamer Haftung abzulehnen, weil Deutschland dies bei anderen Optionen tut. Sollten die Belgier bei ihrer Blockade bleiben, wären gemeinsame EU-Schulden ein Ausweg. Doch die hat Merz im Wahlkampf ausgeschlossen. Er müsste seiner ohnehin schon aufgebrachten CDU erklären, warum er ein weiteres Wahlversprechen brechen will.

Das endlose Gezerre der Europäer ist der Dringlichkeit der Lage nicht angemessen. Ob Merz, der belgische Premierminister, die EU-Kommission, die Süd- oder Osteuropäer: Jede Seite hat ihre Partikularinteressen und verliert darüber das Gesamtinteresse Europas aus den Augen.

Komplexe Entscheidungsprozesse gehören zur DNA der Europäischen Union. Oft schaffen es die 27 Mitgliedstaaten am Ende doch, sich zu einigen. Diesmal ist die Lage eine andere. Wenn Russen und Amerikaner erst einmal einen Deal geschlossen haben, dann ist es zu spät. Noch können die Europäer zeigen, dass sie das Schicksal ihres Kontinents mitbestimmen. Viel Zeit bleibt ihnen nicht mehr. S

[M] DER SPIEGEL; Foto: Daniel Torok / White House / picture alliance

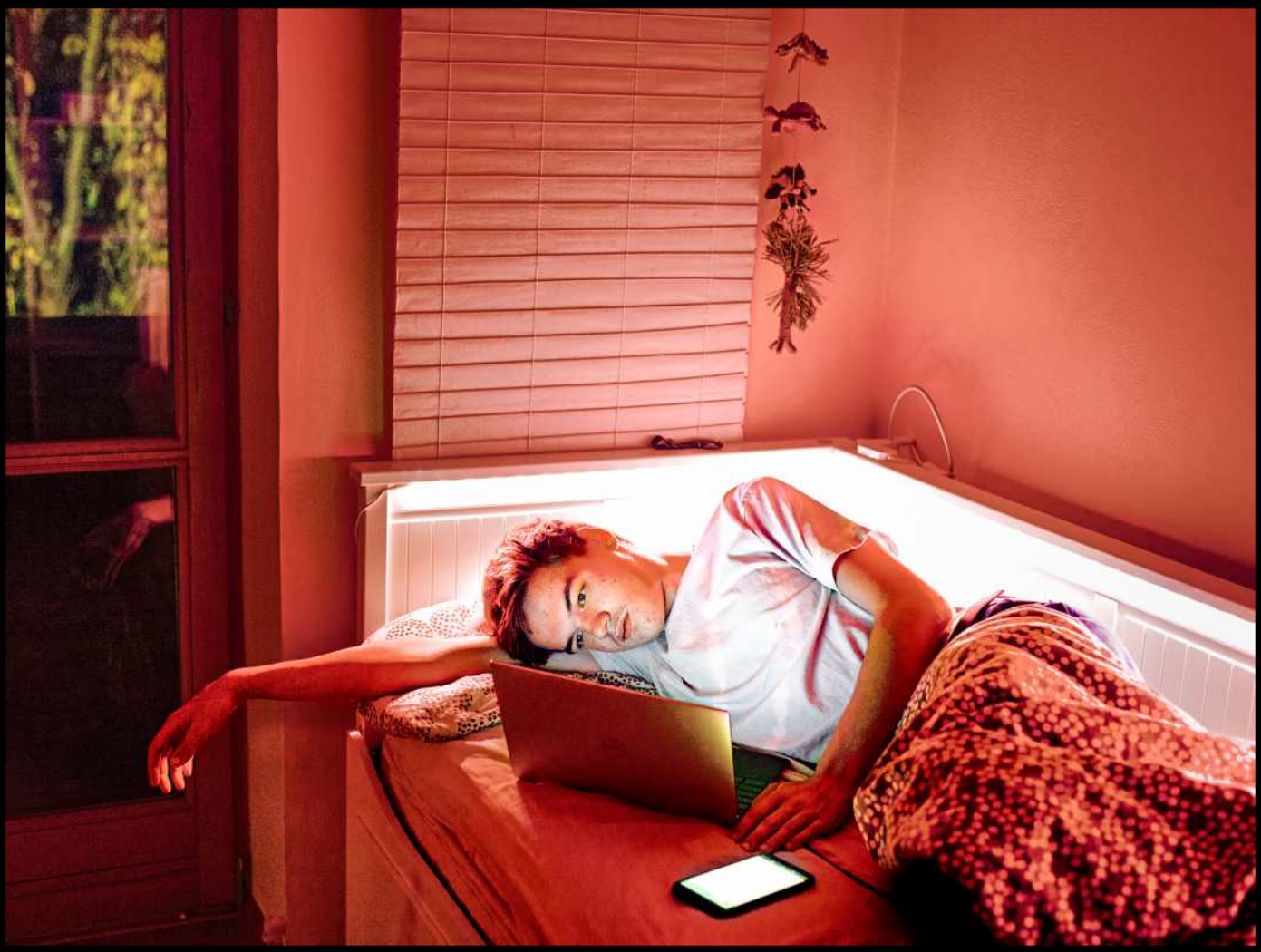
AUTOSTADT

ENTDECKE BEWEGENDES.

UNVERGESSLICHE EINDRÜCKE IN DER AUTOSTADT IN WOLFSBURG.

Verbringen Sie einen Tag voller bewegender Momente in unserem Themen- und Erlebnispark! Entdecken Sie eindrucksvolle Ausstellungen, spannende Events, inspirierende Workshops, actiongeladene Fahrerlebnisse und abwechslungsreiche kulinarische Highlights.

autostadt.de



TITEL

Unter Druck

Gesundheit Millionen Heranwachsende sind psychisch belastet. Sie leiden unter Ängsten, Magersucht oder Depressionen. Was könnte ihnen helfen?

Filine ist 15 Jahre alt, ein schmales Mädchen mit braunen Haaren, sie redet schnell und atemlos wie jemand, der etwas loswerden muss. Seit drei Wochen ist sie in stationärer psychiatrischer Behandlung. »Ich bin froh, wenn ich irgendwie den Tag überstehe«, sagt sie.

Niemand soll sie in diesem Text wiedererkennen; Filine hat eigentlich einen anderen Namen, das gilt für alle Jugendlichen, die hier ihre Geschichte erzählen. Sie wollen nicht, dass die Leute reden, ihr Leben wiegt schwer genug.

Vor drei Jahren habe es mit Bauchschmerzen angefangen, sagt Filine. Ärzte analysierten ihr Blut, untersuchten Magen und Darm, sie testeten, ob sie bestimmte Lebensmittel nicht verträgt, fanden aber nichts. Ein Psychologe stellte schließlich fest, dass die Bauch- und Kopfschmerzen Symptome für Stress sind. Stress mit den Eltern, Stress im Freundeskreis, Stress auf dem Gymnasium. Filine sagt, sie habe keine Kraft gehabt und sich davor gefürchtet, in die Schule zu gehen.

Sie begann, sich zu ritzen, erst selten, dann häufiger. »Es strömen ganz viele Gefühle auf einmal auf mich ein, ich weiß nicht, wie ich mit ihnen umgehen soll. Dann bin ich angespannt, ich bekomme Angst, es geht mir richtig schlecht. Wenn ich mich selbst verletze, ist das, als würde sich ein Ventil öffnen, als würden sich die Gefühle sortieren, und ich komme wieder runter.« Manchmal spüre sie auch eine große Leere, »dann geht's mir richtig scheiße«.

Fast jeder vierte Heranwachsende in Deutschland gilt als psychisch auffällig, das ist das Ergebnis der jüngsten Ausgabe der Copsy-Studie; die neuen Zahlen sind gerade erschienen. Die Studie gibt Auskunft darüber, wie sich die Coronapandemie und andere Krisen bis heute auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auswirken. Jeder vierte Befragte berichtet von Angstsymptomen, jeder sechste bis siebte von Symptomen einer Depression. In beiden Fällen sind besonders Mädchen ab 14 Jahren betroffen. Wie bei wissenschaftlichen Arbeiten üblich, müssen die Daten noch von anderen Experten begutachtet werden. Sie decken sich mit den Resultaten weiterer Untersuchungen.

Auch in anderen Ländern kämpfen Heranwachsende um ihren Platz im Leben. Eine internationale Expertenkommission warnte im vergangenen Jahr in der Fachzeitschrift »The Lancet« vor einer »globalen Krise der psychischen Gesundheit junger Menschen«. Deren seelisches Befinden verschlechtere sich seit zwei Jahrzehnten stetig und trete in eine »gefährliche Phase« ein.

Für kurze Zeit schien es, als würden sich die Kinder und Jugendlichen in Deutschland

FOTOPROJEKT »ZWISCHEN DEN JAHREN«

Während seines Fotografiestudiums brach die Coronapandemie aus, und so wie viele andere Studierende kehrte auch Valentin Goppel vorübergehend in sein Elternhaus zurück. Goppel, Jahrgang 2000, dokumentierte von 2020 bis 2022, wie sich die Isolation auf junge Menschen auswirkt. Seine Fotostrecke mit dem Titel »Zwischen den Jahren« beruht auf beobachteten und inszenierten Momenten sowie nachgestellten Erinnerungen. Die abgebildeten Menschen werden oft vom Licht eines Handys oder Laptops beleuchtet, während sie in kleinen Gruppen oder allein in Küchen, Schlafzimmern oder im Freien zu sehen sind. Goppel fotografierte in Hannover, Regensburg und Nürnberg. Wir zeigen eine Auswahl. Auch das Titelbild stammt aus dieser Serie.

Valentin Goppel

Valentin Goppel (2)

von den Monaten der Coronakrise, von Lockdown, Schulschließungen und Isolation langsam erholen. Doch die Entwicklung zum Besseren ist offenbar ausgesetzt. Vor der Pandemie lag die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die als psychisch auffällig galten, bei 18 Prozent. Derzeit deutet wenig darauf hin, dass dieser Wert so bald wieder erreichbar ist.

Fragt man Filine, wie es ihren Freundinnen und Freunden gehe, zuckt sie mit den Schultern. Sie sagt, kaum jemand sei wirklich glücklich. »Drogen, Schulprobleme, Leistungsdruck, Probleme zu Hause, Schwierigkeiten, auf andere Leute zuzugehen. Das ist in den vergangenen Jahren extrem geworden.« Seit drei Wochen ist sie in der Klinik, neun Wochen hat sie noch mindestens vor sich.

Ihr Psychiater sagt, sie sei ein temperamentvolles Mädchen, für das Gefühle etwas Rätselhaftes seien. Was Filine nun lernen muss, ist ein anderer Umgang mit den eigenen Emotionen. Der Weg dahin ist nicht leicht, denn vorher muss sie ihre Gefühle erst einmal kennenlernen, sie benennen und einordnen können.

Filines Geschichte ist so schmerzhaft wie exemplarisch. Wie viele andere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene geriet sie in einer empfindlichen Phase der Persönlichkeitsentwicklung unter einen Druck, dem sie nicht standhielt. Die Ursachen sind vielfältig, manchmal vermengen sie sich, und sie zeigen sich auf unterschiedliche Weise. Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychologen behandeln in Deutschland eine Vielzahl von Verhaltensauffälligkeiten und Krankheiten, unter denen Jungen und Mädchen leiden. Dazu zählen Hyperaktivität, Essstörung, Depression, Zwangsstörung, Aggression, Schlafstörung, Sucht, Angststörung.

Es ist nicht allein die Pandemie, die nachwirkt. Fachleute sagen: Kindheit und Jugend bedeutet in dieser Zeit, mit zahlreichen Missständen klarzukommen, mit Klimawandel und Krieg, mit einem veränderten Wertesystem und veränderten Strukturen von Tradition, Familie und Miteinander. Allein abhängen statt gemeinsames Abendessen, Handy statt Sportplatz. Dazu kommen Sorgen vor einer wirtschaftlich unsicheren Zukunft und damit verbunden der Eindruck, in der Schule nicht versagen zu dürfen. Viele Mädchen und Jungen aber haben oft kaum Strategien, wie sie mit dem Druck, mit dem Gefühl von Ohnmacht umgehen sollen.

»Die Lage ist ernst, und wir müssen dringend handeln«, sagt die Psychologin Ulrike Ravens-Sieberer, Leiterin der Sektion Child Public Health am Universitätsklinikum in Hamburg-Eppendorf. Seit mehr als 20 Jahren erforscht sie die mentale Verfassung von Heranwachsenden. »Wenn wir die Weichen nicht richtig stellen, wird das Folgen für unsere Gesellschaft haben.«

Seit 2020 erheben sie und ihre Kollegin Anne Kaman Daten für die Copsy-Studie. Für die aktuelle Untersuchung hat ihr Team von Ende September bis Ende Oktober 1607 Familien mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 7 und 23 Jahren online befragt.

Die Ergebnisse spiegeln auch wider, was den Heranwachsenden Sorgen bereitet. 22 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben an, ihre Lebensqualität sei gering. Der größte Anteil der jungen Menschen ist beunruhigt wegen Krieg und Terrorismus, mehr als jeden zweiten treibt eine Spaltung der Gesellschaft um. 60 Prozent beschäftigt die Angst, dass die aktuellen Krisen die politische Situation verschlechtern. Was die Copsy-Studie auch zeigt: Kinder und Jugendliche, die unter solchen Zukunftsängsten leiden, sind häufiger psychisch angeschlagen.

Im DAK-Präventionsradar für das zurückliegende Schuljahr meint etwa jeder sechste junge Mensch, er habe depressive Sympto-

me. Das gilt vor allem für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Knapp zwei Drittel der Befragten schildern häufige Erschöpfung. Das Deutsche Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung aus dem Frühjahr 2024 ermittelte, dass 21 Prozent der 8- bis 17-Jährigen sich selbst als psychisch auffällig oder an der Grenze dazu einschätzen.

Selbstauskünfte sind keine medizinischen Befunde, aber sie sind aufschlussreich. »Wir erfassen seelische Befindlichkeiten«, sagt Kaman, Co-Autorin der Copsy-Studie. »Wir sprechen von einem Zustand, der länger anhält, sich verfestigen und zu einer Diagnose führen kann, wenn die Kinder keine Unterstützung bekommen.« Gut ein Drittel aller psychischen Störungen zeigt sich vor dem 14. Lebensjahr, knapp die Hälfte vor dem 18. und etwa zwei Drittel vor dem 25.

Psychische Belastungen gehören zum Leben, sie verlaufen mal stärker, mal schwächer, und natürlich fühlen sich nicht alle Kinder von Problemen gleichermaßen gestresst. Doch selbst ein gesunder Mensch erträgt Stress auf Dauer schlecht. Auch deshalb warnen Expertinnen und Experten davor, ihn bei Kindern und Jugendlichen kleinzureden.

Wer als Kind psychisch erkrankt, ist außerdem stärker gefährdet, als Erwachsener Probleme zu bekommen. Grundsätzlich spielt nicht nur die genetische Veranlagung eine Rolle, sondern auch eine Reihe von anderen Risikofaktoren. Wenn ein Kind in Armut aufwächst, beengt wohnt, psychisch kranke Eltern hat, Missbrauch oder andere traumatische Erfahrungen erlebt, kann es besonders gefährdet sein.

Mentale Probleme können zu einer negativen Kaskade führen: zu schlechteren Leistungen in der Schule, zu mehr Fehlstunden, zu Schulverweigerung. Mögliche Folgen sind geringere Bildung, geringeres Einkommen oder Arbeitslosigkeit, auch Sucht und Burn-out, die Lebenszufriedenheit sinkt, die Lebenserwartung auch.

Neben persönlichem Leid verursachen psychische Erkrankungen hohe volkswirtschaftliche Kosten; 2023 beliefen sich die direkten Ausgaben im deutschen Gesundheitswesen für Behandlungen und Pflegemaßnahmen auf 63,3 Milliarden Euro. Eine Expertise der Universität Ulm und des Hamburg Center for Health Economics schätzt: Allein für die psychischen Störungen von Kindern und Jugendlichen, die während der Pandemie zusätzlich entstanden sind, wird man in Zukunft zwischen 162 und 328 Millionen Euro mehr im Jahr zahlen müssen.

Es drängen sich Zweifel auf, ob die Politik genug unternimmt, um gegenzusteuern. »Wir werden substanziell investieren müssen, um die mentale Gesundheit junger Menschen zu stärken«, sagt Psychologin Ravens-Sieberer. Sie hört sich an, als würde sie nicht wirklich daran glauben, dass es passiert. Sabine Andresen, die Präsidentin des Kinderschutzbundes, wirkt ähnlich skeptisch. Sie meint: »Die Belange von Kindern und Jugendlichen haben hierzulande keine Priorität« (siehe Interview auf Seite 17).

Eher im Gegenteil. Die Bundesregierung lässt gerade das Programm »Mental Health

»Wir müssen dringend handeln.«

Ulrike Ravens-Sieberer, Psychologin

Coaches« auslaufen, bei dem Kinder und Jugendliche an rund 100 Schulen bei einer Fachkraft Hilfe suchen können, wenn sie psychische Probleme haben. Zwar steht im Koalitionsvertrag, dass eine Strategie für die Prävention von psychischen Störungen entwickelt werden soll. Ergebnisse liegen aber bislang nicht vor. Immerhin widmet sich der Deutsche Ethikrat, so etwas wie das gute Gewissen der Republik, neuerdings dem Thema. Er hat im November Jugendliche zum Austausch eingeladen. Sie sollen ihm mitteilen, wie sie sich ein gutes Leben vorstellen, heute und in Zukunft.

Ja, wie? Romy wäre wohl schon zufrieden, wenn sie wieder gesund würde. Sie sitzt in ihrem Zimmer auf dem Sofa, sie ist 20 Jahre alt, die Haut ist blass, Romy wirkt müde. Seit der Pandemie ist sie psychisch krank.

Bevor das Virus das Land weitgehend stillstehen ließ, war Romy ein fröhliches, fantasievolles Mädchen mit guten Noten und voller Ideen. So erzählt es ihre Mutter. Alles in der Schule sei der Tochter leichtgefallen, körperlich habe sie gestrotzt vor Energie. »Bis das unbeschwerte Kind mit den vielen Plänen plötzlich nicht mehr existierte.«

Romy war 14, als die Coronakrise begann, mitten in der Pubertät. Romy litt unter der Isolation in ihrem Zuhause, konnte nicht mehr reiten, keine Freundinnen treffen. In ihrem Tagebuch notierte sie, wie verloren sie sich fühlte: »Dunkle Lockdown-Tage. Routine, Passivität, Monotonie. Funktionieren, allein sein, funktionieren – und weiter nichts.«

Sie ging damals aufs Gymnasium, achte Klasse. Als die Schule geschlossen war, hockte sie zwölf Stunden zu Hause am Schreibtisch und lernte, das ist ihre Erinnerung. Die Klassenlehrerin habe keine Rücksicht auf die außergewöhnlichen Umstände genommen.

Im zweiten Lockdown habe sie »dann einfach aufgegeben«, sagt Romy. Sie sei sich armselig und wertlos vorgekommen, »nicht systemrelevant«. Ihre Mutter versuchte, einen Therapieplatz für ihr Kind zu finden, aber die Wartezeit in den Praxen, die sie anrief, betrug ein halbes Jahr, in den psychiatrischen Notfallambulanzen waren es acht Wochen. Die Mutter erinnert sich an all die Telefonate; wenn sie erklärte, ihre Tochter habe eine Depression entwickelt, habe sie zur Antwort bekommen, viel zu vielen Kindern gehe es so. Erst nach etwa einem Jahr habe sie eine Zusage erhalten, aber die Termine bei der Psychotherapeutin lagen so weit auseinander, sagt Romy, »die haben nichts gebracht«. Auch die Antidepressiva hätten nicht gewirkt. »Da habe ich beschlossen, mir selbst zu helfen.«

Ihre Drogenkarriere begann mit Tilidin, einem starken Schmerzmittel mit hohem Suchtpotenzial, inzwischen war sie 15. Ein Mitschüler habe ihr die erste Pille zugesteckt, sagt Romy. »Ich habe die Tablette genommen, und alles war weg: meine Depression, der Druck. Das Leben hat sich wieder leicht angefühlt.« Sie rauchte Marihuana, nahm Ecstasy und Speed, schluckte Benzodiazepine, schnupfte Kokain, auch Heroin.

Dreimal sollte sie in einer Klinik entgiften, zuletzt im Sommer 2024. Zurzeit nimmt sie noch ein Ersatzmedikament für die Drogen, das ihr ein Arzt verschreibt, damit sie sich erholt und clean bleibt. Mittlerweile besucht Romy eine Abendschule, sie holt die zwölfte Klasse nach.

In die Sucht mischt sich ihre Sorge vor der Zukunft. Sie sagt, sie stehe andauernd unter Stress. »Ich gehe immer davon aus, dass etwas Schlimmes passiert: entweder mir oder in der Welt generell.«

Die Pubertät ist eine vulnerable Phase, zumal wenn es um psychische Störungen geht; sie ist ein Zeitfenster, in dem der Mensch besonders sensibel reagiert. Das Gehirn baut sich in diesem Alter um. Während das limbische System, das wesentlich für Emotionen und Belohnung zuständig ist, schon weitgehend entwickelt ist, braucht der frontale Stirnlappen, verantwortlich für Impulskontrolle und rationale Entscheidungen, bis Mitte zwanzig. Simpel formuliert: Das Gaspedal funktioniert besser als die Bremse. Diese Kombination ist mit für die typischen Stimmungsschwankungen und plötzlichen Gefühlsausbrüche der Teenager mitverantwortlich.

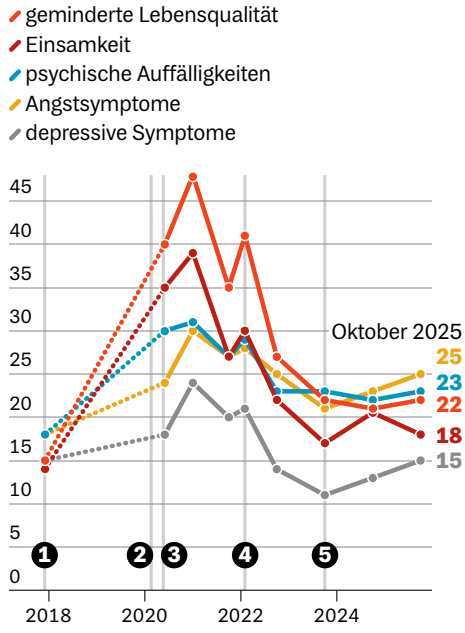
Jugendliche beginnen in der Pubertät, sich von den Eltern zu lösen, sie suchen im Freundeskreis und anderswo Gemeinschaft, Identität und soziale Anerkennung. Ihr Körper verändert sich, was häufig mit Selbstzweifeln und sensibler Verletzlichkeit einhergehen kann. Sie reagieren empfindlicher auf Ablehnung, ein falscher Kommentar kann den Selbstwert ruinieren.

Wer nicht richtig lernt, mit Ärger, Sorgen und Ängsten umzugehen, ist anfälliger bei Stress. In der Adoleszenz verschwinden im Gehirn zeitweise bis zu 30.000 Nervenverbindungen pro Sekunde, es legt vor allem wenig genutzte Synapsen still und festigt jene, die oft angesteuert werden. Bei jemandem, der oder die immer das Gefühl hat, nicht gut genug zu sein, können sich negative Gedanken, Gefühle und Verhaltensweisen gegenseitig verstärken. Ein System, das sich noch entwickelt, ist verwundbarer als eines, das schon fertig ausgebildet ist. So kann aus einer Belastung eine psychische Auffälligkeit werden, die sich zur Störung ausbildet.

Das Büro von Silvia Schneider liegt am Rand der Bochumer Fußgängerzone. Sie ist Professorin für Klinische Kinder- und Jugendpsychologie an der Ruhr-Universität und leitet dort das Forschungs- und Behandlungszentrum für psychische Gesundheit. Sie sagt: »Niemand darf noch bestreiten, dass

Krisenkinder

Psychische Gesundheit und Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Angaben in %*



1 präpandemische Referenzdaten, Stand: Dezember 2017
2 **März 2020** Beginn der Coronapandemie
3 **Mai/Juni 2020** erste Copsy-Umfrage
4 **Febr. 2022** Beginn Ukrainekrieg
5 **Okt. 2023** Beginn Israel-Gaza-Krieg

Sorgen aufgrund aktueller Krisen, in %*

* Umfragen in jeweils rund 1500 Familien mit Kindern und Jugendlichen zwischen 7 und 23 Jahren in Deutschland; Mehrfachangaben möglich

S · Quelle: Copsy-Studie

wir uns um die jungen Menschen kümmern müssen.«

Schneider ist Co-Autorin eines Papiers der Leopoldina, der Nationalen Akademie der Wissenschaften, das sich mit den Auswirkungen der sozialen Medien auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen befasst. Demnach legen zahlreiche Studien den Verdacht nahe, dass eine intensive oder suchtartige Nutzung von TikTok, Instagram, YouTube, WhatsApp mit einer Reihe psychischer Belastungen verbunden sein kann. Dazu zählen etwa Depressionen, Nervosität und Schlafprobleme.

Junge Menschen wachsen heute mit dem Smartphone in der Hosentasche auf und erschließen sich darüber die Welt. Das Internet ist ihr zweites Zuhause. Dort können sie sich ausdrücken, sich selbst darstellen, sich mit Freunden austauschen. Es ist aber auch eine Meinungsmaschine, ein Ort der Hasskommentare, und die Nachrichten zu Kriegen, Überschwemmungen, Attentaten hören nie auf.

In der Copsy-Studie geben 39 Prozent der Kinder und Jugendlichen an, in den sozialen Medien oft Inhalte zu sehen, die sie belasten. Mehr als jeder fünfte Befragte fühlt sich gestresst, weil er oder sie im Netz ausgegrenzt und abgewertet wird.

»Die sozialen Medien sind ein enormer Verstärker von Unsicherheit, Ängsten und Essstörungen«, sagt Silvia Schneider.

Laut einer von der DAK beauftragten Erhebung nutzte im vergangenen Jahr in Deutschland mehr als jedes vierte Kind im Alter zwischen 10 und 17 Jahren soziale Medien in einer Weise, die als riskant oder krankhaft eingestuft wird.

Die Leopoldina spricht sich in ihrer Stellungnahme dafür aus, dass soziale Netzwerke für 13- bis 17-Jährige »altersgerecht gestaltet« werden, ohne Push-Nachrichten und endloses Scrollen. Außerdem soll es verboten werden, Smartphones in Kitas und Schulen bis einschließlich Klasse 10 zu nutzen. Social-Media-Accounts dürften erst ab 13 eingerichtet werden, für 13- bis 15-Jährige sollen soziale Medien nur nach gesetzlich vorgeschriebener Zustimmung der Eltern verwendbar sein.

»Wir wollen nicht das Rad zurückzudrehen, es geht uns um Vorsorge«, sagt Schneider. Schon 30 Minuten weniger Zeit mit sozialen Medien würden das Wohlbefinden steigern. »Wir haben Altersgrenzen für Tabak und Alkohol eingeführt. Jetzt gibt es eine neue toxische Sache, da müssen wir handeln.«

Rolf Schulten / DPP

Psychologin Schneider:
»Soziale Medien sind Verstärker von Ängsten«

Natürlich ist das Handy nicht an allem schuld und nicht allein. Auch wenn Eltern besonders nachlässig oder übervorsichtig sind, haben Kinder ein höheres Risiko, psychisch zu erkranken.

Kinder müssen Problemlöser werden, sagt Silvia Schneider. »Wir müssen sie hinfallen lassen, damit sie lernen, allein wieder aufzustehen.« Anders ausgedrückt: Ein gewisses Maß an Schwierigkeiten braucht ein Kind, um ein lebenstauglicher Mensch zu werden. Bei Kindern, die bis zur Verwahrlosung sich selbst überlassen werden, ist dieses Maß zu groß. Zeit mit der Familie, Geborgenheit und Rituale sind Schutzschilde gegen psychische Belastungen. Bei Kindern, die überwacht und von allen Widerständen befreit werden, ist das Maß zu klein.

Manuel Munz ist Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in Kiel. Die Psychiatrie verfügt über 41 stationäre Betten und 17 Plätze in der Tagesklinik, das ist ein großes Angebot, trotzdem melden sich fast dreimal so viele Patienten, wie behandelt werden können. Ambulant versorgen sechs Fachärzte und zwölf Psychotherapeutinnen rund 3000 Patienten im Jahr.

Munz sagt, die Zahl der Grundschülerinnen und Grundschüler, die Hilfe brauchen, habe »dramatisch zugenommen«. Häufig sieht er Mädchen und Jungen, die nicht fähig sind, ihr Verhalten an bestimmte Situationen anzupassen, die ihre Emotionen nicht regulieren können.

Dienstags um 14.30 Uhr findet in seiner Klinik ein Training für Eltern statt, im größten Raum, der zur Verfügung steht. Es beteiligen sich auch Mütter und Väter von Patienten, die nie bei einem Entwicklungsgespräch im Kindergarten waren, nie bei einem Elternabend, weil es ihnen egal war. Die Klinikmitarbeiter besprechen mit ihnen, wie sie ihrem Kind helfen können einzuschlafen. Und erklären, wie sie ihren Sohn oder ihre Tochter wirkungsvoll auffordern, den Ranzen zu packen.

Ihm falle auf, sagt Munz, dass Väter und Mütter oft nicht in der Lage seien, einen Konflikt mit ihren Kindern auszutragen und zu lösen. »Kinder profitieren in ihrer Entwicklung von einer klaren Position der Eltern. Wer früh keine Koordinaten eingezogen bekommt, wer keine Leitplanken hat, fragt sich mit 14 oder 15 verzweifelt: Wo gehöre ich eigentlich hin?«

Neben der Unsicherheit der Eltern nennen Expertinnen und Experten einen weiteren Punkt, der das Gefühl von Druck und Belastung wohl verstärkt: Die Allgegenwärtigkeit des Themas mentale Gesundheit in der Öffentlichkeit, durch Aufklärungsprogramme und Beiträge in den sozialen Medien, kann dazu führen, dass sich manche Jugendliche für psychisch krank halten, obwohl sie eigentlich gesund sind. Dass sie sich ihre Probleme einreden, vielleicht um ein Grundbedürfnis nach Zugehörigkeit zu befriedigen. Es gibt Forschungen, die darauf hindeuten.

Viele Menschen, vor allem junge, neigen dazu, Alltagsprobleme zu pathologisieren. Wenn sie vor einer Prüfung nervös sind, glauben sie, eine Angststörung zu haben, und wenn sie weinen müssen, denken sie, sie seien depressiv. Doch wer unangenehme, aber normale Gefühle für krankhaft hält, begünstigt damit eventuell, dass tatsächlich psychische Symptome auftreten. Der eingebildete Kranke kann krank werden.

Für Silvia Schneider aus Bochum ist diese Erkenntnis Wasser auf ihre Mühlen, das sagt sie so. »Weil es zeigt, dass es wichtiger ist, die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu fördern, statt ihre Störungen zu bekämpfen. Bei der Kariesprophylaxe erklärt der Zahnarzt den Kindern auch nicht, was Karies ist, sondern, wie man sich die Zähne richtig putzt.«

Vor 14 Jahren eröffnete an der Schön Klinik Roseneck in Bayern die erste Station für Kinder und Jugendliche mit Essstörungen. Inzwischen sind es elf Stationen für psychische Krankheiten, die Klinik am Chiemsee bietet Platz für 283 junge Patientinnen und

»Ich gehe immer davon aus, dass etwas Schlimmes passiert.«

Romy, Schülerin

Patienten. Eine von ihnen ist Hannah, sie ist 19 und magersüchtig.

Hannah definiert sich über Leistung. Sie war eine talentierte Leichtathletin, die »immer Angst hatte zu versagen«. Sie blickte auf die Läuferinnen, die dünner und schneller waren als sie. Hannah war nie dick, sie kam sich nur so vor. Sie dachte: Wenn ich abnehme, werden meine Zeiten besser. So erzählt sie es.

Erst trainierte sie öfter, dann fing sie an, Kalorien zu zählen. Hannah notierte, was sie gegessen und wie viel sie sich bewegt hatte. Leistung, Gegenleistung, Einnahmen, Ausgaben: eine Abrechnung mit sich selbst. Sie habe viel aufs Handy geschaut, sagt Hannah, »im Internet wurde ich immer mit Frauen konfrontiert, die dem Schönheitsideal entsprechen: schlanker Körper, flacher Bauch«.

Als sie mit dem Sport aufhören musste, weil sie körperlich zu schwach wurde, übertrug sie ihr Anspruchsdenken auf die Schule. »Eine Eins war gut, eine Zwei schon eine Niederlage. Bei einer Drei konnte ich mich nicht mehr im Spiegel ansehen, so enttäuscht war ich von mir.« Wenn sie wenig gegessen habe, habe sie ein Gefühl von Macht und Erfolg gespürt, sagt sie. »Du nimmst dir vor abzunehmen und siehst an der Waage: Es ist dir gelungen. Das hebt den Selbstwert. Aber es ist ein falscher Push.«

Markus Fumi, der leitende Psychologe der Station, berichtet, dass die Kinder jünger und schwerer krank in die Klinik kämen als vor der Pandemie. Bei Anamnesegesprächen, wenn er die Vorgeschichte eines Patienten oder einer Patientin erfasst, stellt er zunehmend häufiger Orientierungslosigkeit, Verunsicherung und – wie bei Hannah – Leistungsdruck fest.

»Die Anforderungen an Jugendliche sind heute höher: wie man sein muss, was man können und wie man aussehen sollte«, sagt er. Auch Fumi kommt schnell auf die sozialen Medien zu sprechen. Durch sie sei die Möglichkeit explodiert, sich mit anderen zu vergleichen. »Und da alle offenbar toll und erfolgreich sind, meinen viele, sie müssten es auch sein, und fühlen sich unzulänglich.«

Die Unzufriedenheit mit dem eigenen Körperbild führt bei manchen zu einem inneren Druck. Es gibt neunjährige Mädchen, die auch deshalb eine Magersucht entwickeln, weil sie einen »thigh gap« haben wollen, eine Lücke zwischen den Oberschenkeln, so wie die Models in den Reels und Videos auf Instagram und TikTok.

Hannah soll 700 Gramm in der Woche zunehmen. Sie ist zuversichtlich. Und sagt, sie hätte sich gewünscht, am Anfang ihrer Probleme nicht so lange auf eine Therapie warten zu müssen. Weil sie dann vielleicht nicht so tief in den Strudel geraten wäre.

Doch das Versorgungssystem kommt längst an seine Grenze. Im Schnitt warten Kinder und Jugendliche in Deutschland

»Da alle offenbar toll sind, meinen viele, sie müssten es auch sein.«

Markus Fumi, Psychologe

Valentin Goppel (2)

30 Wochen auf den Beginn einer Psychotherapie, was eine Umfrage unter Leitung der Universität Leipzig zeigt. Auf dem Land ist die Situation ernster als in der Stadt.

Nicole Rottes ist Kinder- und Jugendpsychotherapeutin in Warstein, einer Stadt am Nordrand des Sauerlands. Im Oktober vergangenen Jahres hat sich Rottes mit einer Kollegin selbstständig gemacht und eine Praxisgemeinschaft eröffnet, sie hatten Sonderbedarf angemeldet, weil die Region »krass unterversorgt« sei. Termine nur nach Vereinbarung.

Bevor die Therapeutinnen überhaupt anfingen zu arbeiten, hatten sie schon zehn Anfragen auf dem Anrufbeantworter. Rottes erinnert sich noch gut, wie sie am ersten Tag frühmorgens durchs Treppenhaus in die zweite Etage zur Praxis ging, mit einer Pflanze unter dem Arm, und ein Vater vor der Tür wartete. Unter Tränen habe er sie um Hilfe für seinen Sohn angefleht.

Ihre Patientenkartei sei bereits gut gefüllt gewesen, aber im ersten Monat hätten 53 neue Familien um einen Termin gebeten, erzählt Rottes. Die Therapeutinnen mussten eine Warteliste anlegen, die sehr schnell sehr lang wurde. Bis heute sind mehr als 200 Ersuche eingegangen, 34 Patientinnen und Patienten konnten sie weitervermitteln, 57 sind noch nicht versorgt.

Im ersten Jahr hat Nicole Rottes 80 Kinder und Jugendliche behandelt. ADHS, Angststörungen, Anorexie, Depressionen: das gesamte Spektrum. Obwohl sich herumgesprochen habe, wie voll die Praxis sei, sagt sie, erreichten sie pro Tag zwei neue Wünsche um Aufnahme. Wer heute auf die Warteliste genommen werde, müsse zwei Jahre warten, bis er oder sie drankomme. Rottes sagt: »Der Leidensdruck ist immens hoch. Der von den Kindern und der von den Eltern, die versuchen, einen Therapieplatz für sie zu finden.« (Siehe Seite 18.)

Wenn es um die psychische Gesundheit seiner Altersgenossen geht, spricht Quentin Gärtner von einem Notstand, der sich zu einer ernsthaften Bedrohung auswachsen könnte. Er erzählt von einem Freund, »so ein Extremdurchzieher«, der plötzlich immer weinend ins Bett gegangen sei und morgens nicht aufstehen konnte. Er erzählt von Teenagern, die in jeder Unterrichtsstunde einmal auf die Toilette gehen, »nicht um zu pinkeln, sondern weil sie einen Rückzugsraum brauchen, damit sie keine Panikattacke kriegen«.

Gärtner ist 18 Jahre alt und vertrat bis vor zwei Wochen als Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz die Interessen von mehr als 7,5 Millionen Kindern und Jugendlichen. Er ist an diesem Tag Ende Oktober in Berlin zu sprechen, im Palais am Festungsgraben, wo sich die Büros des Gremiums befinden. In einem Zimmer steht ein Tischkicker, in einem anderen stapeln sich leere Cola- und Bierkisten.

Vorhin hat Gärtner die zweite Pressekonferenz seines Lebens hinter sich gebracht. Er stellte einen Zehnpunkteplan vor, der Schülerinnen und Schüler vor psychischen Belastungen schützen soll.

Punkt 1: »Mehr Personal in Schulsozialarbeit und im schulpsychologischen Dienst«. Wie notwendig das wäre, verdeutlicht ein Vergleich: In Deutschland war im vergangenen Jahr ein Schulpsychologe für 5218 Kinder zuständig. In Finnland, wo das psychische Wohlbefinden der Heranwachsenden besser ist als in Deutschland, liegt das Verhältnis bei ungefähr 1:800.

Punkt 3: »Förderung von Medienkompetenz in allen Unterrichtsfächern«. Gärtner will deutlich machen, worum es geht, und sagt, ihm habe niemand beigebracht, wie er es schaffe, nachts um drei nicht länger »Clash Royale« zu zocken, weil er am nächsten Tag zur Schule müsse. Er hätte auch

gern gewusst, wie man damit umgeht, dass im Internet die Krisen der Welt ungefiltert auf einen einprasseln.

Punkt 7: »Verbindliche Schutzkonzepte gegen Mobbing und Diskriminierung«. Die Wahrscheinlichkeit, dass Mobbing zu einer psychischen Störung führt, ist ähnlich hoch wie bei körperlicher Misshandlung. Weil die Kinder zunehmend Zeit in Schulen und Kitas verbringen, mit langen Unterrichtszeiten und im Ganztagsbetrieb, ist es umso wichtiger, dass sie Orte des Miteinanders und der Nähe sind.

Der Zehnpunkteplan ist Teil der Kampagne »Uns geht's gut?«, die auf den schlechten Zustand der seelischen Gesundheit junger Menschen aufmerksam machen soll. Die Bundesschülerkonferenz wird dabei unter anderem unterstützt vom Deutschen Lehrerverband und vom Aktionsbündnis Seelische Gesundheit. Quentin Gärtner will Schulen, die nicht wie Kasernen aussehen, keine Aufbewahrungsanstalten sind. Er fordert weniger Notendruck. »Wir sind aber nicht die Generation Waschlappen«, sagt er. »Wir sind eine Gebergeneration. Klimakrise, Sondervermögen, demografischer Wandel und Rente – das lastet auf unseren Schultern. Wir werden mehr für die Gesellschaft machen müssen, als wir herausbekommen.«

»Wir sind nicht die Generation Waschlappen.«

Quentin Gärtner, ehemaliger Schülervertreter

Gärtner redet sich in Rage. »Wir erhalten von dieser Bundesregierung kein Zeichen im Sinne von: Wir wollen, dass ihr auf die Herausforderungen, die auf euch zukommen, vorbereitet seid«, sagt er. »Aber wenn wir nicht resilient sind, wenn wir nicht belastbar sind, kann sich die Gesellschaft das mit der Verteidigungsfähigkeit abschminken.«

Er hält es für dumm, dass beim Wehrdienst über die Köpfe der Jugendlichen hinweg entschieden wurde. Man könne auch nicht erwarten, sagt er, dass die Demokratie so gefestigt bleibt, wie sie ist, wenn sich eine große Gruppe von jungen Menschen nicht gehört und nicht gesehen fühlt. Darum findet er es falsch, dass die Bundesregierung eine Expertenkommission berufen hat, die sich um »Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt« kümmern soll, ohne Kinder und Jugendliche einzubeziehen. Zumindest einen Sitz für junge Menschen hätte er sich gewünscht. Denn wer solle besser über die Lebensrealität von ihnen Bescheid wissen als sie selbst?

Im Januar will die Bundesschülerkonferenz 200 Schülerinnen und Schüler einladen, die in Workshops und auf Panels über psychische Belastung reden. »Wir wollen Ideen entwickeln, was wir konkret an unseren Schulen verändern können«, sagt Gärtner.

Ein Beispiel dafür, wie Schulen dazu beitragen können, seelische Gesundheit zu verbessern, ist die Ernst-Reuter-Schule in Berlin. Sie ist eine Ganztagsschule mit gymnasialer Oberstufe, knapp 1000 Schülerinnen und Schülern, viele mit Migrationsgeschichte, viele aus ärmeren Verhältnissen. Von einigen Klassenzimmern aus sieht man auf die Gedenkstätte in der Bernauer Straße und die verrosteten Eisenstangen, die den früheren Verlauf der Berliner Mauer markieren.

Der Schulleiter ist ein energischer Mann mit Halbglatze, er hat vor zehn Jahren als Quereinsteiger hier angefangen. Bevor Marc Eggert Lehrer wurde, spielte er Theater, studierte Philosophie, schrieb Drehbücher, drehte Filme. So eigenwillig wie sein Berufsweg war, so unkonventionell denkt er. Eines seiner vorrangigen Ziele sei es, sagt Eggert, die Selbstwirksamkeit der Kinder und Jugendlichen zu fördern. Er will ihre innere Überzeugung stärken, dass man durch eigene Fähigkeiten und Kompetenzen herausfordernde Situationen meistern und Ziele erreichen kann.

Dafür hat Eggert zu Beginn dieses Schuljahrs einen Kurs eingeführt, den er »Me & We« getauft hat, ich und wir. Das Konzept habe er an dänischen Schulen abgeguckt. »Psychische Gesundheit entsteht dort, wo Menschen sich verstanden und eingebunden fühlen«, sagt er. »Die Schülerinnen und Schüler sollen erleben, dass persönliches Wohlbefinden und soziales Miteinander sich gegenseitig positiv beeinflussen können.«

Im Schulleben bedeutet das: Die Kinder der Klassen 7 bis 10 kräftigen jeden Tag eine Viertelstunde lang ihre mentale Gesundheit. Es gibt die »Positive Runde«, bei der jede und jeder nur gelobt werden darf. Wertschätzung ist ein Grundbedürfnis und wird an Schulen massiv unterschätzt. Oder es gibt »Entspannung und Achtsamkeit«, dann spricht der Lehrer für die Schüler eine Fantasiereise, und sie folgen ihm in Gedanken ans Meer oder in die Berge. Man kann Atemübungen machen. Oder eine offene Gesprächsrunde zu aktuellen Themen besuchen.

Schulleiter Eggert sagt, durch »Me & We« habe sich die Atmosphäre an der Schule verändert, sie werde mehr und mehr zu einem Ort, an dem sich die Jungs und Mädchen wohlfühlen. »In der Mensa haben die Jugendlichen immer so angespannt auf den Stühlen gesessen, weil sie davon ausgingen, dass es jederzeit krachen kann. Jetzt nähern wir uns dem Zustand, wo sie da einfach hocken und essen.«

Etwas versteckt in Raum E 010 hält Haydée Winkler ihre Sprechstunde ab, sie arbeitet Vollzeit als Psychologin an der Schule. Die Kinder kämen unter anderem zu ihr wegen sozialer Ängste, Prüfungsangst, depressiver Symptome, Konzentrationsstörungen, selbstverletzenden Verhaltens.

Winkler bietet keine Therapie an, sie berät. Ein Termin dauert 45 Minuten. Die Psychologin unterliegt der Schweigepflicht, aber was sie verraten kann: Es wenden sich mehr Mädchen als Jungs an sie. Winkler führt meistens fünf bis zehn Gespräche mit einem Schüler oder einer Schülerin, bei Bedarf mehr. Sie sagt, ungefähr die Hälfte der Jugendlichen sei nach einigen Sitzungen bereit, eine Therapie aufzunehmen.

Auch Ashley war schon bei Winkler, sie ist 19 und geht in die 13. Klasse. Die Psychologin sei eine Vertrauensperson, sagt Ashley »bei ihr kann ich frei reden, danach fühle ich mich besser«. Ashley erzählt, sie habe ihr Smartphone so eingestellt, dass sie nur eine Stunde pro Tag soziale Medien nutzen könne, TikTok habe sie ganz gelöscht. Seitdem schlafe sie besser.

Sie kenne niemanden in ihrem Freundeskreis, der keine Zukunftsangst habe, meint Ashley. »Wir wissen, dass wir mal 40 Stunden in der Woche arbeiten müssen und uns trotzdem keine Wohnung in Berlin leisten können werden.« Sie spüre Druck, gut in der Schule sein zu müssen, »weil einem überall und ständig vermittelt wird, dass man ohne Abi wenig wert ist«.

Was ihr noch auffalle: Wenn man junge Leute frage, wie es ihnen gehe, würden sie immer antworten, alles sei okay. »An ihren Augen erkennt man, dass sie lügen.«

Maik Großekathöfer S

HIER FINDEN SIE HILFE IN SCHEINBAR AUSWEGLOSEN SITUATIONEN

Kreisen Ihre Gedanken darum, sich das Leben zu nehmen? Sprechen Sie mit anderen Menschen darüber! Hier finden Sie – auch anonyme – Hilfsangebote in vermeintlich ausweglosen Lebenslagen. Per Telefon, Chat, E-Mail oder im persönlichen Gespräch.

»Kindheit kann nicht warten«

Psychologie Fast jeder vierte junge Mensch in Deutschland fühlt sich psychisch belastet. Die Erziehungswissenschaftlerin und Präsidentin des Kinderschutzbunds Sabine Andresen über die Versäumnisse der Politik.

Andresen, 59, lehrt als Professorin für Familienforschung und Sozialpädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie untersucht, wie sich das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen verbessern ließe.

SPIEGEL: Frau Andresen, keine Altersgruppe in Deutschland fühlt sich derzeit seelisch so schlecht wie die Heranwachsenden. Hat die Politik diese Kinder ausreichend im Blick?
Andresen: Nein. Dabei ist sie verantwortlich dafür, dass jedem dieser Kinder geholfen wird, es zeitnah einen Therapieplatz erhält, wenn es einen braucht. Oft hängt es von regionalen Bedingungen ab, ob Kindern zügig geholfen wird. Auf dem Land, wo es oft gar keine Therapieplätze gibt, müssen die Eltern mitunter weit zu Therapeutinnen und Therapeuten fahren. Politik kann nicht zaubern, aber sie muss priorisieren, denn: Kindheit kann nicht warten. Psychisch kranke Kinder brauchen schnell professionelle Hilfe, damit sie wieder Kind sein können.
SPIEGEL: Viele Expertinnen und Experten sagen, wir dürfen die Kinder und Jugendlichen gar nicht erst so krank werden lassen.
Andresen: Da schließe ich mich an. Das muss Politik auf allen Ebenen, also Bund, Länder und Kommunen, angehen. Wir haben längst nicht alle Optionen ausgeschöpft, Kinder frühzeitig zu unterstützen und zu beraten.
SPIEGEL: Welche Möglichkeiten hätten wir?
Andresen: Ein Weg wäre, an Schulen Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler einzuführen, die die mentale Gesundheit stärken. Pausen könnten so gestaltet sein, dass sich Kopf und Psyche ausruhen können. Man kann für genug Zeit beim Mittagessen sorgen oder Rückzugs- und Ruheräume schaffen. Sinnvoll wäre auch, bereits vorhandene Ressourcen wie die Schulsozialarbeit auszubauen. Leider erleben wir aber, dass ausgerechnet diese Angebote in Zeiten knapper Haushalte infrage gestellt werden.
SPIEGEL: Es gab 2023 ein Projekt des Familien- und Jugendministeriums. An rund 100 Schulen landesweit wurden sogenannte Mental Health Coaches angesiedelt. Lehrer wie Schüler lobten das Projekt als hilfreich, mehr als 90 Prozent der Schulleitungen warben dafür, es flächendeckend auszuweiten. Die jetzige Bundesregierung hat es mit Blick auf den Haushalt auslaufen lassen.
Andresen: Derartige Entscheidungen sind in meinen Augen fatal.
SPIEGEL: Je nach Thema sind für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen unterschiedliche Ministerien zuständig. Bleibt deshalb vieles auf der Strecke?
Andresen: Das Denken in säulenartigen Strukturen und Ressorts ist ein Riesenproblem, auf das alle, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, schon lange hinweisen. Dadurch vergeben wir viele Chancen, belasteten Kindern und Jugendlichen zu helfen. Das Sozial- und das Gesundheitssystem greifen nicht gut ineinander. Hinzu kommt, dass es jedes Bundesland anders macht.
SPIEGEL: Lässt Sie das verzweifeln?
Andresen: Ich bin eine Wissenschaftlerin, die das, was sie erforscht hat, in Praxis und Politik trägt. Auch das, was falsch läuft im Hinblick auf das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen. Aber wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen stelle ich immer wieder fest, dass unsere Erkenntnisse nicht zu sozialen Veränderungen führen. Das kann pessimistisch stimmen.
SPIEGEL: Weil die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen für die Regierung keinen Vorrang hat?
Andresen: Die Belange von Kindern und Jugendlichen haben hierzulande keine Priorität. Und angesichts der globalen Krisen und der schwächelnden Wirtschaft rücken sie noch weiter in den Hintergrund – als ob man die Belange von Kindern zwischenparken könnte. Ich halte das für sehr kurz gedacht, gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel und den Generationenvertrag.
SPIEGEL: Aufgrund des demografischen Wandels wird es laut dem Institut der deutschen Wirtschaft 2030 etwa zwei Millionen Erwerbstätige weniger geben.
Andresen: Deshalb ist es wichtig, zu verstehen, dass Investitionen in Gesundheit und Wohlbefinden von Kindern immer auch Investitionen für die Gesellschaft sind. Aber das wird so nicht gesehen, man baut darauf, dass die Eltern es schon irgendwie richten.
SPIEGEL: Viele Eltern fühlen sich völlig überfordert, wenn ihr Kind psychisch erkrankt.
Andresen: Absolut. Das zeigt sich schon, wenn man nur einmal im Netz durch die Foren von Selbsthilfegruppen scrollt.
SPIEGEL: Was raten Sie den Eltern?
Andresen: Das Warten auf einen Therapieplatz für das eigene Kind kann zermürbend sein. Es gibt aber niedrigschwellige Angebote, die ein Schwimmring sein können, bevor man das Rettungsboot erreicht. Die »Nummer gegen Kummer« berät Kinder und Jugendliche in Krisen, beim Elterntelefon finden auch Mütter und Väter Hilfe. Träger wie der Kinderschutzbund bieten vielerorts außerdem Sprechstunden für Kinder und Familien in akuten Krisensituationen an.
SPIEGEL: Die Bundesschülerkonferenz will mit einem 10-Punkte-Plan die seelische Gesundheit von Heranwachsenden mithilfe der Schulen stärken. Der Kinderschutzbund unterstützt das Vorhaben. Woher soll das Geld kommen?
Andresen: Wir müssen uns als Gesellschaft fragen: Wer kann auf Privilegien verzichten? Wie können wir Mittel innerhalb des Haushalts umverteilen, damit nicht die Angehörigen allein die Bedürfnisse von psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen befriedigen müssen?
SPIEGEL: Wie könnte eine Lösung aussehen?
Andresen: Ein Beispiel aus Berlin: In einem Bezirk sollte die Schulsozialarbeit gestrichen werden, weil das Geld fehlte. Das wäre ein herber Schlag gewesen für die Kinder und Jugendlichen, die in den Brennpunkten dort leben. Soziale Träger, Lehrkräfte und Eltern haben sich zusammengeschlossen und mit den Verantwortlichen gesprochen. Am Ende haben die Bezirksämter in der Verwaltung eingespart und so die Schulsozialarbeit finanziert. Es gibt also immer Spielraum, wenn der Wille da ist, man muss nur kreativ werden.

Interview: Antje Windmann

Pädagogin Andresen:
»Wir vergeben viele Chancen«

Die Hoffotografen / Kinderschutzbund

»Wie kommen wir aus dieser Nummer raus?«

Protokoll Milla ist 15 Jahre alt und magersüchtig. Hier erzählt ihr Vater, wie ihn die Sorgen um seine Tochter quälen.

Wenn ein Kind psychisch erkrankt, ist das auch für die Eltern schwierig und herausfordernd. Sie erleben, wie ihr Kind leidet, und müssen sich zugleich zurechtfinden mit der Krankheit, mit der Wahl der richtigen Behandlung, mit den Versorgungsengpässen. Viele Mütter und Väter fühlen sich überfordert und hilflos. Dieser Text dokumentiert die Sorgen und Nöte am Beispiel eines Vaters. Der Mann, der in diesem Protokoll spricht, ist 41 Jahre alt. Er lebt mit seiner 43-jährigen Frau und drei Kindern in einer Kleinstadt im ländlichen Nordrhein-Westfalen. Im vergangenen Jahr ist seine Tochter Milla, damals 14, an Magersucht erkrankt.*

»Es gab diesen Moment, in diesem Frühjahr, da saß ich bei der Arbeit und habe Milla angerufen und ins Telefon geweint. Ich habe sie angefleht, doch bitte einfach wieder ganz normal zu essen. Mir zuliebe. Uns zuliebe.

Viele Wochen lang hatten meine Frau und ich vorher abends im Bett gelegen und uns stundenlang durch Seiten über Magersucht und Selbsthilfeforen gescrollt. Seitdem lässt mich diese Zahl nicht mehr los: etwa 10 von 100 Essgestörten überleben die Krankheit nicht.

Ich möchte meine Tochter nicht verlieren.

Bis vor einem Jahr war unsere Welt noch in Ordnung. Unser Alltag hatte Höhen und Tiefen, wie bei den allermeisten Menschen, aber es gab nichts, worüber ich mir nachhaltig Sorgen gemacht hätte. Am allerwenigsten um Milla, unsere Jüngste. Sie ist 15 Jahre alt.

Sie war schon früh selbstständiger als die beiden Großen. Von klein auf hat sie geturnt, hatte daran viel Freude. Mit zwölf war sie mitunter fünf Tage lang bei Wettkämpfen und kam danach happy nach Hause.

Im Herbst vergangenen Jahres merkte ich, dass sie jedes Mal mit weniger Elan aus dem Auto stieg, wenn ich sie zum Training fuhr. Überhaupt, dass sie immer stiller wurde, sich zurückzog. Meine Frau und ich hielten es für eine Phase, die Pubertät.

Dass sich Millas Essverhalten geändert hatte, fiel uns in diesen Wochen auch auf. Außer Salat mochte sie nur noch Porridge. Die Haferflocken kochte sie morgens mit Wasser auf. Sie aß sie mit einem kleinen Löffel, wenn sie mittags aus der Schule kam. Baten wir sie, mal etwas anderes und vor allem mehr zu essen, wiegelte sie ab. Milla, die immer schlank gewesen war, wurde vor unseren Augen schmaler und schmaler.

Kurz darauf eskalierte es bei uns zu Hause. Ich erinnere mich genau, es war der 12. Februar. Abends gab es Hühnerfrikassee mit Reis. Aber meine Tochter weigerte sich zu essen und brach in Tränen aus.

Da bin ich ausgerastet. Ich habe sie angebrüllt, dass es so nicht mehr weitergeht. Nicht weil ich sauer auf sie war, sondern weil ich völlig verzweifelt war. Ich habe nicht verstanden, was das Problem ist, warum man nicht essen kann. In Wahrheit kann ich es bis heute nicht richtig verstehen.

Milla hat uns dann nach und nach erzählt, wie es in ihr aussieht. In ihrem Kopf sei diese Stimme, sagte sie. Als ob ein Männchen, ein Teufel, in ihr wohne, der ihre Gedanken mehr oder weniger führe, der sie den ganzen Tag mit Sprüchen bombardiere, dass sie zu dick sei, dass die Portion mal wieder zu groß sei. Sie sagte, dass sie gegen diese Stimme nicht mehr ankomme.

Zu allem müsse sie sich zwingen, sagte sie, zum Sport, zur Schule. Und dass sie dort oft einsam sei, sich in Pausen auf der Toilette einschließe, weil sie sich auf dem Schulhof unwohl fühle. In der Klasse werde sie als das Mädchen mit dem traurigen Gesicht verlacht.

Meine Frau und ich waren erschüttert, von diesem Ausmaß hatten wir nichts geahnt. Ich weiß noch, wie sich Panik in mir ausbreitete. Ich dachte: Wie kommen wir aus dieser Nummer nur raus? Wenn wir das nicht schnellstmöglich wieder in normale Bahnen lenken, kann ich meine Tochter bald beerdigen.

In den folgenden Wochen lag unsere Tochter nur noch apathisch auf dem Sofa. Oft war sie kaum in der Lage, zu duschen und sich anzuziehen. Selbst ein Spaziergang mit dem Hund um den Block war nicht mehr möglich. Verließen wir das Haus, nahm sie meine Hand. Wenn sie sprach, dann oft so leise, dass wir sie kaum verstehen konnten.

Dass sie in die Schule ging, daran war gar nicht zu denken. Nachts schlief sie wieder in unserem Bett, wie früher, als sie klein war.

Jeden Tag haben wir Milla gut zugeredet, dass wir es schon schaffen werden. Gemeinsam.

Dabei war uns völlig klar, dass unsere Tochter dringend professionelle Hilfe braucht. Wir haben einen Termin bei unserem Hausarzt gemacht. Er sagte, seine Tochter habe eine Zeit lang auch mal kein Fleisch gegessen, das gebe sich schon wieder. Ich glaube, er war einfach überfordert.

Was können wir tun? Wer kann uns helfen? Wir haben ganze Nächte im Netz verbracht, auf der Suche nach Therapeutinnen und Therapeuten, von denen es bei uns auf dem Land nur sehr wenige gibt.

Ich habe dann alle Psychologen und Therapeutinnen im Umkreis von etwa 100 Kilometern rausgesucht. Ich sprach auf Dutzende Anrufbeantworter. Wir formulierten ein Anschreiben, das wir wie ein Mailing verschickten. Auf meinem Rechner legte ich eine Excel-Tabelle an, die Spalten überschrieb ich mit ›Wann Kontaktaufnahme‹, ›Bemerkungen‹ und ›Weiteres Vorgehen‹. Insgesamt haben wir bei bestimmt 50 Therapeuten angefragt. Fast überall hieß es: keine Kapazitäten, lange Warteliste.

Wir schauten uns auch nach Kliniken um, füllten unzählige Formulare aus. In vier Häusern durfte Milla sich vorstellen. Eine Privatklinik in Münster wollte für einen achtwöchigen Aufenthalt 30.000 Euro. Aber selbst da hätten wir zwölf Wochen auf einen Platz warten müssen.

Zugleich ging es Milla immer schlechter. Hatte sie im November noch 55 Kilogramm gewogen, brachte sie nun nur noch 48 auf die Waage, bei ihrer Größe von 1,67 Metern fällt das in die Kategorie unterernährt. Ich malte mir aus, wie ihre Organe durch die Mangelernährung irreversibel geschädigt würden. Ich teile sonst alle meine Sorgen und Gedanken mit meiner Frau, wir ziehen immer an einem Strang – meine Ängste um Milla aber mache ich manchmal nur mit mir selbst aus, um meine Frau nicht zusätzlich zu belasten.

Im März kamen wir mit Glück an einen Termin bei einer Psychiaterin, 120 Kilometer von unserem Wohnort entfernt. Sie riet zu Antidepressiva, doch dafür brauche sie erst mal Blutwerte von Milla, sagte sie. Aber unsere Tochter hat Angst vor Spritzen, sie ließ sich partout kein Blut abnehmen. Mehrmals haben wir gefragt, ob man das nicht unter einer kurzen Narkose machen könne, es wurde uns verwehrt. Und so hofften wir weiter auf einen Therapieplatz.

Wir hatten uns auch frühzeitig einer Online-Selbsthilfegruppe von Eltern mit magersüchtigen Kindern angeschlossen. Wir lern-

* Name geändert. Die echten Namen des Mädchens und der Familie sind dem SPIEGEL bekannt.

Yatanni / Stocksy

Vater und Tochter beim Spaziergang (Symbolbild): »Immer stiller«

ten, dass es gut sei, drei Mahlzeiten und zwei Snacks für Milla am Tag zuzubereiten und beim Essen bei ihr zu sitzen. Abends schrieben wir mit anderen Müttern und Vätern, wie der Tag gelaufen war. Wir haben uns dadurch mit der Krankheit unserer Tochter nicht mehr so alleingelassen gefühlt.

Tatsächlich schafften wir es, dass Milla wieder etwas zunahm. Jede Mahlzeit mit ihr dauerte jedoch zwei bis drei Stunden. Unsere beiden älteren Kinder konnten es irgendwann nicht mehr ertragen, zuzusehen, wie sie das Essen in sich reinwürgte, und aßen deshalb nur noch allein.

24 Stunden am Tag drehten wir uns um Milla. Nicht nur wegen des Essens, auch weil wir Angst hatten, sie unbeaufsichtigt zu lassen. Es ging nur, weil meine Frau selbstständig ist und mein Arbeitgeber verständnisvoll. Ich bin in einer mittelständischen Firma angestellt. In der Woche fuhr ich um 4 Uhr zur Arbeit, damit ich um 13 Uhr mit Milla zu Mittag essen konnte.

Anfang April erkannte auch unser Hausarzt, dass es so nicht weitergehen kann. Er wies Milla in die Kinder- und Jugendpsychiatrie eines nahe gelegenen städtischen Klinikums ein. Sie dort hinzubringen, war unglaublich hart, aber um ehrlich zu sein: Wir waren auch erleichtert, die Verantwortung für sie kurzzeitig abzugeben und selbst ein wenig Kraft tanken zu können.

Nach drei Tagen rief der Chefarzt der Klinik an. Milla weine jede Nacht, wolle nach Hause. Er schlug vor, sie in der Tagesklinik zu betreuen, so konnte sie die Nächte zu Hause verbringen.

Nach drei Wochen kam der nächste Anruf. Milla halte sich nicht an die Vorgaben. Sie habe auch keine Ziele, wisse überhaupt nicht, was sie wolle. Ich dachte: Wie soll ein 14-jähriges Mädchen in ihrer Situation das auch wissen?

Man ließ uns die Wahl: Entweder wir bringen sie in der geschlossenen Abteilung unter, oder wir lassen es ganz. Wir haben uns für Letzteres entschieden. Noch einmal das Gespräch mit der Klinik zu suchen, erschien uns sinnlos.

Zwischenzeitlich hatten mich die ersten Therapeuten zurückgerufen, auf deren Wartelisten wir standen. Die eine sagte, dass sie nicht nur schwer kranke Kinder behandeln könne. Zwischendurch brauche sie auch mal eines, das nur Angst vor einem Hund habe, sonst würde sie selbst verrückt.

Eine andere lud uns zu einem Erstgespräch ein, schaute währenddessen Milla aber gar nicht an, sprach nur mit mir. Mit ihr zu arbeiten, konnte sich unsere Tochter nicht vorstellen. Nach der Erfahrung in der Klinik – was soll das bringen, wenn sie sich gar nicht öffnet, dachten wir.

Unsere jetzige Therapeutin hörte mir am Telefon eine Stunde lang zu. Sie sagte: Ich kann mich in Ihre Lage versetzen. Ich habe zwar auch keine Kapazitäten, aber ich räume Ihnen einen Platz frei.

Ich fühlte mich erstmals ernst genommen in meiner Angst um unsere Tochter. Seit einigen Monaten fahren wir nun regelmäßig einmal die Woche zu ihr. Die Praxis ist 60 Kilometer entfernt, wir brauchen eine Stunde, aber ich würde auch zwei Stunden fahren, wenn es meiner Tochter hilft. Sowohl meine Frau als auch ich haben das Gefühl, dass Milla der Therapeutin vertraut.

Sie bestellt auch uns Eltern zu Gesprächen ein, einmal ging es dabei um die sozialen Ängste unserer Tochter. Seit dem Abendessen im Februar war Milla bis zum Sommer nicht in die Schule gegangen, sie wurde deshalb nicht versetzt. Wir haben dann mit ihr entschieden, sie bei einer anderen Schule anzumelden.

Millas Therapeutin erklärte uns, dass in ihren Augen eine ambulante Betreuung für Milla nicht ausreiche. Nachdem der Hausarzt unsere Tochter in die Psychiatrie eingewiesen hatte, waren wir allerdings von allen Klinikwartelisten gestrichen worden. Und so füllten wir wieder neue Formulare aus.

Vor wenigen Wochen bekamen wir den Anruf, dass Milla in einer hessischen Klinik einen Platz haben könne. Jetzt geht die richtige Tür auf, dachte ich.

Milla war zu der Zeit mit ihrer neuen Schule auf Klassenfahrt. Wir hatten alles darangesetzt, dass sie mitfährt. Sie selbst sah darin auch eine Chance, neue Kontakte zu knüpfen. Und tatsächlich freundete sie sich auf der Reise mit einem Mädchen aus ihrem Zimmer an. Als Milla nach ihrer Rückkehr hörte, dass sie wenige Tage später nach Hessen in die Klinik kommen könne, legte sich über ihr Gesicht sofort ein Schatten. Sie sei gerade ein wenig in der Klasse angekommen, sagte sie. Was, wenn ihre Mitschülerinnen Fragen stellen würden? Zum ersten Mal hörten wir aber auch diesen Satz: Ich möchte wieder gesund werden, aber zu Hause.

Die Therapeutin und wir rieten Milla dennoch, in die Klinik zu gehen, doch am Ende entschied sich unsere Tochter dagegen.

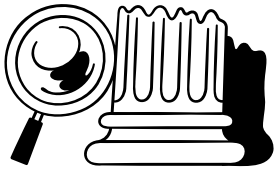
Ob es Milla zu Hause schaffen wird, wissen wir nicht. Was wir wissen, ist: Es darf nicht sein, dass sich unsere Tochter nur mehr oder weniger am Leben hält.«

Aufgezeichnet von Antje Windmann S

ZUMA Press Wire / IMAGO

Der Moment Der Libanon ist kompliziert. 18 anerkannte Konfessionen gibt es im Land, etwa 30 Prozent der Bevölkerung sind Christen. Auf seiner ersten offiziellen Auslandsreise hat Papst Leo XIV. am Montag für die libanesische Bevölkerung ein ökumenisches und interreligiöses Treffen anberaumt – natürlich auf der größten urbanen Freifläche im Zentrum von Beirut: dem Märtyrerplatz. Eine befremdliche Adresse, auf den ersten Blick, auch wenn der Opfertod für eine »gerechte Sache« in Christentum wie Islam eine lange Tradition hat. In Beirut allerdings wurde säkular gestorben. Seinen blutigen Namen hat der Märtyrerplatz in Erinnerung an libanesische Nationalisten aller möglichen Glaubensrichtungen, die 1916 an diesem Ort von den herrschenden Osmanen hingerichtet wurden. Der Libanon ist kompliziert. FRA

DEMOKRATIECHECK



Plus Der junge CDU-Abgeordnete Daniel Kölbl hat verstanden, dass man in einer Demokratie zwar streiten soll, aber nur regieren kann, wenn man sich am Ende auf Kompromisse einlässt. Er stimmt dem Rentenpaket seiner Regierung zu, obwohl er weiterhin skeptisch ist.

Minus Demonstranten stürmten die Räume der italienischen Zeitung »La Stampa«, weil sie angeblich einen proisraelischen Kurs verfolgt. »Terroristischer Journalist, du stehst ganz oben auf der Liste«, skandierten die Eindringlinge. DK

CDU-Politiker Brand

Bernd Elmenthaler / IMAGO

ANTIZIGANISMUS

Kritik an Parteifreunden

Der Antiziganismusbeauftragte der Regierung, Michael Brand (CDU), kritisiert die jüngsten Äußerungen von Politikern in Bezug auf Sinti und Roma scharf. Brand spricht von »dumpfen Stereotypen und pauschalen Diffamierungen«. Weder von den Rändern und erst recht nicht aus der politischen Mitte dürfe man »inhaltlich und rhetorisch abrutschen in die Sprache der Extremisten«.

Gerade aus der CDU waren in der letzten Zeit diffamierende Äußerungen zu hören. So warf der CDU-Bundestagsabgeordnete Paul Ziemiak Sinti und Roma vor, Sozialmissbrauch zu begehen: »Die Menschen kommen hierhin, zum Teil Scheinarbeitsverträge, Minijobs. Damit muss Schluss sein. Wer hier nicht gearbeitet hat, der kann von uns keine Leistungen bekommen.« Der Berliner CDU-Abgeordnete Timur Husein, Mitglied der Enquete-Kommission gegen Antisemitismus, Rassismus und Muslimfeindlichkeit, benutzte in sozialen Netzwerken das Z-Wort.

Brand sagt: »Probleme anzusprechen und anzugehen, ist kein Problem, im Gegenteil. Aber in diesem Zusammenhang komplette Bevölkerungsgruppen verbal in die Tonne zu treten, statt diejenigen zu Recht zur Verantwortung zu ziehen, die gegen Recht verstoßen, ist billig und absolut unangemessen.« TUT

RECHTSEXTREMISMUS

Neuer Schwung für mögliches AfD-Verbot

Die Befürworter eines Verbotsverfahrens gegen die rechtsextreme AfD haben wieder Hoffnung, nachdem sich die Berliner CDU diese Woche mit der SPD auf einen Antrag für eine entsprechende Bundesratsinitiative geeinigt hat. »Das ist ein Durchbruch auf dem Weg zum AfD-Verbot«, sagt der grüne Bundestagsabgeordnete Till Steffen, der sich seit Monaten für ein solches Verfahren einsetzt. Schon in der vergangenen Legislatur hatte er mit anderen einen entsprechenden Antrag für den Bundestag vorbereitet, für den es bislang aber keine Mehrheit gibt. »Diesen Mut und diese Entschlusskraft der Demokraten brauchen wir«, lobt Steffen nun die Entscheidung der Berliner Abgeordneten. Er fordert die Innenministerkonferenz auf, sich daran ein Beispiel zu nehmen: Schließlich würde der Beschluss in Berlin und auch der aus Schleswig-Holstein zeigen, »dass die CDU überzeugt werden kann«. Im Oktober hatte bereits der Kieler Landtag mit breiter Mehrheit aus CDU, Grünen, SPD und SSW die Landesregierung aufgefordert, ein solches Verfahren zu forcieren. Dies würde beinhalten, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzusetzen, um die Belege zusammenzutragen. Auch Orkan Özdemir, SPD-Abgeordneter aus Berlin, ist der CDU dankbar: »Dass wir diese Schritte gemeinsam mit der CDU Berlin gehen, ist ein wichtiges Zeichen in den Bund und in die Länder.« Man gehe »bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und im Kampf gegen völkischen Rechtsextremismus« voran. SOG, AKM

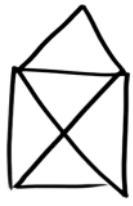
Illustration: Arne Bellstorf / DER SPIEGEL

GEGENSTAND DER POLITIK

Der Regenschirm

Schirme kann man nie genug haben, schon weil man sie immer überall liegen lässt. Womöglich hat sich das auch der Bundespräsident gedacht, bevor er am Mittwoch zum Staatsbesuch ins Vereinigte Königreich aufbrach – und als Gastgeschenk für den König einen Schirm einpackte. Das war naheliegend. Frank-Walter Steinmeier, das deutsche Staatsoberhaupt, tritt in seinem Amt unzählige Male als – genau – Schirmherr auf. Da hat er mit König Charles III. etwas gemein. Trotzdem hat dieses Geschenk etwas von Eulen nach Athen tragen, denn es ist eine hohe Kunst, dem Gastgeber genau das zu präsentieren, wofür eigentlich der berühmt ist. Charles III. hat Steinmeier Jahrzehnte im britischen Niesel voraus. Und sofort fällt einem ein, wie Steinmeier es einmal fertiggebracht hat, für den türkischen Präsidenten einen 60 Kilogramm schweren, gefrorenen Dönerspieß aus Deutschland einzufliegen. Dafür erntete er hier wie dort Häme und Kritik. In England wird es keine Verstimmung geben, sie wissen dort, wie man die Contenance wahrt. Falls dem König der Schirm nicht gefällt, kann er ihn elegant im Schirmständer irgendeiner Bio-Bäckerei vergessen. Es wäre kein Affront, es wäre nur menschlich. DED

HIEROGLYPHE UNSERER ZEIT



Das ist das Haus vom Nikolaus. Acht Silben und acht Linien, der Versuch, ein Gebäude zu malen, ohne den Stift abzusetzen. Der Ursprung der Zeichenaufgabe ist unbekannt. Sie bildet die archaische Vorstellung des Hauses ab. Seit einigen Jahren ist das Symbol auch ein beliebtes Tattoo, Teil des minimalistischen Stils, der betont sinnfreie Motive bevorzugt. Eine rätselhafte Karriere für das Haus vom Nikolaus: vom flüchtigen Gekritzel zum dauerhaften Körperschmuck. ABN

DIE GEGENDARSTELLUNG

Der Mörder ist immer der Chef

Von Alexander Neubacher

Beim ARD-»Tatort« an diesem Sonntag wird wieder im kapitalistischen Schweinesystem ermittelt. Das Mitglied einer Münsteraner Fahrraddynastie liegt tot in der Tiefkühltruhe. Professor Boerne und Kommissar Thiel geraten in eine kaputte Unternehmerfamilie, in der fast jeder ein Motiv hat, den anderen umzubringen.

Also typisch deutscher Mittelstand, wie man ihn sich bei der ARD vorstellt. Ein Wirtschaftsverband hat letztes Jahr untersucht, wie oft Unternehmer, Manager und Selbstständige im »Tatort« der Mörder sind. Ergebnis: 39-mal in sechs Jahren. Rekord. Die Tätergruppen »Berufsverbrecher« (28 Fälle) und »Polizist« (23) folgten mit deutlichem Abstand. Ganz hinten: Pfarrer, Journalist, Zirkusdirektor (je ein Mord).

Ich weiß nicht, ob SPD-Chefin und Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas sonntags gern »Tatort« guckt. Ihr Unternehmerbild würde jedenfalls gut dazu passen. Beim Bundeskongress der Jusos letztes Wochenende in Mannheim erzählte Bas von ihrem jüngsten Auftritt auf dem Arbeitgebertag, einem Berliner Wirtschaftskongress. Für sie war es offenbar ein traumatisierendes Ereignis.

Bas hatte einen unfreiwillig komischen Vortrag über ihre Rentenpolitik gehalten, daraufhin gab es ein paar Lacher im Saal: pure neoliberale Niedertracht, aus Sicht der Ministerin. »Da saßen die Herren in ihren bequemen Sesseln, der eine oder andere im Maßanzug. Und die Ablehnung war deutlich zu spüren«, sagte Bas. Für sie sei das ein »Schlüsselerlebnis« gewesen: »Weil da besonders deutlich geworden ist, gegen wen wir eigentlich gemeinsam kämpfen müssen.«

Nun ist man von SPD-Politikern scharfe Kritik am Kapitalismus gewöhnt. Eine Arbeitsministerin, die zum Kampf gegen die Leute mit den Arbeitsplätzen aufruft, hat man meines Wissens aber noch nicht erlebt. Dass SPD-Fraktionschef Matthias Miersch hinterher auch noch den Arbeitgebern die Schuld an der Eskalation zuschob (»Auslachen einer Ministerin an dieser Stelle geht gar nicht«), macht die Sache nicht besser.

SPD-Ministerin Bärbel Bas bringt die Kapitalismuskritik auf »Tatort«-Niveau.

Ich frage mich, was Bas tut, wenn sie die Arbeitgeber erfolgreich bekämpft hat. Will sie die Jobs dann alle beim Staat bereitstellen? Dass sich viele Unternehmer, Manager und Selbstständige persönlich getroffen fühlen, kann ich verstehen. Anders als im Fernsehen dargestellt, gibt es in der Wirtschaft ja auch rechtschaffene Leute. Manche Chefs tragen sogar Blaumann und arbeiten im Betrieb mit. Und selbst solche, die Maßanzüge tragen, sind womöglich gute Vorgesetzte, bilden aus, investieren in den Standort, zahlen anständige Löhne.

In Studien kommt regelmäßig heraus, dass in Deutschland vergleichsweise wenige Menschen ein Unternehmen gründen. Sehr beliebt ist hingegen der öffentliche Dienst. Wer »Tatort« guckt und Bärbel Bas kennt, ahnt, warum das so ist, denn wer möchte schon gern der Bösewicht sein?

An dieser Stelle schreiben im Wechsel Susanne Beyer, Anna Clauß, Markus Feldenkirchen, Alexander Neubacher und Ralf Neukirch.

Horst Friedrichs / Alamy / Mauritius Images, Andreas Chudowski

WAS HAT DAS MIT MIR ZU TUN?

Frisches Bargeld vom Supermarkt

In der digitalen Zukunft braucht es bald vielleicht nicht mehr als ein Handy in der Tasche, wenn man die eigenen vier Wände verlässt. In dem Gerät wäre dann eine Bezahlfunktion integriert, ein digitaler Schlüssel für die Wohnungstür und eine App, mit der man seinen autonom fahrenden Wagen steuern kann. Münzen und Scheine könnte man dann im Prinzip auch ganz abschaffen. Doch solange noch mit Bargeld gezahlt wird, sollte es auch allen zugänglich sein. Die EU hat sich jüngst darauf geeinigt, dass es künftig europaweit möglich sein soll, Geld auch in Supermärkten abzuheben. Das soll verpflichtend auch dann gelten, wenn man ansonsten nichts in dem Laden einkauft. Weil immer mehr Menschen mit Karte oder per Handy oder Smartwatch zahlen, gibt es immer weniger Geldautomaten. In den Niederlanden finden in Geschäften nur noch 22 Prozent der Zahlungen mit Bargeld statt, im kleinsten EU-Land Malta sind es hingegen 67 Prozent. Deutschland liegt mit 53 Prozent im Mittelfeld. Gerade für ältere Menschen im ländlichen Raum wird der Mangel an Geldautomaten zu einem echten Problem. Manche, die Barzahlung bevorzugen, wünschen sich den Erhalt der Anonymität oder finden, mit Bargeld überblicke man die eigenen Finanzen besser. Doch allein im vergangenen Jahr sank die Anzahl der Geldautomaten in Deutschland um drei Prozent auf unter 50.000 Maschinen. Auch wenn Lebensmittel bereits oft online bestellt werden, Supermärkte wird es weiter geben – und damit die Möglichkeit, an Bares zu kommen. TIL

AUFGEZEICHNET

Netanyahu will sich begnadigen lassen

Von Julian Fiebach

»Wenn Sie mich begnadigen, bleibe ich Ihr Freund.«

DER SPIEGEL

EXTRA

Alle wichtigen Fragen des Lebens

Wie sichere ich mir die besten Zinsen? Wie rede ich in kritischen Situationen mit meinem Chef? Wie halte ich mein Herz gesund? Antworten auf die wichtigsten Fragen des Alltags finden Sie in SPIEGEL Extra.

spiegel.de/extra

DIE AUGENZEUGIN

»Ich bin keine geborene Eremitin«

Mareike Espenschied / NABU-SH.de

Mareike Espenschied, 34, lebte 206 Tage allein auf der Nordseeinsel Trischen.

»Nach sieben Monaten auf der Insel war es okay zu gehen. Gerade überwiegt die Freude über das, was ich dort vermisst habe: Freunde und Familie zu sehen, mit anderen zu essen. Aber kürzlich habe ich eine Glasflasche mit Sand von Trischen ausgepackt, den ich zur Erinnerung mitgenommen hatte. Da wurde ich schon wehmütig.

Ich kann mich noch an das Gefühl erinnern, als ich Ende März auf der Insel abgesetzt wurde, erstmals ganz allein. Ich freute mich darauf, in meinen Job als Naturschutzwartin für den Nabu zu starten, die Insel zu entdecken, mich einzurichten. Meine Unterkunft war sehr minimalistisch, aber total gemütlich: kleine Küchenzeile, Holzofen, Schreibtisch, Bett, ein paar Regale voller Bücher. Zu jeder Seite der Hütte blickt man durch ein Fenster auf das Meer oder die Salzwiesen. Mir hat nichts gefehlt, außer einer Waschmaschine.

Die Tage auf Trischen begannen kurz vor Sonnenaufgang. Gleich nach dem Aufstehen trat ich auf den Umlauf hinaus, auf die Windschattenseite der Hütte. Von dort kann man die Zugvögel am besten zählen. Meine Hauptaufgabe war es, die Brutvögel zu kartieren, außerdem die rastenden Vögel zu zählen, Wetterdaten zu erfassen und die Insel zu vermessen. Abends war ich müde und froh, wieder in der Hütte zu sein.

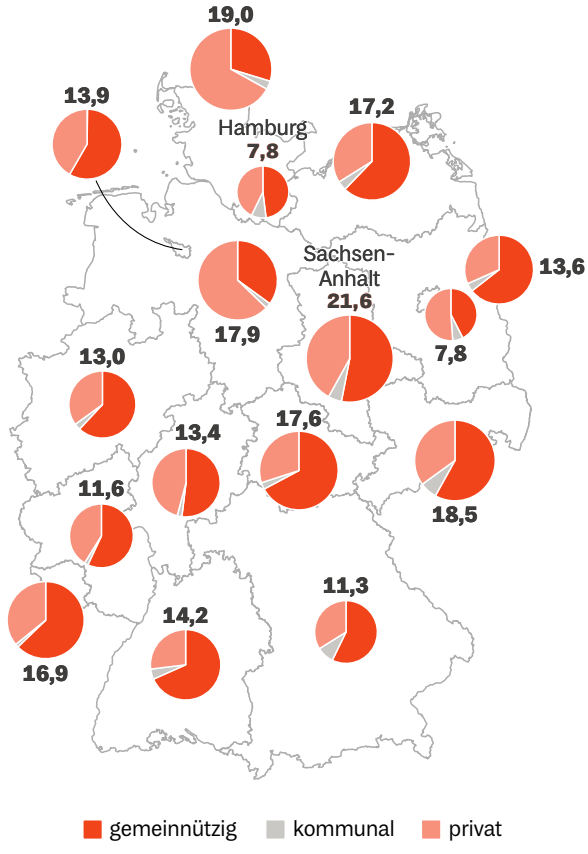
Das Leben unter Vögeln ist natürlich entschleunigend. Trotzdem würde ich das Zusammensein mit Menschen nicht missen wollen. Auf Trischen habe ich ganz klar gemerkt: Ich bin keine geborene Eremitin. Ich kann allein sein, möchte das aber nicht dauerhaft. In der Einsamkeit ist man sehr hartnäckig mit sich selbst konfrontiert. Für mich war das eine positive, aber auch teilweise unangenehme Erfahrung. Jedenfalls kann man sich dem nicht entziehen.

Zweimal hat mich das Alleinsein in brenzlige Situationen gebracht. Einmal bin ich mit dem Gummistiefel in einem Priel stecken geblieben, einmal bei der Wattkartierung bis zum Knie eingesunken. In diesen Momenten ist mir klar geworden: Die Insel ist Wildnis. Noch einmal dorthin gehen würde ich nicht. So bleibt die Erfahrung etwas Einmaliges. Und besser wird es nicht.«

Aufgezeichnet von Evelin Ruhnow

LANDAUF, LANDAB

Trautes Heim Viele Menschen möchten im Alter dort bleiben, wo sie sind, in vertrauter Umgebung. Doch manche müssen oder wollen in ein Alten- und Pflegeheim ziehen. Es gibt rund 11.600, und sie bieten gut 900.000 Plätze. Dahinter stecken mehrheitlich gemeinnützige Träger wie Caritas, Deutsches Rotes Kreuz oder Diakonie Deutschland. Die Suche nach einem Platz kann schwierig sein. Der Bedarf wächst, aber das Angebot an vollstationären Plätzen nicht entsprechend, wie die Beratungsfirma pm pflegemarkt.com berichtet. Pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählt Sachsen-Anhalt nach SPIEGEL-Berechnungen die meisten Heime, Hamburg die wenigsten. VBT



Vollstationäre Pflegeheime je 100.000 Einwohner, nach Trägern

S • Quellen: eigene Berechnung, pm Pflegemarkt.com, Stand: Mai 2025

1&1 Weihnachts-Special

Für jeden das passende Weihnachtsgeschenk – jetzt bei 1&1
zu Top-Preisen und inklusive Mobilfunktarifen.*

1&1 – Immer wieder besser.

TOP-ANGEBOTE FÜR IHR FEST!*

Kids Watch ab 7,99 €/Monat* DAUERHAFT!

Handy ab 9,99 €/Monat* DAUERHAFT!

z.B. Samsung Galaxy A17
inkl. 1&1 All-Net-Flat XS (10 GB)

Laptop / Tablet ab 14,99 €/Monat* DAUERHAFT!

z.B. Samsung Galaxy Tab A11
inkl. 1&1 Daten-Flat S (10 GB)

1&1

1und1.de

24/7 **0721 / 960 6000**
Sie erreichen uns rund um die Uhr kostenlos aus dem 1&1 Netz.

MEMBER OF united internet

*Z.B. das Samsung Galaxy A17 5G in Verbindung mit 1&1 All-Net-Flat XS mit Multicard und 10 GB Highspeed-Volumen/Mon. (bis zu 300 MBit/s Download/bis zu 50 MBit/s Upload, danach je max. 64 kBit/s), 9,99 €/Mon. Mit Einmalzahlung 30,– € zahlbar bei Vertragsende, spätestens nach 36 Vertragsmonaten. Oder ohne Einmalzahlung bei Auswahl eines neuen Geräts bei 1&1 und Rücksendung des Altgerätes in gebrauchsfähigem Zustand. Alternativ wird treuen Kunden, sofern der Vertrag nach 36 Monaten noch besteht, die Einmalzahlung im 36. Monat automatisch gutgeschrieben, sodass sie sich auf 0,– € reduziert (Geräterückgabe hierfür nicht erforderlich). Gratis Telefonieren u. Surfen gilt nicht für Sonder- u. Premiumdienste, Verbindungen aus Deutschland ins Ausland sowie Roaming außerhalb EU gemäß Preisliste. Oder z.B. das Galaxy Tab A11 5G in Verbindung mit 1&1 Daten-Flat S mit 10 GB Highspeed-Volumen/Mon. (bis zu 300 MBit/s Download/bis zu 50 MBit/s Upload, danach je max. 64 kBit/s) für 14,99 €/Mon. Einmalige Zahlung 80,– € zahlbar bei Vertragsende, spätestens nach 36 Vertragsmonaten. Gleichzeitig wird treuen Kunden, sofern der Vertrag dann noch besteht, die Einmalzahlung im 36. Monat automatisch gutgeschrieben, sodass sie sich auf 0,– € reduziert. Bereitstellungspreis je 39,90 €. Oder z.B. die TCL Kids Watch für 7,99 €/Mon. in Verbindung mit 1&1 Kids mit 1 GB Highspeed-Volumen/Mon. (bis zu 50 MBit/s Download/bis zu 25 MBit/s Upload, danach je max. 64 kBit/s). Telefonie/SMS: 100 Freieinheiten für Telefon-Minuten und/oder SMS pro Monat in alle Fest- und Mobilfunknetze innerhalb Deutschlands, des EU-Auslands und aus EU nach Deutschland plus Island, Liechtenstein und Norwegen, danach jeweils Sperre. Kostenkontrolle durch voreingestellt gesperrte kostenpflichtige Sonder- und Servicerufnummern der Rufnummerngassen 0900, 0180, 118 und 0137 bei Inlandsnutzung, Premium-Voice/SMS, internationale Verbindungen aus Deutschland ins Ausland sowie Roaming-Verbindungen; Internationale Verbindungen aus Deutschland ins Ausland sowie Roaming-Verbindungen auf Kundenwunsch wieder aktivierbar; Preise gemäß Preisliste. Auf Wunsch inklusive Einrichtungshilfe für Kinderschutz-Apps Google Family Link oder Apple iOS Kinderschutz. Bereitstellungspreis 19,90 €. Nur zur Nutzung durch Kinder des Vertragspartners. Energieeffizienz: S25 FE: B, A17 5G: B, Z Flip7: B, Tab A11: D. Je 24 Monate Mindestvertragslaufzeit. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur. WEEE-Nr. DE13470330

DEUTSCHLAND

Wenn Sahra Wagenknecht doch noch einzieht

Stühle im Plenarsaal des Bundestags

Friedrich Bungert / picture alliance

Parlament Das BSW will die Bundestagswahl neu auszählen lassen, der Fall dürfte vor dem Bundesverfassungsgericht landen. Hat die Partei Erfolg, droht das Ende der Regierung.

Für den Fall, dass alles gelingt, ist Fabio De Masi schon ausgerüstet. An einem Montag Anfang November ist der BSW-Politiker nach Berlin gekommen, Sahra Wagenknecht verkündet an diesem Tag ihren Rückzug von der Parteispitze. De Masi, der für das BSW im Europaparlament sitzt, soll sie als Vorsitzender beerben. Doch De Masi geht es an diesem Tag noch um etwas anderes. Er sei im Bundestag gewesen, um einen neuen Hausausweis zu besorgen, erzählt er. »Den werde ich nämlich brauchen.« Immerhin müsse er als künftiger BSW-Chef im engen Austausch mit seinen Abgeordneten sein.

Seine Abgeordneten? Bisher gibt es keine BSW-Parlamentarier im Bundestag. Doch De Masi ist überzeugt, dass sich das ändern wird. Oder erweckt zumindest den Eindruck.

Noch nie ist eine Partei bei einer Bundestagswahl so knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert wie das BSW: 0,019 Prozentpunkte fehlten vor einem Dreivierteljahr für den Einzug ins Parlament, das entspricht 9529 Stimmen. Das BSW glaubt, dass diese fehlenden Stimmen auf Fehler zurückzuführen sind, und hat deshalb Einspruch gegen die Wahl eingereicht. Der Fall wird wohl bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen.

Kommt es zur Neuauszählung? Offen. Sicher ist: Ein Erfolg des BSW könnte den gesamten Bundestag umkrempeln. Würde die Partei nachträglich ins Parlament kommen, wären nicht nur viele Abgeordnete anderer Parteien ihre Sitze los, sondern die Regierungskoalition aus Union und SPD auch ihre Mehrheit. Es wäre ein politisches Beben, noch heftiger als das Haushaltsurteil, mit dem Karlsruhe in der vorigen Legislaturperiode der Ampelkoalition ihre Geschäftsgrundlage entzog und das vorzeitige Ende von Olaf Scholz' Kanzlerschaft einleitete.

Im Berliner Betrieb ist das einigen bewusst. Aber kaum jemand redet darüber – abgesehen vom BSW, das ein Interesse daran hat, das Thema im Gespräch zu halten. Die Frage, ob das BSW es noch ins Parlament schafft, entscheidet nicht nur über das weitere Schicksal der von Sahra Wagenknecht gegründeten Partei, sondern schwebt wie ein Damoklesschwert über allem.

Was käme dann?

Das BSW kämpft seit Monaten mit allen Mitteln für sein Anliegen. »Löschen, löschen, löschen.« So beschreibt die Linkenabgeordnete Ina Latendorf einen Teil der vergangenen Wochen. Latendorf ist stellvertretendes Mitglied im Wahlprüfungsausschuss des Bundestags – dem Gremium, das sich als erstes mit dem Wahleinspruch des BSW beschäftigen musste.

Bei den zuständigen Abgeordneten seien mehr als 26.000 meist gleichlautende Mails eingegangen, berichtet Latendorf. Sollte das Wahlergebnis nicht zeitnah überprüft werden, »würde das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen weiter schwinden«, hieß es etwa in den Nachrichten. »Schützen Sie die Demokratie! Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht.«

Mitte Oktober hatte das BSW seine Unterstützerinnen und Unterstützer aufgerufen, sich mit einem vorgefertigten Text an die zuständigen Parlamentarier zu wenden. Die Mailadressen lieferte das BSW gleich mit, ebenso eine genaue Anleitung zum Abschicken. Die Flut an Mails habe zeitweise die Posteingänge der Ausschussmitglieder lahmgelegt, sagt Latendorf. »Eine krasse Vorgehensweise vom BSW.«

Dass eine Partei knapp an der Fünfprozenthürde des Bundestags scheitert, ist nicht neu. Der FDP erging es zweimal so, die Grünen und die AfD durchlebten das zu ihren Anfangszeiten ebenfalls. Doch Wagenknechts Leute glauben, dass es nach der Wahl systematische Zählfehler gab. Unter anderem durch eine Verwechslung.

In 15 der 16 Bundesländer stand direkt über dem BSW eine Partei mit ähnlichem Namen auf dem Wahlzettel: die Kleinstpartei Bündnis Deutschland (BD). Beim BSW ist man überzeugt, dass Wahlhelfende die Stimmen von BSW und BD vertauscht haben könnten. Als Beleg führt die Partei unter anderem an, dass solche Fälle in einigen Wahlbezirken tatsächlich bemerkt und korrigiert worden waren. In anderen Wahlbezirken gebe es allerdings weiterhin »Anomalien«, sprich: Das BD lag in diesen Wahllokalen im Ergebnis vor dem BSW. Die Partei pocht daher darauf, dass mindestens in diesen Bezirken noch einmal ausgezählt werden müsse, am besten aber in allen.

Parteifreunde De Masi, Wagenknecht: Treiben ihr Anliegen mit allen Mitteln voran

IPON / IMAGO

Es klingt einerseits absurd. Nach einer Geschichte, die man sich erzählt, um sich der eigenen Niederlage nicht stellen zu müssen. Andererseits könnte es reichen, wenn nur in einem Teil der gut 95.000 Wahlbezirke solche Fehler entdeckt und zugunsten des BSW korrigiert würden, um die Partei noch in den Bundestag zu katapultieren.

Der SPIEGEL hat berechnet, wie das Parlament dann aussehen könnte: Fänden sich bei einer Neuauszählung die nötigen zusätzlichen Zweitstimmen für die Partei, würde das BSW mit mehr als 30 Abgeordneten in den Bundestag einziehen, darunter Sahra Wagenknecht und BSW-Parteichefin Amira Mohamed Ali. Die Fraktion der Union würde um 11 Abgeordnete schrumpfen, die der AfD um 7, die SPD müsste ebenfalls 7 Sitze abgeben, die Grünen 5 und die Linke 3.

Und die Koalition hätte keine Mehrheit mehr. Schwarz-Rot käme nur noch auf 310 von 630 Abgeordneten. Es wäre das Ende der Regierung, zumindest in dieser Form und Zusammensetzung.

Eine Minderheitsregierung? Kommt für die Union nicht infrage, schon gar nicht in diesen ohnehin instabilen Zeiten. Natürlich könnte Friedrich Merz versuchen, seine Kanzlerschaft zu retten und etwa ein Dreierbündnis mit SPD und Grünen zu schmieden. Allerdings findet die Union es schon anstrengend, nur mit der SPD zu regieren. Und dann noch die Grünen? Für viele Konservative würde sich das nach Selbstaufgabe anfühlen.

Auch mit der AfD hätte die Union eine Mehrheit, aber Merz hat mehrfach ausgeschlossen, dass er sie nutzen würde. Entweder drängt ihn also jemand zur Seite, der da skrupelloser ist – oder es gibt vorgezogene Neuwahlen, zum zweiten Mal in Folge.

Es steht also für alle Parteien viel auf dem Spiel. Doch das Verfahren zog sich zuletzt. Der zuständige Wahlprüfungsausschuss konstituierte sich erst Ende Juni und hat seitdem nicht oft getagt. Im BSW raunte man, die Abgeordneten wollten das Verfahren verschleppen, auch aus eigenem Interesse. Im Ausschuss verwies man hingegen darauf, dass der Einspruch des BSW priorisiert werde, aber komplex sei. Das BSW hatte bereits

Jens Büttner / dpa / picture alliance

Wahlparty des BSW am 23. Februar: Der eigenen Niederlage nicht stellen

vorher verkündet, im Fall einer Ablehnung nach Karlsruhe zu gehen.

Im April hatte das BSW seine Unterlagen im Bundestag eingereicht. Danach konnten alle Landeswahlleiter und die Bundeswahlleiterin dazu Stellung nehmen, anschließend durfte das BSW noch einmal darauf reagieren. In den Dokumenten zeigt sich die gesamte Ambivalenz des Falls.

Einerseits fielen mehrere vermeintliche Belege des BSW bei näherer Betrachtung in sich zusammen, etwa bei einem Bericht aus dem baden-württembergischen Erbach. Von dort hatte sich eine Person an das BSW gewandt und erzählt, sie habe die Partei gewählt, in ihrem Briefwahlbezirk seien jedoch null Stimmen für das BSW verzeichnet worden. Die Partei wertete das als weiteres Indiz für Zählfehler. Doch laut Bundeswahlleiterin gab es in der Gemeinde Erbach überhaupt keinen Briefwahlbezirk, in dem das BSW laut amtlichem Endergebnis keine Stimmen hatte. Die Geschichte ließ sich nicht belegen. Das BSW hatte sie offensichtlich übernommen, ohne nachzuprüfen. Ähnlich war es bei weiteren angeblichen Belegen.

Andererseits ist nicht jedes Argument des BSW so leicht zu entkräften. So berichteten etwa die Landeswahlleiter aus Niedersachsen und Bayern von »auffälligen« oder »atypischen« Ergebnissen. Soll heißen: Es gab Wahlbezirke, in denen das Bündnis Deutschland Stimmen erhielt und das BSW nicht. Auch der Hamburger Landeswahlleiter schreibt von fünf solcher Wahlbezirke. Sollte es sich dort um eine Verwechslung handeln, hätte das BSW rechnerisch bis zu 113 Zweitstimmen zusätzlich erhalten, erklärt er in seiner Stellungnahme. Nachgeprüft wurden die Ergebnisse aber in keinem der betroffenen Bezirke.

Es könnte sein, dass das BD in einigen Teilen Deutschlands einfach vor dem BSW lag. Allerdings ist der Verdacht auf vertauschte Stimmen nicht völlig unbegründet. Denn mehrere Landeswahlleiter beschreiben zudem Fälle, in denen Stimmen des BSW zunächst fälschlicherweise dem Bündnis Deutschland zugeordnet wurden. In einem Wahlkreis in Baden-Württemberg bekam das BSW deshalb später 58 Stimmen zuerkannt. Auch in Hessen, Bremen oder Mecklenburg-Vorpommern wurden solche Fehler zugunsten des BSW korrigiert.

In einer Beschlussvorlage aus dem Wahlprüfungsausschuss heißt es, der Einspruch des BSW solle abgelehnt werden. Nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe wollte das Gremium am Donnerstag über den Vorschlag entscheiden. Danach wird die Sache ins Plenum gehen, das üblicherweise der Empfehlung des Ausschusses folgt.

Allein der Verdacht auf Fehler reiche nicht aus, um eine Wahl neu auszählen zu lassen, begründet der Ausschuss. »Die Wahlleiter haben die Vorwürfe des BSW geprüft, und es gab keine Zählfehler, die ein erneutes Auszählen begründen könnten«, sagte der SPD-Abgeordnete Johannes Fechner, der stellvertretendes Mitglied in dem Ausschuss ist.

Im BSW hat man ein Nein des Bundestags schon eingepreist. »Das stört uns nicht«, sagt Fabio De Masi, im Gegenteil: Sobald der Bundestag offiziell abgestimmt habe, »ist der Weg nach Karlsruhe frei«.

Darauf zielte das BSW von vornherein. Auch deshalb hat die Partei Druck gemacht. Denn ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht könnte noch einmal ein Jahr dauern.

Hat das BSW vor Gericht eine Chance?

Die Berliner Parteienrechtlerin Sophie Schönberger ist skeptisch. Bei der Debatte über Zählfehler handle es sich »um einen Generalverdacht, der nur aufkommt, weil das Ergebnis so knapp war«. Es gebe zwar Indizien, dass das BSW und das Bündnis Deutschland in einzelnen Fällen verwechselt worden seien. Solche Zweifel müsse man aber direkt bei oder kurz nach der Auszählung anbringen – »dafür findet sie ja öffentlich statt«. Danach gelte ein strengerer Maßstab. Die Stichprobe sei zu klein, um darauf basierend eine Neuauszählung zu fordern, sagt Schönberger. »Wenn wir anfangen würden, immer auf Verdacht nachzuzählen, wäre das gefährlich, weil damit das Grundvertrauen in die Abläufe zerstört wird.«

Christoph Degenhart, Leipziger Staatsrechtler und früherer Verfassungsrichter in Sachsen, ist vom Gegenteil überzeugt. Degenhart wird das BSW voraussichtlich vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten und auch die Beschwerdeschrift für die Partei verfassen. Er glaubt, dass das BSW eine gute Chance hat. Die bereits aufgedeckten Zählfehler seien ein Zeichen dafür, »dass sich Wahlfehler in besonderer Weise zulasten des BSW ausgewirkt haben«.

Degenhart ist in einem Kommentar zum Wahlrecht auf einen Satz gestoßen, der ihm Hoffnung macht: Die Anforderungen an den Nachweis eines Wahlfehlers sollen umso geringer sein, »je knapper das Wahlergebnis ausgefallen ist«.

In der Koalition will man sich mit diesen Szenarien derzeit nicht befassen. Rente, Bürgergeld, Reformen, es gebe genug andere Themen, die drängten. Die Umfragewerte für Union und SPD sind ohnehin schlecht – sie könnten weiter absacken, wenn bei den Wählerinnen und Wählern das Gefühl entsteht, diese Regierung sei eine auf Abruf.

Beim BSW hofft man hingegen weiter. Es wäre nicht das erste Mal, dass das Bundesverfassungsgericht anders entscheidet als von der Politik erwartet. Und von der Regierung gewünscht.

Zurück in den November, zu dem Tag, an dem Wagenknecht ihren Rückzug als Parteichefin verkündet. Sie sitzt im Auto, Berlin zieht am Fenster vorbei. Wagenknecht macht kein Geheimnis daraus, dass sie mit der Stadt nie warm geworden ist. Ihre Berliner Wohnung hat sie schon aufgegeben.

Politisch hoffe sie natürlich trotzdem darauf, wieder nach Berlin zurückzukehren, sagt Wagenknecht.

Als Chefin der BSW-Fraktion.

Sophie Garbe, Dietmar Hipp, Marcel Pauly, Anna Reimann, Marc Röhlig, Linda Tutmann S

Mit Steuergeld gegen die Brandmauer

Haushalt Die Denkfabrik R21 steht im Verdacht, Kontakte zwischen Union und AfD vorzubereiten. Nun wird sie mit Steuermillionen gefördert, auf Betreiben von Jens Spahn.

Jens Spahn gibt sich in diesen Tagen alle Mühe, die Distanz zur AfD zu wahren. »Abwegig« und »undenkbar« sei eine Zusammenarbeit mit einer Partei, »die Antisemiten, Rechtsextreme in ihren Reihen hat«. Im Bundestag bezeichnete der Unionsfraktionschef die AfD wegen ihrer Russlandnähe kürzlich als »fünfte Kolonne Putins«, hielt ihr Verrat am eigenen Land vor. »Die Fassade bröckelt, und wir werden sie weiter einreißen«, rief der CDU-Politiker.

Spahns Problem: Es gibt einige im politischen Berlin, die ihm seine demonstrative Entschlossenheit im Kampf gegen die AfD nicht abnehmen. Die glauben, dass er in Wahrheit nicht die Fassade der Rechtsextremen einreißen will, sondern die Brandmauer der Union zur AfD.

Als jüngstes Indiz gilt Spahns Unterstützung für einen konservativen Verein mit dem Namen Republik21 (R21). Er wurde vor vier Jahren unter anderem vom Historiker Andreas Rödder und der früheren CDU-Familienministerin Kristina Schröder gegründet und bezeichnet sich als Denkfabrik »für neue bürgerliche Politik«. Kritiker werfen dem Thinktank vor, die Öffnung der Union nach rechts außen vorzubereiten. Und das mit Geld aus der Staatskasse.

Denn die Unionsfraktion hat dafür gesorgt, dass R21 künftig in den Genuss staatlicher Fördermittel kommt. Im Haushalt für das laufende Jahr wurden für die Denkfabrik 250.000 Euro eingestellt. Für 2026 wurde die Summe auf eine halbe Million verdoppelt, die R21 für verschiedene Projekte abrufen kann.

Das Geld für 2025 will R21 nach eigenen Angaben wegen der späten Haushaltsverabschiedung im September nicht mehr beantragen. Für die Zukunft seien aber etwa Projekte zum transatlantischen Verhältnis oder zur Auseinandersetzung mit Theorien der Neuen Rechten geplant. Die Förderung läuft über vier Jahre, insgesamt kann sich die Denkfabrik also auf zwei Millionen Euro freuen. Ihr Jahresetat liegt bei etwa 700.000 Euro.

Die Finanzierung mit Steuergeld empört den linken Teil der Opposition. Dass Spahn eine Millionenspritze für R21 durchgesetzt habe, sei »gefährlich und geschichtsvergessen«, sagt Grünenfraktionsvize Andreas Audretsch. Der Verein arbeite »gezielt an der Anbahnung von Gesprächen zwischen Union und AfD«.

Für Clara Bünger, Innenexpertin der Linksfraktion, trägt R21 dazu bei, »die AfD zu normalisieren und ihren autoritären Machtanspruch voranzutreiben«. Es sei erschreckend, dass Union und SPD »diese gefährliche Entwicklung mit Steuergeldern unterstützen«.

Den Rechtsdrall der Denkfabrik machen die Kritiker unter anderem an deren Kulturkampf gegen das »woke Deutschland«, den »Diversity-Hype« oder »links-grüne Meinungsdominanz« im öffentlich-rechtlichen Rundfunk fest. Vor allem aber zielen sie auf die wiederholten Anti-Brandmauer-Plädoyers von R21-Leiter Rödder.

Der Mainzer Geschichtswissenschaftler beklagt, dass »das links-grüne politische Lager die Union in babylonische Gefangenschaft genommen« habe. Statt einer Brandmauer zur AfD empfiehlt Rödder eine Politik der »roten Linien«. Es gehe nicht um eine Koalition oder Kooperation mit der Partei, sondern um »eine konditionierte Gesprächsbereitschaft, die klare Grenzen in der Sache, im Stil und auch gegenüber radikalen Personen zieht«.

CDU-Politiker Spahn, Merz: Nicht glücklich

Florian Gaertner / IMAGO

Parteichef Friedrich Merz machte den Historiker im Frühjahr 2022 zum Vorsitzenden der CDU-Grundwertekommission. Im Jahr darauf zog Rödder sich zurück, nachdem ihn führende Christdemokraten für ein Interview kritisiert hatten. Darin brachte Rödder unter anderem CDU-geführte Minderheitsregierungen ins Spiel, selbst wenn die AfD diesen von Fall zu Fall als Mehrheitsbeschafferin dienen würde.

Merz sprach seinerzeit von einem »absoluten No-Go«, pflegte aber weiter den Kontakt zu Rödder. Im September vergangenen Jahres stellte er dessen neues Buch vor. Als Rödder vor einigen Wochen im »Stern« seine Haltung zur AfD bekräftigte, stellte der CDU-Chef klar, dass er weiter auf klare Abgrenzung setze. Nun aber bekommt Rödders Denkfabrik ausgerechnet Geld aus dem Topf des Bundespresseamts, das dem Kanzleramt untersteht.

Das Presseamt verweist auf die Budgethoheit des Parlaments. Tatsächlich aber ist man im Kanzleramt nicht glücklich darüber, dass Spahn und die Fraktion die Förderung für R21 in den Etat gedrückt haben.

Im Beirat von R21 sitzt Marie-Christine Ostermann. Die Präsidentin des Verbands der Familienunternehmer hob vor wenigen Tagen das »Kontaktverbot« zur AfD für ihre Lobbygruppe auf. Die Rechtsextremen jubelten, Verbandsmitglieder reagierten entsetzt. Inzwischen hat Ostermann einen Rückzieher gemacht: Leider sei »der falsche Eindruck entstanden, dass wir die Partei stärken wollten«.

Rödder sieht in dem Vorgang einen Beleg für »links-grüne Empörungsreflexe« und den »Opportunismus der wirtschaftlichen Eliten«. Dass Verbände Parlamentarier der größten Oppositionspartei einladen, sollte in seinen Augen »demokratische Normalität« sein. »Eine Ausgrenzung ist kontraproduktiv.«

Die Kritik an der staatlichen Förderung für R21 hält Rödder für unangebracht. Dabei prangerte R21 vor Kurzem noch die öffentliche Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen an und pries die eigene Unabhängigkeit. Dass man nun doch Geld vom Staat nimmt, wird unter anderem mit »ein wenig mehr ›Waffengleichheit‹« gegenüber eher links ausgerichteten Instituten begründet. So erhalten auch das Grünennahe Zentrum Liberale Moderne und das SPD-nahe Progressive Zentrum jährlich 500.000 Euro.

Daher, heißt es aus der Unionsfraktion, habe man sich dafür eingesetzt, dass auch R21 gefördert wird, »um gesellschaftliche Debatten in der breiten Mitte zu stärken und Meinungspluralität zu fördern«. Dies bedeute aber nicht, wird betont, »dass sich die Fraktion oder Herr Spahn die Positionen der geförderten Einrichtungen zu eigen macht«.

Philipp Wittrock S

Sie spielt mit dem Feuer

EU Roberta Metsola könnte zur mächtigsten Frau in Europa aufsteigen. Verbündet sie sich dafür mit den extrem Rechten?

Ein hässliches Schulgebäude, sozialistischer Baustil, braun und ocker gefärbte Wände, ein grauer Himmel. Da fährt eine Kolonne von Limousinen und Polizeiwagen durch die Pfützen vor, aus den Fenstern der Schule blicken Gesichter. Welcher hohe Gast kommt da? Roberta Metsola, Präsidentin des EU-Parlaments, besucht im November das EU-Beitrittsland Moldau.

Metsola betritt einen überfüllten Raum, in dem die Schüler sie feierlich empfangen. Einst, sagt Metsola zur Begrüßung, sei sie auch eine junge Schülerin gewesen, die sich sehnlichst den EU-Beitritt ihres Heimatlands Malta erhoffte. Als 15-Jährige sei sie in die Politik gegangen, weil sie die EU-Mitgliedschaft wollte. »Ich wusste, dass diese Flagge für Hoffnung, Sicherheit und Chancen steht«, sagt sie und zeigt auf die blaue EU-Flagge, die für ihren Besuch aufgehängt wurde. Die Schüler applaudieren.

Europäisches Pathos, hier funktioniert es noch. Und bei Roberta Metsola, 46, wirkt es nicht einmal aufgesetzt. Zumindest nicht zu sehr.

Auf den Fluren der europäischen Institutionen gilt Metsola als Ausnahmeerscheinung. Sie war 25 Jahre alt, als Malta der EU beitrat. Von einem Inselstaat in Südeuropa aus, der weniger Einwohner als Bremen hat und von dessen Flughafen es kaum Direktflüge nach Brüssel gibt, schaffte sie es an die Spitze des Europaparlaments. Sie war die erste Südeuropäerin im Amt der Parlamentspräsidentin, sie war die jüngste Amtsinhaberin, und sie soll jetzt womöglich ihre dritte Amtszeit bekommen. Das gab es bisher noch nicht. Vor ihr war nur Martin Schulz zweimal ins Amt gewählt worden, bevor er dann SPD-Kanzlerkandidat wurde.

Im EU-Parlament werden die Präsidenten zur Mitte der Legislatur neu gewählt, eigentlich müsste Metsola ihren Posten spätestens Anfang 2027 an die Sozialdemokraten abgeben. Doch seit Wochen kursieren Gerüchte: Die konservative EVP, Metsolas europäische Parteienfamilie, könnte mit dieser Tradition brechen und Metsola gemeinsam mit extrem rechten Fraktionen ins Amt wählen lassen.

Es wäre ein Tabubruch. Und dahinter steckt womöglich ein noch größerer Plan.

Die EVP wolle Metsola damit früh für die Spitzenkandidatur zur EU-Wahl 2029 in Stellung bringen, heißt es. Sie gilt als Wunschkandidatin des EVP-Chefs und CSU-Politikers Manfred Weber. Dann könnte sie Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin beerben.

Metsola und die EVP-Fraktion testen derzeit aus, wie weit sie gehen, ob sie dauerhaft Mehrheiten mit den extremen Rechten bilden können. Zuletzt hatte beim Lieferkettengesetz erstmals bei einem Gesetz eine rechte Mehrheit gemeinsam abgestimmt. Wiederholt sich das bei der Wiederwahl der Parlamentspräsidentin, wäre das eine neue Qualität – und ein Hinweis darauf, wie es nach von der Leyen weitergehen könnte. Womöglich brechen die Konservativen dann endgültig mit den Sozialdemokraten.

Wer ist die Frau, die im Mittelpunkt dieses Machtspiels steht? Und wie ist sie von Malta aus, dem kleinsten EU-Land, so weit gekommen – gegen alle Regeln der EU-Machtlogik?

November 2025, Metsola steht im neunten Stock des EU-Parlaments und ist von Fotografen umgeben. »Hast du deinen speziellen Stift dabei?«, fragt sie einen Abgeordneten mit runder Brille und lilafarbener Krawatte. Der strahlt und zieht einen alten Füller aus seinem Sakko.

Metsola lächelt und schreitet mit dem Stift zum Tisch. Es ist eine Zeremonie für eine neue EU-Verordnung, die Metsola jetzt unterschreibt. Der Abgeordnete mit dem alten Füller hat diese Verordnung lange verhandelt, er ist an diesem Tag stolz. Metsola weiß das.

Sie kennt ihre 720 Abgeordneten alle beim Namen, zu fast jedem kann sie etwas sagen. Es gibt kaum eine Frau ihrer Generation, die in der europäischen Politik so gut vernetzt ist. Als Studentin war sie bei den European Democrat Students organisiert, einer konservativen Studentenorganisation. In der Jugendpolitik lernte sie nicht nur ihren späteren Ehemann, einen Finnen, kennen, sondern viele andere, die heute in Europa in Führungspositionen gerückt sind. Etwa den Thüringer Ministerpräsidenten Mario Voigt oder Finnlands Präsidenten Alexander Stubb.

»Es geht nicht um die Mehrheit. Wenn überhaupt, geht es um Pragmatismus.«

Ein Wegbegleiter von Metsola beschreibt sie als jemanden, »der an Türen klopft«. Überparteilich verbündete sie sich früh mit dem grünen EU-Abgeordneten Daniel Freund, um gegen Korruption zu kämpfen. Auch mit der EU-Außenbeauftragten und früheren EU-Abgeordneten Kaja Kallas, einer Liberalen, ist sie gut befreundet. Nur so geht es, wenn man aus Malta kommt.

Und jetzt flirtet sie mit ganz rechts.

In der Regel wird über den Posten des Parlamentspräsidenten nach der Wahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten verhandelt, die Malteser haben keine Chance. Aber weil der Italiener David Sassoli 2021 schwer erkrankte und 2022 starb, wurde kurzfristig nach einer Nachfolge gesucht. Metsola war bereits Vizepräsidentin, sah eine Chance und griff zu. Sie ging in die Fraktionen und warb für sich.

Eine maltesische Besonderheit stand ihr im Weg: Im katholischen Malta sind sämtliche Parteien gegen die Aufhebung des Abtreibungsverbots. Bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und in der Drogenpolitik ist das Land liberal, nur Abtreibung ist bis heute ein Tabu. Selbst in den EU-Beitrittsverträgen hatte sich der Inselstaat abgesichert, dass Abtreibung verboten bleiben würde. Grüne und Liberale haderten, doch Metsola, Mutter von vier Kindern, vermittelte ihnen, dass sie selbst gar keine harte Abtreibungsgegnerin sei. Opportunistisch? Oder einfach nur geschickt? Jedenfalls gewann sie die Wahl.

Metsola stammt aus einer politischen Familie, in der aber niemand Parteimitglied war. Das EU-Beitrittsreferendum 2003 politisierte sie. Sie trat der Nationalen Partei bei, den Konservativen, die beim Referendum für die EU warben, während die Sozialdemokraten dagegen waren.

Lawrence Gonzi, später Premierminister, ermutigte die 25-jährige Studentin, für die Wahl des EU-Parlaments zu kandidieren. Sie verpasste 2004 und 2009 den Einzug, erst 2013 kam sie als Nachrückerin ins Parlament. Zu einer Art Ikone in ihrem Land wurde sie 2019, als sie dem maltesischen Premierminister Joseph Muscat demonstrativ den Handschlag verweigerte. Muscat war in einen Korruptionsskandal verwickelt, der im Zusammenhang mit dem Mord an der Journalistin Daphne Galizia stand. Sie wurde im Oktober 2017 mit einer Autobombe in die Luft gesprengt, nachdem sie zu Korruption in der maltesischen Regierung recherchiert hatte. Metsola kannte die Frau gut, ist noch heute mit einem der Söhne in Kontakt.

Das Foto vom verweigerten Handschlag wurde bei den Straßenprotesten in Malta zum Symbol, viele hielten das Bild auf den Demonstrationen hoch. Kurze Zeit später trat Muscat zurück.

Elf Monate nachdem Metsola Parlamentspräsidentin geworden war, flog im EU-Par-

Jan A. Staiger / DER SPIEGEL

Parlamentspräsidentin Metsola: Etwas unfreundlicher Ton

lament ein Korruptionsskandal auf – Abgeordnete hatten Geld und Gefälligkeiten aus Katar erhalten. Metsola war bei den Bürodurchsuchungen dabei, die sozialdemokratische Vizepräsidentin Eva Kaili wurde festgenommen. Kurz nach den Festnahmen hielt Metsola eine emotionale Rede im Parlament. Niemand solle glauben, die EU stehe zum Verkauf. »Lieber frieren wir, als uns kaufen zu lassen«, rief sie – gemeint war, dass man auf das Gas aus Katar nicht angewiesen sei.

Schon zur Wahl 2024 wollte EVP-Chef Manfred Weber sie als Spitzenkandidatin. Doch Ursula von der Leyen setzte sich durch, und Metsola wurde von Weber zu einer Art »zweiter Spitzenkandidatin« erklärt. Bei der Wahl 2024 holte Metsola das beste Stimmenergebnis, das jemals eine maltesische EU-Abgeordnete bekam, 87.473 Stimmen. Im EU-Parlament wurde sie mit 90 Prozent Zustimmung wieder ins Amt der Präsidentin gewählt, die Zustimmung reichte von den Grünen bis zu den Rechtspopulisten.

EU-Parlamentsplenum, November, Metsola führt die Sitzung. Ein rechtsextremer französischer Abgeordneter hat das Wort, es gab gerade eine Schweigeminute für den islamistischen Terroranschlag auf den Konzertsaal Bataclan in Paris vor zehn Jahren. »Ihr seid politisch verantwortlich für die blutigen Anschläge«, ruft er den anderen Fraktionen zu, was für Tumulte sorgt. Zehn Jahre »Gewalt, Mord und Vergewaltigung«, alles wegen offener Grenzen, sagt er.

Metsola macht ein ernstes Gesicht, drückt Daumen und Zeigefinger zusammen. »Es ist so eine Schande, dass Sie diesen Moment des Gedenkens nutzen und diese Sprache verwenden«, sagt sie.

Am nächsten Tag stimmt Metsolas EVP-Fraktion beim EU-Lieferkettengesetz mit den extrem rechten Fraktionen. Vor allem Sozialdemokraten und Grünen zeigen sich schockiert. Seither gibt es Gerüchte, dass die EVP diese Mehrheit auch für Metsolas zweite Amtszeit nutzen könnte. In Webers Umfeld heißt es, man wünsche sich eine Mehrheit in der Mitte. Aber was, wenn die nicht zustande kommt?

Neunter Stock, das Büro von Metsola grenzt an eine größere Dachterrasse, auf der Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni schon einige ihrer Stresszigaretten geraucht haben soll. Internationale Politikgrößen werden hier empfangen, gleich kommt der palästinensische Regierungschef.

Würde sie sich mit rechten Mehrheiten wählen lassen? »Die extreme Rechte steht gegen alles, wofür ich stehe«, sagt Metsola. Ob sie noch mal antritt, lässt sie offen.

Der Fotograf betritt den Raum für das Foto und positioniert einen großen Blitz. Sie hasse es, fotografiert zu werden, sagt Metsola in einem etwas unfreundlichen Ton.

Wirklich? In einem Regal finden sich haufenweise Fotos mit Staatschefs aus der ganzen Welt. Auch eine spanische Ausgabe des Frauenmagazins »Elle« liegt herum, mit Metsola auf dem Cover.

Kritiker sagen, Metsola sei nicht nur eine Selbstdarstellerin, sondern opportunistisch und immer auf den eigenen Vorteil bedacht. Beschrieben wird dann, wie sie unbedingt als erste EU-Spitzenvertreterin in die Ukraine reisen musste, auch nach Israel. Ging es ihr um die Menschen oder um die Eigen-PR? Wohlwollende Kollegen sagen, sie beherrsche eben das politische Geschäft.

Sollte sie sich in einem Jahr mit Rechtsextremen in ihre dritte Amtszeit wählen lassen, könnte das ihrem Ruf massiv schaden, sagen Sozialdemokraten und Grüne. Sollte sie dann Spitzenkandidatin werden, stünde sie im Wahlkampf als konservative Abtreibungsgegnerin da, die sich auch mit den Europafeinden wählen lässt. Manche sagen, damit würde sie ihr wahres Gesicht zeigen. Als eine, der die Macht am Ende mehr bedeutet als Prinzipien.

Als es um eine Änderung des Lieferkettengesetzes ging, sagte Metsola zwei bemerkenswerte Sätze: »Es geht nicht um die Mehrheit. Wenn überhaupt, geht es um Pragmatismus.« Wenige Wochen später stimmte Metsolas EVP-Fraktion gemeinsam mit den extrem rechten Fraktionen.

Timo Lehmann S

287.236 Euro und viele offene Fragen

Regierung Das Bundeswirtschaftsministerium fördert ein Unternehmen mit einer sechsstelligen Summe. Unter den Gesellschaftern: Karl-Theodor zu Guttenberg, Lebensgefährte von Ministerin Katherina Reiche.

Am 12. November, dem 70. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr, gab Karl-Theodor zu Guttenberg dem Deutschlandfunk ein Interview. Der ehemalige Wirtschafts- und Verteidigungsminister dozierte über die Wehrpflicht, die deutschen Streitkräfte und ihre schwerfälligen Beschaffungsprozesse. Man müsse sich von den »alten Beschaffungsregeln« befreien und »schnell handlungsfähig« werden.

Was der CSU-Mann nicht erwähnte: Er ist seit 2023 an einem Start-up beteiligt, das angeblich die passenden Technologien anbietet: der Münchner Firma GovRadar GmbH. Sie behauptet, den Aufwand bei der Erstellung von Ausschreibungsunterlagen um 90 Prozent zu reduzieren. Was Guttenberg, 53, ebenfalls unerwähnt ließ: Das Start-up, in das er investiert hat, wird nach SPIEGEL-Informationen unter anderem aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) gefördert. Dessen Chefin ist Katherina Reiche – Guttenbergs Lebensgefährtin.

Am 8. September wurde die Auszahlung von 287.236 Euro an GovRadar bewilligt. Was zunächst nicht nach viel klingt, könnte für das Start-up von großer Bedeutung sein. Im letzten veröffentlichten Jahresabschluss von 2023 sind nur Umsatzerlöse von rund 900.000 Euro ausgewiesen. Wofür genau GovRadar das Geld bekommt, will Reiches Behörde nicht verraten. Da »Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens« betroffen sein könnten, dürften »weder die Projekttitel noch die Inhalte« der geförderten GovRadar-Projekte genannt werden.

Die Fördermittel werfen Fragen auf. Wusste Reiche, 52, von der Unterstützung für GovRadar, weiß sie von Guttenbergs Beteiligung an der Firma? Falls ja: Wurde sie aus ihrem Ministerium oder von Guttenberg selbst darüber informiert? Hat sie versucht, einen möglichen Interessenkonflikt abzuwenden?

Eine Ministeriumssprecherin vermeidet direkte Antworten auf diese Fragen. Stattdessen verweist sie darauf, dass die Förderung von GovRadar im Rahmen des »Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand« erfolgt sei, das von Projektträgern im Auftrag des Ministeriums verwaltet werde. Es habe in der Sache »grundsätzlich kein direkter Kontakt« des Ministeriums zu dem Münchner Start-up bestanden.

Allerdings räumt die Sprecherin ein, dass das zentrale Vergabereferat des Ministeriums aufgrund eines Medienberichts über GovRadar eigenständig Kontakt zu der Firma aufgenommen habe. Im Sommer dieses Jahres habe ein Termin »auf Arbeitsebene« stattgefunden.

Die Beziehung zwischen Reiche und Guttenberg, dem einstigen Shootingstar der deutschen Politik, sorgt in Berlin schon länger für Getuschel. Wenige Tage vor ihrer Amtseinführung im Mai machten die beiden bekannt, dass sie »seit geraumer Zeit« ein Paar seien. Seitdem tauchte Guttenberg immer wieder dort auf, wo sich Reiche gerade befand.

Als die Ministerin Mitte Juni zum Antrittsbesuch in der US-Hauptstadt Washington weilte, war auch Guttenberg vor Ort. Einer der Termine, die Reiche wahrnahm, fand mit dem Center for Strategic and International Studies (CSIS) statt, einer US-Denkfabrik. Auf Anfrage spricht die Organisation von einem Dinner mit Reiche und dem damaligen Kommunikationschef.

Auffällig: Guttenberg wird auf der Website des CSIS als »Distinguished Statesman« geführt, der regelmäßig an Panels und Gremiensitzungen teilgenommen habe. Ob er auch bei dem Dinner mit Reiche anwesend war, ist unklar. Guttenberg ließ Fragen dazu unbeantwortet, der Fragenkatalog habe ihn zu spät erreicht. Das Ministerium erklärte, er habe Reiche »bei keinem der offiziellen Termine begleitet«.

Am letzten Septemberwochenende besuchte Reiche mit ihrem Lebensgefährten das Oktoberfest. Anfang Oktober reiste das »Traumpaar der Politik« (»Stern«) dann in

CDU-Politikerin Reiche, Investor Guttenberg: Öfters gemeinsam unterwegs

Frank Heinen / Rene Schulz / IMAGO

den mondänen österreichischen Wintersportort Seefeld. Im Luxushotel Alpin Resort Sacher versammelte sich auf Einladung von Guttenberg und Österreichs Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz ein exklusiver Kreis aus Politik und Wirtschaft, wie das österreichische Magazin »Profil« aufdeckte. Demnach waren der türkische Finanz- und der griechische Verteidigungsminister, arabische Royals und milliardenschwere Investoren unter den rund 80 geladenen Gästen.

In E-Mails der Organisatoren, die der österreichische »Standard« durch eine Anfrage an die Regierung erhalten und mit dem SPIEGEL geteilt hat, ist von »anregenden Diskussionen« über globale Märkte, künstliche Intelligenz oder Innovation in »atemberaubender Berglandschaft« die Rede. Die Teilnehmer wurden um Diskretion gebeten (»keine Aufzeichnungen, keine Medien«).

In einer E-Mail führte ein Link zu einer Website mit »Netzwerk-Aktivitäten«, auf der man eine »persönliche Auswahl« hinterlegen sollte. Ob sich dort auch Kontakte mit Reiche anbahnen ließen, will ihr Ministerium nicht verraten. Man könne sich nur zu dienstlichen Terminen der Ministerin äußern, erklärte die Sprecherin. Ein solcher »lag hier nach unserer Kenntnis nicht vor«.

Fest steht jedoch: Schon mit ihrer bloßen Anwesenheit dürfte sie das Treffen mit dem Titel »Moving Mountains« aufgewertet haben – mitorganisiert von ihrem Partner Guttenberg, der seinerseits wirtschaftliche Interessen verfolgt. Guttenberg teilt auf Anfrage mit, dass das Treffen »eine private und gänzlich nicht kommerzielle Veranstaltung« gewesen sei. »Die geladenen Gäste und ihre Familien kamen für Anreise, Unterbringung und Verpflegung selbst auf«, so Guttenberg. Wer konkret Reiches Rechnungen beglichen hat, sagt er nicht.

Wie gut die Ministerin über die geschäftlichen Aktivitäten ihres Lebensgefährten informiert ist, wissen vermutlich nur Reiche und Guttenberg selbst. Als die »Frankfurter Allgemeine« einmal von Reiche wissen wollte, wie oft sie abends mit Guttenberg auf dem Sofa über Wirtschaftspolitik reden würde, beschied die Ministerin: »Mein Privatleben bleibt privat.«

Geht es um ihr Verhältnis zu Guttenberg, stellt sich jedoch zunehmend die Frage, inwiefern die Amtsgeschäfte der Ministerin berührt sind.

Guttenberg war 2009 erst Wirtschafts- und dann bis 2011 Verteidigungsminister, er galt gar als möglicher künftiger Kanzlerkandidat, ehe er wegen der Plagiatsaffäre um seine Doktorarbeit zurücktreten musste. Seitdem hat er nicht nur in Talkshows ein Comeback gefeiert. Er hat sich ebenso als umtriebiger Unternehmer und zeitweise als Lobbyist einen Namen gemacht – wenn auch nicht immer einen guten. So fiel er etwa durch sein Engagement für das Skandalunternehmen Wirecard oder das US-Startup Augustus Intelligence auf, bei dem auch Philipp Amthor an Bord war. Der CDU-Politiker geriet wegen seiner vom SPIEGEL enthüllten Lobbyarbeit für die Firma in Bedrängnis.

Bei GovRadar – jenem Start-up, das Reiches Ministerium fördert – wurde Guttenberg 2023 mit seiner Investmentfirma Gesellschafter. Der Ex-Minister habe Anfang 2023 erstmals zu ihm Kontakt aufgenommen, sagte GovRadar-Gründer und Geschäftsführer Sascha Soyk dem Wirtschaftsportal »Business Insider«. Anschließend sei Guttenberg mit einer Investorengruppe bei GovRadar eingestiegen. Die sogenannte Seed-Runde habe eine Million Euro eingebracht.

Guttenbergs Anteil an dem Start-up beträgt zwar nur knapp ein Prozent, doch dieser könnte schnell wertvoll werden. Denn das Geschäftsmodell von GovRadar kommt womöglich genau zur richtigen Zeit, sollte die Firma ihre vollmundigen Versprechen halten.

Öffentliche Beschaffung sei in Deutschland »eine riesige Herausforderung«, viele Behörden seien »an der Belastungsgrenze durch hohe Bürokratie und personelle Engpässe«, sagte Soyk in einem Video im September 2022. Gut ein halbes Jahr zuvor hatte Kanzler Olaf Scholz (SPD) die »Zeitenwende« und ein 100 Milliarden Euro schweres Investitionspaket für die Bundeswehr angekündigt. Die schwarz-rote Koalition seines Nachfolgers Friedrich Merz (CDU) plant öffentliche Investitionen von weiteren 500 Milliarden Euro. Es könnten goldene Zeiten sein für eine Firma, die Behörden verspricht, Ausschreibungsunterlagen mit »wenigen Klicks statt händisch in monatelangen Prozessen« zu erstellen.

Gründer Soyk hat es offenbar schnell verstanden, die Behörden von seiner Idee zu überzeugen – auch schon vor dem Amtsantritt von Katherina Reiche. 2024 hat GovRadar nach Angaben des BMWE 110.858 Euro im Rahmen des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) erhalten, das Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen fördert. Im gleichen Jahr wurden weitere 40.063 Euro aus dem ZIM-Topf bewilligt, ausgezahlt in drei Tranchen von Juli bis Oktober 2025.

Auch das Finanzministerium hat GovRadar im vergangenen Jahr bereits mit 70.000 bis 80.000 Euro gefördert, wie aus dem Lobbyregister des Bundestags hervorgeht. Vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus erhielt die Firma demnach 50.000 bis 60.000 Euro Mietkostenzuschuss. GovRadar hat für das Bundesinnenministerium und den Cyber Innovation Hub der Bundeswehr gearbeitet, eine Art Ideenschmiede der Truppe – in der GovRadar-Chef Soyk früher nach eigenen Angaben selbst tätig war.

Das Geschäftsmodell von GovRadar kommt womöglich genau zur richtigen Zeit.

Die jüngste Bewilligung von 287.236 Euro aus Mitteln des Wirtschaftsministeriums könnte hilfreich bei der Suche nach weiteren Investoren sein. Mit einer Auszahlung rechnet man in Reiches Haus ab Januar 2026. Hat Guttenberg eine Rolle beim Einwerben der Förderung gespielt? Die Ministeriumssprecherin betont, die Prüfung des Förderantrags sei »ausschließlich anhand der Vorgaben der Förderrichtlinie« erfolgt.

Guttenberg selbst sagt, dass ihn eine an seine Büroadresse gerichtete E-Mail des SPIEGEL mit Fragen zunächst nicht erreicht habe, eine Beantwortung sei bis Redaktionsschluss deshalb nicht mehr möglich. Vorher hatte er mitgeteilt, er sei über die Anfrage an GovRadar informiert worden. »Die dort insinuierten Annahmen entbehren jeder Grundlage«, so Guttenberg. Er würde für keine der Firmen, in die er investiert sei, Mitglieder der Bundesregierung »befassen« – »schon gar nicht meine Lebensgefährtin«. »Alles andere wäre bereits aus privaten Gründen undenkbar.« Auch würde er »generell nicht als Lobbyist« arbeiten.

Ähnlich äußert sich GovRadar-Chef Soyk: »Herr zu Guttenberg war zu keinem Zeitpunkt für GovRadar mit den genannten Bundesministerien oder Förderanträgen befasst oder anderweitig involviert.« Außer dem Investment der Guttenberg Ventures GmbH von 2023 gebe es »weder ein operatives noch beratendes Mandat von Herrn zu Guttenberg oder seiner Firma«.

Die Einschränkung, dass Guttenberg nicht »für GovRadar« tätig war, lässt allerdings Interpretationsspielraum. Was Guttenberg etwa im Deutschlandfunk-Interview zur Beschleunigung der Beschaffung bei der Bundeswehr sagte, passt exakt zum Geschäft der Firma. Alles reiner Zufall?

Ein ähnlicher Vorgang brachte Guttenberg nach der Pleite des Zahlungsdienstleisters Wirecard ins Schleudern. In einem Gastbeitrag in der »FAZ« hatte er sich für ein sogenanntes Leerverkaufsverbot für Zahlungsdienstleister ausgesprochen – von dem Wirecard profitiert hätte. Der Deutsche Rat für Public Relations rügte Guttenberg daraufhin wegen »verdecktem Lobbyismus«. Im Untersuchungsausschuss zu Wirecard bestritt Guttenberg jede Einflussnahme des Konzerns auf die Veröffentlichung des »FAZ«-Beitrags. Seine Erklärung: »Das war ein Thema, das mich zu dem Zeitpunkt umgetrieben hat.«

Markus Becker, Sven Becker, Sven Röbel, Timo Schober S

Alternative für Migranten

Parteien Viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte wählen die AfD. Manche machen sogar Karriere in der rechtsextremen Partei.

Auf der linken Brust, hoch bis zur Schulter, hat sich der AfD-Aktivist Serge Menga den Kopf eines Leoparden tätowieren lassen. Das Raubtier reißt sein Maul auf und fletscht die Zähne. Es soll die Demokratische Republik Kongo symbolisieren, Mengas Geburtsland. Daneben prangt der Bundesadler, das Zeichen für »die Heimat seines Herzens«, wie er Deutschland nennt. Mengas Eltern kamen in den Achtzigerjahren als Flüchtlinge hierher und beantragten Asyl, damals war er elf Jahre alt.

Adler und Leopard, für Menga passt das gut zusammen. Das Tattoo hat er sich in einem Studio in Stuttgart stechen lassen, das laut Eigenwerbung patriotische deutsche Motive »zum Sonderpreis« anbietet, es gibt ein YouTube-Video davon. Auch auf seinem Instagram-Kanal präsentiert er sein Tattoo. Ein Account namens »Team Weidel« hat daneben ein blaues Herz gepostet. In der Kommentarspalte wird Menga, der schwarze AfD-Anhänger, gefeiert und beleidigt. Darin zeigen sich Zuspruch, Irritation, Wut und offener Rassismus.

»Die schieben dich trotzdem ab onkle Tom«
»Bester Mann 🇩🇪🤍💙«
»Bezahlter Knecht«
»Er denkt er ist deutscher mit dem tattoo 😂😂😂😂😂😂😂😂«
»Du hast uns verraten 🤮«
»Bro, du macht's dich lächerlich«

Ein AfD-Anhänger mit kongolesischen Wurzeln und Fluchtgeschichte? Das passt für viele Leute nicht zusammen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht laut einem Gutachten vom April Anhaltspunkte für ein »ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis« der AfD. Politiker der Partei haben eine »millionenfache Remigration« gefordert. Deutsche mit Migrationshintergrund würden von führenden Mitgliedern der Partei nicht als vollwertige Staatsbürger angesehen, befand das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht im Mai 2024.

Und trotzdem ist Serge Menga, 48, AfD-Fan und tingelt nun von einer Parteiveranstaltung zur nächsten, tritt als Redner auf, versucht, sich auf sozialen Medien als Influencer zu etablieren, wirbt um Stimmen für Rechtsaußen.

Es gibt viele AfD-Anhänger mit Migrationshintergrund. Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung von Oktober 2024 bis Januar 2025 würde fast jeder Fünfte mit Migrationsgeschichte die AfD wählen, »wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre«. Auch 14 Prozent der befragten Ausländerinnen und Ausländer würden ihr Kreuz demnach bei der AfD setzen, wenn sie wählen dürften. Bei Spätaussiedlern, Aussiedlern und Menschen mit polnischen Wurzeln ist die AfD besonders beliebt, aber auch manche Türkeistämmige sympathisieren mit der rechtsextremen Partei.

Der SPIEGEL hat mit einer AfD-Bundestagsabgeordneten in Berlin gesprochen, deren Eltern Russlanddeutsche sind, mit einem bayerischen Lokalpolitiker und dessen türkisch-kurdischem Vater in Miltenberg sowie einem polnischstämmigen AfD-Wähler in Solingen. Und eben mit Serge Menga, dem Mann aus der Demokratischen Republik Kongo.

Serge Menga – AfD-Aktivist mit kongolesischem Hintergrund

Er sitzt an einem Novembertag im T-Shirt auf der Dachterrasse eines Hotels in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa, das Gespräch findet per Videocall statt. Menga erzählt, er sei Unternehmer und habe eine Firma mit Sitz in Kinshasa, es gehe um kleinere Landwirtschafts- und Entwicklungsprojekte. Deshalb sei er weiterhin regelmäßig in dem zentralafrikanischen Land, sagt der AfD-Anhänger: »Ich fühle mich meiner alten Heimat noch immer sehr verbunden.«

Deutsche mit afrikanischen Wurzeln zählen nicht zu der bevorzugten Zielgruppe der AfD-Oberen. Unvergessen bleibt, wie 2016 der damalige stellvertretende Vorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende Alexander Gauland den deutschen Fußball-Weltmeister von 2014, Jérôme Boateng, beleidigte. Dieser hat einen ghanaischen Vater und eine deutsche Mutter. »Die Leute finden ihn als Fußballer gut«, sagte Gauland, »aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.«. Auf dem Twitter-Account des damaligen Bundestagsabgeordneten Jens Maier wurde der Sohn des ehemaligen Tennisstars Boris Becker 2018 als »kleiner Halbneger« verunglimpft.

Rassistische Ausfälle dieser Art gibt es bei AfD-Politikern immer wieder. Sie sind aber offenkundig nichts, was die Begeisterung Serge Mengas für die Partei mindern würde. Er hat seine eigene Sicht auf das Thema Rassismus.

»Der Rassismusvorwurf wird häufig instrumentalisiert«, findet Menga. Die Aussagen Einzelner in der AfD würden aufgebauscht. Der Rassismus hingegen, der von einzelnen Migrantengruppen aus dem Nahen Osten gegen Schwarze oder andere Ethnien ausgehe, werde ignoriert. »Es muss halt ins Weltbild der Linken passen, damit es als problematisch empfunden wird«, sagt er.

Von dieser Seite werde ihm vorgeworfen, er lasse sich von der AfD vor den Wagen spannen. Auch das sei Rassismus, sagt er. Warum? »Weil man einem maximalpigmentierten Menschen wie mir die Intelligenz abspricht, für sich selbst zu entscheiden, was für ihn die richtige Partei ist.«

Die Black Community in Deutschland und Europa präsentiere sich zu oft in der Opferrolle, sagt er. Um klarzumachen, dass er anders denkt, veröffentlichte er gemeinsam mit dem Rechtsextremisten und »Reichsbürger« Björn Winter einen eigenen Song mit dem Titel »Darf ich nicht«, samt KI-Video. »Herzlich willkommen, hier spricht die Sprachpolizei«, lautet eine Zeile darin. In Dauerschleife singt Menga: »Sag doch mal Negerkuss.« »Darf ich nicht«, antwortet sein Duettpartner. Es ist ein verstörender Auftritt. Schwarze tanzen in Strohröcken, ein kleiner Affe schlägt penetrant mit dem Löffel gegen eine Glocke.

»Das ist Satire«, sagt Menga.

Der Deutschkongolese machte erstmals nach Silvester 2015 auf sich aufmerksam. In der Neujahrsnacht waren Frauen am Kölner Hauptbahnhof massenhaft sexuell belästigt worden, die Tatverdächtigen stammten vor allem aus Nordafrika. Menga forderte in einem Facebook-Video kriminelle Ausländer dazu auf, das Land zu verlassen.

Das Thema Sicherheit sei ihm wichtig, sagt er im Interview – und kommt dann auf die »Stadtbild«-Debatte zu sprechen. Er mache sich Sorgen um seine beiden Töchter, wenn sie abends unterwegs sind. »Und auf einmal bemerkt auch der Kanzler, dass sich das Stadtbild verändert hat«, sagt er. Merz versuche doch nur, am rechten Rand zu fischen.

Den rechten Rand besetzt aber bereits die AfD. Und dort träumt man zum Beispiel davon, die Grenzen für Asylsuchende komplett zu schließen. Fände Menga, einst selbst Flüchtlingskind, das wirklich gut? »Jein«, sagt er. »Nein. Weil Deutschland nicht meine Heimat geworden wäre, wenn das in den Neunzigern

Daniel Löb / dpa / picture alliance

Redner Menga: »Das Land verkraftet nicht noch mehr Flüchtlinge«

der Fall gewesen wäre.« Und ja, weil die Situation heute eine andere sei. Das Land verkrafte nicht noch mehr Flüchtlinge. Vor allem nicht solche, die sich »auf Kosten der deutschen Bevölkerung den Arsch platt sitzen«.

Kerim Erdem – AfD-Lokalpolitiker mit kurdischen Wurzeln

Kerim Erdem, 35, ist der Sohn einer deutschen Mutter und eines Kurden, der in den Achtzigerjahren aus politischen Gründen aus der Türkei flüchtete. Seit dem vergangenen Jahr ist er stellvertretender Vorsitzender der AfD im Kreisverband Miltenberg in Unterfranken.

Erdem sitzt im Café eines Gartencenters am Rande Aschaffenburgs. Neutrales Terrain. Viele hätten ihm abgeraten, mit dem SPIEGEL zu sprechen, sagt er. Das Misstrauen gegenüber der Presse ist in der AfD groß. »Ich finde es aber wichtig für eine Demokratie, dass man sich austauscht und debattiert«, sagt Erdem. Er habe »gute Gründe«, warum er in die AfD eingetreten sei, und die wolle er gern erklären.

»Eine große Rolle hat die Pandemie gespielt«, sagt Erdem. Damals habe er sich massiv in seinen Freiheitsrechten eingeschränkt gefühlt. Viele der Maßnahmen habe er »schwachsinnig« gefunden. Erdem sagt, er habe sich gut über die Parteien informiert. Er schaute bei einem Stammtisch der CSU im Landkreis vorbei und besuchte auch die Freien Wähler. Er habe dabei offen erzählt, was er von den Coronamaßnahmen halte und dass er nicht geimpft sei. »Da war ich sofort der Böse«, sagt er. Ganz anders bei einem AfD-Treff. »Die haben mir zugehört, es war ein gutes Gespräch.« Auch das Parteiprogramm habe ihn angesprochen. Weniger Fluchtmigration, keine Windräder, die Ablehnung des »Genderwahns«, das gefiel ihm alles.

Im Februar trat er bei der Bundestagswahl als Direktkandidat für die AfD im Wahlkreis Main/Spessart an und holte in seiner Heimatstadt Miltenberg mehr als 20 Prozent, auch wenn er den Sprung in den Bundestag nicht schaffte.

Erdems große Themen sind »kriminelle Ausländer« und »die Masseneinwanderung aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan«. In den vergangenen Jahren haben sich viele Meinungsforscher und Sozialwissenschaftlerinnen mit der Frage beschäftigt, warum sich Menschen in Deutschland der AfD zuwenden. Sie tun es häufig aus Protest gegen die etablierten Parteien, viele sind getrieben von Sorgen und Groll. Sie haben oftmals Angst vor dem sozialen Abstieg, vor Kriminalität, vor Veränderungen. Und sie lehnen die derzeitige Flüchtlingspolitik ab.

Dasselbe gilt wohl auch für AfD-Anhänger mit Migrationshintergrund. Jeder Fünfte in Deutschland ist selbst eingewandert oder

AfD-Mitglied Erdem, AfD-Abgeordnete Zimmer, AfD-Wähler Raczek: Zu viel in diesem Land sei inzwischen ungerecht

hat Eltern, die im Ausland geboren wurden. Das sind 21 Millionen Menschen aus unterschiedlichen Ländern mit sehr unterschiedlichen Einwanderungsgeschichten, Religionen und Kulturen.

Wer als Sohn eines türkischen Vaters aufwuchs, empfindet nicht zwangsläufig Empathie für afghanische Asylsuchende. Nur weil jemand einst als Spätaussiedler aus Russland oder Polen kam, muss er keine flüchtlingsfreundliche Politik befürworten. Auch zwischen unterschiedlichen migrantischen Milieus gibt es Ressentiments, Rassismus und Verteilungskämpfe. »Deutsche mit Einwanderungsgeschichte ticken grundsätzlich nicht anders als Deutsche ohne Einwanderungsgeschichte«, sagt denn auch der Münchner Politikwissenschaftler Andreas Wüst.

Kerim Erdem ist Familienvater. Seine Schwiegermutter gehe manchmal mit seinem zweijährigen Kind auf den Spielplatz im Park Schöntal in Aschaffenburg, sagt er. Das ist jene Grünanlage, in der im Januar 2025 ein Afghane eine Kindergartengruppe mit dem Messer angegriffen hat. Der psychisch Verwirrte tötete einen zweijährigen Jungen und einen 41-jährigen Mann. Die schreckliche Tat befeuerte die Diskussion um ausländische Straftäter in Deutschland – auch bei den Erdems.

Die jetzige Asylpolitik führe ins Desaster, sagt Kerim Erdem. Es müsse jedem klar sein, dass es schlicht unmöglich sei, so viele junge und zum Großteil schlecht gebildete Männer zu integrieren. Auch sein Vater teile diese Meinung, der selbst als Flüchtling gekommen sei und nicht einmal die deutsche Staatsbürgerschaft besitze.

Familie Erdem betreibt in Miltenberg ein Restaurant mit gutbürgerlicher Küche, das »Bootshaus«. Von Aschaffenburg ist man mit dem Auto in 40 Minuten dort. Das Lokal liegt direkt an der Promenade, innen sind die Wände holzvertäfelt. Auf der Speisekarte stehen urdeutsche Gerichte wie Schnitzel mit Pommes oder Tafelspitz mit Salzkartoffeln.

Kerim Erdems Vater Fehmi macht Kaffee und setzt sich mit an den Tisch. »Wenn ich Deutscher wäre, würde ich auch die AfD wählen«, sagt er. »Es geht so vieles den Bach runter.« Während der Coronapandemie seien sie mit dem Bootshaus gerade so über die Runden gekommen. Als es endlich wieder aufwärtsging, seien rund 50 Flüchtlinge nebenan in ein ehemaliges Hotel eingezogen. Früher sei seine Terrasse im Sommer immer gut besucht gewesen. Viele Gäste würden jetzt aber von den jungen Männern aus der Unterkunft abgeschreckt, die auf der Promenade abhingen.

Damals, als er in den Achtzigern nach Deutschland kam, habe er hart arbeiten müssen. »Ich habe mir alles selbst aufgebaut«, sagt er. »Mein Verständnis für Leute, die einfach nur die Hand aufmachen, ist null.«

Die Erdems sind eine multikulturelle Familie – die deutsche Mutter, der kurdische Vater, dessen jetzige Ehefrau aus Rumänien stammt. Er selbst sei kein Muslim, sagt Kerim Erdem, aber es gebe Frauen in seiner Verwandtschaft, die gläubig seien und Kopftuch trügen. Wie blickt er dann auf Alice Weidels Schimpftirade gegen Muslime 2018 im Bundestag? Die Fraktionschefin sprach von »Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierten Messermännern und sonstigen Taugenichtsen«, die den deutschen Wohlstand nicht sichern helfen würden. »Ich selbst hätte andere Worte gewählt«, sagt er. »Aber nur in Bezug auf die Kopftuchmädchen. Beim Rest gehe ich mit.«

Christoph Raczek – polnischstämmiger AfD-Wähler

Christoph Raczek arbeitet als Bauunternehmer in Solingen. Draußen: Bagger, Holzpaletten, Gerüste. Drinnen riecht es nach Kaffee und Zigarettenrauch. Ein kleines Kruzifix hängt über dem Türrahmen in seinem Büro. Er ist ein kräftiger Mann mit freundlichen Augen und schallendem Lachen. Nur das gerollte R lässt erahnen, dass Deutsch nicht seine Muttersprache ist. Nach Deutschland kam er 1989, wie so viele Polen. Heute spricht er von »uns Deutschen«. Und er wählt eine Partei, die Zuwanderung in weiten Teilen ablehnt, obwohl er selbst einst als Migrant hierherkam.

Laut der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die AfD unter polnischstämmigen Personen mit einem Anteil von 33 Prozent die stärkste Partei, gefolgt von der Union, die von einem Viertel bevorzugt wird.

Zu viel in diesem Land sei inzwischen ungerecht, findet Raczek. Zum Beispiel dass etliche Leute Bürgergeld erhielten, obwohl sie arbeiten könnten. Oder dass übertrieben viele finanzielle Mittel in die Versorgung und Unterbringung Asylsuchender flössen, während die Schulen in einem miserablen Zustand seien, auch in Solingen. »Die jetzige und auch die letzte Regierung lässt uns deutsche Bürger im Stich«, findet Raczek.

Nicht bei allem stimmt er der AfD zu. »Remigration«, sagt er, »ist ein bisschen hart formuliert.« Er habe nicht grundsätzlich etwas gegen Ausländer, schließlich arbeite-

Fotos: Tim Wegner / DER SPIEGEL, Gordon Welters / DER SPIEGEL, Michael Englert / DER SPIEGEL

ten in seinem Betrieb fast nur Menschen mit Migrationshintergrund, Italiener, Griechen, Albaner. Mit all denen komme er gut klar.

Erst »südlich von Albanien«, da würde es schwierig. Mit den Muslimen habe er »Probleme«, sagt er, und er bemüht das übliche AfD-Vokabular, wenn er von der »Islamisierung« Deutschlands spricht. Es gefällt ihm nicht, wenn er irgendwo hört, dass Weihnachtsmärkte plötzlich in Wintermärkte umbenannt, dass Kruzifixe in Klassenzimmern abgehängt würden. Kein Wunder also, dass er mit der AfD sympathisiert. Antimuslimische Narrative zögen sich »wie ein roter Faden« durch alle Programme der Partei, heißt es in einem Bericht des Expertenkreises Muslimfeindlichkeit im Auftrag des Bundesinnenministeriums.

Diana Zimmer – AfD-Bundestagsabgeordnete und Tochter von Spätaussiedlern

Diana Zimmer ist mit ihren 27 Jahren die Jüngste in der männerlastigen Bundestagsfraktion der AfD. Aber nicht nur Alter und Geschlecht lassen sie aus ihrer Partei herausstechen, sondern auch die Einwanderungsgeschichte ihrer Familie. Im Parlament schneiden die extremen Rechten bei Vielfalt und Gleichberechtigung so schlecht ab wie keine andere Partei: Es gibt nur 18 Frauen in der 151 Mitglieder starken Fraktion, und nur 9 Abgeordnete haben einen Migrationshintergrund.

»Wenn sie die Leiter einmal erklommen haben, ziehen sie sie hoch.«
Jannis Panagiotidis, Historiker

Ihre Eltern sind in den Neunzigerjahren aus dem Ural ins baden-württembergische Pforzheim übergesiedelt, »zurück in die historische Heimat«, wie Zimmer sagt, die in Deutschland geboren wurde. Wo bei anderen Teenagern Poster von Rappern die Wände schmückten, hatte Zimmer als Jugendliche eine Deutschlandflagge aufgehängt, und sie sang mit Begeisterung die Nationalhymne, wenn sich die Gelegenheit dazu bot. Ihr Zuhause sei konservativ, die Eltern seien »treue CDU-Wähler« gewesen – bis die Union mit Merkel »nach links rückte«.

Bereits mit 18 trat Diana Zimmer in die AfD ein. Ihr gefiel nicht, wie Deutschland sich entwickelte. Es war die Zeit der Flüchtlingskrise in Europa, und auch nach Pforzheim kamen vermehrt Asylbewerber. Sie sei als blonde junge Frau auf dem Weg zum Gymnasium immer wieder angemacht, eine Freundin sogar von einem Migranten begrapscht worden. Damals habe sich »etwas verändert in den Straßen«, sagt Zimmer.

Wer glaubt, die AfD sei vor allem ein ostdeutsches Phänomen, kann sich in Diana Zimmers Heimatstadt eines Besseren belehren lassen. Im baden-württembergischen Pforzheim, 130.000 Einwohner, war die AfD stärkste Kraft im Gemeinderat, bis im April drei Mitglieder im Streit austraten. Zimmer ist im Viertel Buckenberg-Haidach aufgewachsen, das auch Klein-Moskau genannt wird. Tausende Spätaussiedler wohnen in den Hochhäusern. Der russische Supermarkt heißt Mix Markt und verkauft tiefgekühlte Pelmeni, Trockenfisch und Plombir-Eis, eine russische Leckerei.

Rund 2,7 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler leben in Deutschland. Laut einer Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung vom Januar können sich bundesweit knapp 30 Prozent der Menschen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion vorstellen, für die AfD zu stimmen. In Buckenberg, Zimmers Heimat, gab bei der Kommunalwahl 2024 sogar jeder Zweite seine Stimme der AfD.

Experten nennen so etwas Echokammereffekt. Dort, wo viele Menschen mit dem-

BANGLADESCH: Unser Team versorgt den 4-jährigen Shofi. Er hat eine entzündete Wunde und sein Vater Anas M. beruhigt ihn. Sie sind Rohingya und leben im größten Geflüchtetencamp der Welt. © Ante Bußmann/MSF

MIT IHRER SPENDE
HALTEN SIE HOFFNUNG AM LEBEN

Mit 51 Euro kann ÄRZTE OHNE GRENZEN zum Beispiel das sterile Material bereitstellen, um die Wunden von 15 Patient*innen zu versorgen.

♡ Jetzt spenden

Spendenkonto: SozialBank
Empfänger: ÄRZTE OHNE GRENZEN e. V.
IBAN: DE72 3702 0500 0009 7097 00
BIC: BFSWDE33XXX
www.aerzte-ohne-grenzen.de/spende

MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Träger des Friedensnobelpreises

Lesen, was gut ist.

Eine renommierte Jury hat im November erstmals den SPIEGEL Buchpreis für belletristische Literatur vergeben. Entdecken Sie auf shop.spiegel.de/buchpreis alle 20 platzierten Titel und noch viel mehr aus der Welt der guten Bücher.

SPIEGEL Buchpreis 2025

SPIEGEL Shop

selben Hintergrund zusammenleben, verstärken sich gewisse politische Ansichten, werden abweichende Meinungen ausgeblendet. Im Fall der Spätaussiedler spielen sicher auch die russlandfreundlichen Positionen der AfD eine Rolle.

Zimmer sieht sich in ihrer Politik durch die Wahlerfolge ihrer Partei bestätigt. Ihr wichtigster Programmpunkt: »Illegale Migration muss unterbunden werden.« Wer allerdings schutzbedürftig sei und sich an die Gesetze halte, müsse keine Angst vor Abschiebung haben. Da argumentiert sie ähnlich wie ihr Parteikollege Kerim Erdem aus Miltenberg.

Es klingt gemäßigter als das, was viele andere in der AfD fordern. Parteichefin Weidel wünscht sich »Rückführungen im großen Stil«. Der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke forderte ein »groß angelegtes Remigrationsprojekt« mit »wohltemperierter Grausamkeit«. Deutschland könne gut mit 20 bis 30 Prozent weniger Menschen leben.

Es sind radikale Vertreibungsfantasien. Dass die Russlanddeutschen, deren Vorfahren selbst vielfach Opfer von Deportationen wurden, so wenig Anstoß daran nehmen, ist erstaunlich. Auch Diana Zimmer wird einsilbig, wenn es um die Rechtsextremisten in der AfD geht. Dazu wolle sie nichts sagen. Sie wolle Kollegen nicht bewerten.

Der Historiker Jannis Panagiotidis forscht an der Universität Wien zu Russlanddeutschen und ihrer Geschichte. Er spricht von einem »postsozialistischen Wahlverhalten«. Es dominiere die Sorge um die wirtschaftliche Lage und den eigenen Status. »Der als prekär empfundene Wohlstand wird verteidigt, und das geht für viele am besten mit der AfD«, sagt Panagiotidis.

Auffällig bei den Russlanddeutschen sei das Phänomen der »doppelten Fremdheit«, wie es Panagiotidis nennt. Oft sei zu hören: »In Russland galten wir als deutsche Faschisten, hier in Deutschland sind wir die Russen.« Das Gefühl, nirgendwo richtig dazuzugehören, werde als »tief sitzende Kränkung« erlebt. Zumal sich die Spätaussiedler selbst nicht als Migranten sehen, sondern eben als »Heimkehrer«, sagt der Migrationsforscher. »Sie betrachten sich als Deutsche und wollen auch so wahrgenommen werden.« Weil das aber oft nicht geschieht, wählten manche von ihnen aus Frustration eine besonders nationalistische Partei.

»Der sicherste Weg, um sich als Inländer zu positionieren, ist, sich gegen Ausländer zu positionieren«, sagt Panagiotidis. Viele »etablierte Migranten« suchten in der Folge Distanz zu den Neuankömmlingen. Der soziale Aufstieg wird nicht allen gegönnt. »Wenn sie die Leiter einmal erklommen haben, ziehen sie sie hoch.«

Katrin Elger, Patricia Friedek, Christine Keck

Polnische Grenzschützer an der Brücke zwischen Frankfurt (Oder) und Słubice

Patrick Pleul / dpa / picture alliance

»Sie sind nicht besonders höflich«

Bildung Die Universität Viadrina steht für ein vereintes Europa. Doch international aussehende Studierende werden an der Grenze neuerdings häufig kontrolliert.

Kurz bevor Saimon Chowdhury den Grenzübergang erreicht, atmet er tief ein. Auf der Brücke von Frankfurt (Oder) nach Słubice nähert er sich dem Container, der vor der polnischen Seite aufragt: »Straż Graniczna – Polish Border Guard«. Der Student greift in seinen Rucksack, um seine Dokumente hervorzuholen.

Die Viadrina, an der er studiert, nennt sich »Europa-Universität« und wirbt mit einem deutsch-polnischen Campus. Die Studierenden passieren regelmäßig die Stadtbrücke, 252 Meter lang, ein Symbol für die Einheit Europas. Sie haben Vorlesungen mal auf deutscher, mal auf polnischer Seite der Oder, auf dem Campus Viadrina in Frankfurt und am Collegium Polonicum in Słubice. Dazwischen liegen knapp 17 Minuten Fußweg, eigentlich.

Wären da nicht die Grenzkontrollen. Deutschland hat sie 2023 eingeführt und im Mai 2025 verschärft, Polen zog im Juli 2025 als Reaktion darauf nach. Nun kann der Wechsel von einem Campus zum anderen schon mal doppelt so lange dauern. Insbesondere wenn man eine dunklere Hautfarbe hat, wie Studierende beklagen.

»Im Marketing würde man sagen: Wir machen ein Nutzungsversprechen, das wir derzeit nicht einhalten können – zumindest nicht für die, die nicht mitteleuropäisch aussehen«, sagt Janine Nuyken, Vizepräsidentin der Universität. Sie als blonde, blauäugige Frau sei noch nie an der Grenze kontrolliert worden. Aber sie kennt die Geschichten von Studierenden wie Saimon Chowdhury.

Der 28-Jährige möchte in diesem Artikel nicht seinen richtigen Namen lesen: Er sorge sich, seine Aussagen könnten ihm an der Grenze Nachteile bringen. Zweimal pro Woche müsse er nach Słubice, an einem Tag habe er dafür nur 30 Minuten Pause zwischen zwei Seminaren. Genug Zeit für den Weg, nicht aber für eine lange Kontrolle. Stehen mehrere internationale Studierende an, könne es eine Viertelstunde dauern,dadurch werde es oft hektisch. Busfahren helfe nicht, zu Stoßzeiten hielten polnische Grenzbeamte den Bus fast immer an. So verlängere sich die sonst siebenminütige Fahrt manchmal um 20 Minuten. »Ich fühle mich an der Uni nie wie ein Außenseiter, aber wenn ich die Grenze überquere, fühle ich mich fremd«, sagt er. »Als würde ich etwas Illegales tun, obwohl ich hier nur studiere.«

Saimon Chowdhury holt ein Buch hervor. Darin hat er seine alten und neuen Ausweisdokumente gesammelt. Die polnischen Beamten würden jede einzelne Seite durchblättern, bis sie bei den wichtigen Papieren angelangt seien, sagt er: bangladeschischer Pass, Aufenthaltsgenehmigung. Der Studierendenausweis reiche nicht.

Amnesty International Viadrina, die Hochschulgruppe der Menschenrechtsorganisation, hat die Studierenden nach ihren Erfahrungen an der Grenze gefragt, etwa 40 Antworten gingen ein. Der Großteil bezieht sich auf die polnische Grenzpolizei, vereinzelt beklagen Studierende »irrelevante Fragen« deutscher Polizisten. »In letzter Zeit verhält sich die Polizei an der polnischen Grenze sehr misstrauisch, obwohl ich einen Reisepass und eine gültige Aufenthaltsgenehmigung habe«, schreibt jemand. »Sie sind nicht besonders höflich und benehmen sich, als würden sie ein Verbrechen aufklären.« Jemand anderes notiert: »Schon mal habe ich wegen der Grenzkontrollen Vorlesungen verpasst. Es ist ganz klar, dass weiße Menschen, die die Grenze überqueren, nie nach ihren Dokumenten oder ihrer Nationalität gefragt werden.«

Die Amnesty-Gruppe spricht deshalb von Racial Profiling. Ira Helten, studentisches Mitglied in der Hochschulleitung und schon seit 2019 an der Viadrina, tut das auch. Sie erzählt, dass sie mehrfach die Grenze in einer Gruppe von Studierenden überquert habe – ihre internationalen Kommilitonen seien kontrolliert worden, sie nicht. Die Grenzposten empfinde sie als bedrohlich.

Auf Vizepräsidentin Nuyken wirken die polnischen Kontrollen »martialischer« als die deutschen. Von Racial Profiling will sie nicht sprechen: »Die Polizei ist aus meiner Sicht nicht das Kernproblem, das Problem ist der politisch formulierte Auftrag.« Studierende kämen wegen der Kontrollen nicht oder zu spät zu Veranstaltungen auf polnischer Seite, so berichteten es Lehrende. Damit die Kontrollen für die Studierenden weniger unangenehm würden, spreche die Uni mit der Polizei, sagt Nuyken. Der Effekt, den die Grenzkontrollen erzielen sollen, rechtfertige keinesfalls den Aufwand und die Auswirkungen auf die Grenzregion.

Die polnische Grenzschutzbehörde hingegen betont, die Präsenz dämme die Kriminalität ein. Seit Oktober seien über 22.000 Personen am Grenzübergang kontrolliert worden, davon mehr als die Hälfte EU-Bürger; es gebe keine Beschwerde über unangemessenes Verhalten gegenüber Studierenden. »Wir kontrollieren ausgewählte Personen und Fahrzeuge auf der Grundlage von Risikoanalysen«, heißt es von der Behörde. Nach welchen Kriterien jemand in dieses Raster falle, könne man nicht offenlegen.

Der Student Saimon Chowdhury scheint dazuzuzählen. Er sorgt sich, wie er ab Januar die Grenze überqueren soll: Sein Visum läuft ab, er hat bisher nur eine vorübergehende Bestätigung. »Sie werden das niemals akzeptieren«, sagt er und nickt in Richtung der Grenzbeamten.

Patricia Friedek S

Eine Beerdigung als Privileg

Bürgerkrieg *Der Tod meiner Tante Laila im Exil in Kairo ist mehr als privater Schmerz – er steht für den Verlust einer Heimat, einer Zukunft und für eine Welt, die Sudans Leid ignoriert.*

Von Fatin Abbas

Vor einigen Wochen habe ich erfahren, dass meine Tante Laila in Kairo verstorben ist. Sie wurde 76 Jahre alt. Wie der Rest meiner Familie war sie im Frühjahr 2023 aus dem Bundesstaat Khartum im Sudan vertrieben worden – nur wenige Wochen nach Beginn des blutigsten Kriegs, den das Land je erlebt hat. Im April jenes Jahres brachen in der Hauptstadt Kämpfe zwischen den Rapid Support Forces (RSF) – einer paramilitärischen Gruppe – und der offiziellen Armee des Landes aus. Meine Verwandten, darunter mein Vater, landeten in Ägypten. 14 Millionen weitere Sudanesinnen und Sudanesen sind seither vertrieben worden, die meisten von ihnen innerhalb des Landes.

Als ich mit meiner Familie in Kairo sprach, war die Trauer über den Tod meiner Tante Laila unendlich. Ich kannte kaum jemanden, der so herzensgut war wie sie. Ich erinnere mich an die Besuche in ihrem Haus in besseren Zeiten, als die Tage vor allem mit Lachen und gemeinsamen Mahlzeiten gefüllt waren. Ich erinnere mich daran, dass sie mich erst vom Tisch aufstehen ließ, wenn ich wirklich pappsatt war. Ich erinnere mich an ihren Garten, weitläufig und kühl selbst an den heißesten Tagen, mit einer Reihe von Bäumen an der Mauer entlang. Ich erinnere mich an ihre Stimme, ihre warmen Umarmungen; ihre größte Sorge war es, dass es allen um sie herum gut ging, alle geliebt wurden und versorgt waren.

Sudanesische Vertriebene: Den Gewehrläufen entkommen

Laila ist nicht nur weit entfernt von dem Zuhause gestorben, in dem sie ihre fünf Kinder großgezogen hat. Sie starb in dem Wissen, dass sie dorthin so bald nicht zurückkehren werden, vielleicht sogar nie mehr.

In unserer Trauer über meine Tante steckt mehr. Es ist die Trauer über ein verlorenes Land, ein verlorenes Zuhause, ein verlorenes Volk, Trauer über das Leid, das einem Volk von 50 Millionen Menschen seit über zwei Jahren zugefügt wird – während die Welt weitgehend wegschaut.

Im Kern kämpfen hier zwei Männer um die Macht: General Abdel Fattah al-Burhan, der Anführer der Streitkräfte, und General Mohamed Hamdan »Hemeti« Daglo, der Anführer der RSF-Milizen. Beide waren Handlanger des früheren Militärdiktators Omar al-Baschir. Kurz nachdem sudanesische Protestierende Baschir 2019 gestürzt hatten, zerstritten sie sich.

2023 eskalierte ihre Feindschaft. Massenmorde, Vergewaltigungen, Belagerung, Aushungern – all das wurde vor allem von den RSF-Milizen, aber auch von der Armee als Kriegswaffe eingesetzt. Zusätzlich zu den 14 Millionen Vertriebenen sind geschätzte 400.000 Menschen getötet worden. Allein im Bundesstaat Khartum gehen Beobachter von mehr als 61.000 Toten aus.

In diesem Krieg töten nicht nur Kugeln. Eine Verwandte in Kairo erzählte mir von einer Familie, die in Khartum geblieben war. Sie überlebten die ersten zwei Kriegsjahre. Dann starben acht von ihnen innerhalb einer Woche, nachdem sie verunreinigtes Wasser von einem Straßenverkäufer gekauft hatten. Kein Essen, kein Wasser, vergiftete Lebensmittel, Krankheiten wie Cholera, Malaria und Denguefieber – all das zerstört jene, die den Gewehrläufen entkommen sind.

Meine eigene Familie floh in den ersten Wochen auf dem Landweg nach Ägypten – eine Rettung, die sich nur jenen anbot, die es sich leisten können. Den meisten Sudanesen blieb sie verwehrt. Doch das Leben in Kairo ist für meine Familie prekär. Sie sind Geflüchtete mit vorläufigem Status, und alles, was ihnen im Sudan wichtig war, ist verloren gegangen. Die Ersparnisse schwinden unter den Belastungen für Wohnen, Essen und medizinische Versorgung. Wir im Ausland, meine Schwestern und ich, schicken jede Unterstützung, die wir haben.

So gesehen hat meine Familie Glück. Auch wenn die Kriegswirren den Tod meiner Tante sicherlich beschleunigt haben, starb sie zumindest einen würdigen Tod in einem Krankenhaus in Kairo – anders als die große Mehrheit derer, die im Sudan durch direkte oder indirekte Gewalt sterben.

In derselben Woche, in der ich vom Tod meiner Tante Laila erfuhr, nahmen die RSF-Milizen die Stadt Faschir ein, die Hauptstadt des Bundesstaats Norddarfur. 18 Monate lang hatten die Milizen die Stadt belagert, um sie schließlich zu erobern. Seither ist in Faschir so viel Blut vergossen worden, dass man es aus dem All sehen kann. Bei einem Massaker in einem Krankenhaus in Faschir wurden über 460 Menschen – Patienten und ihre Angehörigen, Krankenhauspersonal, Geflüchtete – ermordet. Videos kursieren – von den Milizen selbst veröffentlicht –, die unaussprechliche Gräuel-

taten zeigen: Massen von Leichen entlang einer Straße; standrechtliche Erschießungen Unbewaffneter; Geflüchtete, die beim Versuch zu fliehen niedergeschossen werden.

Darfur erlebt seit den frühen Nullerjahren immer neue Zyklen von Gewalt und Gräueln. Damals verübten die Dschandschawid-Milizen – eine paramilitärische Gruppe, die vom früheren Diktator Omar al-Baschir entsandt wurde, um den Aufstand in der Region niederzuschlagen – ein Mordkommando, dem mindestens 300.000 Menschen zum Opfer fielen, vor allem aus nichtarabischen Bevölkerungsgruppen. Die Vereinten Nationen ordneten es als Völkermord ein. Millionen Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben. Unterdessen bereicherten sich die Dschandschawid, indem sie plünderten und Land und Vieh der Ermordeten und Vertriebenen beschlagnahmten.

Für ihre Effizienz bei der Niederschlagung des Aufstands wurden sie von Baschir belohnt, indem er sie 2013 offiziell zum Teil der RSF-Milizen unter der Führung von Daglo machte. Als ehemaliger Dschandschawid-Kommandeur war Daglo direkt in die damaligen Verbrechen verwickelt. Baschir setzte die RSF weiterhin ein, nicht nur um den Aufstand in Darfur zu brechen, sondern auch um die westliche Grenze des Sudan zu kontrollieren (zeitweise mithilfe von EU-Geldern). Das heißt, Darfur ist die Wiege der RSF – die Region, in der sie ihre brutalen Kampftaktiken verfeinert haben. Seit Monaten war klar: Wenn Faschir fallen würde, käme es zu einem Blutbad, vor allem als Machtdemonstration der Milizen in der Region über die nichtarabischen ethnischen Gruppen.

Nachrichten über eine Waffenruhe sorgen schon lange nicht mehr für Erleichterung. Zu Recht, sie wurde fast sofort gebrochen. Nach so vielen gescheiterten Waffenstillständen sind die Sudanesen müde. Sie wissen: Wenn RSF und Armee über die Sicherheit von Zivilisten reden, sind das bloße Lippenbekenntnisse. Währenddessen verstümmeln und hungern sie sie weiterhin ungestraft aus. Die Lage in diesen Tagen ist verheerend.

Es war nicht immer so düster. Es ist gerade mal sechs Jahre her, da feierten die Menschen im Sudan – ich eingeschlossen – den Sturz von Omar al-Baschir. Seine 30-jährige Diktatur wurde durch die Massenproteste der Dezemberrevolution 2018/19 beendet. Als das Regime den Protestierenden in Khartum anfangs mit derselben Gewalt drohte, die es den Menschen in Darfur angetan hatte, antworteten die Demonstrierenden trotzig: »Wir sind alle Darfur!« Die Revolution vereinte Zivilistinnen und Zivilisten über ethnische Gruppen und Regionen hinweg. Die Menschen stellten sich gegen die Militärs – nicht nur gegen Baschir, sondern auch gegen seine Verbündeten Daglo und Burhan.

Baschirs Sturz war der Höhepunkt eines jahrzehntelangen Kampfs für die Demokratie. Mein Vater wurde 1989 wegen seines Widerstands gegen das Regime inhaftiert. Meine eindrücklichsten Kindheitserinnerungen sind die Besuche im Gefängnis: Ich sah Häftlinge, deren Körper durch Folter gezeichnet waren. Nach einem Jahr wurde mein Vater entlassen, und meine zwei Schwestern, meine Mutter und ich begleiteten ihn ins Exil nach New York (mein Vater kehrte später in den Sudan zurück). Mehr als ein Jahrzehnt vor seiner eigenen Inhaftierung wurde der jüngste Bruder meines Vaters bei Protesten gegen die vorherige Diktatur von Dschaafar al-Numairi (1969 bis 1985) von der Polizei erschossen.

Diese Familiengeschichte hat meine Schwestern und mich für Ungerechtigkeit besonders sensibel gemacht und uns die Bedeutung des Widerstands gelehrt. Sie hat die großen Opfer vor Augen geführt, die für unsere Freiheit gebracht wurden – nicht nur von meinem Vater und seinem Bruder, sondern auch von unzähligen Sudanesinnen und Sudanesen, die über Generationen für die Demokratie gekämpft haben.

Schon bald nach dem Sturz Baschirs verflüchtigte sich die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt im Sudan, denn mehrere Regionalmächte – darunter Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Saudi-Arabien – unterstützten Daglo und Burhan. Insbesondere die VAE verfolgen eine aggressive neokoloniale Politik im Sudan und liefern Geld und Waffen an die RSF – im Austausch für die wertvollen Ressourcen des Landes, vor allem Gold. Aber weil die Emirate enge Verbündete der USA und anderer Weltmächte sind, interveniert niemand.

Wir leben in einem kaputten geopolitischen System. Einem System, in dem Männer mit Waffen ungestraft die Bevölkerung terrorisieren, mächtige Staaten schwache Staaten ausbeuten und nationaler Reichtum zu privater Beute wird. Wir Sudanesinnen und Sudanesen in der Diaspora posten, schreiben, teilen Beiträge, lobbyieren und schreien, doch unseren Hilferufen wird mit Schweigen begegnet.

Von der Außenwelt im Stich gelassen, kümmern sich sudanesische Zivilisten selbst um ihr Überleben. Die »Widerstandskomitees« der Revolution – Nachbarschaftskollektive, die den Aufstand gegen Baschir planten – organisieren jetzt Gemeinschaftsküchen, Unterkünfte und Medikamente für andere Zivilisten. Sie leisten Unglaubliches und sind selbst oft Ziel der rivalisierenden Kriegsparteien.

Die doppelten Standards lassen sich in diesem Krieg nicht mehr leugnen: Manche Menschenleben – insbesondere im Globalen Süden, in Afrika und im Nahen Osten – sind offenbar entbehrlich. Während in Darfur und anderswo die Leichenberge wachsen, schauen Politiker einfach weg. Das zeigt sich besonders deutlich in Großbritannien, der ehemaligen Kolonialmacht im Sudan.

Vor wenigen Monaten entschieden britische Regierungsvertreter mit dem Verweis auf »beschränkte Ressourcen«, nur wenig zu tun, um die Gräueltaten im Sudan zu verhindern, obwohl Geheimdienste vor einem Völkermord warnten. Internationale Organisationen wie der UN-Sicherheitsrat sind nicht besser. Durch die konkurrierenden Interessen seiner Mitglieder ist er gelähmt und hat wenig mehr getan, als leere Verurteilungen abzugeben.

Zur Trauerfeier meiner Tante Laila bin ich jetzt nach Kairo gereist. Mir ist bewusst, dass eine Beerdigung und die 40 Tage Trauer ein Privileg sind, das den meisten Menschen im Sudan verwehrt bleibt. Zu den Tragödien dieses Kriegs gehört nicht nur, dass Menschen nicht in Sicherheit leben können, sondern dass sie nicht in Würde sterben können. Stattdessen bleiben Leichen in der Sonne liegen. Sie bekommen Nummern. Im besten Fall werden sie im Hinterhof oder auf der Straße begraben. In diesen gnadenlosen Zeiten gibt es keinen sicheren Ort, um den zahllosen Toten zu gedenken. **S**

Fatin Abbas ist 1982 in Khartum, Sudan, geboren und in New York aufgewachsen. Seit 2019 unterrichtet die Schriftstellerin am Bard College in Berlin. 2024 erschien ihr Debütroman »Zeit der Geister«.

Fotos: Joris Bolomey / AFP; Marie Constantinesco / @bakefilms

AUSLAND

Frieden?

Kremlin Press Office / ddp images

US-Sondergesandte Kushner, Witkoff (beide von hinten) mit Russlands Präsident Putin im Kreml

Nur wie Putin ihn will

Russland Nach vier Jahren Krieg ist die Wirtschaft des Landes stark belastet. Auf einen von Trump eingefädelten Friedensdeal will sich der Kreml dennoch nicht einlassen.

Immerhin tritt Steve Witkoff dieses Mal nicht allein vor Russlands Machthaber. Als Wladimir Putin den Sondergesandten von Donald Trump am Dienstagabend im Kreml begrüßt, sitzt neben ihm am blank polierten weißen Tisch Jared Kushner, der Schwiegersohn des amerikanischen Präsidenten.

Aufnahmen des russischen Staatsfernsehens zeigen einen breit lächelnden Witkoff, der von seinem Spaziergang durch das festlich beleuchtete Moskauer Zentrum schwärmt. Die Stadt sei »wundervoll«, sagt er. Putin sieht zufrieden aus und gibt das Kompliment direkt an die Verwaltung der Hauptstadt weiter.

Es ist bereits Witkoffs sechste Reise nach Russland in diesem Jahr. Trump hat den 68 Jahre alten Anwalt und Immobilienunternehmer damit beauftragt, Putin von einem Friedensdeal mit der Ukraine zu überzeugen. Doch Witkoff ist beim russischen Machthaber bisher keinen Millimeter weitergekommen. Er lässt sich augenscheinlich zu sehr von dessen Autokraten-Charisma beeindrucken und hat die russische Position bereits mehrfach falsch an das Weiße Haus übermittelt.

Vielleicht durfte ihn deshalb in dieser Woche zum ersten Mal der ernst dreinblickende Geschäftsmann Kushner nach Moskau begleiten. Der Ehemann von Trumps ältester Tochter bekleidet zwar kein offizielles Amt und hat ebenso wenig Russlandexpertise wie Witkoff, Kushner hat aber unlängst geholfen, den Friedensplan für Gaza einzufädeln.

Der Besuch der beiden Amerikaner im Kreml dürfte der vorläufige Höhepunkt von Trumps neuester Friedensinitiative für die Ukraine gewesen sein. Witkoff und Kushner hatten eine Version des amerikanischen Friedensplans im Gepäck, die Änderungen der Ukrainer und Europäer enthielt.

Nach dem ergebnislosen Gipfeltreffen von Trump und Putin in Alaska im Sommer hatte es einige Monate lang so ausgesehen, als hätte der US-Präsident die Geduld mit dem sturen Mann im Kreml komplett verloren. Gespräche mit Putin führten nirgendwohin, polterte Trump im Oktober. Ein weiterer geplanter Gipfel, der in Budapest stattfinden sollte, blies der US-Präsident ab und ließ Sanktionen gegen die beiden größten russischen Ölkonzerne Lukoil und Rosneft verhängen. Doch der diplomatische Erfolg im Nahen Osten hat Trumps Ehrgeiz offenbar wieder angestachelt. Er will im Eiltempo Europa befrieden und dabei möglichst ein gutes Geschäft machen.

Grundlage dafür sollte ein 28 Punkte umfassender »Friedensplan« sein, den Witkoff mit dem russischen Sondergesandten Kirill Dmitrijew ausgeheckt hatte. Mittlerweile ist der erste Entwurf Geschichte. Die Ukrainer verhandelten in den vergangenen zwei Wochen einige von Russlands Maximalforderungen mit US-Außenminister Marco Rubio wieder heraus.

Trump behauptete kurz darauf trotzdem, die »Chancen auf eine Einigung« stünden gut. Warum er gegenüber Putin wieder so optimistisch ist, bleibt rätselhaft.

Der Kremlchef hat seine Haltung in den bald vier Jahren Krieg gegen die Ukraine nämlich nie verändert. Er will das Nachbarland von der Nato fernhalten, fordert einen kompletten Rückzug der Ukrainer aus dem Donbass, die Anerkennung der von seinen Streitkräften besetzten Regionen als russisch und eine Verkleinerung der ukrainischen Armee.

»Wenn sie sich nicht zurückziehen, werden wir dies mit Waffengewalt erreichen«, drohte Putin bei einem Besuch in Kirgisistan vergangene Woche.

Anders als der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, den gerade ein großer Korruptionsskandal in Bedrängnis bringt, kennt der Autokrat Putin keinen innenpolitischen Druck. Er hat keine politischen Konkurrenten, die ihm seine Fehler vorhalten könnten, keine Gesellschaft, die ihn zur Verantwortung zieht, weil er die Zukunft seines Landes verspielt und Hunderttausende Soldaten opfert.

Es ist sicher kein Zufall, dass Putin, der sich selten in militärischer Kleidung zeigt, seit Bekanntwerden des amerikanischen Friedensplanentwurfs gleich zweimal in Flecktarn zu sehen war. In einem Video, das nur wenige Stunden vor Witkoffs Besuch veröffentlicht wurde, studierte er in Kriegsherrenpose, umgeben von russischen Flaggen und Tarnnetzen, offenbar eine Karte des Frontverlaufs. »Die Truppen verstärken den Druck entlang der gesamten Frontlinie«, verkündete Putin im Beisein seiner Generäle. Die wichtige Industriestadt Pokrowsk im Gebiet Donezk sei vollständig erobert worden. Unabhängige Militäranalysten und selbst russische Militärblogger bezweifelten das zu diesem Zeitpunkt. Obwohl die Stadt für die Ukrainer verloren scheint, soll in einigen Teilen noch gekämpft werden.

Für Putin geht es nicht um Fakten, sondern um die Botschaft: Er gibt sich auffallend siegesgewiss. Im Drohnenkrieg, in dem Kyjiws Armee lange die Nase vorn hatte, haben die Russen aufgeholt: Ihre Drohnen stören die Kommunikation und Versorgung der ukrainischen Einheiten, fliegen immer tiefer hinter die Frontlinie ins Hinterland.

»Wenn sie sich nicht zurückziehen, werden wir dies mit Waffengewalt erreichen.«

Wladimir Putin bei einem Auftritt vor Medien in Kirgisistan

Russlands Machthaber weiß, dass er US-Präsident Trump mit militärischer Stärke beeindrucken kann, auch wenn Putin die Leistung seiner Truppen arg beschönigt. Tatsächlich sind russische Soldaten in diesem Jahr nur langsam vorgerückt, sie haben weniger als ein Prozent ukrainischen Territoriums erobert, und das unter hohen eigenen Verlusten. Laut westlichen Schätzungen wurden mindestens 200.000 russische Soldaten getötet oder verletzt. Für die Strecke von etwa 40 Kilometern bis nach Pokrowsk brauchten Putins Einheiten mehr als ein Jahr. Der Militäranalyst Michael Kofman nennt die Fortschritte der Russen »glanzlos«.

Die minimalen Fortschritte reichen für Putin jedoch aus, um weiter jegliche Kompromisse abzulehnen. Noch kann Russland seine hohen Verluste in den Kampfgebieten ausgleichen. Auch wenn es schwieriger und teurer wird, neue Soldaten anzuwerben, findet Putins Apparat Wege, neue Männer an die Front zu schicken – anders als die Ukraine. Moskau lässt etwa hohe Prämien auch für Rekrutierer ausschütten, Kommandeure üben Druck auf Wehrdienstleistende aus. In der Ukraine finden sich mittlerweile, anders als zu Kriegsbeginn, nicht mehr genug Freiwillige, und immer mehr Männer entziehen sich dem Militärdienst.

Putins wirksamster Hebel bleibe die Gewalt, stellte der kremlnahe Politologe Fjodor Lukjanow unlängst fest. Sobald Russland die Kämpfe einstellen würde, stünde es allein da, »vor einem koordinierten politischen und diplomatischen Druck«. Aus Lukjanows Worten lässt sich auch Misstrauen gegenüber dem oft wankelmütigen Trump lesen und die Überzeugung: Russlands Machthaber wird erst dann die Kämpfe stoppen, wenn er ein gesichtswahrendes Abkommen bekommt.

Seit Trumps Wiederwahl hat Putin eine doppelte Taktik verfolgt: Einerseits hat er immer wieder betont, mit dem US-Präsidenten, der bereits im Wahlkampf versprochen hat, diesen Krieg zu beenden, zusammenarbeiten zu wollen. Andererseits aber beharrt Putin auch gegenüber Trump auf seinen Maximalforderungen.

Der russische Machthaber will mit dem Geschäftsmann im Oval Office erreichen, was mit dessen demokratischem Vorgänger Joe Biden nicht möglich war: die »Grundursachen« des Konflikts zu beseitigen, wie Putin es nennt. Er will das transatlantische Verteidigungsbündnis Nato aus den Ländern verdrängen, die er für Russlands legitime Einflusssphäre hält. Dazu gehören die Ukraine, aber auch andere Staaten des postsowjetischen Europa. Putin wünscht sich also nichts weniger als eine neue europäische Sicherheitsordnung in Russlands Sinne.

Weil sich Trump für greifbare Erfolge und profitable Geschäftsabschlüsse interessiert,

SPIEGEL
Buchverlag

Die **dunkle Seite** der Geschichte

Paperback · 272 Seiten
20,00 € (D) · Auch als E-Book
und Hörbuch erhältlich

Unheimliche Fundstücke und ihre düsteren Geheimnisse verbergen sich an vielen Orten in Deutschland. SPIEGEL-Redakteur Guido Kleinhubbert hat sie aufgespürt und erzählt ihre faszinierenden Geschichten: Was hat ein unscheinbares Trinkglas mit einem grausamen Hinrichtungsritual im Spätmittelalter zu tun? Und was verraten uns Katzenmumien aus Mauerwerken? Ein spannendes Lesevergnügen voller True History mit Gruselfaktor und eine Einladung an alle, den Spuren der Vergangenheit zu folgen.

PENGUIN VERLAG

hat der Kremlchef mit Dmitrijew einen Sondergesandten installiert, der die Business-Sprache der Trump-Truppe beherrscht. Der Direktor des staatlichen russischen Direktinvestitionsfonds studierte an den amerikanischen Eliteuniversitäten Stanford und Harvard und arbeitete für das US-Investmentbanking-Unternehmen Goldman Sachs.

Es ist Dmitrijew, der Trump und seinen Leuten ein geschmeidiges Bild von Russland malt – Putins Reich nicht als rückständigen Aggressor, sondern als Land angeblich unbegrenzter Möglichkeiten, mit milliardenschweren Wirtschaftsdeals im Bereich Energie und seltenen Erden.

Bei den ersten offiziellen Gesprächen vor mehr als neun Monaten in Saudi-Arabien rechnete Dmitrijew der amerikanischen Delegation vor, dass US-Unternehmen mehr als 300 Milliarden Dollar durch den Krieg in der Ukraine verloren hätten. Damals schon mit am Tisch: Steve Witkoff, mit dem sich Dmitrijew bestens zu verstehen scheint.

Der 28-Punkte-»Friedensplan«, den die beiden zusammen mit Kushner entworfen haben sollen, dürfte Putin zunächst gefreut haben. »Die Ukraine verankert in ihrer Verfassung, dass sie der Nato nicht beitreten wird, und die Nato nimmt eine Bestimmung in ihre Satzung auf, wonach die Ukraine in Zukunft nicht aufgenommen wird«, konnte er dort unter Punkt 7 lesen. In einem weiteren Punkt schlugen die Autoren vor, dass die USA künftig als Vermittler zwischen Russland und der Nato agieren sollen, so als wären die Amerikaner selbst gar nicht mehr Nato-Mitglied. Diese beiden Punkte des »Plans« sollen die Trump-Vermittler geändert haben. Putin aber hat schwarz auf weiß gelesen, was mit Trump möglich ist.

Für den Kremlherrscher wird der Krieg immer kostspieliger. Im föderalen Staatshaushalt von Russland sind für das kommende Jahr wieder rund 40 Prozent der Mittel für Verteidigung und nationale Sicherheit verplant. Ökonomen rechnen für 2026 nur noch mit einem minimalen Wirtschaftswachstum, knapp oberhalb der Stagnation.

Der durch Investitionen in die Rüstungsindustrie verursachte Boom ist vorüber, und immer mehr zivile Unternehmen schlittern in die Krise. Russlands Automobilbranche leidet schwer unter der Konkurrenz aus China, die den Markt nach dem Rückzug westlicher Marken dominiert. Vor allem aber können sich viele Russinnen und Russen keinen Kredit mehr leisten, um ein Auto zu kaufen, weil die Zentralbank den Leitzins aktuell bei noch 16,5 Prozent hält, um die Inflation einzudämmen.

Die hohen Zinsen lähmen auch andere Branchen, die Sanktionen haben zusätzlich vieles teurer gemacht. Die Bauindustrie hat wenige Aufträge. Die Stahlindustrie kann weniger exportieren, auch hier drücken die Sanktionen. Russlands Kohlebergbau geht ein und macht Verluste. Überall fehlen Arbeitskräfte, und anders als im ersten Kriegsjahr hilft dem Kreml kein astronomischer Ölpreis dabei, die Misere zu kaschieren.

Sputnik / IMAGO

Russische Soldaten in Pokrowsk:
Arg beschönigte Leistung

Die Lage sei schwieriger, sagt die Wirtschaftsexpertin Alexandra Prokopenko, die bei der Denkfabrik Carnegie Russia Eurasia Center in Berlin arbeitet, dem SPIEGEL. Die Reserven des Landes seien fast aufgebraucht. »Das bedeutet jedoch nicht, dass Putin verzweifelt und bereit ist, deshalb den Krieg zu beenden.«

Mit einem plötzlichen Zusammenbruch oder mit massivem Druck aus der Wirtschaftselite rechnet die Expertin nicht. Es drohe aber ein »sehr depressiver Zustand« in Russland. Der Kreml wälzt die Kosten für den Krieg mehr und mehr auf seine Bürger und die Unternehmen ab, indem er die Einkommen-, Unternehmen- und Mehrwertsteuer deutlich erhöht.

Wann geht Putin das Geld für den Krieg aus? Wenn sich die Rahmenbedingungen nicht änderten, sagt Prokopenko, reichten die vorhandenen Ressourcen zumindest bis zum Ende des Jahres 2026. Dann müsste der russische Machthaber Entscheidungen treffen, die er nicht treffen möchte, und etwa bei den Sozialausgaben kürzen. »Putin geht davon aus, dass Russland länger durchhal-

»Putin geht davon aus, dass Russland länger durchhalten wird als die Ukraine.«
Alexandra Prokopenko, Wirtschaftsexpertin

ten wird als die Ukraine«, sagt Prokopenko. Wie viel länger, das sei unklar.

Im Land des Aggressors ist Müdigkeit zu spüren. Eine Mehrheit der Menschen wünscht sich seit Langem Frieden. Viele Russen erleben die Folgen des Krieges, nicht nur weil Angehörige kämpfen und Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Butter und Eier zeitweise zu Luxusgütern werden.

Ukrainische Drohnen fliegen bis tief ins russische Territorium hinein und treffen militärisch wichtige Objekte und immer häufiger auch Ölraffinerien. Die Armee in Kyjiw hat ihre Angriffe im November noch einmal intensiviert. Beschädigte Produktionsanlagen mussten vorübergehend ihren Betrieb einstellen, zeitweise wurde in einigen Gebieten das Benzin knapp, und die Preise stiegen immens.

Flughäfen sind regelmäßig gezwungen, den Flugverkehr zu pausieren. Die russischen Behörden schalten ständig das mobile Internet ab, damit Drohnen ihre Ziele verfehlen. Selbst Sankt Petersburg, die zweitgrößte Metropole des Landes, war zeitweise betroffen. Südlich von Moskau oder in Teilen von Nischni Nowgorod weiter östlich der Hauptstadt leben die Leute seit Monaten häufig ohne mobiles Netz.

Die meisten Russen nehmen solche Einschränkungen hin. Putins Repressionsapparat hat öffentliche Kritik weitgehend verstummen lassen. »Da müssen wir eben durch«, sagen viele. Die Menschen haben sich mit dem Krieg und ihrem totalitären Staat weitgehend arrangiert. Sie hoffen darauf, dass die Lösung von außen kommt: dass entweder die Ukraine aufgibt – oder Trump den russischen Machthaber von einem Deal überzeugt.

Es spricht aber wenig dafür, dass die jüngste Friedensinitiative der Amerikaner erfolgreicher sein wird als die bisherigen. Die US-Vermittler reisten ohne konkretes Ergebnis nach einem fünf Stunden langen Gespräch im Kreml wieder ab. Das Treffen sei für Putin nie eine Verhandlung gewesen, schreibt die im Exil lebende Politanalystin Tatiana Stanovaya. »Es war eine bewusste, unmissverständliche Darlegung der Vorbedingungen Russlands.«

Für Putin sind die Gespräche mit den Amerikanern ein Nebenschauplatz. Er nutzt sie als Gelegenheit, die Ukrainer und Europäer als Friedensverhinderer darzustellen, und lässt unverdrossen weiterkämpfen. Vielleicht hofft Putin darauf, dass Trump den Ukrainern noch einmal die Militärhilfen streicht, wenn er sie überzeugend als störrisch darstellen kann. Der Mann im Kreml scheint selbstsicher zu sein, dass er seine Ziele mit militärischen Mitteln erreichen kann.

Einen Deal, der ihm Kosten spart, würde er sicher nicht ausschlagen – aber nur zu seinen Bedingungen.

Ann-Dorit Boy, Christina Hebel S

SCHÖNER SCHREIBEN
50 neue literarische Glanzlichter

Hardcover · 208 Seiten · 20,00 € (D) · Auch als E-Book erhältlich

Seit vielen Jahren präsentiert Hauke Goos in seiner beliebten SPIEGEL-Kolumne »Schöner schreiben« meisterhafte Beispiele der deutschen Sprache: markante Sätze aus Romanen, berührende Auszüge aus Briefen oder kraftvolle Passagen aus Reden, die zeigen, wie elegant das Deutsche sein kann. Dieser Band versammelt 50 neue, teils unveröffentlichte Kolumnen über Franz Kafka, Elfriede Jelinek, Otfried Preußler, Brigitte Reimann, Gotthold Ephraim Lessing, Saša Stanišić und viele andere mehr.

Bereits erschienen

DVA
www.dva.de

SPIEGEL Buchverlag

Das Enigma von Damaskus

Staatschef Sharaa (M.) vor der Zitadelle in Aleppo 2024

Bakr Alkasem / AFP

Syrien Vor 20 Jahren legte Ahmed al-Sharaa Bomben gegen die Amerikaner, heute trägt er dunkle Anzüge und wird im Weißen Haus empfangen. Wohin will der einstige Terrorist, der die Assad-Diktatur vor einem Jahr stürzte, das Land führen? Von Christoph Reuter

Es war das Frühjahr 2005, die Zahl der Terroranschläge von Dschihadisten gegen die US-Besatzer im Irak stieg rasant. Mittendrin: zwei junge Syrer, die nach Mossul gekommen waren, eine Hochburg der Aufständischen im Norden. Tagsüber hätten die beiden in konspirativen Häusern an den Zündern der Sprengsätze gebastelt, die sie nachts dort vergruben, wo die amerikanischen Soldaten vorbeifuhren. »Wir wollten gegen die US-Besatzer kämpfen, gegen den Imperialismus und gegen unsere Ohnmacht«, erinnert sich Ali Eissa, der später fast 20 Jahre in syrischen Gefängnissen verbrachte. Er kam erst frei, als die Diktatur am 8. Dezember 2024 kollabierte. Befreit, letztlich, durch seinen Untergrundgenossen von 2005.

Der hieß Ahmed al-Sharaa. Er wird nach Jahren in irakischen Gefängnissen bei der Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) und ihren Vorläufern aufsteigen, als Statthalter nach Syrien geschickt werden. Dann mit dem IS brechen. Sich al-Qaida anschließen. Nach drei Jahren wieder lossagen.

Als Milizführer in der nordsyrischen Aufstandsprovinz Idlib wurde Sharaa im Laufe des Bürgerkriegs mächtiger, aber ebenso moderater. Und stürzte in einer Blitzoffensive vor einem Jahr schließlich die 54-jährige Diktatur der Assads.

Heute wird er als syrischer Staatschef von US-Präsident Donald Trump im Weißen Haus empfangen, nun in Anzug und Krawatte statt in Kampfmontur, der Vollbart von Auftritt zu Auftritt ein kleines bisschen kürzer. Ein Leben wie ein Hollywood-Drehbuch. Das vermutlich abgelehnt würde, weil zu verrückt.

Doch was fällt seinem Terror-Kompagnon von einst 20 Jahre später als zentrales Charaktermerkmal zu Sharaa ein?

»Schüchtern.«

Vor allem schüchtern sei der gewesen, »sehr introvertiert. Klug, gut ausgebildet. Aber er sprach nicht gern mit Menschen«. Selbst gekämpft, mit einer Waffe in der Hand, habe Sharaa damals gar nicht, nur Minen gebaut und gelegt. Sie seien damals bei einer dschihadistischen Splittergruppe gewesen, erzählt Eissa, der nach der Entlassung vergangenes Jahr in sein Bergdorf nahe der libanesischen Grenze zurückkehrte und jetzt in Damaskus Jura studiert: »Es gab viel Streit damals. Viele Syrer wollten den Kampf vor allem gegen unsere eigene Despotie führen. Al-Qaida wollte nur den Krieg gegen die Amerikaner. Aber auch Ahmed winkte ab: völlig aussichtslos, die Assads stürzen zu können. Der Kampf sei hier im Irak, nicht in Syrien.«

Die Facetten seiner spektakulären Biografie, sie ergeben kein stimmiges Bild von Ahmed al-Sharaa. Der Mann war Mitglied in den finstersten Terrorklubs des Nahen Ostens, stellte später Idlibs Stromversorgung weitgehend auf Solarenergie um und versprach während seines jähen Siegeszugs Ende 2024, Christen und alle anderen Minderheiten im Land als gleichberechtigte Bürger zu schützen. Aber in den Monaten danach hat er Massaker an Alawiten im Nordwesten, einst Assads loyalste Minderheit, und an Drusen in Südsyrien nicht verhindert.

Seit einem Jahr ist Sharaas *mission impossible,* was zuvor kaum noch jemand für möglich gehalten hatte*:* Syrien von einem verwüsteten, fragmentierten, zutiefst traumatisierten Land zu einem friedlichen und geeinten Staat zu machen. Aber auch zu einem demokratischen?

Wohin will der Mann wirklich, der Ende Oktober erst 43 wurde?

Je nach Blickwinkel nähren die Details von Sharaas Biografie ein anderes Bild. Seine Gegner, die Günstlinge der gestürzten Diktatur ebenso wie enttäuschte Bürgerrechtler, überdies die zutiefst verfeindeten Regierungen Israels und Irans, sehen auch heute den Terrorführer und nennen ihn immer noch gern Abu Mohammad al-Julani. So hatte sich Sharaa ab 2012 als Gründer der radikalen Nusra-Front genannt. Er werde sich moderat geben, lautet die Prognose dieser Gegner, bis er seine Macht gefestigt habe. Dann werde er die Maske fallen lassen. Als Dschihadist, der er stets geblieben sei, werde er Syrien anschließend in ein Kalifat verwandeln.

Gestürzte Assad-Statue 2024:
Blitzoffensive gegen eine 54-jährige Diktatur

Murat Sengül / Anadolu Agency / picture alliance

Die Sharaa Wohlgesonnenen, eine ebenso schillernde Galerie aus Donald Trump, den Regierungen Europas, Saudi-Arabiens und weiterer Golf-Monarchien, Russlands Diktator Wladimir Putin und dem türkischen Autokraten Recep Tayyip Erdoğan, sehen in ihm den potenziellen Verbündeten. Den Pragmatiker. Den Geläuterten. Sie setzen sogar gegensätzliche Erwartungen in ihn: Die Europäer hoffen auf eine Demokratie, Saudi-Arabien hofft auf einen Verbündeten aus demselben konfessionellen Lager möglichst ohne allzu viel demokratische Unberechenbarkeit.

Als erster syrischer Präsident seit mehr als einem halben Jahrhundert sprach Sharaa im September bei der Uno-Vollversammlung in New York. Zwei Tage zuvor saß der Ex-Bombenleger dort mit dem amerikanischen Ex-General David Petraeus auf einer Bühne. Sie bedachten einander mit Komplimenten, etwas verlegen lächelnd erwähnte Sharaa, man sei sich am Ort des Krieges begegnet. Nun komme man erfreulicherweise am Ort des Dialogs zusammen.

»Sie haben viele Bewunderer«, schloss Petraeus, »ich bin einer von ihnen.«

Es wirkte, als würde Sharaa bei Amerikanern ein Gutteil der neuen Gunst nicht trotz, sondern wegen seiner Terrorzeit zuteil. Je dunkler die Vergangenheit, desto heller erscheint Sharaas Läuterung nach seinem buchstäblichen Damaskuserlebnis der Bekehrung: nicht vom Pharisäer zum Christen wie der Apostel Paulus, aber vom Dschihad-Fanatiker zum Repräsentanten westlicher Werte und geschmeidig sitzender Anzüge.

Dabei taugen Sharaas Jahre im Untergrund bei genauem Hinsehen gar nicht für die Rolle des Überzeugungstäters. Sondern für die eines brillanten, skrupellosen Taktikers, der Bündnisse selbst mit jenen schloss, die er später erbittert bekämpfte. Er wollte Macht. Was genau er mit ihr anfangen wollte, ist bis heute weniger klar.

2011 kam er zurück aus dem Irak nach Syrien, geschickt von der Führung des IS »mit Taschen voller Geld«, wie das »Wall Street Journal« später schrieb. In den revolutionären Wirren der Proteste gegen Diktator Baschar al-Assad sollte er Gefolgsleute sammeln, um unter diskreter Führung des IS eine syrische, scheinbar spontan gewachsene Radikalengruppe aufzubauen. Auch den Namen hatten die Iraker schon parat: »Nusra-Front«.

In den Wochen ab dem 23. Dezember 2011 erschütterten dramatische Explosionen die

wichtigste Geheimdienstzentrale in Damaskus und andere Orte in der Hauptstadt sowie in Aleppo im Norden des Landes. Hochprofessionell produzierte Bekennervideos erschienen online. Die Nusra-Front wurde international berüchtigt und von Assads PR-Apparat unermüdlich erwähnt, um jede Auflehnung als blutrünstigen Terrorismus zu denunzieren.

Allein: Es gab zu dieser Zeit nur die Inszenierung. Die scheinbar brillant organisierten Attentate, die Kämpfer überall im Land, eine echte Organisation gab es nicht. Jedenfalls nicht in den ersten sechs Monaten. Es wurde eine *brand*, eine Marke geschaffen, die sich erst später mit Leben füllte, als das spektakuläre Image der Nusra-Front ab Sommer 2012 massenweise echte Kämpfer anzog.

Die diskreten Geburtshelfer des Terrors waren Assads Geheimdienste selbst. Schon ab 2003, dem Jahr der US-Invasion im Irak, schleusten sie Sharaa und andere Syrer sowie zugereiste Araber in das Land. Die Radikalen sollten den amerikanischen Besatzern das Dasein zur Hölle machen und Washington von den Erwägungen abhalten, auch die Diktatur Syriens zu stürzen.

Als die ab 2011 im eigenen Land unter Druck geriet, nutzten die Geheimdienste ihr erprobtes Instrument des arrangierten Terrors abermals. Die Nusra-Anschläge seien gründlich vorbereitet worden, bezeugte später Anwar Raslan, ein übergelaufener Oberst der syrischen Staatssicherheit – allerdings von den eigenen Leuten: »Die verbündeten Iraner schickten einen Experten für Sprengstoffe und sogar einen für Filmeffekte, um das Ganze perfekt zu inszenieren. Sie fuhren vorher nachts los, um den besten Ort auszusuchen, zu klären, wo die Verletzten liegen sollen, damit es möglichst echt aussieht.«

Wie viel Ahmed al-Sharaa alias Abu Mohammad al-Julani in diesen rätselhaften ersten sechs Monaten der Nusra-Front von der diskreten Hilfe der syrischen Dienste wusste, hat er nie preisgegeben. Unwahrscheinlich, dass sie ihm entging. Assads Geheimdienste benutzten ihn. Aber er auch sie, um das Regime fortan zu bekämpfen.

Im Frühjahr 2013 brach Julani die Regeln, die sich andere für ihn ausgedacht hatten. Die IS-Führung war misstrauisch geworden. Julani sei »ein gerissener, doppelzüngiger Mensch«, rapportierte einer der Anführer nach wochenlanger Beobachtung ihres syrischen Statthalters: »Er kümmert sich nicht um die Religion seiner Soldaten.« Wohl um ihn unter Kontrolle zu bringen, verkündete der oberste IS-Emir Abu Bakr al-Baghdadi, Nusra und IS seien fortan eins.

Doch der stets nur maskiert auftretende Nusra-Chef verweigerte die Unterwerfung. Fast alle ausländischen Kämpfer verließen

»Er ist immer wieder aufgetreten und wurde nicht ein einziges Mal von den USA angegriffen.«

Charles Lister, Syrienexperte am Washingtoner Middle East Institute

Nusra, das Geld versiegte. Um seine Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, suchte Julani sich eine neue Schutzmacht: al-Qaida. Die Organisationen waren erbitterte Rivalen im selben Kosmos der Fanatiker. Vermittler des jähen Seitenwechsels war der syrische Al-Qaida-Führer, der einst mit dem Terrorpaten Osama Bin Laden in Afghanistan gekämpft hatte: Abu Chalid al-Suri.

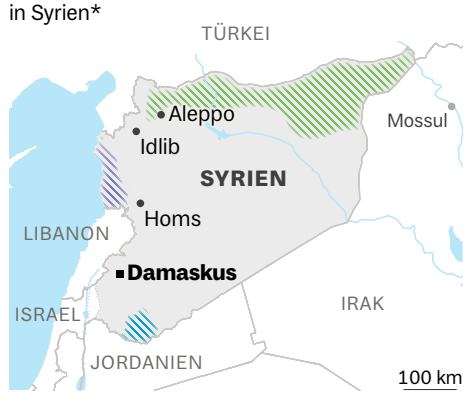
Dessen Leibwächter erinnerte sich später an Treffen Suris mit Julani: »Das waren winzige Zirkel. Julani war höflich und sprach nicht viel.« Was sie alle gewundert habe, sei dessen exzessive Geheimniskrämerei gewesen: »Selbst wenn sie später über Skype kommunizierten und Abu Chalid sprach, kam von Julani immer nur eine getippte Antwort zurück. Als hätte er Angst, dass selbst seine Stimme ihn verraten könnte.« Die Furcht war berechtigt – Monate später ermordete der IS Chalid al-Suri.

»Fast zwei Jahre lang blieb Julani abgetaucht, traf nur seine engsten Vertrauten«, sagt Ali Eissa, sein Freund aus den frühen Tagen im Irak, der selbst erst Jahre später im Gefängnis erfuhr, dass Julani und Sharaa identisch waren: »Es war lebensgefährlich und mutig von ihm, sich den IS zum Feind zu machen.«

Auch von al-Qaida löste Julani sich drei Jahre später wieder, als er sich der Stärke und Loyalität seiner Truppe sicher genug war. Immer wieder dasselbe Muster. Er nutzte die Terrorgruppen, aber verfolgte letztlich andere Ziele.

Drei große Minderheiten

Gebiete der **Kurden**, **Alawiten** und **Drusen** in Syrien*



* traditionelle Siedlungsgebiete; ohne andere Minderheiten

S · Grafik; Karte: OpenStreetMap

Von seiner Basis in Idlib aus verkündete er 2015, dass Nusra keine Anschläge in Europa und den USA verüben werde. Der Krieg gelte allein Assads Diktatur. Was ihn nicht davon abhielt, im innersyrischen Machtkampf die großen, eher säkularen Rebellengruppen und zivilen Ortsräte attackieren zu lassen als Ungläubige, weil sie Unterstützung aus dem Westen annähmen.

»Nusra wollte alles monopolisieren, den militärischen Widerstand, aber auch die Versorgung der Bevölkerung«, erinnert sich der ehemalige Vorsitzende eines Ortsrats in Nordsyrien, der bis heute Angst hat, seinen Namen veröffentlicht zu sehen: »Wir bekamen Mehl von Mercy Corps, einer amerikanischen Hilfsorganisation. Nusra stoppte die Konvois: Das sei Mehl der Ungläubigen.« Rebellengruppen, die Waffen von den USA erhielten, wurden von Nusra mit demselben Argument bekämpft: Das sei »Glaubensverrat«.

Gleichzeitig soll Julani bereits damals mit den US-Geheimdiensten kooperiert, ihnen Informationen über den IS geliefert haben – trotz eines Zehn-Millionen-Dollar-Kopfgelds der US-Regierung auf ihn. Belastbare Belege für diese immer wieder kolportierte Kooperation gibt es nicht. Für sie spricht der schlichte Umstand, dass Julani überlebte: »Er ist immer wieder öffentlich aufgetreten und wurde nicht ein einziges Mal von den USA angegriffen«, sagte Charles Lister, Syrienexperte am Washingtoner Middle East Institute, vor dem Sturz der Diktatur: »Wäre er eine Priorität für sie, wäre er sicherlich schon tot.«

Je mächtiger Julani in Syriens letzter Rebellenenklave Idlib wurde, wohin Aufständische aus anderen Landesteilen flohen oder deportiert wurden, desto moderater wurde seine Herrschaft. Eine durchgängige Energieversorgung entstand vor allem mit Solarstrom und einem Einspeisegesetz nach deutschem Muster. Firmen, Straßen, Shoppingmalls wurden gebaut, Steuern und Zölle verlässlich eingetrieben, anstatt umgehend zu versickern. Was als Nusra-Front begonnen hatte, wurde 2017 umbenannt in die unverfängliche »Organisation zur Befreiung Syriens«, abgekürzt auf Arabisch HTS. Lange vor der Offensive Ende 2024 etablierte Julani eine Militärakademie und mobilisierte ukrainische Hilfe für eine hocheffektive Drohneneinheit: Schulungen für die Piloten von Kamikazedrohnen, Bauanleitungen und Beschaffungshilfe.

Kreativität und Kontrolle, das waren die Eigenschaften des einen Mannes, der für alles einen Plan zu haben schien – nur nicht für das Ausmaß seines größten Triumphs. Als Ende November der Angriff auf Assads Rumpf-Syrien begann, »dachten wir, in drei, sechs Monaten vielleicht Aleppo einzunehmen«, sagte nach dem Sieg Abu Yasin, Kommandeur einer verbündeten Rebellengrup-

HO / AFP

Syrian Presidency / UPI / laif

Nusra-Chef Sharaa 2016, Präsidenten Trump, Sharaa: Vom Fanatiker zum Repräsentanten westlicher Werte und geschmeidig sitzender Anzüge

pe: »Aber wir hatten nicht mal an Homs gedacht, an Damaskus im Traum nicht.«

Allerorts ließen Assads letzte Truppen die Waffen fallen, gingen nach Hause, wurden die vorrückenden HTS-Truppen zu Geiseln ihres eigenen Erfolgs. Sie mussten weiterrollen, damit nicht andere den mühelosen Sieg über die kollabierende Diktatur beanspruchten. Aber wie sie nach elf Tagen Offensive zwei Drittel Syriens (der kurdische Nordosten verhandelt weiterhin um seine gegenwärtige De-facto-Unabhängigkeit) regieren sollten: Dafür gab es keinen Plan.

Seither tritt Ahmed al-Sharaa wieder unter seinem echten Namen und gegenüber dem Ausland weltoffen auf, navigiert dabei mit artistischem Geschick. Sowohl die USA wie Russland schätzen ihn und unterhalten Militärbasen auf syrischem Territorium.

Im innenpolitischen Minenfeld hingegen, zwischen israelischen Luftangriffen, aufstandswilligen Assad-Loyalisten und einer Bevölkerung, die ungeduldig einen Anfang des Wiederaufbaus erwartet, will Sharaa unbedingt alles in der Hand behalten.

Auf den wichtigsten Kabinettsposten sitzen die alten Vertrauten aus Idlib. Als Chef eines inoffiziellen Investmentfonds, der die Firmen und Reichtümer ehemaliger Assad-Günstlinge verwalten soll, firmiert einer seiner Brüder. »Sharaa müsste pluralistischer sein, die Minderheiten und Säkularen mehr einbinden«, sagt Kaher Aljadail, ein nach Syrien zurückgekehrter Geschäftsmann aus der Minderheit der Ismailiten, der in der Ukraine lebte, mit saudiarabischen Investoren Werke für Baustoffrecycling plant und Sharaa im Sommer traf.

Es wirkt, als würden Sharaas Entscheidungsmonopol und seine Kontrollbesessenheit, die ihn zum Triumph getragen haben, auf dem Zenit dieses Erfolgs langsam zum Hindernis für die Zukunft werden. Syrien ist zu groß, ohnehin zu vielfältig und nach den Erfahrungen der Kriegsanarchie, dem Exodus von Millionen, die andere Lebenswelten kennengelernt haben, nicht mehr so beherrschbar wie einst. »Sharaa müsste wirklich als Vater der Nation wirken«, sagt Aljadail: »Aber er handelt zu wenig danach.«

Gleichzeitig wurden nach einer Enthüllungsgeschichte der Nachrichtenagentur Reuters über die neuen Geschäfte von Sharaas Familie die Büros eines weiteren Bruders versiegelt, der offenbar ganz auf eigene Rechnung versucht hatte, Profit mit seinem Familiennamen zu machen. Vertraute aus Idlib wurden gewarnt, ihre neue Macht nicht zur Bereicherung zu nutzen. Der hoch angesehene Oppositionsrechtsexperte Ibrahim Olabi wurde im August zum Uno-Botschafter berufen, was zur internationalen Glaubwürdigkeit Sharaas beiträgt.

Alles bleibt ambivalent. Als es Anfang Oktober die ersten Wahlen gab, hatte die Regierung zuvor handverlesene Komitees ernannt, die weitere Komitees auswählten, innerhalb derer die Abgeordneten gewählt wurden. Keine echte Wahl des Volkes.

Aber immerhin gibt es jetzt ein Parlament, das Gesetze, Verträge diskutieren kann. Und nachdem selbst im kontrollierten Verfahren weit weniger Frauen zum Zug kamen, als von der Regierung erhofft, kann Sharaa bei jenen 70 Parlamentssitzen, deren Besetzung er sich persönlich vorbehalten hat, nun mehr Frauen und Technokraten entsenden. Oder eben seine Verwandtschaft.

Gewissermaßen spiegelt Sharaa die Gespaltenheit Syriens: Jene, die außerhalb von Assads Herrschaft lebten, sei es im kurdischen Nordosten oder im Ausland, fürchten aus unterschiedlichen Gründen eine Rückkehr der Autokratie.

Die hingegen, die nur das Leben unter der Diktatur kannten, seien es die Alawiten, die Minderheit Assads, oder Sunniten, die aus Angst stillhielten, wehren sich derzeit weniger gegen autoritäre Anwandlungen der Übergangsregierung.

Die deutsche Syrienexpertin Kristin Helberg, die das Land seit Jahrzehnten kennt, sieben Jahre lang dort lebte, sieht es nüchtern aus der Distanz: »Sharaa hat keine Vision für einen demokratischen Pluralismus – genauso wenig wie die große Mehrheit der Bevölkerung. Woher auch?«

Man dürfe die Macht dieser Beharrungskräfte nicht unterschätzen. Auch Sharaas Familiengeschichte ist geprägt von den politischen Traditionen vergangener Jahrzehnte: Sein Vater, Erdölingenieur in Saudi-Arabien, wo Ahmed al-Sharaa auf die Welt kam, war Anhänger der Idee des Panarabismus, des Wunsches, die Würde der arabischen Welt zurückzugewinnen nach den jahrhundertelangen Zurücksetzungen durch Europa, die USA. Auch seine allerersten politischen Äußerungen waren geprägt vom selben Konflikt, in diesem Fall ausgelöst von der Zweiten Intifada der Palästinenser gegen die israelische Besatzung.

Es ging um die Würde. Um Demokratie ging es nicht.

So unklar nun bleibt, wohin genau Sharaa Syrien steuern will, so einig sind sich selbst viele Kritiker: »Wer, wenn nicht er?«, bringt es eine deutsche Diplomatin auf den Punkt. Nur Sharaa habe im Moment den Nimbus und das Geschick, Syrien zusammenzuhalten. Mehrere, auch dank irakischer Hilfe vereitelte Mordanschläge, angeblich sogar aus den eigenen Reihen enttäuschter Radikaler, dürften Anlass für den allerletzten Satz von David Petraeus beim Treffen in New York gewesen sein: »Wir haben Angst um Sie.«

Mitarbeit: Mohannad Alnajjar S

»Das versteckte Adelsprivileg für die Superreichen muss weg«

SPIEGEL-Gespräch Vor knapp 30 Jahren warnten zwei SPIEGEL-Redakteure in ihrem Bestseller »Die Globalisierungsfalle« vor Armut und Rechtspopulismus. Der Autor Harald Schumann glaubt: Noch lässt sich Schlimmstes verhindern.

Investigativjournalist Schumann

Paula Winkler / DER SPIEGEL

Der Wirtschaftsjournalist Schumann, Jahrgang 1957, arbeitete ab 1986 beim SPIEGEL*, ging 2004 zum Berliner »Tagesspiegel« und zählte 2016 zu den Mitbegründern des Journalistenteams »Investigate Europe«. Er wurde für seine Bücher und Dokumentarfilme mehrfach ausgezeichnet, unter anderem 2013 mit dem Deutschen Fernsehpreis.*

SPIEGEL: Herr Schumann, 1992 erklärte der amerikanische Politologe Francis Fukuyama das »Ende der Geschichte«, den Sieg der liberalen Demokratie, und wurde damit zum Star seiner Zunft.

Schumann: Ich erinnere mich. Leider ein großer Irrtum.

SPIEGEL: Nur vier Jahre später veröffentlichten Sie gemeinsam mit Ihrem damaligen SPIEGEL-Kollegen Hans-Peter Martin »Die Globalisierungsfalle«. Ihre These lautete: Das Ende des Kommunismus markiert nicht das Ende der Geschichte, sondern stößt eine Globalisierung an, die Armut wachsen lässt, Angst schürt, Nationalismus befeuert und autoritäre Herrscher hervorbringt. Waren Sie weitsichtiger als Fukuyama?

Schumann: Vielleicht waren wir einfach aufmerksamer für historische Muster. Ich habe mich intensiv mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts befasst. Mein Vater trug sieben Jahre die Uniform der Wehrmacht. Seine Kriegserlebnisse prägten unseren Alltag. Schon früh spürte ich, wie bestimmte Ereignisse eine Kette von Folgen auslösen können. Im Werk des Sozialhistorikers Karl Polanyi über die »Große Transformation« konnte man nachlesen, wie das im vergangenen Jahrhundert gelaufen war. Die Analogien sind erschreckend.

SPIEGEL: Viele Ihrer Prognosen sind eingetreten: der soziale Abstieg, der Verlust von Industriearbeitsplätzen, die Migrationsbewegungen, Handelskriege. Ihr Buch von 1996 liest sich heute wie ein Bericht aus der Gegenwart. Worauf gründete sich Ihr Blick in die Zukunft?

Schumann: Ich habe mir die entsprechenden Passagen noch einmal angeschaut. An manchen Stellen ist es beängstigend präzise, und ich dachte: Oh weh, das ist wirklich so gekommen. Besonders treffend war unsere Voraussage, was passiert, wenn das internationale Finanzsystem entfesselt wird. Wir zeigten genau jene Instrumente, die Kredite von Risiken abkoppeln und so die Weltwirtschaftskrise 2008 auslösten. Einer meiner wichtigsten Gesprächspartner war der damalige Sparkassen-Präsident Horst Köhler.

SPIEGEL: Köhler, der später IWF-Chef und dann Bundespräsident wurde.

Schumann: Er durchschaute das System früh. Er warnte vor den sogenannten Kreditderivaten und trug dazu bei, dass ich diesen Fragen nachging. Damals war unter Ökonomen die These modern, dass die Finanzmärkte darüber entscheiden sollten, wie sich Staaten wirtschafts- und sozialpolitisch verhalten. Das machte mich äußerst misstrauisch, und ich merkte, wie schnell alles außer Kontrolle geraten könnte.

SPIEGEL: Wenn Ihnen Mitte der Neunzigerjahre jemand gesagt hätte, dass knapp 30 Jahre später in den Vereinigten Staaten ein Mann wie Donald Trump im Weißen Haus sitzt und in praktisch allen westlichen Industrieländern rechtspopulistische Parteien erstarken – was hätten Sie damals geantwortet?

Schumann: Vermutlich das, was wir geschrieben haben: dass das eine reale Möglichkeit ist. Zugleich aber: Wir können das verhindern. Geschichte verläuft nicht zwangsläufig.

SPIEGEL: Damit trafen Sie vor knapp 30 Jahren einen Nerv. Haben Parteien Ihren Rat gesucht?

Schumann: Von der Politik kam nichts, obwohl sich das Buch hunderttausendfach verkaufte und in Dutzende Sprachen übersetzt wurde. Fast niemand stellte sich gegen den damals allgegenwärtigen globalisierungseuphorischen Diskurs.

SPIEGEL: Und wie war die Reaktion beim SPIEGEL, Ihrem damaligen Arbeitgeber?

Schumann: Es war heikel. Ursprünglich sollte der SPIEGEL einen Vorabdruck bringen, mein Co-Autor und ich erhielten dafür jeweils 5000 Mark. Doch als wir den Text abgaben, kam das Urteil: »unveröffentlichbar«. Unsere Thesen seien nicht haltbar. Der SPIEGEL schwieg also. Erst als der Erfolg unübersehbar war, kamen Kollegen auf uns zu und gratulierten.

SPIEGEL: Kapitalismuskritiker wie Attac griffen Ihre Thesen auf. Fühlten Sie sich bestätigt oder vereinnahmt?

Schumann: Ein SPIEGEL-Kollege, der im Juli 2001 über die Proteste beim G8-Gipfel in Genua berichtete, sagte mir: »Euer Buch ist deren Bibel. Alle reden darüber.« Das galt sicher nicht für die gesamte Bewegung, aber im deutschsprachigen Raum prägte das Buch die Debatte spürbar.

SPIEGEL: Sie zitierten damals den US-Autor William Greider, der Amerika in einer »präfaschistischen Situation« sah. Wie blicken Sie auf Trump?

Schumann: Anfangs hielt ich ihn für einen narzisstischen Populisten, der bewusst politisches Chaos anzettelt. Was ich unterschätzte, war sein Umfeld, die Leute, die ihn stützen und schützen. Diese Truppe zielt darauf, die Institutionen des amerikanischen Staates systematisch zu schwächen. Das ist eine moderne Form der faschistischen Machtergreifung. Trump selbst ist vielleicht kein klassischer Faschist, aber das Programm, das seine Leute gerade umsetzen, ist faschistoid und gefährlich. Ich habe Angst, dass das System so stark zerstört wird, dass die Kongresswahlen im Herbst 2026 keine echten Wahlen mehr sein werden.

SPIEGEL: Trumps Anhänger behaupten, es seien die »Globalisten«, also internationale politische und ökonomische Eliten, die die Welt ins Unglück stürzen. Klingt das nicht nach Ihrer Argumentation von damals?

Schumann: Moment, wir lehnten die Globalisierung nie grundsätzlich ab, sondern forderten klare Grenzen, soziale Regeln und eine verantwortliche Steuerung.

SPIEGEL: Die von Ihnen prognostizierte »20/80-Gesellschaft«, in der nur noch ein Fünftel der Menschen produktiv arbeitet und der Rest sich seichter Unterhaltung hingibt, ist nicht eingetreten. Wo lagen Sie falsch?

Schumann: Wir machten wirtschaftliche Not allein an klassischer Arbeitslosigkeit fest. Tatsächlich zählten nur etwa 20 Prozent zu den wirklichen Gewinnern der Globalisierung. 80 Prozent sahen vom wirtschaftlichen Fortschritt kaum etwas. Nur zeigte sich das nicht, wie wir erwartet hatten, in Massenarbeitslosigkeit, sondern darin, dass eine stagnierende Lohnsumme auf mehr Menschen verteilt wurde. Besonders deutlich wurde das in Deutschland, wo ein sozialdemokratischer Kanzler den Niedriglohnsektor massiv ausweitete.

SPIEGEL: Sie sprechen von Gerhard Schröder und der Agenda 2010.

Schumann: Obwohl es nicht zur Massenarbeitslosigkeit kam, sickerte damals die Angst vor dem sozialen Abstieg tief in die Mittelschicht ein und setzte das schlimmste Gift für eine Demokratie frei: Menschen, die sich von Ausgrenzung bedroht fühlen, trachten ihrerseits nach Ausgrenzung der noch Schwächeren. Das ist eine kulturhistorische Konstante – weltweit. Diese Bereitschaft zu Ressentiment, Feindseligkeit und Missgunst lässt sich politisch leicht instrumentalisieren. Ist sie einmal geweckt, rollt sie wie eine Domino-Kette weiter. Dafür müssen die Menschen nicht mal objektiv arm sein. Nicht die Armut selbst gefährdet die Demokratie …

SPIEGEL: »… sondern die Angst davor«, wie Sie 1996 schrieben?

Schumann: Man muss nur mit offenen Augen durch unsere Gesellschaft gehen, um zu sehen, wie tief dieses Gefühl sitzt.

SPIEGEL: Sie prangerten damals die ungerechte Verteilung des Reichtums an. Aber übersahen Sie nicht, dass die Globalisierung beispielsweise in China Hunderte Millionen Menschen aus bitterster Armut befreit hat?

Schumann: Ganz eindeutig. In dieser Hinsicht lagen wir daneben. China tauchte in unserem Buch nur als Billiglohnstandort auf. Tatsächlich schafften es einige Schwellenländer, den Anschluss an die westliche Ökonomie zu finden und dabei sogar die Finanzmärkte zu zähmen. Man kann über die chinesischen Kommunisten denken, was man will, aber eines haben sie begriffen: Sie lassen sich von globalen Finanzakteuren nicht

Das Gespräch führten die Redakteure Christoph Giesen und Bernhard Zand in Berlin.

Kiran Ridley / Getty Images

Protest in Frankreich im September: »Angst vor dem sozialen Abstieg bis tief in die Mittelschicht«

lenken. Sie gaben große Teile des Produktionswachstums an die Bevölkerung weiter. Es könnte deutlich mehr sein, auch in China ist die Ungleichheit gewaltig. Jedoch konnten Abermillionen Chinesen aus extremer Armut entkommen.

SPIEGEL: China hat jahrzehntelang von Billiglöhnen gelebt, seine Wanderarbeiter ausgepresst. Wenn die künstliche Intelligenz Millionen Jobs vernichtet, landet China nicht in genau der Falle, vor der Sie gewarnt haben?

Schumann: Auf den ersten Blick spricht vieles dafür. Bei meinen Reisen als vermeintlicher Globalisierungsexperte habe ich jedoch gelernt: In asiatischen Gesellschaften greifen andere Mechanismen. Was ich über Marginalisierung gesagt habe, gilt auch für Japan ebenso wie für China. Ausländerhass und Nationalismus sind allgegenwärtig. Wenn ich mir aber anschaue, wie sich die japanische Gesellschaft entwickelt hat, stoße ich mit westlichem Wirtschaftswissen an Grenzen. Japan verharrt seit fast 30 Jahren in der Stagnation. Wäre das bei uns der Fall gewesen – wir wären längst in furchtbare Verteilungskämpfe geraten, vielleicht daran zerbrochen.

SPIEGEL: Wieso bleiben dort die Verteilungskämpfe aus?

Schumann: Da müssen kulturelle Kräfte den Kapitalismus zügeln, die bisher nicht gut erforscht sind.

SPIEGEL: Auch Japan und China haben Milliardäre, riesige Banken, Konzerne, die Industrien dominieren. Sie wollen uns erzählen, dort funktioniere der Kapitalismus anders?

Schumann: So ist es. Vielleicht hatte der Vordenker Deng Xiaoping …

SPIEGEL: … Chinas Reformpatriarch, der die Volksrepublik in den Achtzigerjahren wirtschaftlich öffnete, aber 1989 den Aufstand auf dem Platz des Himmlischen Friedens niederschlagen ließ …

Schumann: … vielleicht hatte jener Deng doch recht, als er sagte, dass in China andere Gesetzmäßigkeiten gelten als bei uns. Ich tue mich schwer damit, Vorhersagen für China aufzustellen, nicht zuletzt weil ich seit 20 Jahren ständig Untergangsprognosen lese, die sich nie bewahrheitet haben. Allein die These, dass sich in einem so repressiven System keine Kreativität entfalten könne – Unsinn. Heute treten chinesische Firmen wie DeepSeek gegen die großen US-Konzerne an, holen bei der Automobilproduktion auf und liegen bei der Batterietechnik vorn. Ich sehe die große gesellschaftliche Spaltung in China, und auch mich beschleicht immer wieder das Gefühl, dass das alles nicht gut ausgehen kann. Aber dann wirken dort offenbar doch kulturelle Mechanismen, die Stabilität schaffen.

SPIEGEL: Was ist Ihre Diagnose für Europa – und vor allem: Ihr Rezept?

Schumann: Kleiner geht es nicht? Die wahrscheinlichste Entwicklung ist leider eine Phase wachsender Instabilität. Wir erleben sie bereits mit dem Erstarken rechtspopulistischer und nationalistisch-autoritärer Regierungen: in den USA, Ungarn, der Slowakei, Italien und vielleicht bald auch in Frankreich. Die Frage ist: Wie lange dauert das an? Die ökonomischen Schäden, die solche Regierungen verursachen, sind immens. Wenn man das Parteiprogramm der AfD umsetzt, dürfte sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland innerhalb von zwei Jahren wohl verfünffachen. Der Euro-Ausstieg, der Austritt aus der Europäischen Union – das wäre wirtschaftlich und politisch verheerend.

SPIEGEL: Was sehen Sie als die größte außenpolitische Gefahr?

Schumann: Eine große Unbekannte ist Russland. Ich bin ein klassischer deutscher Russophiler, habe Russisch gelernt, Interviews auf Russisch geführt, war regelmäßig in Moskau, aber jetzt leben meine Freunde im Exil, und ich kann nicht mehr ungefährdet hinreisen. Was sich dort abspielt, ist offen faschistisch. Dieses Regime kann nur existieren, wenn es Krieg führt. Ein Freund sagte mir: Wenn der Krieg endet, bricht hier alles zusammen. Sollte Putin die Ukraine tatsächlich zur Kapitulation zwingen – was ich nicht hoffe –, müsste er den nächsten Krieg beginnen: gegen das Baltikum, gegen Polen oder mit hybrider Sabotage. Das macht mir Angst.

SPIEGEL: Was folgt daraus?

Schumann: Wir müssen unsere europäische Verteidigungsstruktur stärken. Es widerstrebt mir, mehr Geld in Rüstung zu stecken, wir brauchen Mittel für Gesundheit, Bildung, Dekarbonisierung. Aber ich sehe ein: Wir müssen verteidigungsfähig sein, sonst können wir uns nicht schützen.

SPIEGEL: Wie verhindern wir, dass die Demokratien im Inneren zerfressen werden?

Schumann: Indem wir das Verteilungsproblem lösen. Zum Glück hat sich der ökonomische Diskurs in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Als wir unser Buch schrieben, herrschte der Neoliberalismus vor. Heute ist das anders. Selbst der Internationale Währungsfonds veröffentlicht mittlerweile Studien, die Vermögensteuer als notwendig bezeichnen. Das wäre vor 30 Jahren undenkbar gewesen. Diese neue ökonomische Einsicht muss jetzt in die Politik einfließen, vor allem bei den Sozialdemokraten. Eine gerechte Verteilung ist nicht alles – ohne sie fällt aber alles andere in sich zusammen.

SPIEGEL: Was heißt das konkret?

Schumann: Das versteckte Adelsprivileg für die Superreichen muss weg. Wer Milliarden erbt, zahlt heute oft keine Steuern, das ist ein Skandal. Macht und Reichtum durch Geburt dürfen in einer Demokratie keinen Platz haben. Und ja, wir brauchen auch eine moderate Vermögensteuer.

SPIEGEL: Was wäre moderat?

Schumann: Etwa ab einem Nettovermögen von zehn Millionen Euro. Das beträfe nur eine kleine Minderheit. Die große Mehrheit könnte weiterhin sparen, zwei Immobilien besitzen, Vermögen aufbauen, aber die Superreichen würden angemessen zum Gemeinwohl beitragen. Die Geschichte ist offen, es muss nicht wieder in Faschismus und Krieg enden.

SPIEGEL: Herr Schumann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. **S**

Ein Piet für alle

Niederlande Seit Langem wird in dem Land über rassistische Kostüme zu Nikolaus gestritten. Dieses Jahr ist es anders: Statt Kulturkampf gibt es eine Kulturveränderung.

In den vergangenen 15 Jahren haben die Niederländer Jerry Afriyie als jemanden kennengelernt, der das Land zum Fortschritt drängt beziehungsweise wie ein Quälgeist nie Ruhe gibt. Je nach Perspektive. Immer in der Vorweihnachtszeit sah man Bilder von Afriyie beim Protestieren und Diskutieren. Seine Mission: den weißen Niederländern erklären, warum eine ihrer beliebtesten Traditionen rassistische Stereotype reproduziert. Der 44-jährige Afriyie, dessen Eltern aus Ghana stammen, ist eines der prominentesten Gesichter der Aktivistengruppe »Kick Out Zwarte Piet«, deren Ziel es ist, Blackfacing beim niederländischen Nikolausfest abzuschaffen.

Doch in diesem Jahr ist Afriyie nicht mehr der ewige Mahner, er präsentiert den Niederländern einen Erfolg. Seine Arbeit habe echte Veränderungen bewirkt, sagt Afriyie, zum 5. Dezember löst sich die Gruppe »Kick Out Zwarte Piet« auf.

Jahrzehntelang sah man von Mitte November bis zum Nikolaustag in den Niederlanden Menschen, die sich ihr Gesicht tiefschwarz anmalten, die Lippen rot schminkten, eine Afroperücke aufsetzten und goldene Creolen trugen. Es waren »Zwarte Pieten«, schwarze Peter, Gehilfen des Sinterklaas, des niederländischen Nikolaus. Sie sahen aus, wie Europäer sich zu Zeiten von Kolonialismus und Sklaverei schwarze Menschen vorstellten. Nicht nur Afriyie, auch viele andere schwarze Niederländer berichteten, wie Kinder sie fragten, ob man die schwarze Farbe von ihrer Haut abreiben könnte, und dass »Zwarte Piet« auf Schulhöfen ein gängiges Schimpfwort war. »Heute kann ein Kind in den Niederlanden aufwachsen, ohne je einem ›Zwarte Piet‹ zu begegnen«, sagt Afriyie.

Man muss den Streit über das Blackfacing nicht mehr als Kulturkampf erzählen, so wie es etwa die Galionsfigur der niederländischen Rechten, der »Zwarte Piet«-Fan Geert Wilders, tut. Viel eher kann man von einer Kulturveränderung sprechen. 2016 fragte das Umfrageinstitut Ipsos die Niederländer zum ersten Mal, ob man den »Zwarte Piet« abschaffen soll, eine Tradition, die schwarze Menschen verspottet, entmenschlicht und auf karikierende Stereotype reduziert. 65 Prozent der Befragten waren damals dagegen. Heute teilen diese Meinung nur noch 38 Prozent der Befragten. Auf den offiziellen Nikolausfeiern wurden die »Zwarten Pieten« durch weniger geschminkte »Pieten« ersetzt.

Er sehe heute drei Gruppen, erzählt Afriyie am Telefon: »Eine Minderheit kann nicht fassen, dass sie jahrelang diesen Rassismus mitgetragen hat.« Eine andere Minderheit weigere sich umzudenken. »Diese Menschen können wir nicht erreichen«, sagt Afriyie. Ihm sei es um die Mehrheit gegangen: »Unsere Zielgruppe waren Menschen, denen Veränderungen schwerfallen, denen Menschlichkeit aber wichtiger ist als Tradition.« Schlicht: Menschen, die andere Menschen nicht verletzen wollen.

Wie es sich anfühlt, wenn alle diese Gruppen gemeinsam Sinterklaas feiern, kann man zum Beispiel am Samstag vor dem ersten Advent in Deventer erleben, 100 Kilometer östlich von Amsterdam. Es ist acht Uhr morgens, auf einem Bootssteg an der Ijssel drängeln sich Sinterklaas und seine Helfer, die Pieten. Kaffee aus Pappbechern, letztes Zurechtrücken der Kostüme, Samtbeutel werden mit Pfeffernüssen befüllt. In einer Stunde wird die Sinterklaas-Truppe auf festlich dekorierte Boote steigen und ins Stadtzentrum fahren. Kinder werden am Ufer stehen und ihnen winken, dann werden an Land Pfeffernüsse verteilt, bis der Boden vor Bröseln klebt.

Aktivist Afriyie von »Kick Out Zwarte Piet«: Menschlichkeit wichtiger als Tradition

Patrick Post / AP

Es gibt in den Niederlanden kaum ein Fest, das so identitätsstiftend ist wie Sinterklaas. Auch deshalb wurde so lange und so erbittert um die »Zwarte Piet«-Tradition gestritten. Anders als in Deutschland werden nicht nur an einem Tag die Stiefel befüllt. Über Wochen berichtet eine Kindersendung, das »Sinterklaas-Journaal«, über die Anreise des Nikolaus, ihm zu Ehren ziehen Paraden durch die Städte.

»Für mich ist das die wichtigste Zeit im Jahr«, sagt Hilbert Naberhuis. Er trägt Pluderhosen, auf sein Gesicht hat er schwarze Streifen gemalt. Sie sollen andeuten, dass er durch einen rußigen Schornstein gesaust ist. Naberhuis ist einer von gut hundert Pieten hier im Bootshaus von Deventer. Er ist 38 Jahre alt, seit 23 Jahren spielt er bei der Sinterklaas-Feier mit. Früher mit Blackfacing. Als er das erste Mal hörte, dass seine Kostümierung rassistisch sei, habe ihn das verletzt: »Ich habe nicht verstanden, warum ich eine Tradition, die ich liebe, ändern soll.«

2020 verkündete der Bürgermeister von Deventer das Ende der schwarzen Schminke, und Naberhuis war skeptisch. »Doch die Kinder hatten genauso viel Spaß wie vorher« – heute, sagt Naberhuis, vermisse er die alten Zeiten nicht mehr. »Das Fest ist besser, wenn alle sich wohlfühlen können.«

Ein paar Stunden später, an der Uferpromenade von Deventer. Blitzumfrage: Was denken Sie über Sinterklaas ohne Blackfacing? Eine Frau mit goldener Brille und buntem Schal, die ihre kleine Tochter dabeihat und ihren Namen nicht nennen will: »Diese ganzen Rassismusaktivisten sind Spielverderber, die keinen Humor verstehen.« Ein paar Meter weiter steht Jennifer Rodrigues mit ihrem Kind: »Als schwarze Frau regt es mich auf, wie uns Rassismus jahrelang als lustiges Familienfest verkauft wurde. Aber jetzt, wo sich die Dinge geändert haben, fühlt es sich besser an, hier zu sein.« Aus Lautsprechern dröhnt ein Sinterklaas-Lied, das vom Beat her eher an Karneval als an Weihnachten erinnert.

Warum Jerry Afriyie dieses Durcheinander der Meinungen als Erfolg empfindet? Ihm sei es nie allein um die Kostüme gegangen, sondern darum, dass sich die Niederlande ihrer Geschichte stellen. Der brutalen Kolonialvergangenheit und dem Umstand, dass ein Großteil des Handelsreichtums durch die Ausbeutung von Sklaven angehäuft wurde. »Wir haben die Menschen gezwungen, in den Spiegel zu schauen. Damit sie sehen, wie dieses Land schwarze Menschen behandelt hat.«

Christa Koeyvoets, Nadia Pantel

S

Timothy A. Clary / AFP

Der Moment

Luigi Mangione ist einer der berühmtesten Angeklagten der USA, seit er vor einem Jahr mutmaßlich den Chef einer Krankenversicherung erschoss und filmreif floh. Viele Amerikaner sehen ihn als Helden, sein Gesicht ziert T-Shirts, er bekommt säckeweise Fanpost. Am Montag erschien Mangione zu einer Anhörung in Manhattan, wo seine Unterstützerinnen, die »Mangionistas«, auf ihn warteten. Einige trugen Grün und in der Hand eine Pokémon-Figur, die einst auf Mangiones X-Profil abgebildet war. Beides sind Erkennungszeichen seiner Fans. JVM

SCHAUT AUF DIESE STADT

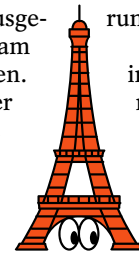
Immer Ärger mit der Polizei

Paris Jan-Christian Dreesen, Vorstandschef des FC Bayern München, und ich haben eine Erfahrung gemein: Ärger mit der Pariser Polizei. Was Dreesen angeht, so wirft er ihr »Willkür« und »Schikane« vor. Der Grund: Neulich setzte die Polizei vor einem Champions-League-Spiel gegen Paris Saint-Germain 15 Busse voller Bayern-Fans an einer Autobahn-Mautstelle im Osten der Stadt fest. An diesem unwirtlichen Ort, an dem es »keine Toiletten gibt, nichts zu essen und zu trinken«, wie Dreesen klagte, mussten 750 friedliche Fans lange ausharren. Bis sie, streng bewacht, endlich zum Stadion durften.

Was mich angeht, so möchte ich den Bayern zurufen: Willkommen im Klub! Ich wurde vor einigen Jahren an derselben Mautstelle mit gewisser »robustesse« empfangen, als ich über Gelbwesten-Proteste berichten wollte. Die Beamten schubsten mich herum. Allerdings hatte ich da die bundesrepublikanische Vorstellung von der Polizei als Freundin, Helferin und Dienerin schon länger abgelegt. Französische Ordnungskräfte misstrauen dem Bürger grundsätzlich. Und umgekehrt. Die Polizei ist kein Vorbild, das Recht verkörpert. Sie verkörpert die Staatsmacht. Das ist etwas anderes.

Das kleine Missverständnis war gleich an meinem ersten Arbeitstag in Paris ausgeräumt worden. Es war Sommer, mir kam ein Eis schleckender Polizist entgegen. Und lief bei Rot über die Ampel. Als er auf meiner Straßenseite war, erlaubte ich mir eine deutsche Pedanterie: »Da drüben stehen Kinder!« Er schaute mich fragend an. Dann begriff er, dass ich ihn kritisiert hatte. »Hast du ein Problem?«, schrie er. Ich fühlte mich, als wäre ich in »Der Gendarm von Saint-Tropez« mit Louis de Funès gelandet.

Meist geht es weniger slapstickartig zu. Selbst auf friedlichen Demos habe ich die Sicherheitskräfte fast nur eskalierend erlebt. Tränengas ist ihr Elixier. Während der Pandemie wurden damit Caféterrassen geräumt. Auch vor dem Champions-League-Finale 2022 in Paris wurden Fußballanhänger, darunter Kinder, präventiv besprüht.



Am Abend des Bayern-Spiels traf ich in der Metro auf Münchner Fans. Womöglich waren sie ihren Aufpassern entwischt. Sie besangen ihren 2:1-Sieg und setzten sich neben eine ältere Dame in Pelz. Die Dame blickte sie streng an. Das war auch sehr wirksam – die Männer verstummten. Leo Klimm

An dieser Stelle schreiben im Wechsel Marian Blasberg, Christoph Giesen, Julia Amalia Heyer, Leo Klimm und Maria Stöhr.

Illustration: Arne Bellstorf / DER SPIEGEL

HONDURAS

Gnade für den Drogenboss

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass es Donald Trump bei seinem militärischen Aufmarsch vor Venezuela nicht wirklich um die Bekämpfung des Drogenhandels geht, dann hat er ihn jetzt geliefert: Am Montag begnadigte der US-Präsident den wegen Rauschgifthandels zu 45 Jahren Haft verurteilten Ex-Präsidenten von Honduras, Juan Orlando Hernández. Dieser saß seit drei Jahren in einem US-Gefängnis ein. Während seiner Amtszeit von 2014 bis 2022 hat er das mittelamerikanische Land zu einem Narco-Staat gemacht. Hernández bestreitet die Vorwürfe, doch die Beweislast gegen ihn ist erdrückend. »Viele Freunde« hätten ihn um Hernández' Begnadigung gebeten, begründete Trump seinen Vorstoß. Er kündigte ihn wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen in Honduras am vergangenen Sonntag an, wo er den rechten Kandidaten Nasry Asfura unterstützte, einen Parteifreund von Hernández. Asfura liegt mit einer hauchdünnen Mehrheit vorn, möglicherweise muss die Auszählung wiederholt werden. Trump warnte, dass er dem armen Land alle Wirtschaftshilfe streichen und »die Hölle losbrechen« werde, wenn Asfura nicht zum Sieger erklärt werde. Trumps Einmischungen zeigen: Er erhebt Anspruch auf die Vorherrschaft auf dem gesamten amerikanischen Kontinent. Um den Einfluss Chinas in Lateinamerika zurückzudrängen, lässt er Militäranlagen in der Karibik ausbauen. Zugleich will er sich den Zugriff auf Öl und andere Rohstoffe sichern, insbesondere in Venezuela. Die Oppositionspolitikerin und designierte Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado hat US-Unternehmern für den Fall des Sturzes von Machthaber Nicolás Maduro Geschäfte in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar in Aussicht gestellt. Das dürfte der wahre Grund für Trumps Umsturzpläne sein. JGL

BLICK IN DIE WELT

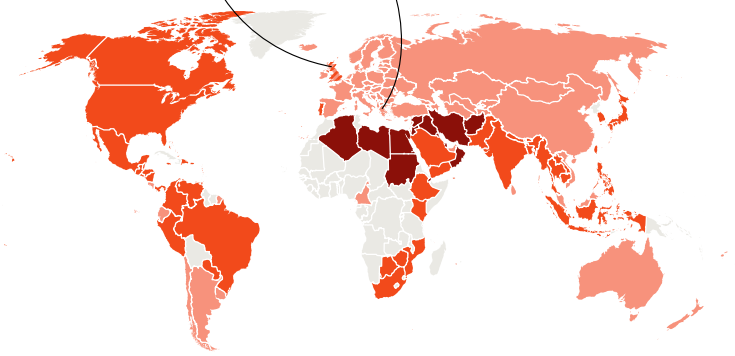
Wann beginnt die Woche?

Der Tag, der eine neue Woche einläutet

Samstag Sonntag Montag

Im Vereinigten Königreich sind sowohl Sonntag als auch Montag gebräuchlich.

In Griechenland und einigen weiteren Ländern heißt der Montag in der Landessprache wörtlich der »Zweite«, obwohl mit ihm die Woche beginnt.



S • Quelle: Unicode-Konsortium

Juho Kuva / The New York Times / Redux / laif

FINNLAND

»Ein Recht auf ›normale‹ Momente«

Vier Jahre lang regierte Sanna Marin, 40, Finnland, doch hängen blieb bei vielen vor allem ein privates Tanzvideo. Hier spricht sie über Sexismus in der Politik.

SPIEGEL: Frau Marin, Sie wurden im Alter von 34 Jahren finnische Regierungschefin, die jüngste amtierende weltweit. Wären Sie gescheitert, hätten viele gesagt: »War ja klar – sie war jung und eine Frau.« Wie sind Sie mit diesem Druck umgegangen?

Marin: Während meiner Amtszeit hatte ich ehrlich gesagt keine Zeit, darüber nachzudenken. Es ist so viel passiert: erst die Coronapandemie, dann der Krieg in der Ukraine, dann Finnlands Beitritt zur Nato. Meine persönlichen Gefühle, die Angst vor Fehlern – damit musste ich einfach klarkommen. Doch natürlich ist es extrem unfair, wenn die Handlung einer Person verallgemeinert wird; wenn man sie nur auf das Geschlecht oder das Alter zurückführt. Zum Glück kam es nicht dazu: Wir haben fast das komplette Regierungsprogramm umgesetzt, sind also ganz und gar nicht gescheitert.

SPIEGEL: Ihre Regierung war auch historisch, weil die anderen vier Koalitionsparteien ebenfalls von Frauen geführt wurden. Machen Frauen anders Politik als Männer?

Marin: Es war großartig, mit diesen Frauen zusammenzuarbeiten – aber mit vier anderen Parteien zu regieren, bedeutet endlose Verhandlungen. Und meine Partnerinnen haben hart verhandelt. Ich glaube nicht, dass es in dieser Hinsicht einen Unterschied zu Männern gibt.

SPIEGEL: Sie taten noch etwas Ungewöhnliches: Sie versuchten, neben der Arbeit ein Privatleben zu haben. Unter anderem tanzten Sie einmal ausgelassen mit Freunden, das Video gelangte an die Öffentlichkeit und verursachte einen »Skandal«. Ist es als Politiker unmöglich, in seiner Freizeit »normal« zu bleiben?

Marin: Ministerpräsidenten können kein »normales« Leben führen. Aber auch sie haben ein Recht auf »normale« Momente – solange es ihre Leistung bei der Arbeit nicht beeinflusst. Ich denke, die starke Gegenreaktion kam in meinem Fall eher daher, dass ich vielleicht nicht so auftrat und mich nicht exakt so verhielt, wie man es von einem Regierungsoberhaupt gewohnt war.

SPIEGEL: Würden Sie heute etwas anders machen?

Marin: Nein. Es ist unrealistisch – und auch unfair –, von jungen Politikern zu verlangen, dass sie einen Teil ihres Lebens ganz aufgeben. Wenn sie das Gefühl haben, dass sie nicht sie selbst sein können, werden junge Menschen sich nicht mehr in die Politik trauen. Dann bekommen wir nur noch Amtsträger, die aus demselben Holz geschnitzt sind. Dabei ist unsere Verschiedenheit eine Stärke unserer Gesellschaft.

> »Ich musste mich fragen lassen, wie viel Alkohol ich getrunken hatte.«

SPIEGEL: Sie haben, wie schon erwähnt, Finnland durch die Coronapandemie gesteuert und in die Nato gebracht. Trotzdem erinnern sich viele Menschen vor allem an das Tanzvideo.

Marin: Ich musste mich damals fragen lassen, wie viel Alkohol ich an dem Abend getrunken hatte oder wieso ich in einer Bar gewesen war. Nichts davon hatte mit meiner Arbeit zu tun. Das war frustrierend. Aber ich bekam auch viel Unterstützung. Und an den Zustimmungswerten meiner Partei hat sich durch das Video nichts geändert. AXB, POP

Corey Bullard / EPA

Ivan Arias / REUTERS

Razzia in Montagewerk in Georgia, Familienmitglieder mit Foto eines von ICE-Polizisten erschossenen Angehörigen:
Die Regierung hat als Ziel für ihr erstes Jahr eine Million Abschiebungen angesetzt

Der letzte Retter

Justiz Im ländlichen Louisiana liegen so viele Abschiebezentren wie kaum irgendwo in den USA. Der Anwalt Christopher Kinnison versucht, den Migranten in den überfüllten Zellen zu helfen, und riskiert viel. Von Jonah Lemm und Bryan Tarnowski (Fotos)

Christopher Kinnison wird heute verlieren, einmal mehr. Der Anwalt ahnte das schon, als er am Mittag in sein Auto stieg, das Nadelstreifensakko und den Papierstapel auf den Rücksitz legte, als er herausfuhr aus der Stadt, vorbei an den Fast-Food-Restaurants und den flachen Häusern, die hier, im ländlichen Louisiana, immer ein bisschen aussehen, als versuchten sie, sich vor fremden Blicken wegzuducken. Er ahnte es, als er abbog auf den Highway, an den Seiten grüne Wälder, Höfe. Holzstrommasten am Landstraßenrand, die aussehen wie riesige Kreuze. Draußen war Herbst und Sommer zugleich, die Südstaatenhitze flimmerte über dem Asphalt, der Himmel leuchtete blau, als hätte ihn ein Kind mit Buntstiften ausgemalt.

In manchen dieser Gegenden haben 90 Prozent der Menschen Donald Trump gewählt, es wirkt wie eine Imagefilmkulisse für das Amerika dieses Präsidenten. Eine einfache, geordnete Welt. Kinnison schaute stur auf die Straße. Seine Welt ist seit Monaten wirrer denn je. Manchmal scheint er sie selbst nicht mehr zu verstehen.

Er fuhr ohne Navi, den Weg kannte er mittlerweile auswendig. Er muss öfter hierher, in die Kleinstadt Jena, ins »Central Louisiana ICE Processing Center«, eines der mehr als 200 Abschiebezentren von Trump. Ein Kastenbau, mit Stacheldraht umzäunt, ringsherum Wald. Eine Baukastenfestung, hochgezogen im Holzfäller-Irgendwo.

Viele von Kinnisons Mandanten sind hier eingesperrt. Sein heutiger seit zwei Monaten. Ein Mann, der einst illegal aus Mexiko in die USA kam. Kinnison will ihn gleich verteidigen. Er parkt zwischen Geländewagenreihen und läuft zu einem Tor aus Maschendraht.

Kinnison, ein schmaler Mann, die Haare kurz und grau, genau wie der Bart, drückt einen Knopf, es dauert ein paar Sekunden. Er spannt seinen Körper an, so, als müsste er gleich aus dem Stand so hoch springen, wie er kann. Surren, ein Schloss springt auf. Kinnison geht hinein, geht durch einen fiependen Scanner, vorbei an einer menschenhohen USA-Flagge, vorbei an einer schluchzenden Frau mit verlaufener Wimperntusche, vorbei an einem riesigen gelben Container. Darauf steht: »ICE Trash«. ICE steht für Immigration and Customs Enforcement, die Einwanderungspolizei der USA. Sie scheint hier viel Müll zu produzieren.

Jurist Kinnison: »Mit Rechtsstaatlichkeit hat das nichts mehr zu tun«

Er biegt ab auf einen schmalen Gang mit Fliesenboden. An einer Wand hängen Süßigkeiten, Chips und Schokoriegel, ordentlich aufgereiht, als Snacks für die Wärter und Polizisten auf den Fluren. Ein Officer öffnet die Tür zum Gerichtssaal zwei, einem fensterlosen Backsteinraum. Hinter einem Pult sitzt eine Richterin, blond, mit Brille. »Herr Kinnison!«, sagt sie. Kinnison, der immer nett bleibt, nickt ihr zu und sagt: »Schön, Sie zu sehen!« Er setzt sich auf einen gepolsterten Stuhl und legt seinen Papierstapel auf den Tisch, daumendick.

Auf dem ersten Blatt steht ein Name. Aber der ist egal. In Trumps Abschiebezentren kennt die Migranten so gut wie niemand unter ihrem Namen. Stattdessen tragen sie Alien Numbers, Ausländernummern. Auf der ersten Seite von Kinnisons Unterlagen steht: A089-847-562. Kinnison hat noch nie mit dem Menschen gesprochen, den er gleich retten soll. Es war dessen Frau, die ihn angerufen hat, nachdem ihr Mann festgenommen worden war. Er weiß nicht viel über A089-847-562, oder er verrät es nicht, weil er seine Schweigepflicht nicht verletzen will.

A089-847-562, so hat es sich Kinnison notiert, lebt seit 20 Jahren in den USA. Er hat eine US-amerikanische Ehefrau und fünf

Internierungszentrum in Winnfield:
Nirgends kommen auf einen Einwohner so viele eingesperrte Migranten wie hier

Kinder. Man könnte denken, das wären gute Voraussetzungen, um nicht abgeschoben zu werden. Aber unter Trump, sagt Kinnison, gebe es für die allermeisten Migranten keine »guten Voraussetzungen« mehr. Nur noch schlechte, sehr schlechte und unmögliche.

Vielleicht ist A089-847-562 Handwerker, vielleicht arbeitet er auf einer Farm, vielleicht als Altenpfleger, vielleicht liebt er seine Familie, vielleicht hasst er sie. Vielleicht ist er einst durch den Rio Grande geschwommen, vielleicht haben ihn Schleuser über die Grenze gefahren, wer weiß das schon. Um all das wird es heute nicht gehen.

Kinnison will für seinen Mandanten Freilassung gegen Kaution beantragen. Früher war es Routine, dass Menschen, die einst illegal in die USA gekommen waren, aber seit Jahren hier lebten, Familie hatten, amerikanische Staatsbürger als Verwandte oder einen Job, Menschen wie A089-847-562, gegen eine Kaution freikommen konnten. Anfang September hat ein Gericht in den USA entschieden: Niemand, der illegal in die USA eingereist ist, kann von einem Einwanderungsgericht gegen Kaution freigelassen werden. Alle, die festgenommen wurden, bleiben eingesperrt. Ende November wird eine Sammelklage diese Regelung erfolgreich vor einem Bundesgericht anfechten. Doch das wird zu spät kommen für Kinnison und den Mann aus Mexiko. Es ist ohnehin ein ständiges Hin und Her unter Trump.

»Mit Rechtsstaatlichkeit hat das alles nichts mehr zu tun«, hatte Kinnison im Auto gesagt. Das, was gleich beginnt, nennt er »Zirkus«.

Manege frei.

Zwei Wachleute führen A089-847-562 herein. Er trägt einen roten Gefängnisanzug, schwarze, kurze Haare, schwarzen Bart, läuft gebückt. Er setzt sich auf einen Stuhl neben seinem Anwalt. Auf der anderen Seite des Saals sitzt eine Staatsanwältin. Hinter ihr zwei Reihen Stühle für Zuschauer. Sie sind leer.

Es dauert vielleicht 30 Sekunden, Kinnison hat noch nicht gesprochen, da sagt die Richterin zu ihm, dass sie seinen Antrag ablehnt. Kinnison sagt: »Sie müssen das Gesetz befolgen, ich verstehe das.« Sein Mandant beugt sich nach vorn, mit gesenktem Blick, so, als versuchte er, sich vor den Worten der Richterin zu verstecken. Er sagt etwas auf Spanisch, er flüstert mehr, als dass er spricht. Eine zugeschaltete Dolmetscherin übersetzt.

Der Mann fragt, ob er sich nicht einfach freiwillig nach Mexiko deportieren lassen könne.

Die Richterin zieht die Augenbrauen hoch und fragt: »Haben Sie das mit Ihrem Anwalt besprochen?« Kinnison schüttelt den Kopf. Die Staatsanwältin fragt: »Ist das hier 093?« Sie meint die letzten drei Ziffern der Alien Number des Mannes. Kinnison sagt: »Nein, das ist 562.«

»Oh!«, sagt die Staatsanwältin.

Sie hatte die falsche Akte auf ihrem Laptop geöffnet. Macht keinen Unterschied. Nach acht Minuten ist die Verhandlung vorbei. A089-847-562 und Kinnison verabschieden sich. Der Mann aus Mexiko versucht zu lächeln, es klappt nicht. »Die meisten meiner Mandanten haben kein Leben mehr in sich«, hatte Kinnison gesagt. »Wenn man über Monate eingesperrt ist, saugt das alle Freude und alles Glück aus einem heraus.«

A089-847-562 wird herausgeführt, zurück in seine Zelle. Die Richterin fragt Kinnison: »Und wie läuft es beim Fußball mit Ihren Töchtern?«

An kaum einem Ort in den USA liegen so viele Abschiebezentren so nah beieinander wie hier, im Landesinnern von Louisiana, nirgendwo kommen auf einen Einwohner so viele eingesperrte Migranten wie hier. In US-amerikanischen Medien nennen sie diese Region »Detention Alley«. Den Internierungskorridor. Zehn Zentren in einem Radius von 150 Kilometern. Es sind abgeschirmte Anstalten, an Straßen, die kaum ein Bürger entlangfährt, oft betrieben von privaten Gefängnisfirmen, manche gelegen auf dem Boden ehemaliger Sklavenplantagen.

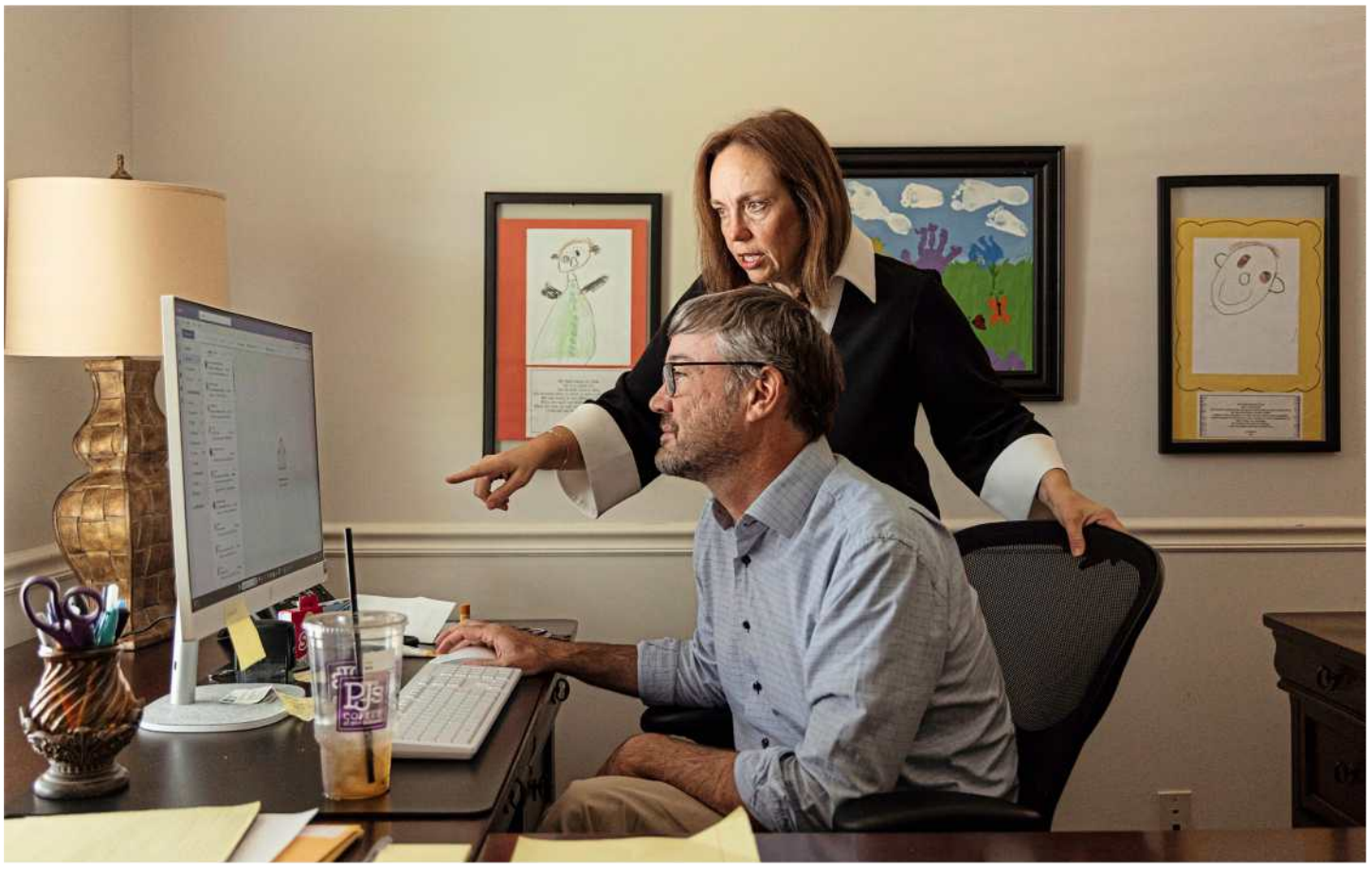
Offiziell sind diese Zentren keine Gefängnisse. Inoffiziell berichten ehemalige Gefangene und Dokumente von braunem Trinkwasser, von verrottetem Essen, fehlenden Medikamenten, Schimmel an den Wänden, tropfenden Decken über den Betten.

Hier werden die Migranten wieder ausgespuckt, die Trumps Abschiebemaschinerie eingesogen hat. Hierher werden sie gebracht, nachdem sie festgenommen worden sind, bei anlasslosen Kontrollen auf Baumarktparkplätzen, an Autowaschanlagen, beim Überqueren einer Kreuzung, bei Razzien, von den vermummten Männern von ICE. Die Insassen kommen aus den ganzen USA, aus Arkansas, Alaska, Maryland. Manche von ihnen wissen nach der Ankunft selbst nicht, wo sie gelandet sind.

Es ist, als wollte die Regierung sie hier verstecken.

Mehr als 8000 Menschen sitzen in Louisiana in Abschiebegewahrsam, die überwie-

Islamische Gebetskette in Kinnisons Auto:
»Ich wusste, dass ich Menschen helfen wollte«



Anwalt Kinnison in seinem Büro in Alexandria, Ehefrau Tiffany: »Die Leben dieser Menschen sind mir den Kampf wert«

gende Mehrheit, ohne dass sie je straffällig geworden ist. Sie werden festgehalten, damit sie nicht vor ihrer Deportation fliehen. Ein Recht auf einen Pflichtverteidiger haben sie nicht. Sie können sich einen Anwalt nehmen, wenn sie es sich leisten können. Und einen finden.

Im gleichen Radius, den 150 Kilometern, am Internierungskorridor, gibt es nur eine Handvoll Anwälte für Migrationsrecht. Kinnison ist einer von ihnen. Er kennt noch zwei andere.

Wer ihn als Reporter eine Woche lang begleitet, erlebt einen zurückhaltenden Mann, der an Prinzipien glaubt. Er flucht nicht, auch wenn er wahrscheinlich gern würde. Er geht sonntags in die Kirche. Und er glaubt daran, dass jeder in den USA ein Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren hat. Auch Migranten. »Und damit«, sagt Kinnison, »bin ich vielleicht mittlerweile in der Minderheit in diesem Land.«

Kinnison ist so etwas wie einer der letzten Retter. Die Frage ist, ob es noch etwas zu retten gibt.

Am Morgen nach der Gerichtsverhandlung sitzt Kinnison an seinem Schreibtisch, in einem einstöckigen Hinterhofhaus in Alexandria, der größten Stadt in der Gegend, rund 50.000 Einwohner. Er tippt auf der Tastatur, um ihn herum stapeln sich Papier, Anträge und Behördenbriefe. An der Wand hängt ein krakeliges Bild, das ihn zeigen soll, mit Brille und Hemd. Seine ältere Tochter, Miriam, hat es gemalt, als sie vier war. Darunter steht: »Mein Vater arbeitet in einem Büro und schreibt auf Papier.« Heute ist Miriam 16.

Es ist ein bisschen Zufall, dass Kinnison und seine Familie hier wohnen, dass er als Anwalt für Migrationsrecht arbeitet, dass die Trump-Regierung den Mittelpunkt ihrer Abschiebepolitik nach Louisiana verlegt hat. So viel Zufall, dass sich Kinnison und seine Ehefrau Tiffany, beide gläubige Christen, schon mal gefragt haben, ob es vielleicht ein bisschen Schicksal sein könnte.

Kinnisons Mutter kommt aus Alabama, sein Vater aus Texas. Als Missionare gingen sie nach Thailand, wo sie einheimische Priester in der Bibel unterrichteten und wo Kinnison geboren wurde und aufgewachsen ist. Sie lebten unweit der Grenze zu Kambodscha, so erzählt er es. Die Roten Khmer führten gerade einen Guerillakrieg gegen die neue Regierung. Als kleiner Junge habe Kinnison die Flüchtlingslager für Vertriebene gesehen und sich die Frage gestellt: Warum müssen diese Familien hinter Stacheldrahtzaun in Zelten leben? Er verstand es nicht.

Nach dem Collegeabschluss zog er nach Kambodscha, unterrichtete dort Englisch, verteilte Essen in Slums und baute Deiche gegen Sturmfluten. Wenn er Maschinenpistolenfeuer auf der Straße hörte, erzählt er, habe er auf dem Boden geschlafen, um nicht von den Kugeln getroffen zu werden.

»Danach wusste ich, dass ich Menschen helfen wollte«, sagt Kinnison. »Ich wusste nur nicht, wie.«

An der Hauptstraße, die neben Kinnisons Büro rauscht, haben viele Anwälte große Billboards gemietet, auf denen sie Werbung machen, schnelle Hilfe bei Verkehrsunfällen versprechen. Es muss für Kinnison, Ende vierzig, seit 15 Jahren Anwalt, wie eine Warnung wirken, vor seinem alten Leben.

In Louisiana, der Heimat seiner Ehefrau, studierte Kinnison Jura. Noch während

seines Studiums bekamen sie Tochter Miriam. 2010, Finanzkrisenamerika. Sie brauchten Geld. Kinnison, so erzählt er es, habe sich bei mehr als 300 Anwaltskanzleien beworben. Er bekam ein Stellenangebot: in einer Großkanzlei in Alexandria. Versicherungsrecht. Crash an einer Kreuzung mit Stoppschild, wer hat Schuld? Solche Sachen. An manchen Morgen, sagt er, habe er minutenlang im Auto vor dem Büro gesessen und versucht, sich selbst davon zu überzeugen auszusteigen.

Irgendwann, sagt Kinnison, habe sich die Familie einer Frau aus Armenien bei ihm gemeldet. Sie brauchte Hilfe bei einem Asylverfahren. Er habe sich in die Geschichte des Landes eingelesen und sie vertreten. Wenig später sei eine Nachricht von einer syrischen Familie gekommen. Ein Arzt, der während der Aufstände gegen Assad Demonstranten behandelt habe und dafür mit Stromschlägen vom Regime gefoltert worden sei. Kinnison habe das Verfahren gewonnen.

Er glaubte, herausgefunden zu haben, wie er Menschen wirklich helfen könne. Seine Kollegen in der Kanzlei sagten ihm, sie wollten seine Migranten nicht über die Flure laufen sehen, wenn die Mandanten von den großen Ölfirmen kämen. So erinnert sich Kinnison. Er kündigte und machte sich selbstständig. Seine Firma nannte er Liberty Law Group, in Anlehnung an die Freiheitsstatue. Kinnison hat kein Billboard an der Hauptstraße. Sein Büro hat kein Klingelschild. Es gibt nicht einmal ein aktuelles Foto von ihm im Internet. Sein Handy klingelt trotzdem im Minutentakt. Die Menschen, die ihn brauchen, finden ihn auch so.

Jetzt ist die Frau des Mannes dran, den er gestern verteidigt hat, die Frau von A089-847-562.

»Können Sie mich hören?«, fragt Kinnison.

Eigentlich wollte er der Frau sagen, dass ihr Mann wahrscheinlich abgeschoben wird. Dass fünf Kinder und eine US-amerikanische Ehefrau unter Trump leider nicht mehr reichen, um ein Bleiberecht wegen eines »außergewöhnlichen und äußerst ungewöhnlichen Härtefalls« zu rechtfertigen. Dass dafür eines der Kinder eine Behinderung wie Autismus haben müsste. Dass ihr Mann, sollte er nicht noch Monate im Abschiebegefängnis verbringen wollen, besser freiwillig zurück nach Mexiko geht. Nach anderthalb Jahren könne er versuchen, wieder legal in die USA einzureisen.

Jetzt erzählt ihm die Frau, dass ihr Mann schon einmal abgeschoben worden sei, vor einigen Jahren. Kinnison stützt die Stirn auf seine Hände. »Das ist nicht gut«, sagt er. Er knetet seine Finger, verschränkt die Arme. Wer schon einmal abgeschoben worden ist und trotzdem wieder illegal zurückkommt, der hat in den USA eigentlich nicht einmal mehr das Recht, noch eine Gerichtsverhandlung zu bekommen.

Kinnison setzt an, bricht den Satz wieder ab, setzt noch mal an. Er sagt: »Unter den Voraussetzungen müsste er für mehr als zehn Jahre zurück nach Mexiko, bevor er wieder versuchen dürfte, in die USA zu kommen.«

Es ist kurz still im Büro. Über zehn Jahre, wohl getrennt von der Familie.

Kinnison hat bei solchen Telefonaten ein Prinzip: Er will den Menschen keine falschen Hoffnungen machen. Er ist keine NGO, er nimmt Geld für seine Arbeit, zumindest meistens, und er will keine Tausende Dollar nehmen für Fälle, von denen er glaubt, sie sowieso nicht gewinnen zu können.

Er sagt, die zehn Jahre seien die beste Möglichkeit, die der Mann jetzt hat.

Aufgelegt. Kinnison sagt: »Man sollte denken, so etwas wie diese vorherige Abschiebung wäre eine Information, die man seinem Anwalt vielleicht vor einer Verhandlung gibt.« Er scheint ratlos, für einen kurzen Moment. Länger hat er dafür keine Zeit.

Auf seinem Computer führt Kinnison ein Word-Dokument, in dem er seine Telefonate zusammenfasst. Es hat mittlerweile 613 Seiten. Und das sind nur die Anrufe, die er angenommen hat. Ständig blinkt irgendeine Nummer auf, mit einer Vorwahl, die er nicht kennt. Manchmal wacht er davon auf, um zwei Uhr morgens. Er habe Angst, bald einen Herzinfarkt zu bekommen, vor lauter Überarbeitung. Samstag und Sonn-

Friseursalon in Winnfield: »Beten – Amerikas einzige Hoffnung«

tag schaltet er sein Handy aus, aus Selbstschutz. Neulich habe ihn eine Frau 15-mal am Wochenende angerufen, sogar ihr Pastor habe ihm eine SMS geschrieben. Kinnison rief am Montagmorgen zurück. Da sei der Sohn der Frau schon abgeschoben gewesen.

»Ich habe nicht erkannt, wie dringend es war. Das tut mir leid«, sagt Kinnison. Aber er sei auch an dem Punkt, an dem er seine Emotionen abschalten müsse, um zu funktionieren.

Er sagt, er werde nur noch selten traurig oder wütend. Das letzte Mal sei es Mitte August gewesen. Er vertrat einen Mann aus Afghanistan, eng verwandt mit einem hochrangigen Beamten der alten afghanischen Regierung, der heute in den USA lebt und gegen die Taliban gekämpft hatte. Sein Mandant sei in Kabul von den Taliban gefangen genommen worden, 27 Tage lang, die Islamisten hätten ihn geschlagen, bis er geblutet habe, und ihm gesagt, sie würden ihn töten. Kinnison habe der Richterin Beweisfotos gezeigt, Zeugen geladen, Briefe von hohen US-Militärs vorgelegt, in denen die amerikanischen Soldaten sich dafür aussprachen, dass der Mann Asyl bekomme.

Inhaftierte Einwanderer nach Landung eines ICE-Flugzeugs in Alexandria: Wie Amazon oder FedEx, »aber mit Menschen«

Der Afghane war aus einer Zelle in einem der Abschiebezentren zugeschaltet, die Verbindung war schlecht. So laufen die meisten dieser Verhandlungen, per Videokonferenz, als wären sie ein Meeting in einem Techunternehmen. Die Richterin hat auf den Bildschirm vor ihr geblickt und entschieden abzuschieben.

»Und am Ende des Tages geht diese Frau zurück in ihr nettes Zuhause und schaltet den Fernseher ein«, sagt Kinnison. Weil das alles keine Auswirkungen auf sie habe, außer, dass sie ihren eigenen Job unter Trump sichert. »Ihr eigener Job ist ihr wichtiger als das Leben des Menschen«, sagt Kinnison, »den sie womöglich gerade in den Tod geschickt hat.«

Eine Woche habe er gebraucht, bis die Wut wegging. Wenn er jetzt davon erzählt, wirkt er immer noch, als wollte er schreien. Aber er schreit nicht. Vielleicht weil er weiß, dass er kontrolliert bleiben muss, wenn um ihn herum alles außer Kontrolle gerät.

Der Großteil seiner eigenen Familie sei konservativ. Nicht wenige Verwandte, glaubt er, hätten für Trump gestimmt. In seiner Jugend habe er gelernt: Wer die Demokraten wählt, kommt in die Hölle. Daran glaubt er nicht mehr. Er glaubt an Nächstenliebe.

Einen Mandanten, der entlassen wurde und keinen Schlafplatz hatte, brachte er mit in sein Haus, ließ ihn auf dem Teppich beten und bei ihnen übernachten. Ein anderer Mann gab Kinnison als Dank eine islamische Gebetskette, sie liegt noch immer in der Mittelkonsole seines Autos. Mit dem Arzt aus Syrien, einem seiner ersten Fälle, schreibt er sich bis heute Nachrichten.

Kinnison sagt, sein Traum sei, in den USA eine Straße entlangzulaufen und fünf fremde Sprachen zu hören. Er wünsche sich, dass vor amerikanischen Gerichten nicht die zehn Gebote hängen würden. Sondern die Bergpredigt von Jesus:

Selig sind die Barmherzigen; denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.

Donald Trump hat in seiner zweiten Amtszeit seinem Heimatschutzministerium und dessen Polizeibehörden vor allem eine Aufgabe erteilt: so viele irreguläre Migranten wie möglich zu deportieren. Die Regierung selbst hat als Ziel für ihr erstes Jahr eine Million Abschiebungen angesetzt.

Ihre Methoden, diese Zahl zu erreichen, sind brutal.

In Chicago stürmten ICE-Polizisten eine Kindertagesstätte und zerrten eine Erzieherin aus dem Gebäude, laut Zeugen vor den Augen der weinenden Kinder. In Georgia reihten sie Bauarbeiter einer Fabrik auf, legten ihnen nach und nach Fußfesseln an, 475 Menschen wurden festgenommen an diesem Tag. Einen Mexikaner, der seine Kinder gerade in die Kita gebracht hatte, als ICE-Beamte ihn festsetzen wollten, und der sich wehrte, erschossen sie auf offener Straße.

Nach der Festnahme sendet ICE die Migranten oft an entlegene Orte, bekannt für kaum mehr außer ihrer Grausamkeit. Nach Guantanamo Bay, nach »Alligator Alcatraz«, ein Zentrum in den Sümpfen der Everglades. Seit Anfang September bringen sie Menschen auch nach »Angola«, ein Hochsicherheitsgefängnis am Mississippi River, so sehr für seine harten Haftbedingungen berüchtigt, dass es seit Jahrzehnten einen Spitznamen trägt: der »Kerker«.

Kinnison sagt, es habe sich bei ihm bereits eine Familie gemeldet, deren Verwandter im »Kerker« festgehalten würde. Fast zeitgleich postete Trump: »Ich liebe den Geruch von Abschiebungen am Morgen.«

Nächster Anruf in seinem Büro, eine Frau. Ihr Vater ist in einem der Zentren in Louisiana. Kinnison stellt Menschen, die sich das erste Mal bei ihm melden, immer die gleichen fünf Fragen.

Er fragt die Frau: Wann ist Ihr Vater in die USA gekommen? Ist er mit einem Visum gekommen? Hat er Vorstrafen? Hat er Kinder, die die Staatsbürgerschaft haben? Ist er mit einer Staatsbürgerin verheiratet?

Die Antwort der Frau ist viermal: Nein. Kinnison sagt: »Das Problem ist, dass Ihr Vater keine Möglichkeit hat, dauerhaft in den USA zu leben. Es tut mir leid. Ich kann nichts für Sie tun.«

Vor Trump, sagt Kinnison, sei es seine Aufgabe gewesen, Menschen über Asylverfahren ein sicheres Leben in den USA zu ermöglichen. Jetzt sei es umgekehrt: Nun versucht er, Menschen, die seit Jahrzehnten sicher in den USA gelebt hatten, davor zu bewahren, plötzlich aus dem Land gezerrt zu werden.

Kinnison findet, dass nicht alle Menschen in den USA bleiben dürfen sollten. Er findet, dass Migranten aus sicheren Herkunftsländern abgeschoben werden sollten, wenn sie Gewaltverbrechen begehen. Er glaubt, die

Vater Kinnison, Tochter Annaliese: Beim Fußballtraining lässt er das Handy im Auto

ICE-Beamten machen einen Job, der gemacht werden muss. Nur wie sie ihn unter Trump machen, das hält er für von Grund auf falsch – dass sie Tausende Familien auseinanderreißen.

An einem anderen Tag kommt seine Frau Tiffany zu ihm ins Büro und sagt: »Vorhin hat jemand aus Syrien angerufen.« Kinnison ruft: »Wow, Syrien!« Er werde ganz aufgeregt, wenn er Syrien hört. Syrer haben noch eine Chance.

Tiffanys Schreibtisch steht in dem Raum gegenüber von Kinnisons Büro. Sie ist 47, hat braune Haare und ein Lächeln wie eine feste Umarmung. Sie war Grundschullehrerin, vor einem Jahr hat sie ihren Job gekündigt und angefangen, ihrem Mann in der Kanzlei zu helfen. Mit Anrufen, Briefen, Dokumenten, dem Einkauf von Kugelschreibern. Sie sagt, sie habe Angst, dass er irgendwann vor Erschöpfung umfalle. Manchmal, wenn er in Calls ist, schicke sie ihm eine Nachricht aufs Handy: »Bleib ruhig!«

An einem Nachmittag will Kinnison etwas zeigen. Er fährt los, zehn Minuten in Richtung des Flughafens von Alexandria, er deutet auf weiße Flugzeuge und sagt: »Das sind sie!« Auf ein flaches Gebäude dahinter, braun, unscheinbar, man könnte es für einen Hangar halten. »Darin werden die Leute festgehalten«, sagt er.

Es ist ein weiteres Abschiebezentrum. Direkt auf dem Rollfeld.

Mehrmals täglich landen die ICE-Flieger hier, so viele wie an keinem anderen Flughafen. Menschen werden mit Hand- und Fußfesseln über die Treppe hinaus in die Hitze geführt. Es ist einfach, das zu beobachten. Direkt an den Flughafenzaun grenzt ein Golfplatz. An diesem Nachmittag schlagen dort Männer mit Cowboyhüten und in kurzen Sporthosen ab. Es scheint sie nicht zu kümmern, was da, vielleicht 250 Meter von ihnen entfernt, passiert.

Der ICE-Chef hat einmal gesagt, die Abschiebungen unter Trump müssten funktionieren wie Amazon oder FedEx, »aber mit Menschen«. In diesem Plan ist der Flughafen von Alexandria das Verteilerzentrum. Dort werden die Migranten für kurze Zeit festgehalten und entweder sofort deportiert oder in weiße Busse gesetzt, mit vergitterten Fenstern, die wie Viehtransporter aussehen. Die Busse bringen die Migranten in die Kleinstädte, an Orte wie Jena, wo Kinnison zur Gerichtsverhandlung geladen war.

Viele dieser Detention Center sind alte Provinzgefängnisse. Nun verpachten die Landkreise sie an ICE. Teilweise bekommen sie von der Regierung dafür 120 Dollar täglich pro Insasse. Das ergibt sich aus Verträgen, die die NGO Southern Poverty Law Center beschaffen konnte und die dem SPIEGEL vorliegen. Es ist ein gutes Geschäft. In einer der Kleinstädte, Winnfield, rund 4000 Einwohner, liegt das größte Abschiebezentrum in Louisiana. 1576 Betten. Durch das Zentrum, hat der ehemalige Sheriff einst gesagt, habe sich der Landkreis vor der Insolvenz gerettet. Er machte im vergangenen Jahr damit knapp vier Millionen Dollar Gewinn.

Kinnison erzählte, er fahre nicht mehr nach Winnfield, seitdem er dort erlebt habe, wie ein Mann laut das »N-Wort« sagte, vor einer Menge anderer Menschen, und niemand widersprach. Er empfahl mir, zu einem Highschool-Footballspiel zu gehen. Falls ich Kultur und Menschen kennenlernen wolle.

Winnfield liegt so weit entfernt von irgendeiner Großstadt, dass man nicht einmal sagen könnte: Winnfield liege in der Nähe von. Es gibt einen McDonald's, Discountmärkte, viele Kirchen. Das Winn Correctional Center ist ein paar Kilometer außerhalb, im Wald. Auf Facebook hatte eine Einwohnerin zu dem Abschiebezentrum einmal geschrieben, sie fürchte, dass »illegale Einwanderer« fliehen und Tuberkulose einschleppen könnten. Sie seien ja bereits gut darin, »über Zäune zu springen«.

Das Footballspiel war am Freitagabend. Die Winnfield Tigers trafen auf die Jonesboro-Hodge Tigers. Am Platzrand standen Pickup-Trucks, die im Flutlicht glänzten. Das Ticket kostete elf Dollar. Die Teams liefen ein, hinter mir aß ein Mann schmatzend Erdnüsse, Libellen zischten über die Köpfe. Jemand sprach über Lautsprecher ein Gebet. Man bat Gott um ein faires Spiel. Gott antwortete nicht. Stattdessen erklang die Nationalhymne:

»The Land of the free and the home of the brave.«

Ich machte mit meinem Handy ein paar Bilder und Videos vom Spielfeld und der Tribüne. Es dauerte wenige Minuten, da sprach mich eine Frau an, Mitte vierzig vielleicht. Sie wollte wissen, für wen ich sei. Ich sagte für niemanden, ich käme aus Deutschland und sei Reporter. Sie fragte, warum ich hier sei. Ich sagte, ich wolle über Winnfield schreiben.

Die Frau glaubte mir nicht. Sie schrie mich an: »Du hast gerade unsere Mädchen gefilmt!« Sie meinte, das begriff ich nach einigen Sekunden, die Cheerleaderinnen. Teenagerinnen, die unter uns Räder schlugen und sich bei 30 Grad ein Lächeln auf den Mund quälten. Um mich herum machten viele Menschen Videos und Fotos davon, aber das schien die Frau nicht zu stören.

Sie rief: »Lösch die Bilder!« Ich löschte die Bilder. Ich wollte keinen Stress. Sie schaute mir in die Augen und sagte: »Wir können hier die nettesten Menschen der Welt sein, aber …« Sie machte eine kurze Pause. »Wenn du schlechte Absichten hast, können wir auch die bösesten Menschen der Welt sein.« Wenig später setzte sich ein massiger Mann hinter mich. Er raunte mir ins Ohr: »Ich gebe dir einen Rat, das hier ist eine kleine Stadt …« Er klopfte mir auf die Schulter. »Hau besser ein paar Minuten vor Ende des Spiels ab.« Dann ging er. Und ich auch.

Ich hatte verstanden: Einem Fremden traut in Winnfield erst mal niemand. Aber man traut ihm alles Böse zu. Das hier war

nicht das Amerika aus Kinnisons Traum, frei und mutig. Im Gegenteil, es war ein paranoides Amerika, getrieben von Angst.

Am Tag danach fuhr ich durch die Stadt. Vorbei an Schildern, auf denen stand: »Beten – Amerikas einzige Hoffnung«. Ich sah Holzhäuser, die aussahen, als versuchten sie, sich selbst abzureißen. Ich fragte mich, wo das ganze Geld aus dem Abschiebezentrum wohl hinfloss. Nach einer halben Stunde parkte ich und ging in den Supermarkt. Als ich wiederkam, standen drei Polizeiwagen um meinen Mietwagen. Die Officers winkten mich zu sich. Einer fragte mich: »Warst du gestern beim Highschool-Football-Game?«

Er sagte: »Das Problem ist, du bist an dem Haus einer Cheerleaderin vorbeigefahren. Und die Mutter hat uns gerufen.«

Äh.

Sie prüften mein Visum. Sie kamen mit auf mein Hotelzimmer und schauten sich um. Der Polizist sagte: »Du bist ein netter Kerl. Wir glauben dir. Aber wenn du als Fremder hierherkommst, hättest du dich als Erstes bei uns auf dem Polizeirevier vorstellen sollen.« Ein anderer nickte und sagte: »Man weiß ja nie, mit all dem Kinderhandel, der so in der Welt passiert.«

Ich dachte: Ihr schaut zu viel Fox News. Und sagte: »Ich verstehe.«

»Hör zu«, sagte einer der Polizisten. »Du hast gegen kein Gesetz verstoßen. Wir können dir nicht per Gesetz sagen, dass du die Stadt verlassen sollst. Aber …«

Die Nachricht kam an. Nach einer Stunde ließen sie mich gehen. Ich packte meine Sachen und fuhr zurück nach Alexandria.

Als ich dem Anwalt Kinnison von meiner Begegnung mit der Mutter und der Polizei erzähle, bleibt er kurz still. Dann sagt er: »Willkommen in den Südstaaten.« Er meint das ironisch. Während meiner Zeit mit ihm habe ich gemerkt, dass er mit dieser Gegend, die ja nun seine Heimat war, fremdelte.

Footballstadion in Winnfield: Ein paranoides Amerika, getrieben von Angst

Zeitung, Magazin von 2016:
Wie eine Imagefilmkulisse

Er kennt diese Leute, er kennt auch die Richter und die Männer von ICE. Sie sind Eltern an der Schule seiner Töchter, er trifft sie im Supermarkt oder auf der Straße. Sie sind seine Community. Einer seiner engsten Freunde, sagt Kinnison, sei ein ICE-Officer, sie kennen sich aus der Kirche. Manchmal golfen sie zusammen. Über Politik aber, sagt Kinnison, habe er noch nicht mit ihm gesprochen. Er bekennt sich hier nicht öffentlich. Er hält das für zu gefährlich für seine Familie.

Die Kinnisons wohnen ein paar Straßen von seinem Büro entfernt, in einem Backsteinhaus mit einer großen Eiche und einem Baumhaus im Garten. An einem Abend laden sie mich zu sich nach Hause ein. Die jüngere Tochter, Annaliese, packt ihre Tasche für das Fußballtraining, Kinnison ist der Coach der Mannschaft. Die ältere, Miriam, kommt vom Haarefärben. Ihr Freund fährt vor und bringt ihr Blumen. Tiffany backt Cookies. Ihre Hunde, Lucy und Oliver, tapsen über den Holzboden im großen Wohnzimmer. Im Regal stehen Bücher über Gebete und Nordkorea. Es ist sehr nett.

Ich habe nur noch eine Frage an Kinnison, ich habe sie ihm schon mehrfach gestellt. Er hatte mir auch schon mehrfach eine Antwort gegeben. Aber ich habe das Gefühl, ihn noch nicht richtig zu verstehen.

Warum macht er das alles? Warum, als jemand, der davon träumt, fremde Sprachen auf der Straße zu hören, lebt er hier, unter Menschen, die glauben, alles Fremde sei gefährlich? Warum blickt er jede Woche einem Mandanten durch eine Glasscheibe in die Augen, dem er wahrscheinlich doch nicht helfen kann? Warum zieht er sich alle paar Tage eines seiner Sakkos an, die hinter seiner Bürotür hängen, um in einer zehnminütigen Videoverhandlung wieder an Trumps System zu scheitern?

Wenn er keine Chance mehr hätte, sagt Kinnison, dann würde er aufhören. Aber so sei das nicht.

Er erzählt mir von einem anderen Fall, er hat in den vergangenen Tagen immer wieder davon gesprochen, als wäre er ein kleines Wunder. Ein Mann, der seit 30 Jahren in den USA lebte, einen Handwerksbetrieb hatte, acht Kinder, zwei davon mit Behinderung, keine Vorstrafen. Bei einer Verkehrskontrolle war er im Mai festgenommen worden und sollte nach El Salvador abgeschoben werden. Kinnison habe es geschafft, dass der Richter die Abschiebung aufhob. Sein Mandant dürfe in den USA bleiben.

Kinnison sagt: »Hin und wieder, ich kann nicht sagen, wie oft, einmal im Monat, einmal alle zwei Monate, gewinne ich. Es gibt diese Fälle noch, in denen Richter finden, dass mein Mandant es verdient hat, in Amerika zu bleiben. Und die Leben dieser Menschen sind mir den Kampf wert.«

Er wirkt in dieser Situation tatsächlich wie der letzte Retter. Und vielleicht auch wie der letzte Mensch, der daran glaubt, dass es noch etwas zu retten gibt.

Dann fährt er mit seiner Tochter zum Fußballtraining. Sein Handy lässt er für die zwei Stunden im Auto. S

Empörer vom Dienst

Alles Gutsch *Über Kaffeezorn, Debatten und die Frage, warum Filme heute so lang sein müssen*

Von Jochen-Martin Gutsch

Hin und wieder gehe ich in das neue Café in meiner Straße. Der Cappuccino kostet hier 2,50 Euro. Für Prenzlauer-Berg-Verhältnisse ist das Working-Class-Kaffee. Die Karte ist, was den Kaffee betrifft, sehr übersichtlich, nur die Klassiker, man muss nicht rätseln, was »Dambi Uddo Espresso Lemonade« oder »Beetroot Flat White« wohl sein mag.

Jedenfalls hat die recht neue Kaffeekette namens LAP (Life among People), zu der auch dieses Café gehört, inzwischen mehr als 20 Filialen in deutschen Städten eröffnet. Nein, so stimmt das eben nicht! »LAP Coffee ist nicht einfach nur eine neue Café-Kette. Hinter LAP Coffee stehen miese Gründer und militäraffines Tech-Großkapital.«

Diese zornigen Worte las ich in einer E-Mail der Kampagne »LapCoffeeScheisse«. Irgendwie bin ich da in den Verteiler geraten. So erfuhr ich auch, dass »LAP Coffee das stinkende Sahnehäubchen des Tech-Kapitals auf der Gentrifizierung« sei.

Stimmig erschien mir dieses Bild nicht, denn die Gentrifizierung würde doch sicher ein edles, preislich gehobenes, gänzlich unstinkiges Sahnehäubchen bevorzugen.

Ach, egal. Ich habe versucht, mich in die »LAPCoffeeScheisse«-Menschen hineinzuversetzen. Sie organisieren mühsam eine Kampagne, schreiben lange E-Mails, sind womöglich nachts mit Sprühdosen unterwegs für das Ziel: »LAP Coffee in die Pleite treiben!«. In Berlin wurden bereits einige Filialen mit Farbe beschmiert. Aber alles, was ich dachte, war: Steckt die Welt nicht voller Schuftereien, die unsere Empörung mehr verdienen?

Vorschlag zur Entpörung:
Wir heizen klimaneutral mit deutscher Wut!

Vor einigen Tagen tat ich dann etwas sehr Dummes. Ich schrieb einem ostdeutschen Historiker, den ich im Grunde sehr schätze und der mir durch wütende Facebook-Kommentare auffiel, eine Nachricht mit der Frage: »Was ist eigentlich los mit Ihnen?« Der ostdeutsche Historiker schrieb: »Ich habe einen moralischen Kompass, das ist los mit mir. Und Sie so?«

Das hat mich noch ratloser gemacht. Ich lese im Internet, ich lese die Zeitung, ich schaue Fernsehen und hier wie dort schlägt mir Empörung entgegen. Ein Wort, das ich deshalb schon nicht mehr hören kann: *Debatte*. Der schlimmste Satz: *Es gibt eine Debatte im Netz.*

Auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung heißt es: »Eine Debatte ist ein öffentliches Streitgespräch. Mehrere Redner/innen diskutieren miteinander nach festgelegten Regeln. Sie tauschen Argumente und Gegenargumente zu einer Frage oder einem bestimmten Thema aus.«

Deshalb sollte man das Wort Debatte (auch ein SPIEGEL-Ressort trägt diesen Namen) nicht verwenden, wenn keinerlei Argumente nach guten Regeln ausgetauscht werden, sondern nur die übliche Meinungsrülpserei im Netz stattfindet.

Die jüngsten deutschen Debatten sind aber auch deshalb so öde, weil sie sich im Kern um das immer gleiche Thema drehen: die Verwendung unstatthafter Begriffe (Stadtbild) oder wer wen warum ein- oder ausgeladen hat (Böhmermann). Manchmal geht es sogar um die Frage, wer wann welches T-Shirt getragen hat (Rapper Chefket). Allein wenn man die Meinungsbeiträge zum Thema »Merz und Belém« zählen würde – ich bin zu faul –, beschleicht mich das Gefühl, dass Anlass und Empörungsausstoß in einem Missverhältnis stehen, ja, dass es hier eine Unwucht gibt.

Wirklich bedauerlich ist aber, dass die Empörung ständig den Inhalt überlagert. Was bleibt als Erkenntnis vom Klimagipfel übrig, woran werde ich mich erinnern, außer an zwei unwichtige Stichwörter: Merz und Belém?

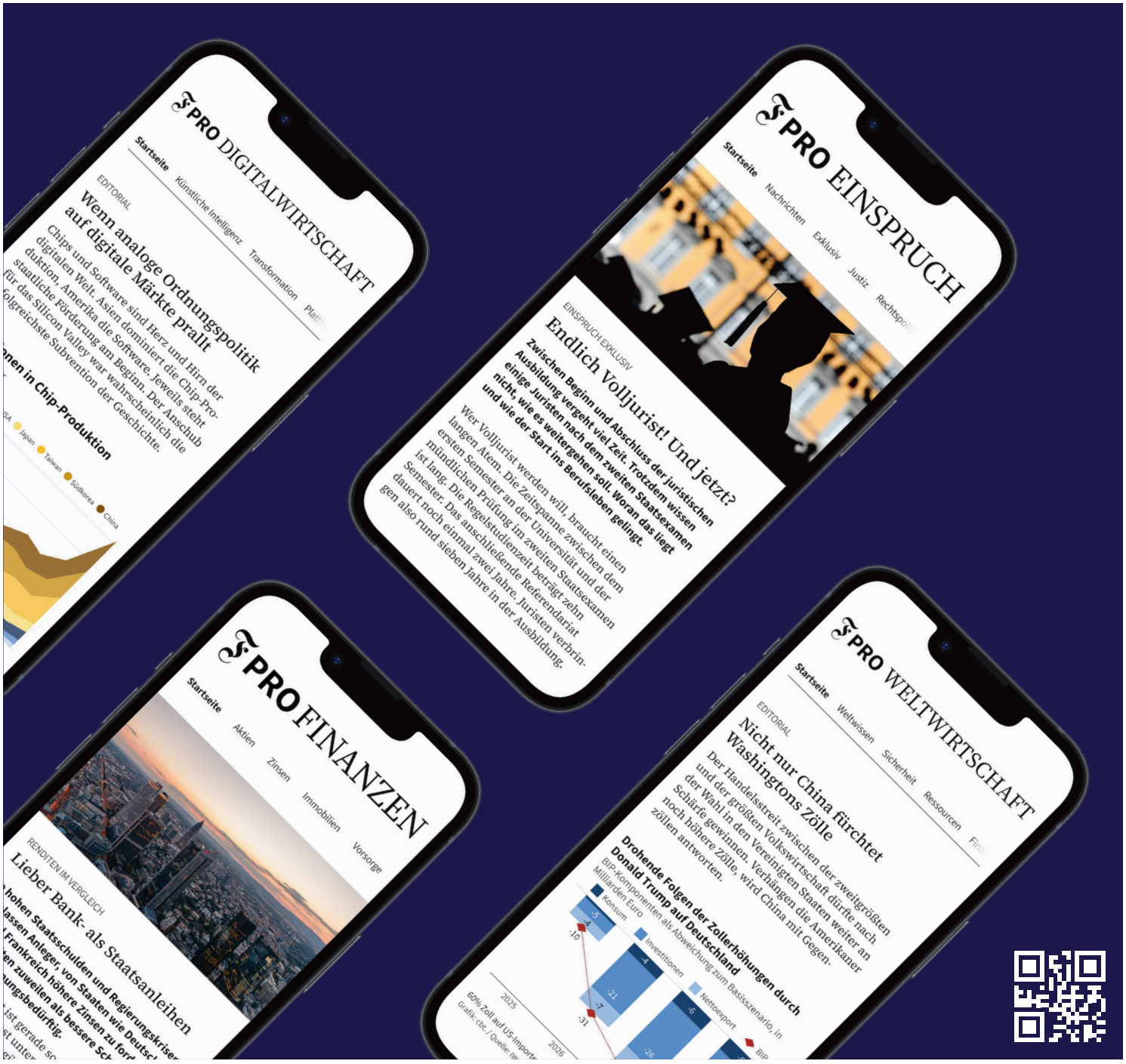
Genauso bedauerlich wäre es nun, eine empörte Kolumne über Empörung zu schreiben. Deshalb sollen zwei konstruktive Vorschläge folgen. Nummer eins: In allen Redaktionen wird ein neuer Posten geschaffen. Der EvD – Empörer vom Dienst. Allein der EvD ist künftig dafür zuständig, Empörungsbeiträge zu verfassen. Er erkennt den erregungsrelevanten Verkehrswert einer Debatte, er prüft, ob Humor als Empörungsregulativ zum Einsatz kommt oder ob es einen empörungsfreien Tag gibt. Ist der EvD im Urlaub, gibt es empörungsfreie Wochen.

Nummer zwei: Wissenschaftler werden mit dem Bau von Wutspendestellen beauftragt. Dort können die Bürger in mobile Wutbehälter brüllen, drohen, diffamieren. Anschließend wird die Wut in Wutkraftwerken aufbereitet und umgewandelt. Zum Beispiel in Wärme. Wir brauchen kein russisches Gas, Mr Putin. Wir heizen klimaneutral mit deutscher Wut!

Da meine Vorschläge vermutlich kaum Anklang finden, möchte ich wenigstens ein Thema anregen, das Empörung verdient hätte: Warum sind Filme jetzt immer so lang? Ich sitze im Kino, es läuft »The Secret Agent«. Zwei Stunden 40 Minuten. Ich schaue »The Brutalist«. Drei Stunden 35 Minuten. Ich bedauere sehr, den neuen »Avatar« zu verpassen, aber: drei Stunden 30 Minuten. Nicht einmal der neue »Pumuckl« kommt noch mit exakt 90 Minuten aus! Da ich aber so empörungsschlaff bin, spüre ich nur leise Melancholie und denke: Regisseure mit einer Uhr wären mir viel lieber als ostdeutsche Historiker mit einem Kompass. S

Illustration: Mario Wagner / DER SPIEGEL

Frankfurter Allgemeine PRO

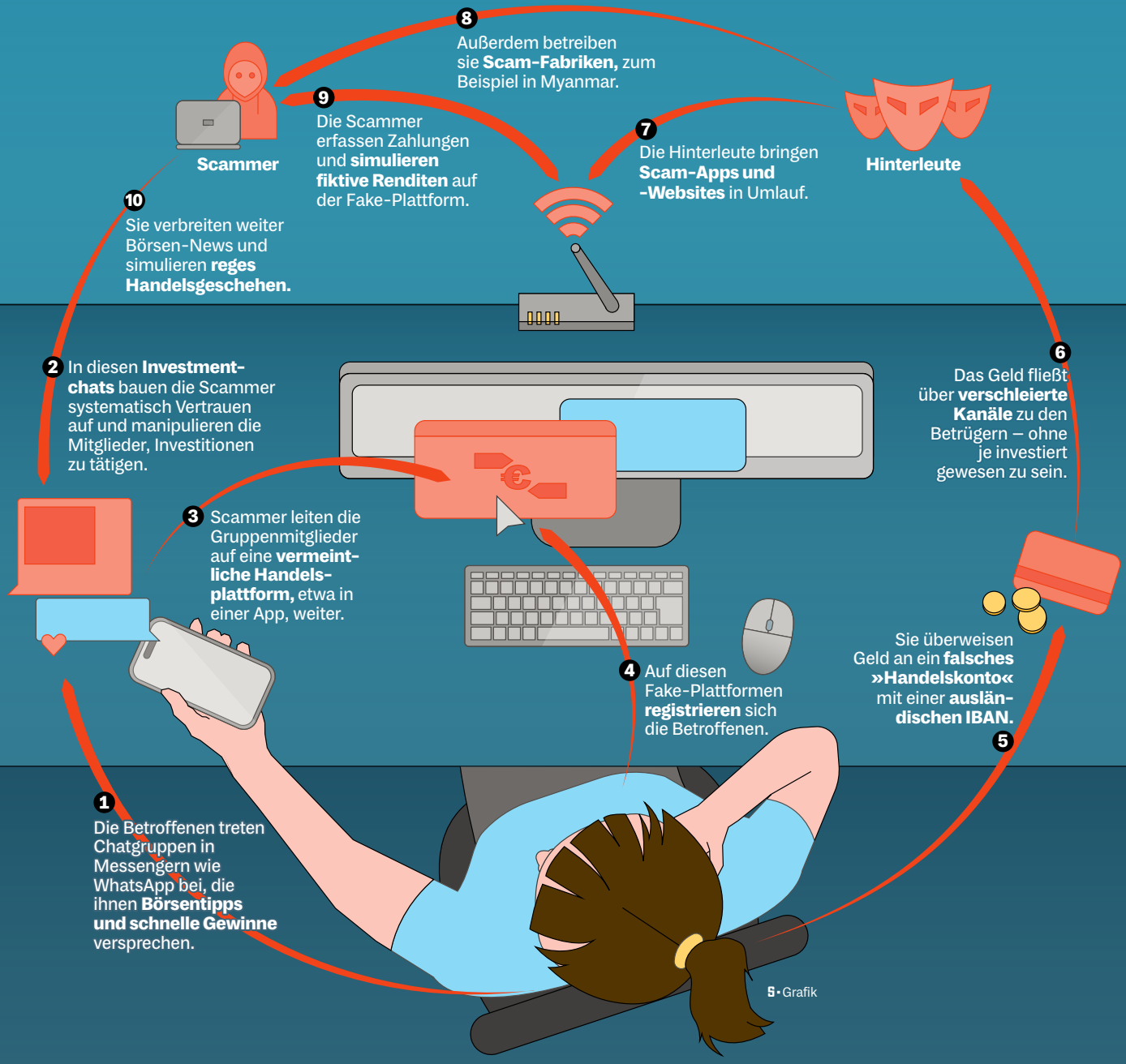


Wissen für Entscheider.

F.A.Z. PRO informiert Sie über die neuesten Entwicklungen in Ihrem bevorzugten Themengebiet – als wöchentliches Briefing und als laufend aktualisierte Nachrichtenseite: Unsere Redaktion und führende Experten liefern Ihnen relevante Hintergründe und pointierte Meinungen, die Ihnen helfen, die Zusammenhänge und Auswirkungen in den Bereichen Digitalwirtschaft, Weltwirtschaft, Finanzen und Recht nicht nur zu verstehen, sondern auch effektiv zu nutzen.

Jetzt F.A.Z. PRO und freien Zugang zu FAZ.NET testen unter faz.net/fazpro

WIRTSCHAFT



Und plötzlich sind Sie 20.000 Euro ärmer

Finanzbetrug Arglose Verbraucher werden über Apps mit Aktientipps in Chatgruppen gelockt und abgezockt. Dahinter stecken Kriminelle, die Zwangsarbeiter für sich schuften lassen. Einblicke in das verbrecherische App-Netzwerk.

Alles beginnt mit einer scheinbar harmlosen Werbeanzeige auf Facebook. »Kostenlose Aktientipps via WhatsApp« liest Mia Hofer auf ihrem Smartphone. Darüber prangt das Logo eines beliebten Neobrokers aus Deutschland: Trade Republic.

Die Werbung spricht sie an. Hofer hatte ohnehin vor, sich näher mit Geldanlagen zu beschäftigen. Sie klickt und landet in einer WhatsApp-Gruppe. Mia Hofer, die eigentlich anders heißt, ist 42 Jahre alt und arbeitet als Einzelhandelskauffrau im Raum Wiesbaden. Sie möchte anonym bleiben, zum Schutz ihrer Privatsphäre.

An einem Freitag Mitte März meldet sich per WhatsApp eine Frau namens Laura. Sie stellt sich als Assistentin eines renommierten Hedgefonds-Managers vor, »Professor« Monroe Trout. Sie und der Professor, sagt Laura, würden für das vorgebliche US-Finanzinstitut Stifel arbeiten.

Hofer googelt, alles wirkt seriös. Der Professor existiert wirklich, Stifel hat eine Niederlassung in Frankfurt am Main. Sie lässt sich auf den Kontakt ein, wartet auf Nachrichten von Laura, der freundlichen Assistentin. Und auf Aktientipps des Professors.

Beim Chatten entsteht persönliche Nähe. »Guten Morgen«, schreibt Laura. »Ich brauche jetzt dringend Kaffee, sonst klappen mir gleich wieder die Augen zu.« Die beiden Frauen plaudern über Hofers Alltag, ihre Sorgen, den Wunsch nach einem kleinen Vermögen. »Wenn wir den Traum realisiert bekommen, spendiere ich die Cocktails«, tippt Hofer. Laura antwortet: »Dann fange ich jetzt gleich an, Cocktailgläser und kleine Papierschirmchen auszusuchen.«

Bald folgen erste Anlagetipps. Hofer lädt eine App namens STLSTE auf ihr Smartphone, die Laura ihr empfohlen hat. Sie investiert, anfangs wenige Tausend Euro, dann immer mehr. Auf dem Bildschirm schießen die angezeigten Gewinne in die Höhe.

Erst als sich Hofer diese Traumgewinne überweisen möchte, Laura aber eine weitere Zahlung verlangt, bemerkt sie, dass etwas nicht stimmt. Hofer ist auf einen Finanz-Scam hereingefallen. Tatsächlich betreibt der US-Dienstleister Stifel keine WhatsApp-Gruppe für seine Privatkunden. Investor Monroe Trout hat nichts mit dem Scam zu tun. Zu keinem Zeitpunkt hat Hofer mit Aktien gehandelt, sondern nur Geld an Betrüger überwiesen: etwa 20.000 Euro.

Sie ist nur eines von jährlich mehreren Zehntausend Opfern einer globalen, viele Milliarden schweren Betrugsmaschinerie. Allein 2024 erbeuteten Onlinebetrüger, sogenannte Scammer, weltweit mehr als eine Billion Dollar, kalkuliert die Nichtregierungsorganisation Global Anti-Scam Alliance in Den Haag.

Der SPIEGEL folgte der Spur des erbeuteten Geldes, wertete Chatprotokolle aus, untersuchte dubiose Handelsplattformen und Kontoverbindungen. Das Rechercheteam stieß auf ein verzweigtes Netzwerk und auf ein Betrugszentrum in Myanmar, in dem Armeen von Scammern in Großraumbüros an Smartphones und PCs sitzen. Ihr Auftrag: Internetnutzer in aller Welt zu kontaktieren und ihnen möglichst hohe Geldsummen zu entlocken.

Felix Schmitt / DER SPIEGEL

Geschädigte Hofer:
Beim Chatten entsteht persönliche Nähe

Was bislang wenig beleuchtet ist: Arbeiter dieser Betrugszentren schuften häufig unter Zwang. Viele Täter sind ebenfalls Opfer. Nach SPIEGEL-Informationen gehen deutsche Ermittlungsbehörden davon aus, dass hinter den Scam-Fabriken oft das organisierte Verbrechen aus China steckt.

Um das Geschäft am Laufen zu halten, schrecken diese Gruppen auch vor Menschenhandel nicht zurück. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen haben kriminelle Netzwerke bereits Hunderttausende Menschen nach Südostasien in solche illegalen Fabriken verschleppt.

Die Fabriken

Einer derjenigen, die zur Kriminalität gezwungen worden sind, ist Phelipe de Moura Ferreira. Drei Monate arbeitete er mehr als 8000 Kilometer Luftlinie von Deutschland entfernt in einem blauen Bürogebäude an einem Grenzfluss zu Thailand.

Über WhatsApp unterhielt sich Ferreira auf Englisch mit Menschen aus der ganzen Welt. Mithilfe von Übersetzungssoftware und ChatGPT konnte sein Büro auch Opfer etwa aus Frankreich, der Ukraine oder Deutschland ansprechen. Er brachte sie um viel Geld – ohne dass er das selbst wollte. Ferreira wurde gefangen gehalten.

Er ist 27 Jahre alt, kommt aus São Paulo, Brasilien. Seine Geschichte schildert er dem SPIEGEL folgendermaßen: Im November 2024 erhielt Ferreira über den Chatdienst Telegram ein Angebot für einen Job als Callcenter-Mitarbeiter in Thailand. Flexible Arbeitszeiten, 2000 Dollar im Monat, ein Flugticket. Für ihn, der aus ärmlichen Verhältnissen kommt, klang das verlockend.

Doch als Ferreira in Bangkok landete, wartete ein bewaffneter Fahrer auf ihn, so erinnert er sich. Der brachte Ferreira nicht zum nahe gelegenen Firmenstandort, sondern über die Grenze ins benachbarte, vom Bürgerkrieg zerrüttete Myanmar. Dort, auf einem ummauerten Gelände südlich der Stadt Myawaddy, soll man ihm Reisepass und Handy abgenommen haben. Anschließend lebte Ferreira wie in einem Gefängnis. »Wir mussten zu acht in einem kleinen, kalten und schmutzigen Zimmer schlafen«, sagt er. »Draußen standen Wachen.«

Er sollte für die »Bosse«, wie Ferreira sie nennt, Scams durchführen. Das Gelände war ihm zufolge unterteilt in verschiedene Großraumbüros, jedes spezialisiert auf eine andere Art von Finanzbetrug. In Ferreiras Abteilung, die er auf mehrere Hundert Personen schätzt, arbeiteten Experten für sogenannte Love-Scams. Sie machten ihren Opfern erst Hoffnungen auf romantische Beziehungen, um ihnen später hohe Geldbeträge abzuschwatzen. Im Büro nebenan ging es um Kryptohandel.

Wer die Arbeit in der Scam-Fabrik verweigerte oder erfolglos blieb, wurde Ferreiras Aussage nach bestraft. Mit Elektroschocks, mit Peitschenhieben. Als ein Mitgefangener versuchte, online seine Familie zu kontaktieren, wurde er erwischt, schildert Ferreira: »Sie haben ihn tagelang in einen dunklen Raum gesperrt und immer wieder geschlagen.« Überprüfen lassen sich seine detaillierten Schilderungen nicht.

Trotz der Einschüchterungen ging Ferreira das Risiko ein, seinen Vater über Facebook zu kontaktieren: »Ich habe geschrieben, dass ich Hilfe brauche. Dass ich nicht in Thailand bin, sondern in Myanmar festgehalten werde. Dass wir hier keine legale Arbeit machen und jeden Tag bestraft werden.«

Ferreiras Vater schaltete die brasilianische Polizei ein, die ihn an The Exodus Road vermittelte, eine internationale Nichtregierungsorganisation, die gegen Menschenhandel vorgeht. »Wir haben den lokalen Sicherheitskräften alle verfügbaren Informationen über Ferreira bereitgestellt, um seine Befreiung zu ermöglichen«, sagt Cintia Meirelles de Azevedo, Länderdirektorin für Brasilien bei The Exodus Road. Nach ihren Informationen gab es Verhandlungen mit den Betreibern der Scam-Fabrik, die in Verbindung mit der chinesischen Mafia stehen sollen. De Azevedo bestätigt, dass Ferreira in dem Komplex gefangen gehalten und zu den Scams gezwungen

wurde. Über sie und ihre Organisation kam auch der Kontakt zum SPIEGEL zustande.

Am Ende wurden mehr als 300 Gefangene der Scam-Fabrik freigelassen, darunter auch Ferreira. Heute ist er zurück im brasilianischen São Paulo, lebt dort zusammen mit seinen beiden Geschwistern und seinen Eltern. »Myanmar war meine Hölle«, sagt er.

Ob die Behörden das kriminelle Netzwerk, für das Ferreira arbeiten musste, wirklich zerstört haben, ist jedoch fraglich. Macht eine Fabrik irgendwo dicht, kann an anderer Stelle eine neue entstehen. Die Scammer sind auch deshalb so schwer zu stoppen, weil Internetkonzerne ihnen noch immer eine digitale Bühne bieten.

Die Ermöglicher

Lockangebote der Scammer landen oft auf Plattformen wie Facebook oder Instagram. Betrügerische Werbeanzeigen hätten auf den Social-Media-Kanälen des Meta-Konzerns seit Anfang 2025 »erheblich zugenommen«, teilt Trade Republic auf Anfrage mit. Nach eigenen Angaben meldet der Finanzdienstleister monatlich 10.000 bis 20.000 betrügerische Anzeigen bei der Facebook-Mutter, die er in der Verantwortung sieht.

Meta ließ Fragen des SPIEGEL unbeantwortet. Ein Sprecher betont lediglich, der Konzern lösche alle betrügerischen Anzeigen mithilfe von »fortschrittlichen Technologien und geschulten Prüfungsteams«, sobald diese entdeckt würden.

Meta hat offenbar an den betrügerischen Werbeanzeigen mitverdient, im vergangenen Jahr rund 16 Milliarden Dollar. Das legt eine Auswertung von internen Dokumenten durch die Nachrichtenagentur Reuters nahe.

Dabei wird nicht nur Facebook von derartigen Scam-Anzeigen überschwemmt. Betrügerische Werbeinhalte tauchen selbst auf seriösen Nachrichtenseiten auf, auch der SPIEGEL war davon betroffen.

Das eigentliche Herzstück der Betrugsmasche sind aber gefälschte Handelsplattformen: Websites und Apps, die so professionell wirken, dass nicht jeder sie sofort erkennt. Hier findet kein echter Börsenhandel statt, Kontostände und Gewinne tippen die Scammer selbst ein. Behörden registrieren derzeit eine regelrechte Flut an Fake-Plattformen im Web.

Die Finanzaufsicht Bafin fahndet gezielt nach solchen Betrugsseiten und veröffentlicht Warnungen vor »unerlaubten Geschäften«. Der SPIEGEL hat diese Bafin-Mitteilungen der vorigen Jahre ausgewertet: Erwähnte die Behörde 2024 noch rund 760 verdächtige Websites, waren es bis Ende November 2025 bereits über 2400, mehr als dreimal so viele.

Einige Warnmeldungen enthalten teils Hunderte Links zu nahezu identischen Websites, die mit derselben Betrugsmasche funktionieren. Oberstaatsanwalt Mirko Heim vom Cybercrime-Zentrum Baden-Württemberg spricht von Tausenden solcher Seiten, die mittlerweile pro Jahr online gehen und allein in Deutschland einen Schaden in Milliardenhöhe verursachen.

Podcast »Firewall« über Trading-Betrug: Im Gruppenchat der Scammer

Der Einsatz künstlicher Intelligenz erlaube es, mit geringem Aufwand neue Betrugsplattformen »wie am Fließband« zu generieren, erklärt die Bafin auf Anfrage. Betrüger erreichten dadurch immer mehr potenzielle Opfer, zudem bänden sie Ermittlungskapazitäten der Behörde.

Hat die Finanzaufsicht gegen die Betrüger überhaupt eine Chance?

Vor allem kann die Bafin es den Scammern schwerer machen, ihre Inhalte zu verbreiten. Zum Beispiel kann sie Anbietern in Deutschland anordnen, betrügerische Websites abzuschalten. Zudem ist die Behörde befugt, Betreiberkonten bei inländischen Banken zu sperren und Gelder einzufrieren.

Strafrechtliche Schritte hingegen bleiben der Justiz vorbehalten. Mit ihr kooperiert die Bafin. Im Oktober etwa hat die Finanzaufsicht gemeinsam mit dem Cybercrime-Zentrum und dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg 1400 betrügerische Trading-Websites sperren lassen.

Ex-Scammer Ferreira: Zur Kriminalität gezwungen

Victor Moriyama / DER SPIEGEL

Kompliziert wird es, wenn der betrügerische Handel nicht direkt über eine Website im Browser abgewickelt wird, sondern über eine App, die Kunden auf den offiziellen Marktplätzen von Apple und Android herunterladen können.

Die Masche funktioniert so: Die Betrüger übernehmen Apps, die bereits im Google Play Store vorhanden sind und ursprünglich völlig andere Inhalte angeboten haben. Für die Abzocke-App STLSTE konnte der SPIEGEL zwei App-Varianten identifizieren, die zuvor als Musik-Apps gelistet waren. Vieles deutet darauf hin, dass Betrüger solche Hüllen kaufen können und anschließend Logo, Name und Inhalt austauschen.

Um zu verstehen, wie Scam-Apps überhaupt in diese an sich gut kontrollierten Stores gelangen, folgte der SPIEGEL den digitalen Spuren des STLSTE-Schwindels. Das Ergebnis: ein weitverzweigtes Netzwerk aus mindestens 26 betrügerischen Handelsplattformen und Apps. Bei einigen fanden sich Hinweise, dass sie Entwicklerwerkzeuge und Cloud-Speicher aus China nutzten.

Im Kampf gegen solche Netze stoßen die Behörden an Grenzen. Bis betrügerische Apps nach einer Bafin-Warnung aus Googles Play Store verschwinden, vergehen oft Wochen. Und dann sind die Löschungen teils unvollständig. Google hat nicht umgehend alle Apps des STLSTE-Netzwerks beseitigt, gleich mehrere blieben als Download verfügbar, trotz eindeutiger Indizien wie identischer Entwicklernamen oder Mail-Adressen.

Google teilt schriftlich mit, »konsequent gegen Anwendungen vorzugehen, die gegen unsere Richtlinien verstoßen«. Der Konzern habe allein 2024 die Veröffentlichung von 2,36 Millionen Apps aufgrund von Richtlinienverstößen blockiert und mehr als 158.000 Konten böswilliger Entwickler gesperrt. Außerdem müssten ab 2026 sämtliche Android-Apps von verifizierten Entwicklern registriert werden.

Es ist ein Wettlauf zwischen Ermittlungsbehörden, deren Mittel begrenzt sind, und gut organisierten Betrügern, die immer neue Methoden entwickeln. Die entscheidende Frage bleibt: Wo landet am Ende das erbeutete Geld?

Die Konten

Mia Hofer, das Opfer aus der Nähe von Wiesbaden, hat eine WhatsApp-Gruppe gegründet, in der sich mehrere Dutzend Geschädigte austauschen können. Vor einigen Monaten hat sie sich an den SPIEGEL gewandt, um ihre Geschichte zu erzählen. Hofer sagt, allein der Schaden der Mitglieder ihrer Chatgruppe belaufe sich auf mehrere Millionen Euro.

Ob hinter Hofers Fall Scammer aus einer der berüchtigten Fabriken in Südostasien stammen, ist nicht bekannt. Wie so oft konn-

ten die Ermittlungsbehörden bislang keine Täter identifizieren. Dabei ist der Fall nicht hoffnungslos, die Betrüger haben Spuren hinterlassen. Hofers Geld landete nicht in einem anonymen Kryptowallet, sondern auf einem Bankkonto – mit IBAN und Namen.

Dem SPIEGEL liegen Überweisungsbelege mehrerer Geschädigter vor. Viele sind adressiert an Easy Payment & Finance, ein Finanzinstitut aus Madrid, das Firmenkunden »White-Label-Bankdienstleistungen« anbietet, ihnen also seine Bankinfrastruktur zur Verfügung stellt. Den Geschädigten wurde vorgegaukelt, sie würden mit der App-Registrierung ein »Handelskonto« bei dieser Bank eröffnen. Die Scammer bewarben Easy Payment & Finance als Partner. Das Finanzinstitut ließ Fragen des SPIEGEL bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Rätselhaft bleibt: Wie konnten Gelder, die an Konten bei einem europäischen Finanzinstitut überwiesen wurden, einfach verschwinden? Warum schlugen die Hausbanken der Geschädigten nicht Alarm, als diese wiederholt Zehntausende Euro nach Madrid überwiesen?

Eine dieser Banken ist Trade Republic – jenes Institut, dessen Logo die Scammer für ihre Fake-Werbungen missbraucht hatten. Der Neobroker teilt auf Anfrage mit: Bei potenziell risikoreichen Überweisungen würden mehrstufige Warnhinweise in der App »unübersehbar« angezeigt. Bestehe ein Kunde dennoch auf die Zahlung, sei die Bank rechtlich verpflichtet, sie durchzuführen.

Trade Republic räumt ein, im zweiten Quartal 2025 ein »verdächtiges Muster« bei Überweisungen an Easy Payment & Finance entdeckt zu haben. Im Gespräch mit dem Madrider Institut sei dann sehr schnell der Eindruck entstanden, »dass Easy Payment & Finance ein untergeordnetes Interesse an Verhinderung von Geldwäsche und Betrug hat«.

Daraufhin habe Trade Republic ausgehende Überweisungen an Easy Payment & Finance gesperrt und deutsche sowie spanische Aufsichtsbehörden informiert. Konkrete Maßnahmen der Behörden sind nach Angaben des Neobrokers bislang nicht ersichtlich. Die spanische Zentralbank erklärt, Easy Payment & Finance sei ein »ordnungsgemäß zugelassenes und in Spanien registriertes Zahlungsinstitut«. Zu Einzelfällen wolle man sich jedoch nicht weiter äußern.

Die Spur des Geldes verliert sich in einem Geflecht aus Finanzdienstleistern, virtuellen Konten und internationalen Zuständigkeiten. Für die Opfer gibt es am Ende kaum Antworten, keine Gerechtigkeit.

Mia Hofer hat Anzeige bei ihrer örtlichen Polizeidienststelle erstattet, sich bei der spanischen Bankenaufsicht gemeldet, sogar zu Interpol Kontakt aufgenommen. Ihr Geld bleibt aber bis heute verschollen. Genau wie Laura, die freundliche Assistentin.

Christo Buschek, Marvin Milatz, Udo Trichtl S

SPIEGEL TV Programm

SPIEGEL TV

Deutscher Soldat Ben in der Ukraine

SPIEGEL TV

MONTAG, 8. 12., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Gesichter des Krieges – Reportage von der ukrainischen Front

Ben ist Deutscher, aber seit einigen Monaten dient er in einer ukrainischen Drohneneinheit. Seine Aufgabe: frische Kämpfer an die Front fahren und erschöpfte zurückbringen. Regelmäßig wird er dabei von russischen Drohnen angegriffen: »Für mich ist das immer fifty-fifty, ob ich lebend zurückkehre.«

Putins Raubzug – die entführten Kinder der Ukraine

Dass er die ukrainische Kultur auslöschen will, daran lässt Putin keinen Zweifel: Systematisch werden aus besetzten Gebieten Waisen und Menschen mit Behinderung nach Russland deportiert, um sie zu »russifizieren«. Ab und zu gelingt es, entführte Kinder zurückzuholen, wie etwa den jungen Sascha aus Cherson.

RE:

FREITAG, 5. 12.,19.40 – 20.15 UHR, ARTE

Turnerinnen – zum Erfolg gedrillt?

Rumänien war einst führend im Turnsport. Doch hinter den Erfolgen der vielen Weltmeisterschafts- und Olympiasiegerinnen standen nicht nur Gelenkigkeit und Disziplin, sondern auch psychischer Druck, Demütigungen oder sogar körperliche Gewalt.

SPEED COPS

MONTAG, 8. 12., 20.15 – 21.15 UHR, DMAX

»Seien Sie bitte leise«

In Stuttgart kontrolliert Autoexperte Dimitros Bastounis beim legendären »Turm-Treff« einen zu lauten Ford Ranger. In Wiesbaden stellt die Kontrollgruppe »Argus« einen Poser samt vorlauten Mitfahrern.

SPIEGEL TV REPORTAGE:

DIENSTAG, 9. 12., 22.55 – 23.55 UHR, SAT.1

Zwischen Kult und Krawall – Köln bei Nacht

Das Lachen ist den Kölner Frohnaturen beim Thema Partylärm vergangen. Zwischen Anwohnern und Gastronomen in der City tobt ein erbitterter Streit.

RE:

DONNERSTAG, 11. 12., 19.40 – 20.15 UHR, ARTE

Meine eigene Insel

Privatinseln gelten als Luxus, doch für ihre Besitzer bedeuten sie viel Verantwortung. Die Shiant-Inseln werden traditionell an den ältesten Sohn der Familie Nicolson vererbt.

IMAGO

Turngerät

SPIEGEL TV

Inselbesitzer Tom und Becca Nicolson

Unsere aktuelle Verspätung beträgt: 15 Jahre

Verkehr Angeblich verhindert ein riesiger Sanierungsstau, dass die Bahn schnell wieder pünktlich wird. Es gibt aber noch ganz andere Gründe.

»Chaos-Koordinator« steht auf dem Kaffeebecher von Christian Endrejat, und damit ist eigentlich schon alles gesagt. Zehn Bildschirme hängen über seinem Schreibtisch, er steht in einem Großraumbüro in Berlin-Pankow, der Betriebszentrale Ost der Bahn-Tochter DB InfraGO. Von hier aus werden Züge in der ganzen Region gesteuert. Offiziell ist Endrejat Zugkoordinator, der Titel auf seinem Becher passt aber auch. Denn Zugverkehr in Deutschland ist seit Jahren oft genau das: Chaos.

Die Pünktlichkeit der Deutschen Bahn im Fernverkehr ist zuletzt immer schlechter geworden. Nicht einmal 40 Prozent der Züge kamen an manchen Tagen im Oktober noch rechtzeitig ans Ziel. Zwar konnte der Staatskonzern teils Folgen des Sturmtiefs »Joshua« verantwortlich machen. Der Blick auf die Pünktlichkeitsstatistik zeigt jedoch: Irgendwas ist immer.

Heute sei es bislang ruhig, erzählen Endrejat und seine Kollegen. Dabei werden an der polnischen Grenze gerade keine Güterzüge mehr abgefertigt, weshalb der Verkehr sich in Richtung Deutschland staut. Und bei Bergen auf Rügen ist ein Bagger umgestürzt und blockiert nun die Gleise. Glück im Unglück: Die Strecke ist eh wegen Bauarbeiten gesperrt.

Saniert werden derzeit viele Strecken im Land, danach soll die Bahn endlich wieder pünktlicher kommen. Doch wann ist es so weit? »Was 30 Jahre versäumt wurde, holt man nicht in drei bis vier Jahren raus«, befürchtet Endrejat.

Die Bahn und der Bund als ihr Eigentümer hatten den Deutschen Hoffnung gemacht. »Wir brauchen deutlich bessere Pünktlichkeitswerte«, sagte Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) kurz nach Amtsantritt. Nur 60 oder 65 Prozent seien »indiskutabel«. Als Schnieder wenig später die Ablösung des bisherigen Bahnchefs Richard Lutz ankündigte, galten die schlechten Pünktlichkeitswerte als einer der Hauptgründe.

Umso überraschender war, welches Ziel Schnieder der Bahn dann verordnete: Gerade einmal 70 Prozent soll sie bis 2029 erreichen. In Schnieders Haus hält man das für gelungenes Erwartungsmanagement. Schließlich hat die neue Bahn-Chefin Evelyn Palla inzwischen angekündigt, mit der Pünktlichkeit werde es »erst mal nicht besser«.

Aber geht es wirklich nicht anders? Fehlt es an Ehrgeiz? Oder will Palla von anderen Problemen ablenken?

Um das zu erklären, ist InfraGO-Chef Philipp Nagl heute in die Betriebszentrale Ost gekommen – und er holt ziemlich weit aus. Zunächst geht es in die späten Sechzigerjahre, als Deutschland »euphorisch« Autobahnen gebaut habe. Die ersten Hochgeschwindigkeitsstrecken für Züge seien dagegen erst Ende der Siebziger entstanden.

»Diesen Schub für die Straße hat man nie aufgeholt«, sagt Nagl. Nachdem der Aufbau Ost noch für ein vergleichsweise gutes Zugnetz gesorgt habe, hätte auch das Netz im Westen saniert werden müssen. »Stattdessen haben unsere Vorgänger sich noch eine Runde auf der Bundesbahn-Substanz gegönnt und gespart. Da hat man wertvolle 10 bis 15 Jahre verloren.«

Mittlerweile versucht Deutschland, den Rückstand aufzuholen. Allein 107 Milliarden Euro aus dem neuen Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sollen in die Schiene fließen. Noch vor dem Regierungswechsel begann die Bahn mit der Sanierung von 41 sogenannten Hochleistungskorridoren. Doch wann werden die Kunden das viele Geld zu spüren bekommen?

Das hänge davon ab, wo man wohnt, sagt Nagl. Auf einer Karte zeigt er die Nord-Süd-Verbindung von Hamburg nach München. Diesen Korridor bringe man gerade in einen »sehr guten« Zustand. Mitte 2026 sollte die Pünktlichkeit deutlich über 60 Prozent liegen. »Ich erwarte, dass wir dort auch über 70 Prozent landen.« Das würde Schnieders Vorgabe entsprechen, wäre aber immer noch weit entfernt von den Werten anderer Industrieländer. In Japan haben Fernzüge eine Pünktlichkeit von sagenhaften 99 Prozent.

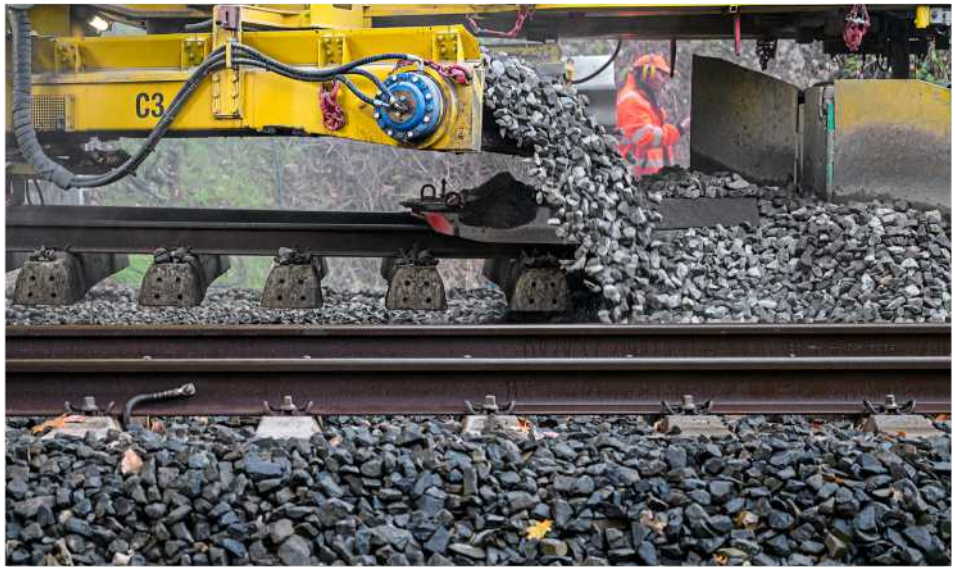
Um den Rückstand zu analysieren, holt Nagl jetzt noch weiter aus: »Eisenbahn ist wie Pyramidenbau«, sagt er, »eine Hochkultur«. Die lebe davon, dass die Menschen sie über Jahrhunderte pflegten.

Das sei seinem Heimatland gelungen, lobt der Österreicher – zumindest in den vergangenen Jahrzehnten. »Seit Beginn der Neunziger gab es immer ein Bekenntnis zur Finanzierung des Netzes, völlig egal, welche Partei gerade regiert hat.« In Deutschland hingegen habe nach jedem Regierungswechsel – mit Ausnahme des jüngsten – die kontinuierliche Förderung des Schienenverkehrs infrage gestanden.

Soll heißen: Die Bahn braucht Zeit, um pünktlicher zu werden, weil sie kaputtgespart wurde.

Diese These vertritt der Konzern allerdings erst seit Kurzem. »Lange lautete die Botschaft: Wir sind ein erfolgreiches Unternehmen, lasst uns in Ruhe!«, sagt Christian Böttger, Eisenbahnexperte an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Ber-

Gleisbauarbeiten in Sachsen-Anhalt: Wann spürt der Kunde endlich die Milliarden?



Hendrik Schmidt / dpa

lin. Seit etwa zweieinhalb Jahren gebe die Bahn der Infrastruktur die Schuld. »Das ist eine dramatische Änderung der Erzählung.«

So offensichtlich die Probleme mit bröckelnden Brücken oder maroden Stellwerken auch sind: Dass vor allem die Infrastruktur Verspätungen verursache, sei »Unfug«, sagt Böttger. Laut dem Infrastrukturzustandsbericht des Eisenbahn-Bundesamtes waren 2024 nur knapp elf Prozent aller Verspätungsminuten direkt auf die Fahrwege zurückzuführen.

InfraGO-Chef Nagl geht jedoch davon aus, dass bis zu drei Viertel aller Verspätungen durch die Infrastruktur verursacht oder verstärkt werden. Teil dieser Rechnung sind sogenannte Folgeverspätungen, bei denen zum Beispiel ein wegen Bauarbeiten verspäteter Zug zahlreiche weitere Züge ausbremst. Solche Effekte potenzierten sich durch knappe Kapazitäten, sagt Nagl. »Eine Störung hat weniger Wirkung, wenn viel Platz ist auf den Schienen. Der fehlt uns aber in Deutschland.«

Eine naheliegende Konsequenz wäre, Verbindungen zu streichen. Das will die Bahn aber vermeiden. Die Logik lautet: lieber im Zug warten als am Gleis. »Wenn Sie einen Halbstundentakt haben und die Pünktlichkeit nicht berauschend ist, dann kommt der nächste Zug notfalls schon in einer halben Stunde«, sagt Nagl. Die Alternative sei ein Stundentakt mit besserer Pünktlichkeit. »Was ist Ihnen lieber: eine halbe Stunde sicher verlieren oder alle fünf Tage mal eine halbe Stunde verlieren?«

Bahn-Kritiker verweisen jedoch auf die Niederlande oder die Schweiz. Dort sind die Netze noch stärker ausgelastet als in Deutschland. Dennoch kommen diese Länder auf deutlich höhere Pünktlichkeitswerte.

Die Bahn hat noch andere Probleme als ihr Netz, das zeigt eine aktuelle Aufstellung des Bundesverkehrsministeriums zu Verspätungsursachen. Den mit Abstand höchsten Anteil hat die »verkehrliche Zugvorbereitung«. Dazu zählen jene Fälle, in denen ein Zug schon mit Verspätung startet.

Böttger führt das Problem auf schlecht gemachte Strukturreformen zurück. Früher sei das örtliche Betriebswerk verantwortlich gewesen, wenn ein Zug nicht bereitgestellt wurde. Dann habe die Bahn die Verantwortung für Aufgaben wie Beladen oder Reinigen jedoch zentralisiert. »Seitdem schreiben alle Beteiligten hektisch Briefe, warum sie nicht schuld waren, wenn etwas schiefläuft.«

Bahn-Chefin Palla hat angekündigt, wieder mehr Verantwortung »in die Fläche« zu geben. Mit diesem Ansatz hatte sie bereits bei der Regionaltochter DB Regio Erfolg.

Lukas Iffländer findet den Ansatz gut. »Die Leute vor Ort können Dinge oft besser einschätzen«, sagt der zweite Bundesvorsitzende der Fahrgastvereinigung Pro Bahn. Hat ein Zug Verspätung, hängt es auch vom Engagement des Personals ab, ob Anschlusszüge noch erreicht oder die Passagiere wenigstens gut informiert werden. Mittlerweile fehle dazu vielen Mitarbeitern die Motivation, glaubt Iffländer. »Ich schätze, dass innere Kündigungen für einen einstelligen Prozentsatz der Verspätungen verantwortlich sind.«

Gordon Welters / DER SPIEGEL

InfraGO-Chef Nagl:
»Eisenbahn ist wie Pyramidenbau«

Ein Grund für den Frust ist zunehmender Personalmangel infolge des demografischen Wandels. Ein Problem, das ähnlich wie die marode Infrastruktur das ganze Land betrifft – und das die Bahn offenbar spät erkannt hat. »Zugausfälle wegen Personalmangels wird es nicht geben«, sagte Personalvorstand Martin Seiler noch 2018. Mittlerweile dürften die meisten Bahn-Kunden schon mindestens einmal erlebt haben, dass eine Verbindung gestrichen wurde und es dazu aus dem Lautsprecher krächzte: »Grund dafür ist ein kurzfristiger Personalausfall«.

»Ich bin die Nummer für den Kummer«, sagt Anke Thomalla. Ihr Arbeitsplatz in der Betriebszentrale liegt direkt neben dem von Zugkoordinator Endrejat. Thomalla ist zuständig für alle »Blaulicht«-Fälle, in denen Behörden vor Ort zu Hilfe eilen.

Das können Unfälle mit Wild sein, das sich besonders in Vollmondnächten auf Bahnstrecken verirrt, oder Sturmschäden. Regelmäßig geht es aber auch um »Personen im Gleis«. Dazu zählen zunehmend Jugendliche auf der Suche nach spektakulären Selfies. »Das wird leider angestachelt von Instagram«, sagt Endrejat. Selbst das in den Neunzigerjahren berüchtigte S-Bahn-Surfen erlebt ein Comeback.

»Das kann die Bahn nicht so offen sagen, aber auch Eingriffe von außen sind ein großes Problem«, sagt Experte Böttger. »Menschen blockieren Türen, um noch zu Ende zu rauchen oder weil sie mit zwei großen Überseekoffern zum Kreuzfahrtschiff wollen.« Er selbst habe vor Kurzem in Berlin-Spandau festgesessen, »weil die Bundespolizei erst einen vollgekifften Typen vom Gleis holen musste«.

Wie also stehen die Chancen, dass die Bahn trotz allem irgendwann wieder pünktlich wird?

Die Bahn setzt auf technologischen Fortschritt. Mithilfe digitaler Stellwerke und des Zugsteuerungssystems ETCS könnten Züge in kürzeren Abständen fahren. Erprobt werden soll all das am Großprojekt Stuttgart 21.

Doch auch das ist massiv verspätet. Gerade hat Palla die Eröffnung des neuen Stuttgarter Hauptbahnhofs, ursprünglich für 2019 geplant, wegen technischer Probleme noch weiter verschoben: Nicht einmal Ende 2026 erscheint mehr realistisch.

Auch die Digitalisierung lahmt. So hat die Bahn die Ausrüstung der Strecke Berlin–Hamburg mit dem Steuersystem ETCS vertagt. Die Tochter DB InfraGo hat vor wenigen Monaten sogar die Abteilung »Digitalisierung Bahnsystem« geschlossen. Das Unternehmen betont, die Schließung habe nur etwa 70 von mehr als 600 Mitarbeitern des Bereichs Digitale Schiene Deutschland betroffen.

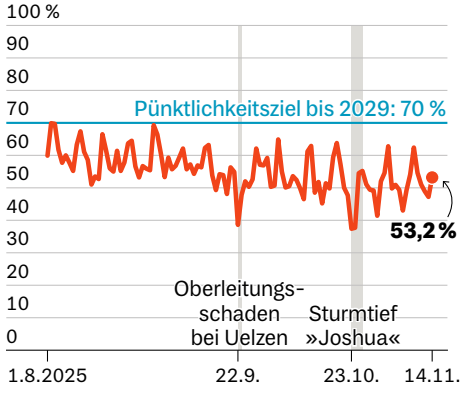
Beim Fahrgastverband Pro Bahn ist man dennoch alarmiert. »Es ist sehr bedenklich, dass bei der InfraGO große Teile der Digitalisierung gekillt wurden«, sagt Vizechef Iffländer, selbst Professor für Informationssicherheit. Er empfiehlt, auch hier die Verantwortung vor Ort zu stärken. »Regionalnetze bieten sich als Brutstätte der Innovation an«, sagt Iffländer. »Wenn man eine Strecke im Erzgebirge oder das Netz auf Usedom komplett durchdigitalisiert hat, kann man es aufs große Ganze übertragen.«

Zumindest in einem deutschen Landstrich könnte die Bahn dann wieder so pünktlich fahren wie früher.

David Böcking

Warten ohne Ende

Betriebliche Pünktlichkeit* von Zügen im Fernverkehr der Deutschen Bahn



* pünktliche Ankunftszeit plus maximal 5:59 Minuten

S · Quelle: Deutsche Bahn

Sergey Nazevskih / Stocksy

»Die Wäsche aufzuhängen, ist reines Privatvergnügen«

Arbeitsrecht Der Jurist Michael Fuhlrott erklärt, warum Richter beim Homeoffice streng sind und wer sich beim Arbeiten zu Hause was erlauben darf.

Fuhlrott, Jahrgang 1980, ist Professor für Arbeitsrecht an der Hochschule Fresenius in Hamburg und Fachanwalt für Arbeitsrecht in einer Hamburger Kanzlei, die vorwiegend Unternehmen und Führungskräfte berät.

SPIEGEL: Herr Fuhlrott, ab wann begeht man Arbeitszeitbetrug?

Fuhlrott: Dann, wenn die verbuchte Arbeitszeit nicht mit der tatsächlichen übereinstimmt – und das vorsätzlich. Das kann passieren, wenn jemand eine Pause nicht als solche einträgt, den Arbeitsbeginn oder das Ende falsch dokumentiert oder während der Arbeitszeit andere Dinge erledigt. Entscheidend ist die Absicht: Wer bewusst täuscht, begeht Arbeitszeitbetrug.

SPIEGEL: Und wenn ich mich beim Mittagessen mit den Kollegen verquatsche?

Fuhlrott: Auch fahrlässige Fehler aus Unachtsamkeit können Konsequenzen haben, werden aber meist anders bewertet. Eine versehentliche Falscherfassung kann abgemahnt werden, eine vorsätzliche hingegen rechtfertigt oft eine Kündigung. Viele Verfahren drehen sich dann um die Glaubwürdigkeit: War das wirklich ein Versehen oder eine Schutzbehauptung? Anders kann das bei einem kurzen Kaffeeplausch im Büro sein. Solche Gespräche gehören zum normalen Miteinander und werden vom Arbeitgeber eigentlich immer geduldet – wenn man nicht eine halbe Stunde über das Wochenende spricht.

SPIEGEL: Im Homeoffice wird fast jeder schon mal die Spülmaschine ausgeräumt haben.

Fuhlrott: Formal ist auch das Arbeitszeitbetrug, denn es ist keine Arbeitsleistung. Natürlich muss unterschieden werden, was eine Bagatelle ist und was nicht. Ein Glas Wasser zu holen, gehört dazu und dient der »Erhaltung der Arbeitsfähigkeit«, die Wäsche aufzuhängen oder Geschirr einzuräumen, hingegen nicht. Das ist reines Privatvergnügen. Dieser strenge Maßstab gilt auch, wenn es nur wenige Minuten sind.

SPIEGEL: Was passiert, wenn man beim Arbeitszeitbetrug erwischt wird?

Fuhlrott: Grundsätzlich darf der Arbeitgeber jede Pflichtverletzung abmahnen. Ob eine Kündigung verhältnismäßig ist, hängt von den Umständen ab: Wurde die Person schon einmal abgemahnt? Wie schwer wiegt der Verstoß? Wie lange ist die Person schon im Betrieb? Um wie viel Arbeitszeit geht es? Eine vergessene Raucherpause nach zehn Jahren tadellose Arbeit dürfte meist nur eine Abmahnung nach sich ziehen. Wer nach einer Abmahnung erneut betrügt, muss mit einer Kündigung rechnen. Aber es gibt keine festen Regeln: Arbeitsgerichte entscheiden immer im Einzelfall.

SPIEGEL: Eine Beschäftigte wurde fristlos entlassen, weil sie zehn Minuten Kaffeepause gemacht hatte – und den Vorfall leugnete. Wie wichtig ist Ehrlichkeit, wenn man auffliegt?

Fuhlrott: Das sogenannte Nachtatverhalten spielt in der Interessenabwägung eine Rolle. Wer einen Fehler einräumt und sich entschuldigt, zeigt Einsicht. Das kann vor Gericht mildernd wirken. Wer lügt oder den Vorfall abstreitet, verschlechtert seine Position dagegen erheblich. In manchen Fällen warten Unternehmen sogar ein, zwei Tage ab, ob sich die Person selbst meldet. Wenn sie den Fehler bei der Zeiterfassung im Nachhinein von sich aus korrigiert, spricht das für sie.

SPIEGEL: Welche Rolle spielt das Homeoffice?

Fuhlrott: Da bewerten Gerichte Verstöße oft strenger. Denn der Arbeitgeber muss hier besonders auf Vertrauen setzen. Wer dieses Vertrauen missbraucht, begeht einen schwereren Verstoß.

SPIEGEL: Wie können Arbeitgeber Arbeitszeitbetrug überhaupt nachweisen?

Fuhlrott: Im Betrieb geht das meistens über Zeugen, Zeiterfassungssysteme oder Videoaufnahmen. Im Homeoffice fällt es deutlich schwerer, Betrug zu entdecken. Verdachtsmomente entstehen etwa, wenn jemand dauerhaft telefonisch nicht erreichbar ist, nie im internen System eingeloggt ist oder auffällig wenig Arbeitsergebnisse liefert. Oft kommen auch Hinweise aus dem Team, denen der Arbeitgeber nachgehen darf. Erst wenn es solche Anhaltspunkte gibt, sind weitere Prüfungen erlaubt. Kontrollen »ins Blaue hinein« sind dagegen unzulässig und die Ergebnisse meist wertlos.

SPIEGEL: In Köln wurde ein Detektiv auf einen Kontrolleur angesetzt, der um 26 Stunden Arbeitszeit betrogen hatte. Er wurde fristlos gekündigt und musste die 21.000 Euro tragen, die der Arbeitgeber für die Detektei ausgegeben hatte.

Fuhlrott: Das Gericht sah Nachforschungen hier als erlaubt an, weil ein konkreter Verdacht bestand und die Maßnahme auch verhältnismäßig war. In diesem Fall wurde der Detektiv beauftragt, den Beschäftigten bei Aktivitäten außerhalb des Arbeitsplatzes zu beobachten – zulässig, weil der Verdacht erheblich war und die Person nur im öffentlichen Raum während der »vermeintlichen« Arbeitszeit überwacht wurde. Wenn die Überwachung hingegen überzogen ist oder ohne konkreten Verdacht erfolgt, drohen dem Unternehmen Entschädigungszahlungen und datenschutzrechtliche Konsequenzen.

SPIEGEL: Wann ist eine Kontrolle übertrieben?

Fuhlrott: Keylogger-Programme etwa sind fast immer unzulässig: Der Arbeitgeber darf bei Verdacht auf exzessives privates Surfen zwar die Log-on- und Log-off-Daten prüfen, aber nicht das gesamte Verhalten am Bildschirm mit einem Keylogger auslesen. Auch Videoüberwachung ohne Verdacht oder wahlloses Sichten von Aufnahmen verstößt gegen das Datenschutzrecht. Solche Beweise sind vor Gericht nicht verwertbar, und das Unternehmen riskiert Bußgelder.

SPIEGEL: Dürfen Arbeitgeber die E-Mails ihrer Mitarbeitenden prüfen?

Fuhlrott: Ja, sofern es sich um ein rein dienstlich genutztes Postfach handelt. Arbeitgeber dürfen kontrollieren, was während der Arbeitszeit gemacht wurde – und sich erklären lassen, welche Anfragen gestellt oder welche Aufgaben bearbeitet wurden. Das fällt unter das Arbeitsverhalten.

SPIEGEL: Im Homeoffice ist man weit weg vom eigentlichen Arbeitsplatz. Darf der Chef bei Verdacht zu Hause klingeln?

Fuhlrott: Nur mit konkretem Anlass. Wenn ein Arbeitgeber etwa feststellt, dass jemand ab 16 Uhr regelmäßig nicht erreichbar ist, kann ein unangekündigter Besuch gerechtfertigt sein.

SPIEGEL: Nutzen Arbeitgeber den Vorwand des Arbeitszeitbetrugs, um unliebsame Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter loszuwerden?

Fuhlrott: Ich würde es anders formulieren: Arbeitszeitbetrug ist ein gut dokumentierbarer Kündigungsgrund. Wenn ein Unternehmen jemanden ohnehin loswerden will, kann ein aufgedeckter Arbeitszeitbetrug der passende Grund sein, um eine wirksame Kündigung auszusprechen. Aus meiner Sicht ist das aber eine angemessene Reaktion. Schließlich verletzt der Arbeitnehmer seine Pflichten, nicht der Arbeitgeber.

SPIEGEL: Warum tricksen Beschäftigte so gern bei der Arbeitszeit?

Fuhlrott: Eine verbreitete Aussage ist: »Das machen doch alle.« Dann kann es ja nicht so schlimm sein. Oder sie empfinden ihr Gehalt als nicht angemessen und wollen das ausgleichen. Manche sehen das Homeoffice als Freiraum: Mal kurz die Wäsche aufhängen, schnell einkaufen, das merkt doch keiner. Hinzu kommt: Ablenkung ist zu Hause viel einfacher. Zugleich erwarten Arbeitgeber Vertrauen und Eigenverantwortung, das macht das Thema so sensibel.

SPIEGEL: Manche argumentieren: Ich habe meine Arbeit erledigt – also kann ich auch früher Schluss machen.

Fuhlrott: Das ist ein häufiger Irrtum. Wir haben im Arbeitsrecht keinen Werkvertrag, sondern ein Dienstverhältnis. Man wird nicht für das Ergebnis bezahlt, sondern für die Arbeitszeit. Wer also um 14.30 Uhr fertig ist, muss den Vorgesetzten informieren und nach neuen Aufgaben fragen oder offiziell in den Feierabend geschickt werden. Eigenmächtig früher Schluss zu machen, während man noch eingestempelt ist, ist unzulässig.

SPIEGEL: Wie sehr sind Arbeitgeber beim Arbeitszeitbetrug hinterher?

Fuhlrott: Mehr, als man denkt. Zum einen aus Gründen der »Betriebshygiene«: Wenn alle wissen, dass jemand regelmäßig trickst, sinkt die Motivation der anderen. Zum anderen kann Arbeitszeitbetrug in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als rechtssicherer Kündigungsgrund dienen. Wer deswegen entlassen wird, kostet keine Abfindung. Das Bewusstsein dafür hat zugenommen.

SPIEGEL: Wenn der Chef dauerhaft misstraut, ist das nicht gut fürs Arbeitsklima.

Fuhlrott: Wer bei jeder Kleinigkeit misstrauisch reagiert, zerstört Vertrauen und Motivation. Aber wer dauerhafte Pflichtverletzungen ignoriert, gefährdet die Gerechtigkeit im Team. Entscheidend ist, frühzeitig das Gespräch zu suchen und klare Grenzen zu kommunizieren.

SPIEGEL: Wörtlich gesehen sprechen wir von Betrug. Gibt es auch strafrechtliche Konsequenzen?

Fuhlrott: Theoretisch ja. Wer Arbeitsleistung vortäuscht und dafür Lohn erhält, erfüllt den Tatbestand des Betrugs. In der Praxis stellen Staatsanwaltschaften solche Verfahren aber meistens ein, weil die Schadenssummen gering sind. Arbeitgeber zeigen so etwas selten an – sie wollen die Person zumeist einfach nur loswerden, nicht strafrechtlich verfolgen.

SPIEGEL: Was sind die dreistesten Fälle, die Sie erlebt haben?

Fuhlrott: Einer meiner Favoriten: Ein Beschäftigter fuhr morgens mit seinem Auto zum Betrieb, stempelte sich ein, fuhr wieder nach Hause und kehrte abends in die Firma zurück, um sich auszustempeln. Er schien nicht zu wissen, dass auch die Parkplatzschranke elektronisch überwacht wurde. Oder ein anderer Fall: Ein Mitarbeiter stempelte sich ein, verließ das Werksgelände sofort durch ein Nebentor und wurde dabei von der Torkamera gefilmt. Beide Arbeitnehmer wurden fristlos entlassen.

SPIEGEL: Auf TikTok kursieren Videos, in denen Leute Tipps zum Arbeitszeitbetrug teilen. Hat das rechtliche Folgen?

Fuhlrott: Wer unter Klarnamen schreibt: »Ich mache das auch so« oder »Das funktioniert seit Monaten super«, liefert seinem Arbeitgeber einen konkreten Verdacht und spielt damit russisches Roulette mit seinem Arbeitsplatz.

Interview: Larena Klöckner S

DER SPIEGEL
WORK

Dieser Beitrag ist aus dem SPIEGEL-Extra »Neues Arbeiten, besseres Leben« – immer montags
spiegel.de/extra

Harvard Business manager

Das Wissen der Besten

Jetzt neu im Handel

Bleib oben!
Wie Sie und Ihr Team durch Resilienz wachsen

Weitere Themen:

Change
Wie Sie andere für Neues begeistern

Resilienz
Sicher steuern in unsicheren Zeiten

Strategie
Ein Plan für ein erfülltes Leben

manager-Nachrichten
Jetzt App downloaden

harvardbusinessmanager.de

Der große Knall

Konzerne BASF, Wacker und Dow bauen in ihren Werken Tausende Jobs ab. Stirbt die Chemieindustrie in Deutschland?

Der Schornstein speit weißen Dampf in den grauen Herbsthimmel, in der Luft hängt ein säuerlicher Geruch. Ute Spring, 58, hat sich längst daran gewöhnt. Vor 22 Jahren hat sie hier, in der Chemiefabrik in Schkopau in Sachsen-Anhalt, als Ingenieurin angefangen, »die Ute« aus Halle B.34. Der Beginn einer großen Karriere.

Seit April ist Spring nun Deutschlandchefin von Dow. Eine ihrer ersten Aufgaben: ein Ende zu verkünden. Das Geschäft, das sie leitet, floriert nicht mehr. Die Fabrik, die einst Ostdeutschland mit synthetischem Kautschuk und chemischen Vorprodukten versorgt hat, wird in Teilen geschlossen. Hunderte Jobs werden verschwinden.

Spring hat die Entscheidung nicht selbst getroffen, das geschah in der Konzernzentrale im fernen Midland im US-Bundesstaat Michigan. Doch die Managerin wollte »die Verantwortung annehmen«, sagt sie, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern persönlich mitteilen, was unvermeidbar sei: »Wir können die Anlagen einfach nicht mehr wirtschaftlich betreiben. Wir sehen hier schon seit vielen Jahren eine beginnende Deindustrialisierung.«

Geschlossen wird auch eine Anlage im nahe gelegenen Böhlen. Und das ist womöglich erst der Anfang.

Die Dow-Werke gehören zum berühmten Chemiedreieck Leuna-Schkopau-Bitterfeld. Hier entsteht Basischemie, der Ausgangsstoff einer langen Produktionskette. Wird der nicht mehr vor Ort hergestellt, haben womöglich auch benachbarte Chemiefirmen keinen Grund mehr weiterzumachen.

Die Industrie- und Handelskammer Leipzig befürchtet einen »Tiefschlag mit Dominoeffekt« gegen alle angeschlossenen Unternehmen und Industrieanlagen. Rund 23.000 Menschen arbeiten allein im Mitteldeutschen Chemiedreieck. Es droht das endgültige Aus von »Plaste und Elaste aus Schkopau«, die zu DDR-Zeiten landesweit populär wurden.

Die Folgen dürften weit über die Region hinausreichen.

Schon jetzt ist der Niedergang der Branche im ganzen Land zu beobachten. Laut dem Münchner Ifo-Institut ist der Auftragsbestand so gering wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die Auslastung der Fabriken liegt aktuell bei nur 71 Prozent. Das heißt: Mehr als ein Viertel der teuren Maschinen an deutschen Chemiestandorten wie Schkopau, Ludwigshafen oder Brunsbüttel sind nicht in Betrieb. Um keine Verluste zu machen, wären rund 82 Prozent Auslastung nötig.

Noch zählen deutsche Chemieunternehmen mit insgesamt rund 480.000 Stellen zu den größten Arbeitgebern im Land, doch das dürfte sich bald ändern. Allein 2025 haben sechs Chemiekonzerne verkündet, größere Anlagen dichtzumachen. Mittelständler rutschen in die Pleite, auch der Spezialchemiehersteller Venator in Duisburg und Krefeld. Ihm droht 147 Jahre nach seiner Gründung das Aus.

Die Chemieindustrie gilt als konjunktureller Vorbote. Sie leidet an allem, woran die gesamte deutsche Industrie leidet, oft zuerst und am härtesten. Schwächelt die Nachfrage nach chemischen Produkten, ist das ein sicheres Zeichen, dass auch der Rest der Wirtschaft in der Krise steckt: Der Wirtschaftsstandort befinde sich »im freien Fall« und »in seiner historisch tiefsten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik«, sagte Peter Leibinger, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, der Nachrichtenagentur dpa.

Chemische Vorprodukte stecken in fast allem, was in Deutschland hergestellt wird, von der Hautcreme über Autobatterien bis zu Mikrochips. Bezieht Deutschland die Vorprodukte künftig nur noch aus China oder den USA, macht es sich erpressbar, ähnlich wie bei seltenen Erden.

»Ohne Chemie werden wir keine moderne Industrienation bleiben«, warnte 1991 der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl bei einem Besuch in Schkopau.

Kohls Besuch, dieser ganze Standort: deutsch-deutsche Industriegeschichte. Die restlichen Backsteinbauten aus den Dreißigerjahren zeugen von der Gründung durch die Nazis. Die IG-Farben-Tochter Buna-Werke produzierte hier Synthesekautschuk für die Kriegswirtschaft, mit Zweigstelle in Auschwitz. In der DDR wurde die Fabrik zum volkseigenen Betrieb, der die ganze Gegend mit feinem grauem Karbidstaub überzog. 1995 übernahm Dow fast alles. Der US-Konzern säuberte, baute um, baute aus.

»Wir sehen hier schon seit vielen Jahren eine beginnende Deindustrialisierung.«

Ute Spring, Deutschlandchefin bei Dow

Spätestens seit dem Importstopp billiger russischer Rohstoffe gilt: Chemie in Deutschland herzustellen, ist teuer. Konkurrenten aus China drängen mit aller Macht nach Europa. Die Einfuhren von Chemikalien und Kunststoffen lagen im ersten Halbjahr um 40 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Die Verkaufspreise fallen, das Geschäft wird zunehmend unrentabel.

»Im Moment stellen sich viele Unternehmen die Frage, ob sie ganz schließen oder zumindest Teile ihrer Produktion verlagern sollen«, sagt Anna Wolf, Expertin für Innovationsökonomik beim Ifo-Institut.

Lässt sich der Niedergang der deutschen Chemieindustrie noch aufhalten? Wenn ja, wie? Und welchen Preis ist das Land dafür bereit zu zahlen?

Die rückwärtsgewandte Lobby

Die Branche setzt zunächst auf politischen Abwehrkampf. Regeln, die der Chemieindustrie die Arbeit erschweren, sollen gelockert, nach Möglichkeit abgeschafft werden.

Manchmal fühlt sie sich nicht genug gehört. Die Chemie ist so etwas wie Deutschlands mittleres Kind. Sie erhält nicht die gleiche Aufmerksamkeit wie das große Kind, die Autoindustrie. Sie erfährt auch nicht die Liebe, die der kleineren Stahlbranche zuteilwird, mit ihren Gipfeln im Kanzleramt und EU-Sonderregeln.

Der Mann, der das in Berlin und Brüssel ändern soll, heißt Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie. Sein Stilmittel: die Zuspitzung. Wenn Große Entrup über seine Branche spricht, sagt er Sätze wie: »Der Knock-out rückt immer näher.« Also müssten Steuern und Arbeitskosten runter, Bürokratie und Regulierung zurückgeschraubt werden. »Nehmt endlich die Abrissbirne in die Hand.«

Besonders hartnäckig arbeitet sich die Chemielobby am EU-Emissionshandel ab.

Energieintensive Konzerne benötigen für jede Tonne CO_2, die sie ausstoßen, Emissionszertifikate. Einen Teil davon erhalten sie bislang kostenlos, den Rest müssen sie kaufen. Allerdings kommen immer weniger Zertifikate auf den Markt, der Preis steigt: von einst weniger als einem Euro je Tonne im Jahr 2007 auf zuletzt rund 70 Euro. Ab 2034 soll es für einige Branchen gar keine Gratiszertifikate mehr geben.

Es ist ein Anreiz, auf klimafreundliche Energie und Produktion umzustellen. Doch der Chemielobby geht das zu weit. Sie findet es nicht fair, dass viele ihrer Rivalen in Ländern produzieren, in denen der Ausstoß von CO_2 nichts kostet.

Nach ihren Vorstellungen soll die Europäische Union den Emissionshandel zwar

Thomas Victor / DER SPIEGEL

Frank Bauer / DER SPIEGEL

Dow-Deutschlandchefin Spring, Wacker-Manager Zumbusch: »Ich weiß nicht, wie viele Alarmsignale wir noch senden sollen«

nicht abschaffen, aber die Ziele abschwächen. Oder, wie Große Entrup sich ausdrückt, »das System unternehmensgerecht reformieren«.

Für die Chemieindustrie ist das ein schmaler Grat. Eigentlich hatte sie versprochen, verstärkt eine »grüne Chemie« zu produzieren, mithilfe erneuerbarer Energien und klimafreundlicher Produktionsverfahren. Das sollte Kunden überzeugen, lieber deutsche Chemie zu kaufen als Konkurrenzprodukte aus China.

Noch ist die Industrie aber weit davon entfernt, ihr Werbeversprechen einzulösen. Das zeigt eine Analyse des Frankfurter Datenunternehmens Right Based on Science, die auch von der Europäischen Bankenaufsicht verwendet wird. Für den SPIEGEL hat der Dienstleister die veröffentlichten Emissionswerte fünf großer deutscher Chemiekonzerne ausgewertet.

Die Berechnung zeigt, wie stark jedes der Chemieunternehmen über oder unter dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens liegt, gemessen an seiner Wirtschaftsleistung und seiner Branche. Diese Abweichung übertrug der Datenspezialist dann modellhaft auf die Weltwirtschaft und schätzte, um wie viel Grad sich die Erde bis 2100 erwärmen würde, wenn branchenübergreifend alle Unternehmen ihren Klimapfad in gleicher Weise verfehlen würden. Das Ergebnis: Der bayerische Wacker-Konzern schneidet deutlich besser ab als BASF, Brenntag, Covestro und Evonik. Würden alle Unternehmen so viel ausstoßen wie diese vier, würden die Temperaturen um 4,5 bis 6 Grad Celsius steigen.

Hannah Helmke, Chefin von Right Based on Science, findet nur eine Erklärung dafür: Die Chemiekonzerne »hoffen, dass die Regularien wieder aufgeweicht werden«.

Die Drohungen der Konzerne, ins Ausland abzuwandern, kann sie nachvollziehen. »Aus Klimaperspektive ist es nicht verkehrt, wenn die Unternehmen in Länder ziehen, wo sie günstige und saubere Energie bekommen.« Gerade China habe zuletzt deutlich mehr in erneuerbare Energien investiert als Deutschland. Wenn Unternehmen abwandern, wandert also nicht einfach der CO_2-Ausstoß mit ihnen ab, »Carbon Leakage« würde man das nennen. Sie könnten in China potenziell sogar leichter an grüne Energie kommen und ihre Emissionen senken.

Ist die Volksrepublik womöglich der letzte Ausweg für die deutsche Chemieindustrie? Hat der Chemielobbyist recht mit seiner Knock-out-Prognose?

Polysilizium aus Burghausen

Peter von Zumbusch, 61, kennt den chinesischen Markt so gut wie kaum ein anderer Chemiemanager. 2005, als Deutschlands Konzerne die Chinesen noch belächelten, zog er für Wacker in die Volksrepublik. Dort leitete er ein Werk in Zhangijagang, am Südufer des Jangtse, später das gesamte Chinageschäft.

Zumbusch konnte aus nächster Nähe beobachten, wie China zur Industriegröße heranwuchs, »einfach nur mit Fleiß und mit Lust am Gestalten«, sagt er. Er erinnert sich noch, wie er seiner Mutter am Telefon davon vorschwärmte, wie schnell sich dort alles verbesserte, wie die Hochhäuser aus dem Boden schossen. Seine Mutter antwortete dann: »Das ist genau, wie es bei uns nach dem Krieg war.«

Es waren aber nicht nur die Hochhäuser. Während Zumbusch staunte, hängte China auch die einstige Chemienation Deutschland ab. Der Staat habe die Preise für Energie und Rohstoffe künstlich niedrig gehalten. Genehmigungen für riesige Fabrikflächen hätten die Behörden quasi über Nacht erteilt.

Auch Wacker, einst Weltmarktführer für Polysilizium, das in Solarzellen steckt, geriet unter Druck. Den Preiskampf mit den Chinesen hat der Konzern längst verloren. Zumbusch sieht das nüchtern: »Wir haben uns entschieden, nicht mehr mitzumachen, wenn es einen Kampf bis aufs Blut gibt.«

Er glaubt, einen Ausweg gefunden zu haben. Aus dem Massengeschäft mit Solarsilizium zieht Wacker sich nach und nach zurück. Die Alternative: hochwertiges Polysilizium für Halbleiter. Da könne der deutsche

Niklas Grapatin / DER SPIEGEL

Niklas Grapatin / DER SPIEGEL

Gründerin Lamp, Granulat als Plastikersatz: »Zu viel Potenzial, um es in der Schublade zu lassen«

Konzern noch mit guter deutscher Qualität punkten. Und höhere Preise verlangen.

Das Material produziert der Konzern nicht etwa in China, sondern im Traditionswerk im bayerischen Burghausen, das Zumbusch mittlerweile leitet.

Hinter dem Werkstor können sich die Beschäftigten eines von 5000 Dienstfahrrädern schnappen, um zu ihren Arbeitsplätzen in den Produktionshallen zu radeln. Es gibt eine eigene Fahrradwerkstatt und eine werkseigene Katzenbeauftragte, die sich um die Streuner aus Burghausen bemüht. Das Gelände ist überzogen mit einem 900 Kilometer langen Geflecht von Rohrleitungen. Hier fließen Prozessdampf und die vielen Chemikalien, die Wacker benötigt – wenn auch deutlich weniger davon als noch vor ein paar Jahren. Denn auch hier läuft es nicht mehr. In den kommenden zwei Jahren sollen 1500 Jobs bei Wacker wegfallen, viele davon in Burghausen.

In Halle 8 jedoch verbirgt sich eine Produktionslinie, die den Standort in die Zukunft retten soll: eine Anlage für sogenanntes Etching. Silizium für Halbleiter wird hier kontrolliert geätzt. Mehr als 300 Millionen Euro hat Wacker dafür ausgegeben.

KI-Chips bräuchten möglichst reines Polysilizium, sagt Zumbusch, jedes Staubkörnchen sei zu viel. In der neuen Anlage wird das Material auf exakt 99,99999999999 Prozent Reinheit geputzt. »Wir haben zwei oder drei Neunen mehr nach dem Komma als alle anderen«, so der Werksleiter. Ein Grad der Perfektion, den er mit den Fachkräften in Deutschland besser erreichen könne als anderswo.

Binnen zehn Jahren ist Wackers Weltmarktanteil bei Polysilizium für Handychips von einem Viertel auf die Hälfte gestiegen. In jedem zweiten Smartphone der Welt steckt bereits Chemiematerial von Wacker. Das nächste Hightechprodukt, das der Konzern erobern will: Chips für künstliche Intelligenz.

Und die Konkurrenz aus China? Die interessiere sich bereits brennend für die Wacker-Anlage in Burghausen, glaubt Zumbusch: »Ich weiß, dass ich ausspioniert werde.« Wacker-Mitarbeiter, die in den Ruhestand gehen, würden gezielt von chinesischen Konkurrenten angeworben. Wie lange der deutsche Konzern den Vorsprung bei Smartphone- und KI-Silizium halten kann? Ungewiss.

Fest steht: Wacker wird sich von großen Teilen des Altgeschäfts verabschieden müssen. Es werde, warnt Peter von Zumbusch, eine »schwierige Übergangszeit«.

Die Start-up-Rebellin

Auf einer Baustelle im Süden Hamburgs zeichnet sich ab, wie die Zukunft der deutschen Chemieindustrie aussehen könnte. Silbrige Edelstahltanks schimmern an der Außenwand einer Halle, in der zuvor Backwaren hergestellt wurden. Schon bald sollen in den Tanks Getreidereste zu Granulat verarbeitet werden. Ein Kunststoffersatz, der ohne Mikroplastik auskommt.

Den Prozess dahinter begann Anne Lamp, 34, während ihrer Promotion an der TU Hamburg zu entwickeln. Sie sah darin nicht nur ein Forschungsprojekt, sondern ein Geschäft. »Das hatte zu viel Potenzial, um es in der Schublade verschwinden zu lassen.« Also kündigte sie ihren Job als Teamleiterin bei einem Energieunternehmen und gründete das Start-up Traceless.

Schon die eigene Firma macht Lamp zu einer Ausnahmeerscheinung. In der Chemieindustrie geht die Zahl der Neugründungen seit Jahren zurück. Das liegt an den hohen Gehältern, mit denen die großen Konzerne Uni-Absolventen locken, aber auch an den Einstiegshürden. Gründer brauchen Zugang zu Ausstattung und Laboren, das nötige Geld ist schwer zu bekommen. Wagniskapital, in Deutschland ohnehin schon relativ knapp, fließt eher in die KI- und die Softwarebranche.

Lamp hatte trotzdem Erfolg. Für ihre erste Pilotanlage, gebaut vor vier Jahren in Buchholz in der Nordheide, konnte sie den Onlinehändler Otto als Partner gewinnen. Ihr erstes Produkt: biologisch abbaubare Versandtaschen. Es folgten Partnerschaften mit C&A und Lufthansa.

Die Pilotanlage wurde bald zu klein. Mit Sicherheitsschuhen watet Lamp durch Pfützen und nassen Sand. Männer in neonfarbenen Warnjacken sollen hier eine neue Anlage errichten, gerade graben sie den Boden um. Schon heute beschäftigt Lamp rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Doch für die weitere Expansion bräuchte sie starke Partner aus der Industrie. Am liebsten würde sie ein gemeinsames Unternehmen mit einem der etablierten Konzerne gründen. Sie würde Ideen und Innovationen einbringen, so der Plan, die Chemieriesen Erfahrung und Kapital. Doch die Resonanz auf Lamps Werben hält sich bislang in Grenzen. Die Gründerin bezeichnet das als »Not invented here«-Syndrom: Was die Konzerne nicht selbst erfunden hätten, hielten sie nicht für aussichtsreich.

Viele in der Branche, kritisiert Lamp, glaubten noch immer, sie könnten einfach so weitermachen wie bisher. »Wer jetzt an alten Modellen festhält, riskiert am Ende genau das, was er schützen will, Stabilität und Arbeitsplätze.«

Die deutsche Chemieindustrie, sie scheint gefangen zwischen Aufbruch und Rückzugsgefecht.

Dow-Deutschlandchefin Spring hofft noch immer auf die Hilfe der Politik. »Ich weiß nicht, wie viele Alarmsignale wir noch senden sollen«, sagt sie. Im Mai sprach sie bei Kanzler Friedrich Merz (CDU) vor, gemeinsam mit Dow-Vorstandschef Jim Fitterling. Sie wünschen sich billigere Energie, weniger Regulierung, mehr Dumpingkontrollen gegen China.

In Deutschland setzt Dow nun vor allem auf Forschung und Entwicklung, arbeitet zum Beispiel an Materialien für energieeffiziente Stromleitungen oder an Schaum für recycelbare Autositze. Alles Technologien, bei denen die chinesischen Wettbewerber noch keinen Vorsprung haben.

In Schkopau wird der säuerliche Geruch derweil immer schwächer.

Aileen Bunte, Benedikt Müller-Arnold, Kathrin Werner

S

Im E-Auto-Dilemma

Fahrzeugindustrie Die EU-Kommission will auf Druck von Bundeskanzler Merz das Verbrenner-Aus aufweichen.
Das könnte den deutschen Herstellern helfen, aber wohl nur kurz.

Da sage noch einer, die zähe Brüsseler Bürokratie lege die europäische Wirtschaft lahm. Am vergangenen Freitag hatte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) seiner Parteifreundin und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (»liebe Ursula«) einen Brief zugestellt, der sich wie die Weihnachtswunschliste der deutschen Autoindustrie las.

Das von der EU-Kommission für 2035 vorgegebene Aus des Verbrennungsmotors müsse aufgeweicht werden, stand dort sinngemäß. Ganz so, wie es der Koalitionsausschuss von Union und SPD kurz zuvor in einer Nachtsitzung beschlossen und die Autobranche seit Monaten gefordert hatte.

Schon am Montag danach verkündete EU-Verkehrskommissar Apostolos Tzitzikostas den Autobossen via »Handelsblatt« die frohe Botschaft: Der Brief des Kanzlers sei »sehr positiv« aufgenommen worden. Man sei »offen für alle Technologien«.

Es war ein klares Signal: Die EU-Kommission ist bereit, das Verbrenner-Aus zu kippen. Bislang hat Brüssel vorgegeben, dass neu verkaufte Autos von 2035 an kein CO_2 mehr ausstoßen dürfen. Im Frühjahr hatte die Kommission angekündigt, die Flottengrenzwerte noch in diesem Jahr zu überprüfen. Man werde ein neues »Autopaket« schnüren, sagte Tzitzikostas nun.

Ist der Ausstieg aus der Verbrennertechnologie damit erledigt? Und kann die Autoindustrie dadurch aufatmen?

Wie bedrohlich die Lage der Hersteller und ihrer Zulieferer ist, zeigt eine Studie der Unternehmensberatung Kearney, die dem SPIEGEL vorliegt. Europäische Hersteller seien »in China bei den batterieelektrischen Fahrzeugen nicht mehr wettbewerbsfähig«, im US-Markt belaste sie die Zollpolitik von Präsident Donald Trump, sagt Wulf Stolle, Partner bei Kearney und Studienautor. Umso wichtiger werde der Heimatmarkt. Doch hier gerate die Branche wegen der CO_2-Flottengrenzwerte der EU unter »beispiellosen regulatorischen und finanziellen Druck«.

Stolle und sein Team haben die Gewinnmargen der großen Hersteller im europäischen Markt bis 2030 prognostiziert, von VW über BMW und Mercedes bis Stellantis und Renault. Bleibt es beim Verbrenner-Aus, fallen ihre Umsatzrenditen in Summe von heute durchschnittlich 5,5 Prozent auf bis zu minus 2,9 Prozent. Ohne Gegenmaßnahmen, sagt Stolle, »führen die EU-Vorgaben bis 2030 zu herben Verlusten«.

Das Dilemma der Hersteller: Ein höherer Verbrenner-Anteil im Modellmix bringt höhere Gewinne, führt jedoch zu hohen Strafen für verfehlte CO_2-Ziele. Verkaufen die Autobauer mehr Stromer, vermeiden sie Strafen, manövrieren sich aber in die Verlustzone, weil E-Autos in der Herstellung noch teurer sind. Europäische Hersteller könnten »einen schmerzhaften Schrumpfungsprozess durchlaufen«, sagt Stolle.

Selbst wenn die EU-Kommission die Klagen der Branche erhört: Das Verbrenner-Aus ist damit noch nicht gekippt. Das Europaparlament und der Rat der Mitgliedstaaten müssten zustimmen. Harsche Kritik kommt von den Grünen. »Wenn wir diesen Mist beschließen, werden 2035 in Europa die Bänder stillstehen«, sagt der Europaabgeordnete Michael Bloss. In fünf Jahren habe »China den Automobilmarkt übernommen und ist im E-Auto davongerast«.

Die SPD kann sich Ausnahmen vom Verbrenner-Aus für Plug-in-Hybride und Autos mit Range-Extender vorstellen, einem kleinen Verbrennungsmotor, der den Akku während der Fahrt lädt und so die Reichweite verlängert. Damit allein sei aber »in der akuten Situation nichts gerettet«, man brauche auch »eine Förderoffensive für E-Autos«, sagt EU-Parlamentarier Tiemo Wölken.

Arbeiter in Leipziger Porsche-Werk: »Regulatorischer und finanzieller Druck«

Paul Langrock

Eine Mehrheit im Parlament könnte zustande kommen, selbst wenn SPD und Liberale nicht geschlossen zustimmen – wenn die Konservativen sich mit den Rechtspopulisten zusammentun. Gemeinsam haben sie bereits die EU-Entwaldungsverordnung ausgebremst. Im Rat braucht es die Zustimmung von 15 Mitgliedstaaten, die zusammen mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung ausmachen. Zwar hegen Länder wie Dänemark, Schweden und die Niederlande Sympathien für die bisherige Regelung. Neben Deutschland gibt es jedoch mit Italien und Polen weitere bevölkerungsreiche Staaten, die eine Lockerung der Vorschriften befürworten.

Die Bundesregierung fordert, dass die Hersteller auch nach 2035 Plug-in-Hybride, Autos mit Range-Extender sowie »hocheffiziente« Verbrenner verkaufen dürfen. Zu den Details der Antriebsfrage hat sich die Kommission jedoch noch nicht positioniert, ebenso wenig zur Dauer der Ausnahmen.

Fest steht: Leitmarkt für Autos ist China, wo reine Batteriefahrzeuge zuletzt bereits gut 32 Prozent der Neuzulassungen ausmachten. Das spricht dafür, dass europäische Hersteller eher noch schneller abgehängt werden, wenn sie wieder stärker auf Verbrenner setzen. Das Dilemma bleibt: Die Konzerne müssen Gewinne mit Verbrennerverkäufen erwirtschaften, zusätzlich aber E-Autos über höhere Stückzahlen profitabler machen.

Kearney-Berater Stolle geht noch weiter. Er glaubt, dass befristete Ausnahmen »den graduellen Abstieg der europäischen Autobranche nur verlängern«. Er spricht von einem strukturellen Bruch: Das E-Auto sei ein in wesentlichen Bereichen anderes Produkt.

Statt des Vorsprungs bei Verbrennertechnologie und Markenimage – traditionelle Stärken deutscher Hersteller – entscheide zunehmend die Batterie- und Software-Expertise darüber, wer den Markt dominiert. »Auf diesen Gebieten sind die Chinesen den Europäern voraus«, sagt Stolle. Aber von den sechs Millionen Autos, die China exportiere, seien 80 Prozent Verbrenner. »Die USA und der größte Teil vom Rest der Welt werden noch lange Verbrenner fahren. Will man diesen Markt den Chinesen überlassen?« Folgt man Stolles Logik, wäre eine Aufgabe der CO_2-Ziele die Konsequenz.

Die EU-Kommission wirkt hin- und hergerissen. Sie will das Leben der Verbrenner verlängern und parallel E-Autos fördern. Ursprünglich war vorgesehen, bereits am 10. Dezember neue Regeln zu verkünden. Nun will Brüssel sich ein paar Wochen länger Zeit nehmen. Womöglich bis nach Weihnachten.

Martin Hesse, Benedikt Müller-Arnold S

NACHGEZÄHLT

30

Prozent weniger deutsche Krabbenkutter soll es zum Meeresschutz künftig geben. Dafür fördert das Landwirtschaftsministerium jetzt die Stilllegung von Fischereifahrzeugen mit 15 Millionen Euro.

Quelle: BMLEH

MASCHINE DER WOCHE

Strom ins Netz via Schuko-Stecker

Schuko, der Schutzkontaktstecker, hat eine neue Aufgabe, ganz offiziell und normgerecht. 1929 für die Siemens-Schuckertwerke zum Patent angemeldet, hat er fast ein Jahrhundert lang Strom aus dem Elektrizitätsnetz abgenommen und damit Geräte versorgt. Die mehr als eine Million Balkonkraftwerke, die sich seit ein paar Jahren wachsender Beliebtheit erfreuen, speisen aber Strom ins Netz ein – auch meist über Schukostecker, das macht ihre Installation einfach. Bislang war das mit rechtlichen Risiken verbunden. Seit Dezember jedoch gilt eine VDE-Norm, die den Schuko auch im Rückwärtsgang beschreibt. Den Nutzern gibt das Sicherheit: Strom liefern via Schuko, das geht in Ordnung. MAMK

AFFÄREN

Neuer Verdacht gegen Investor Brunner

Start-up-Manager Brunner

Goetz Schleser / DER SPIEGEL

Die Staatsanwaltschaft Liechtenstein hat nach SPIEGEL-Recherchen gerichtliche Vorerhebungen gegen den selbst erklärten Seriengründer und Investor Josef Brunner eingeleitet. Die Behörde sieht einen Anfangsverdacht der Geldwäsche. Im Zentrum der Vorwürfe steht neben Brunner sein langjähriger Geschäftspartner Florian Fritsch. Von 2022 an geriet Fritsch ins Visier der Staatsanwaltschaft. Mutmaßliche Geschädigte werfen Fritsch etwa vor, Geld von ihnen veruntreut zu haben. Sie haben nach SPIEGEL-Informationen den Verdacht, dass Brunner damals Geld für Fritsch vor Gläubigern in Sicherheit gebracht und als eine Art Treuhänder fungiert hat.

Eine Schlüsselrolle soll dabei das in Frankfurt börsennotierte Unternehmen Learnd spielen, zu dessen Hauptaktionären Brunner zählt. Dem Aufsichtsrat gehört unter anderem der frühere Wirtschafts- und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) an. Fritsch und Brunner hatten sich zunächst an der britischen Learnd Ltd. beteiligt. Später kaufte Brunner Fritsch dessen Anteile für sechs Millionen Euro ab.

In der Zwischenzeit hatte Brunner gemeinsam mit Fritsch und dem Industriemanager Gisbert Rühl eine Zweckgesellschaft – eine sogenannte SPAC – gegründet und an die Börse gebracht. Mit dieser SPAC übernahmen sie die Learnd Ltd. Die SPAC wurde zur börsennotierten Learnd SE. Die Behörden in Liechtenstein halten es offenbar für denkbar, dass Fritsch Mittel, die Anleger ihm für andere Zwecke zur Verfügung gestellt hatten, in Learnd Ltd. sowie in die SPAC investiert und damit veruntreut hat.

Die Ermittler gehen dem Verdacht nach, Brunner habe so Millionen für Fritsch »verwahrt«, um sie später an ihn zurückzuzahlen. Von Fritsch mutmaßlich geschädigte Investoren befürchten, dies könne über die Rückführung von Learnd-Darlehen unter anderem an von Brunner kontrollierte Firmen geschehen.

Brunner zählt zu den bekanntesten Vertretern der deutschen Start-up-Szene. Der SPIEGEL hatte im November aufgedeckt, dass er falsche Angaben zu seinem Werdegang gemacht hat. Investoren werfen ihm vor, Drittgelder als sein eigenes Vermögen ausgegeben zu haben. Brunner weist all das zurück. Zu von Fritsch eingeworbenen und investierten Geldern habe er keine Kenntnis. Es habe »keinerlei Rückflüsse an Herrn Fritsch und/oder an eines seiner Unternehmen« gegeben, solche seien auch nicht geplant. Fritsch weist strafrechtliche Vorwürfe zurück. Für beide gilt die Unschuldsvermutung. MHS, TSC

ARBEITSMARKT

»Viele Bewerber erleben Enttäuschungen«

Für Arbeitsuchende wird es wieder schwerer, sich zu bewerben. Headhunterin Laura Krüger erklärt, warum. Krüger, 36, ist Gründerin der Personalberatung Bull Research Consulting in Hanau. Ihr Schwerpunkt sind Spezialisten- und Führungsjobs im Bereich Finanzen und Versicherungen.

SPIEGEL: Frau Krüger, in vielen Branchen konnten sich die Bewerber in den vergangenen Jahren die Firmen aussuchen, für die sie arbeiten, nicht umgekehrt. Gilt das noch?

Krüger: Nicht mehr für alle. Es entsteht ein zweigeteilter Markt. Spezialisten haben nach wie vor eine gute Verhandlungsposition, sie können weiter luxuriöse Bedingungen stellen und hohe Gehälter fordern. Das gilt für Fachkräfte, die man nicht so leicht durch günstigere Quereinsteiger ersetzen kann, etwa Versicherungsmathematiker oder Manager mit Erfahrungen in einem bestimmten Markt.

SPIEGEL: Für welche Bewerber wird es schwieriger?

Krüger: Das sind Generalisten, deren Aufgaben in allen Branchen ähnlich sind, etwa Rechnungswesen, Marketing oder Personalverwaltung. Wir haben noch im vergangenen Jahr eine Bilanzbuchhalterin vermittelt, die ein Jahresgehalt von 120.000 Euro aushandeln konnte. So verzweifelt suchte die Firma! Das gibt es heute nicht mehr. Auch BWL-Studienabgänger mit 70.000 bis 80.000 Euro Einstiegsgehalt sind inzwischen die Ausnahme. In einigen Branchen werden gerade in hohem Tempo Stellen abgebaut, etwa in der Autoindustrie.

SPIEGEL: Muss man sich deshalb Sorgen machen?

Krüger: Eigentlich nicht. Ich finde die Entwicklung gesund, weil die Gehälter nun eher wieder dem Wert der Arbeitskraft für das Unternehmen entsprechen. Spitzengehälter sind – mit guten Gründen – ja weiter möglich. Und die Leute bleiben nicht erwerbslos, es gibt genug Jobs. Allerdings erleben viele Bewerber gerade Enttäuschungen.

SPIEGEL: Weil sie nicht mehr so leicht verhandeln können?

Krüger: Es hat sich noch nicht bei allen herumgesprochen, dass sich die Lage verändert. Mich fragte neulich ein Bewerber, warum er von keiner Firma eine Antwort bekomme. Als ich seine Gehaltsvorstellung gesehen habe, wusste ich, wieso.

SPIEGEL: Allerdings darf man dennoch eine ordentliche Absage erwarten.

Krüger: Da haben Sie recht, das ist schlechter Stil. Im Bewerbermarkt wurde auf Augenhöhe verhandelt, das sollten die Firmen nicht zurückdrehen, nur

»Es entsteht ein zweigeteilter Markt.«

weil sich ihre Lage entspannt. Inzwischen höre ich oft, dass Bewerbungsgespräche wieder wie Verhöre ablaufen, wie früher. Langfristig schadet das aber dem Ruf.

SPIEGEL: Welchen Rat haben Sie für Bewerber?

Krüger: Treten Sie mit realistischen Gehaltsvorstellungen an die Firmen heran. Wem das niedrig erscheint, der kann bereits zum Start vereinbaren, dass er mit dem Ende der Probezeit eine Gehaltserhöhung bekommt. Auch Zielvereinbarungen sind eine prima Idee, um ein niedrigeres Einstiegsgehalt mit guten Perspektiven zu verbinden. Übrigens nicht nur finanziell: Solche Ziele helfen auch beim Einstieg in die neue Position, geben Richtung und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. MAMK

WIRTSCHAFTSWUNDER

Weihnachtsbaum für 17 Jahre

Die deutsche Wirtschaft strauchelt, doch eine Branche ist so stabil wie ihr Produkt. Die Weihnachtsbaumerzeuger verkaufen hierzulande jährlich rund 23 bis 25 Millionen Nordmanntannen oder Blaufichten. Etwa 44 Prozent der Deutschen wählen einen Naturbaum – in bester Tradition. Vorchristliche Kulturen brachten immergrüne Pflanzen während der Wintersonnenwende ins Haus, sogenannte Wintermaien. Im Mittelalter vermischte sich diese Tradition mit christlichen Bräuchen. Der erste geschmückte Weihnachtsbaum soll 1510 in der Hansestadt Riga aufgestellt worden sein. Inzwischen gibt es ein modernes Pendant. 27 Prozent der Deutschen greifen zum Kunstbaum, etwa zur Plastiktanne. »Umweltfreundlich sind diese Attrappen nicht«, sagt Silvia Teich vom Naturschutzbund Deutschland. Um in der Ökobilanz mit einem Naturbaum mitzuhalten, »muss man sie rund 17 Jahre nutzen«. Dann besser ein Baum aus Pappe, der oft als umweltfreundlich angepriesen wird? »Pappe ist nichts anderes als verarbeiteter Baum, plus viel Chemie und Energie«, sagt Teich. Am besten schneide der Naturbaum ab. Seine CO_2-Bilanz liege bei nahezu null. PHB

ENERGIEVERSORGER

Gasnetze ohne Zukunft

Die Energiebranche verliert den Glauben, ihr Gasgeschäft in eine klimaneutrale Zukunft zu retten. In einer Befragung der Beratungsfirma Horváth unter 91 Versorgern gaben 61 Prozent der Unternehmen an, ihr Gasnetz bis 2040 zurückzubauen oder stillzulegen. Stattdessen planen zwei Drittel, ihre Ausgaben für Stromspeicher mindestens zu verdoppeln. Knapp 70 Prozent wollen bis zum Jahr 2028 in das Geschäftsfeld einsteigen. Im Streit über das Heizungsgesetz hatten noch weite Teile der Energiewirtschaft davor gewarnt, die Zukunft von Gasleitungen vorschnell abzuschreiben. Deutschlands Gasnetze sind fast 600.000 Kilometer lang und bescheren den Betreibern bisher planbare Gewinne. Doch das Geschäft ist unter Druck: Tendenziell steigende CO_2-Preise verteuern Erdgas. Der Bund und die EU werden absehbar den Ausstieg aus dem Erdgas vorantreiben. Laut Umfrage erwarten nur noch vier Prozent der Befragten, Gasleitungen komplett auf Wasserstoff umzustellen. BEM

Shutterstock, Bull Research, D. Drubig / blickwinkel / picture alliance

6 Prämien zur Wahl

Eine neue Leserin oder einen neuen Leser werben und Ihr Dankeschön sichern!

TCL Android Tablet TAB 10L Gen2
Mit 10,1-Zoll-Display, 1,8-GHz-Prozessor und 3 GB RAM für schnelle Performance. Ohne Zuzahlung.

Wagenfeld-Tischleuchte WG 24
Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: 219 €.

TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT
DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.

150 € Prämie
Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch!

Ninja Heißluftfritteuse »Foodi AF300EU«
Mit zwei 3,8-Liter-Kammern und sechs Programmen.
Maße: 35 × 37,5 × 31,5 cm. Ohne Zuzahlung.

150 €-Amazon-Gutschein
Über eine Million Bücher sowie DVDs, Technikartikel und mehr für Sie zur Auswahl.

Einfach jetzt bestellen:
abo.spiegel.de/p25

oder telefonisch unter:
040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur 6,60 € statt 6,90 € im Einzelkauf.

WISSEN

»Das ist Ideologie, keine objektive Wissenschaft«

SPIEGEL-Gespräch Hoch verarbeitete Nahrungsmittel gelten als schädlich. Der Forscher Thomas Henle sieht dafür keinen wissenschaftlichen Beleg. Verbraucher würden zu Unrecht verunsichert und Frauen zurück an den Herd gedrängt.

Henle, 64, ist Professor für Lebensmittelchemie an der TU Dresden. Er lehrt und untersucht den Zusammenhang zwischen Lebensmitteln, deren Verarbeitung und der menschlichen Gesundheit. Im Podcast »Food Facts« seiner Universität spricht er über das Erforschen von Lebensmitteln, Chemie im Essen und klärt Ernährungsmythen auf.

SPIEGEL: Herr Henle, in den Supermärkten stapeln sich Dominosteine, Marzipankartoffeln und Lebkuchen. Gibt es eine weihnachtliche Süßigkeit, bei der Ihnen als Lebensmittelchemiker das Grauen kommt?
Henle: Aus irgendwelchen gesundheitlichen Bedenken? Nein, überhaupt nicht. Ich mag besonders Nürnberger Elisenlebkuchen, das war schon als Kind so.
SPIEGEL: Achten Sie darauf, wie viel Lebkuchen Sie essen?
Henle: Ich sitze viel am Schreibtisch, bewege mich wenig, deshalb schaue ich auf die Kalorien, die ich am Tag zu mir nehme. Und ich versuche, mich ausgewogen zu ernähren, aber nicht nur in der Weihnachtszeit, sondern das ganze Jahr über, das ist viel entscheidender.
SPIEGEL: Was heißt für Sie ausgewogen?
Henle: Ausreichend Obst und Gemüse zu essen, nicht zu viel Fett, Zucker und Salz. Und weniger Fleisch, maximal jeden zweiten bis dritten Tag. Das kaufe ich dann aus tierfreundlicher Haltung, das ist mir wichtiger als ein Biosiegel. Dafür zahle ich auch gern mehr – wissend, dass sich das nicht jeder leisten kann.
SPIEGEL: Warum achten Sie auf Ihren Fleischkonsum?
Henle: In erster Linie weil ich damit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten möchte. Die Tierhaltung belastet die Umwelt auf vielen Ebenen. Was die Ernährung betrifft, bin ich bei verarbeitetem rotem Fleisch inzwischen ein wenig zurückhaltender, weil es da doch einige Daten gibt, dass ein hoher Konsum Krebs begünstigen kann.
SPIEGEL: Wurstwaren, Süßigkeiten oder auch Fruchtjoghurts zählen zu den »ultra-processed foods«, kurz UPFs. Über diese hoch verarbeiteten Lebensmittel wird derzeit viel diskutiert. Was bedeutet hoch verarbeitet?
Henle: Der brasilianische Forscher Carlos Monteiro hat diesen Begriff 2009 geprägt. Er klassifiziert Lebensmittel anders als bisher in der Wissenschaft üblich: Im Vordergrund stehen nicht mehr die Nährwerte oder Inhaltsstoffe eines Nahrungsmittels, sondern wie weit es sich von seinem ursprünglichen Zustand entfernt hat, weil es verarbeitet wurde oder Zutaten hinzugefügt wurden. Seine Idee ist: Je mehr ein Produkt technisch verändert ist und je mehr Farbstoffe, künstliche Aromen oder sogenannte Emulgatoren es enthält, desto schädlicher soll es sein.
SPIEGEL: Ist nicht inzwischen ein Großteil unserer Lebensmittel stark verarbeitet, also unnatürlich?
Henle: Andersherum gefragt: Was bedeutet natürlich überhaupt? Nehmen wir einen Apfel vom Baum. Für viele ist er das Sinnbild des Natürlichen, aber sobald wir ihn waschen und schneiden, ist er technisch gesehen schon verarbeitet. Und das machen wir mit nahezu allen unseren Lebensmitteln, wenn wir sie zerkleinern, würzen oder kochen. Was wir als natürlich wahrnehmen, ist mitunter roh ungenießbar oder sogar gesundheitlich riskant, Bohnen und Kartoffeln etwa. Es ist ein Trugschluss, dass alles, was naturbelassen ist, automatisch gut ist. Ob ein Nahrungsmittel gesundheitsfördernd oder sicher ist, hängt von den Inhaltsstoffen ab.
SPIEGEL: In vielen Lebensmitteln finden sich Zutaten, die man selbst beim Kochen nicht benutzen würde. In Fertigmayonnaise etwa ist oft Sojalecithin als Emulgator enthalten, damit sich Öl und Wasser verbinden. Zu Hause verwendet man Eigelb. Macht das keinen Unterschied?
Henle: Das ist ein häufiges Missverständnis. Die allermeisten Zusatzstoffe, die in der Industrie verwendet werden, sind chemisch identisch mit den natürlichen Alternativen, die wir zu Hause nutzen. Das Lecithin aus Soja etwa ist vergleichbar mit dem, das

Lebensmittelchemiker Henle in der TU Dresden: »Ich werbe für mehr Gelassenheit«

Brian Hagiwara / Getty Images, Silas Bahr / DER SPIEGEL

Das Gespräch führten die Redakteurinnen Alina Schadwinkel und Antje Windmann.

im Eigelb vorkommt. Für die industrielle Herstellung aber ist Sojalecithin einfach günstiger.

SPIEGEL: Zahlreiche Studien legen inzwischen nahe, dass hoch verarbeitete Lebensmittel dick und krank machen. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) verweist in einem aktuellen Bericht auf den Zusammenhang zwischen dem Verzehr stark verarbeiteter Lebensmittel und Übergewicht oder Adipositas sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Henle: Das Problem vieler dieser Studien ist, dass sie keine Belege liefern, sondern lediglich auf Beobachtungen beruhen. In diesem Fall, dass Menschen, die im Rückblick viele als »stark verarbeitet« eingestufte Lebensmittel gegessen haben, häufiger übergewichtig sind oder häufiger krank werden. Das ist aber nicht überraschend, denn mitunter sind diese Lebensmittel hochkalorisch. Wenn Sie vier Wochen lang nur Kopfsalat essen, bekommen Sie auch Probleme.

SPIEGEL: Dass hoch verarbeitete Lebensmittel krank machen, halten Sie also für falsch?

Henle: Ich halte es für falsch, zu sagen, dass UPFs generell ungesund seien. Das ist wissenschaftlich nicht belegt. Sinnvoll wäre, genauer hinzuschauen: Welche aus dieser Gruppe der sogenannten stark verarbeiteten Lebensmittel sind bei zu häufigem Verzehr tatsächlich problematisch? Zum Beispiel gesüßte Getränke, die sehr viel Zucker enthalten, oder sehr fettreiche und salzige Wurstwaren. Und welche sind womöglich sogar nützlich oder gesundheitlich unbedenklich?

SPIEGEL: Gibt es die denn?

Henle: Anders als oft berichtet, ist Fruchtjoghurt etwa laut Studien nicht mit einem erhöhten Risiko für Diabetes verbunden – sofern wenig Zucker zugesetzt wurde. Das gilt auch für derartige Cerealien, die zugleich einen hohen Ballaststoffanteil aufweisen. Oder nehmen Sie industriell hergestellte Karottenbreie für Säuglinge. Die unterliegen strengen Grenzwerten für Schadstoffe und werden besonders schonend verarbeitet. Viele Eltern glauben, dass selbst gekochter Brei besser sei – dabei ist die industrielle Produktion sicherer, etwa im Hinblick auf Pestizide oder Nitrat.

SPIEGEL: Um besser zu verstehen, wie Ernährung, Lebensstil und Gesundheit zusammenhängen, werden im Rahmen der französischen NutriNet-Santé-Studie seit 2009 rund 170.000 Menschen begleitet. Laut Studien, die auf den Daten basieren, begünstigen hoch verarbeitete Lebensmittel etwa Brustkrebs. Andere Forschung deutet an, dass Fertignahrung das Darmkrebsrisiko erhöht.

Henle: Auch dafür sehe ich keine Beweise, selbst wenn schon versucht wird, andere Einflüsse wie Alkohol- und Tabakkonsum herauszurechnen. Ich halte es deshalb für problematisch, wegen solcher Studien mitunter sogar einzelne Stoffe pauschal verantwortlich zu machen, wie Carboxymethylcellulose, kurz CMC, über die zuletzt viel diskutiert wurde.

Creativ Studio Heinemann / imageBROKER / picture alliance

Tanita St. / Shutterstock

T. Hoenig / plainpicture

1 | Fertiggericht **2 |** Babybrei im Glas
3 | Schokoladenweihnachtsmänner

SPIEGEL: Was ist das?

Henle: Das ist ein Emulgator und Dickungsmittel, die Konsistenz von Eiscremes, Salatsoßen oder Säften wird damit verbessert. Es gibt dazu einige Tierversuche und eine Studie mit 16 Personen, die Hinweise darauf liefern, dass CMC das Mikrobiom im Darm beeinflusst. Es wurde aber mit Mengen geforscht, die weit über dem liegen, was wir normalerweise über die Ernährung aufnehmen. Das heißt, man müsste etwa zehn Fertigpizzen am Tag essen – und das über einen Zeitraum von etwa zwei Wochen –, um auf die Mengen in dieser Studie zu kommen. Dennoch schaut sich die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit CMC aktuell sehr genau an und fordert weitere Untersuchungen dazu.

SPIEGEL: Viele Menschen sind trotzdem verunsichert, wenn sie solche Studien lesen. Wie sollte man als Laie solche Warnungen einordnen?

Henle: Ich werbe für mehr Gelassenheit. Dass Menschen krank werden, liegt meist am gesamten Lebensstil; zu viele Kalorien, zu wenig Bewegung. Unsere Probleme mit Fehlernährung, behaupte ich, kommen auch davon, dass wir überhaupt Lebensmittel mit »gut« und »schlecht« codieren, verbunden mit zahlreichen Verboten und pauschalen Warnungen. Etwa dass »Chemisches« automatisch gefährlich ist. Wie gesagt: Die meisten Zusatzstoffe sind entweder natürlichen Ursprungs oder dienen einem sinnvollen Zweck, machen Lebensmittel haltbarer oder verbessern ihre Konsistenz.

SPIEGEL: Das müssen Sie als industrienaher Forscher jetzt sagen.

Henle: Ich persönlich habe nie Geld von der Industrie bekommen. Unsere Forschung hier an der TU aber wird etwa zu einem Drittel von der Industrie unterstützt. Wir legen dabei jedoch Wert darauf, volle wissenschaftliche Freiheit zu haben und alle Ergebnisse als Doktorarbeiten oder Publikationen frei veröffentlichen zu können.

SPIEGEL: Wird Ihnen die Nähe zur Industrie oft vorgeworfen?

Henle: In wissenschaftlichen Kreisen ist das selten ein Thema. Aber außerhalb begegnet mir oft eine Grundskepsis. Da heißt es schnell: »Ihr seid von der Industrie bezahlt, ihr wollt uns vergiften.« Aber das ist Quatsch. Ich kritisiere die Industrie durchaus, etwa wenn sie Produkte herstellt, die niemand braucht; dazu zählen spezielle Kinderlebensmittel wie Quetschies. Oder wenn sie suggeriert, dass Produkte qualitativ hochwertiger seien, indem sie »Frei von« in allen Variationen auf die Verpackungen schreibt.

SPIEGEL: Wie können Verbraucherinnen und Verbraucher im Supermarkt gesundheitsfördernde, günstig zusammengesetzte Produkte erkennen?

Henle: Eine Möglichkeit wäre, auf die Nährwertangaben und den Nutri-Score zu schauen, das ist dieses Ampelsystem auf vielen Lebensmitteln.

SPIEGEL: Was zeigt das an?

Henle: Der Nutri-Score – von A (grün) bis E (rot) – befindet sich seit 2020 vorn auf den Verpackungen. Er bewertet ein Produkt anhand eines Punktesystems, das günstige und ungünstige Nährstoffe gegeneinander aufrechnet: also etwa Ballaststoffe und Proteine gegen Zucker, Salz und gesättigte Fette. Das hilft etwa, Produkte innerhalb einer Kategorie vergleichen zu können, zum Beispiel

verschiedene Joghurts. A bedeutet also nicht automatisch gesund und E ungesund. Die Idee ist, dass sich Menschen für die bessere Alternative innerhalb einer Produktgruppe entscheiden.

SPIEGEL: Hat sich dadurch das Einkaufsverhalten der Menschen verändert?

Henle: Das weiß ich nicht, ich bezweifle es aber. Ich glaube auch nicht, dass diese freiwilligen Kennzeichnungssysteme zu weniger Übergewicht bei den Menschen führen. Aber immerhin bietet der Nutri-Score eine objektive Orientierungshilfe im Alltag, anders als das Nova-System.

SPIEGEL: Was ist das Nova-System?

Henle: Auch eine Klassifizierung. Damit werden Lebensmittel nach dem Grad ihrer Verarbeitung in vier Gruppen eingeteilt. Gruppe 1 umfasst unverarbeitete oder nur minimal verarbeitete Lebensmittel wie frisches Obst und Gemüse, Eier, Milch, Reis, Fleisch oder Nüsse. In Gruppe 2 fallen etwa Pflanzenöl, Butter, Zucker oder Salz. Diese werden meist aus den Lebensmitteln der ersten Gruppe gewonnen und dienen dazu, Speisen zuzubereiten oder zu würzen. Gruppe 3 sind die sogenannten verarbeiteten Lebensmittel, die etwa geräuchert, gebacken oder gepökelt wurden. Dazu zählen Käse, Brot, eingelegte Gurken oder Räucherfisch. Und schließlich gibt es Gruppe 4, darunter fallen die sogenannten UPFs: Softdrinks, Chips, Fertigpizza oder Frühstückscerealien.

SPIEGEL: Was bemängeln Sie an dieser Klassifizierung?

Henle: Vor allem zwei Dinge: Erstens führt das System zu völlig absurden Einstufungen. Auch Säuglingsnahrung, also getrocknetes Milchpulver, zählt zur Gruppe 4 und gilt damit als problematisch. Dabei gehört sie zu den am strengsten kontrollierten Lebensmitteln überhaupt und hat historisch betrachtet die Kindersterblichkeit massiv gesenkt. Müttern, die nicht stillen können, wird nun aber suggeriert, sie würden ihre Babys gefährden. Ein anderes Beispiel ist Hafermilch.

SPIEGEL: Inwiefern?

Henle: Auch sie fällt in die Gruppe 4, weil sie industriell hergestellt wird und Zusatzstoffe enthält – obwohl sie eine nachhaltige Alternative zu Kuhmilch ist. Im Nutri-Score dagegen schneiden ungesüßte Hafermilchprodukte mitunter sogar mit A ab. Das verwirrt die Verbraucher doch total. Ein weiteres Beispiel: Ein und dasselbe Brot wird vollkommen unterschiedlich bewertet, je nachdem ob man es beim Bäcker kauft oder nebenan verpackt im Supermarkt.

SPIEGEL: Im April dieses Jahres haben Sie sich mit der Ernährungswissenschaftlerin Hannelore Daniel von der TU München in einem offenen Brief unter anderem gegen die Nova-Klassifizierung ausgesprochen. Was hat Sie dazu bewegt?

Henle: Es war tatsächlich ein Momentum von »Jetzt reicht's«. Wir wollten einmal eine klare Position beziehen und haben den Brief über soziale Medien und unsere Fachgesellschaften verbreitet.

SPIEGEL: Welche Reaktionen haben Sie erfahren?

Henle: Mehr als 200 Fachleute haben ihn unterschrieben, darunter viele namhafte Vertreterinnen und Vertreter aus der Lebensmittelchemie und -technologie. Die Resonanz bei den Ernährungswissenschaftlern war deutlich geringer. Viele nutzen den Score, um Rückschlüsse von der Ernährung auf die Gesundheit zu ziehen. Öffentliche Kritik könnte ihre bisherigen Forschungsergebnisse infrage stellen.

SPIEGEL: Es gibt aber auch Ernährungswissenschaftler, die das Nova-System kritisieren.

Henle: Den meisten ist bewusst, wie angreifbar das Schema ist. Auch die DGE diskutiert es kontrovers. Aber während viele in der Ernährungswissenschaft noch versuchen, das System zu verbessern, lehnen wir in den Lebensmittelwissenschaften das Konzept grundsätzlich ab. Statt zu pauschalisieren, würden wir lieber gezielt ergründen, warum immer mehr Menschen an Übergewicht, Krebs oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen leiden. Für mich ist das Nova-System ein ideologisch motiviertes Klassifizierungssystem, das wissenschaftlich nicht fundiert ist.

SPIEGEL: Inwiefern ideologisch?

Henle: Die Nova-Klassifizierung basiert nicht auf wissenschaftlich messbaren Kriterien, sondern auf einer Idee davon, was natürlich und gut ist. Das ist Ideologie, eine Weltanschauung, aber keine objektive Wissenschaft. Es wird eine neue reine Wissenschaft versprochen, frei von Industrieeinfluss – aber ohne solide, überprüfbare Methoden. Kritiker werden nicht mit sachlichen Argumenten widerlegt, sondern als von der Industrie beeinflusst diffamiert. Das ist typisch für Ideologien, nicht für wissenschaftlichen Diskurs. Das hat auch Folgen für die Gesellschaft.

SPIEGEL: Welche?

Henle: Ich beobachte, dass rechtskonservative Gruppen das Nova-System als scheinbar wissenschaftliche Legitimation für ihre Überzeugungen nutzen. In sozialen Medien und bestimmten Kreisen – etwa bei den sogenannten Tradwives, also Frauen, die sich auf traditionelle Rollenbilder zurückbesinnen – wird das Narrativ der hoch verarbeiteten Lebensmittel genutzt. Da heißt es dann: Alles, was industriell hergestellt ist, das ist schlecht oder künstlich. Und nur das, was zu Hause mit wenigen Zutaten selbst gekocht wird, ist wirklich gut für die Familie. Das ist aber kein objektiver Maßstab, sondern eine moralische Wertung.

SPIEGEL: Was ist so schlimm daran, frisch zu kochen, um selbst zu entscheiden, wie viel Fett oder Zucker in ein Gericht kommt?

Henle: Nichts. Aber gewisse Gruppen verklären mithilfe des Nova-Systems die Hausmannskost und bringen Fertigprodukte in Verruf. Das klingt erst einmal nach harmloser Nostalgie, hat aber eine riskante Kehrseite: Sie transportieren unterschwellig die Botschaft, dass es die Aufgabe der Frau wäre, zu Hause zu kochen und für die Familie zu sorgen. So werden alte Rollenmuster und Erwartungen an weibliche Fürsorge wiederbelebt – und das unter dem Deckmantel von Wissenschaft und Gesundheitsfürsorge. Fertiggerichte, die Menschen, vorwiegend Frauen, in den vergangenen Jahrzehnten mehr Freiheit verschafft haben, werden plötzlich moralisch abgewertet. Das kann sogar dazu führen, dass Frauen sich schuldig fühlen, wenn sie nicht alles selbst zubereiten.

SPIEGEL: Sie sehen also nicht nur einen Rückschritt für die Wissenschaft, sondern auch für die Gleichstellung?

Henle: Ja. Denn am Ende geht es nicht mehr um die Frage, was in welchem Maß tatsächlich gesund ist, sondern darum, welches gesellschaftliche Bild von guter Ernährung vermittelt werden soll. Das ist gefährlich, weil es nicht nur verunsichert, sondern auch echte Aufklärung und individuelle Entscheidungsfreiheit untergräbt.

SPIEGEL: Herr Henle, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. S

Von Grün bis Rot

Der Nutri-Score und das Nova-System sollen Verbraucherinnen und Verbrauchern helfen, gesundheitsfördernde Lebensmittel zu erkennen – beurteilen aber unterschiedliche Dinge

Bewertung nach Zusammensetzung, beispielsweise können Müslis, je nach Zutaten, mit A oder D bewertet werden.

Ein Lebensmittel kann beim Nutri-Score positiv abschneiden und zugleich laut Nova-Klassifizierung stark verarbeitet sein.

S · Grafik

Immun gegen Pickel

Medizin Forscher arbeiten an Impfstoffen gegen Akne, die verhindern sollen, dass die Hautkrankheit überhaupt erst entsteht.

Manche tun Akne als reines Schönheitsproblem ab. Dabei belastet die Krankheit viele Betroffene stark. Auf der Haut bilden sich Pickel, sie entzünden sich und werden rot. Im Gesicht, auf der Brust oder am Rücken. Es juckt, brennt und spannt, oft nicht nur für Wochen, sondern über Jahre.

In nicht allzu ferner Zukunft könnte Schluss damit sein, so sagen einige Wissenschaftler. Sie erforschen Impfstoffe gegen Akne.

Die Spritzen sollen verhindern, dass sich die Haut überhaupt erst entzündet; das Immunsystem soll lernen, Bakterien und Reizstoffe zu erkennen und zu zerstören. »Es gibt gerade so viel Fortschritt in der Forschung zu Akne wie seit 30 Jahren nicht mehr«, sagt Christos Zouboulis, Dermatologe am Städtischen Klinikum Dessau.

Bis zu 80 Prozent aller Menschen entwickeln im Laufe ihres Lebens Akne. Hormone und Gene beeinflussen, wer dafür anfällig ist: Sie bestimmen, wie viel Talg die Haut produziert und ob die Poren verstopfen. In diesen verstopften Poren können sich Bakterien vermehren, was die Entzündungen und das Jucken auslöst.

Akne beginnt meist in der Pubertät und kann verheerende Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl haben, bis zu Depressionen. Es gibt zwar Medikamente, etwa Cremes gegen Entzündungen oder Antibiotika gegen die Bakterien in den Poren. Als besonders wirksam bei starker Akne gilt der Wirkstoff Isotretinoin, der die Produktion von Talg auf der Haut reduziert. Die Therapie ist jedoch häufig langwierig – teils kehrt die Akne wenige Monate nach der Behandlung zurück –, und sie ist mit Risiken verbunden.

Antibiotika töten viele problematische Bakterien ab, es können jedoch Resistenzen entstehen. Die Mittel funktionieren dann nicht mehr.

»Isotretinoin ist zwar sehr effektiv«, sagt Hautarzt Zouboulis, »aber wegen seiner möglichen Nebenwirkungen nur unter strenger ärztlicher Kontrolle einsetzbar.« Der Wirkstoff kann die Funktion der Leber stören, und er steht im Verdacht, depressive Verstimmungen auszulösen oder zu verstärken. Frauen, die schwanger sind oder stillen, dürfen Isotretinoin auf keinen Fall nehmen, es kann Fehlbildungen beim Kind und Fehlgeburten verursachen.

»Ein Impfstoff gegen Akne könnte das Leben vieler Patienten verändern«, sagt Zouboulis. Zwei Kandidaten gelten als besonders vielversprechend.

Das Pharmaunternehmen Sanofi sucht für sein Mittel, einen mRNA-Impfstoff, in den USA und Singapur Freiwillige für erste Tests am Menschen. Die ersten Probanden wurden laut der Firma bereits geimpft. Die Impfung soll den Körper anregen, Antikörper zu bilden gegen bestimmte Stämme des Bakteriums Cutibacterium acnes, kurz C. acnes, die Entzündungen auslösen.

Der Impfstoff enthält in Form von mRNA den Bauplan für spezielle Proteine der Aknebakterien. Geimpfte produzieren diese Proteine dann in ihrem eigenen Körper, sodass ihr Immunsystem damit in Kontakt kommt und die Antikörper dagegen entstehen. Siedeln sich danach Aknebakterien auf ihrer Haut an, erkennt das Immunsystem die Bakterien an diesen Proteinen, bekämpft sie und verhindert damit eine Entzündung, so die Idee.

Sanofi will seinen Akne-Impfstoff in den USA an insgesamt bis zu 400 Menschen mit mittelschwerer bis schwerer Akne erproben. Die Freiwilligen bekommen zunächst zwei Impfungen und nach einem Jahr eine Auffrischung. Für die Studie in Singapur sollen in einer zweiten Studie 200 Personen mit leichter Akne geimpft werden. Erste Ergebnisse erwartet das Unternehmen 2028. Sind sie positiv, plant Sanofi, seinen Impfstoff auch an Jugendlichen zu testen.

Einen anderen Ansatz verfolgt der Kinderarzt George Liu von der University of California San Diego. Er hat zusammen mit Kollegen einen Proteinimpfstoff gegen Aknebakterien entwickelt. Das Mittel besteht aus Fragmenten eines Enzyms, das bestimmte Stämme von C. acnes herstellen.

Nicht alle Stämme dieser Bakterien sind ein Problem für die Haut. »Nur manche produzieren ein Enzym, das die Hautbarriere schwächt und Entzündungen fördert«, sagt Liu. Nimmt dieses Enzym mit dem Namen HylA überhand, kann Akne entstehen.

Andere Varianten von C. acnes sind nützlich, natürliche Bewohner der Haut, die diese vor gefährlichen Keimen schützen. Sie bilden das Enzym HylB, das Entzündungen abschwächt und Akne entgegenwirken könnte.

Arzt Liu will das HylB der nützlichen Stämme mit seiner Impfung verschonen und das HylA der Aknebakterien blockieren. Seine Impfung soll die Produktion von Antikörpern gegen das entzündungsfördernde Enzym anschieben.

Die Idee hat er bislang an zehn Mäusen getestet. Er schmierte sie mit einer öligen Substanz ein, um menschliche Haut zu simulieren, und infizierte sie mit Aknebakterien. Die geimpften Mäuse bekamen deutlich weniger Pickel als ungeimpfte.

Das Pharmaunternehmen Amora Biosciences hält die Ergebnisse für so vielversprechend, dass es sich die Rechte an dem Verfahren gesichert hat. Liu hofft, dass die Firma bald Studien am Menschen startet, um die Sicherheit der Impfung zu prüfen.

Dermatologe Zouboulis rechnet bei Lius Impfstoff mit leichten Nebenwirkungen wie trockener oder gereizter Haut. Bei dem mRNA-Impfstoff von Sanofi könnten unerwünschte Immunreaktionen auftreten, eine allergische Reaktion etwa. »Wir sollten nicht enthusiastisch sein, bevor wir Ergebnisse sehen«, sagt er.

Es gibt strenge Vorgaben, bevor Impfstoffe zugelassen und vielen Menschen gespritzt werden dürfen. Laufen die Versuche mit den Impfstoffkandidaten gut, könnte frühestens Mitte der Dreißigerjahre ein Akne-Impfstoff in den USA auf den Markt kommen, in Europa wahrscheinlich etwas später.

Bis dahin können einige Patienten auf Besserung durch ein neues Medikament hoffen. Im Oktober hat die Europäische Kommission das Mittel Winlevi zugelassen. Die Creme senkt die Produktion von Talg und bremst Entzündungen.

Laut Studien sieht die Haut vieler Anwender gesünder aus. Zwar nicht immer und seltener bei schwerer Akne, aber oft genug, dass Ärzte Erwachsenen und Jugendlichen ab zwölf Jahren die Creme verschreiben dürfen.

Das Mittel wird schrittweise auf dem europäischen Markt eingeführt. Wann es in Deutschland erhältlich sein wird, ist unklar.

Alina Schadwinkel S

Frau mit Akne auf dem Rücken: »Das Leben vieler Patienten verändern«

Emily Graham / Millennium / plainpicture

24 Tagespreise im Gesamtwert von 20.000 € gewinnen

DIE GROSSE
HANDELSBLATT-UMFRAGE

Teilen Sie Ihre Sicht auf 2026

Wie blicken Sie auf das kommende Jahr? Teilen Sie Ihre Einschätzung zu Wirtschaft, Politik und Gesellschaft – und erfahren Sie, wie Sie im Vergleich zu anderen Handelsblatt-Leserinnen und -Lesern liegen. Unter allen Teilnehmern verlosen wir täglich attraktive Preise.

Jetzt mitmachen und gewinnen:
handelsblatt.com/ausblick

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Batorskaya Larisa / depositphotos / IMAGO

Fabrik der Firma Solvay

Wolke von Bad Wimpfen

Umweltschutz Aus einer Chemiefabrik in Baden-Württemberg entweicht wohl tonnenweise extrem klimaschädliches Gas. Das grün geführte Umweltministerium in dem Bundesland weiß davon, unternimmt offenbar aber wenig.

Auf der digitalen Landkarte ist ein dunkelvioletter Fleck über Süddeutschland zu sehen. Atmosphärenforscher der Universität Bristol haben das Schaubild für eine wissenschaftliche Studie am Computer erstellt. Es zeigt auffällige Messwerte. Der dunkle Fleck im Süden der Bundesrepublik gibt den Experten Rätsel auf.

Seit Jahren strömen dort Unmengen eines Gases aus, das zu den klimaschädlichsten Stoffen gehört, die die Menschheit jemals hergestellt hat: Schwefelhexafluorid, kurz SF_6. Das Gas hat keine Farbe und keinen Geruch, es ist ungiftig für Menschen, doch ein einziges Kilogramm heizt die Atmosphäre im Verlauf von 100 Jahren ungefähr so stark auf wie 24 Tonnen Kohlenstoffdioxid (CO_2).

Auf der Karte der Bristoler Forscher spannt sich der dunkelviolette Balken vom Oberrhein bei Karlsruhe über weite Teile Baden-Württembergs bis fast nach Nürnberg in Bayern. Ein Beweis, dass hier sehr viel von dem Klimagas in die Luft gelangt, so viel wie nirgendwo sonst in Deutschland. Die Auswertung stammt aus dem Jahr 2020, seither haben etliche Studien das Phänomen bestätigt. Dabei gibt es keinen offensichtlichen Grund für den hohen SF_6-Ausstoß.

SF_6 wird seit Jahrzehnten weltweit in technischen Schaltanlagen verwendet, etwa in Windkraftwerken oder bei der Produktion von Mikrochips für Computer. Früher wurde das Gas auch beim Herstellen von Schallschutzfenstern und von Polstern für Sportschuhe eingesetzt. Allerdings recycelt Baden-Württemberg weder massenhaft alte Joggingschuhe, noch gibt es dort besonders viele alte Schallschutzfenster. Auch Windkraftanlagen sind in dem Bundesland nicht zahlreicher als anderswo.

Forschende vom Institut für Atmosphäre und Umwelt der Goethe-Universität Frankfurt glauben nun, das Rätsel gelöst und den Ursprung der hohen SF_6-Werte gefunden zu haben. Die Wissenschaftler arbeiten mit dem Team der Universität Bristol zusammen, sie teilen Daten in einem Netzwerk aus Messstationen. »Von allen europäischen Messstationen unseres Netzwerks registrieren wir am Taunus-Observatorium die höchsten SF_6-Konzentrationen«, sagt Atmosphärenforscher Andreas Engel. »Das hat uns stutzig gemacht.«

Die Spur führte ihn und seine Doktorandin Katharina Meixner zu einem Industriegelände des Kurorts Bad Wimpfen im Landkreis Heilbronn in Baden-Württemberg. Dort steht eine Chemiefabrik des belgischen Großkonzerns Solvay. Engel und Meixner schreiben in einem Fachaufsatz, den sie im November gemeinsam mit 25 Wissenschaftlern aus aller Welt veröffentlicht haben, zwar nur von einer »wichtigen Quelle in Süddeutschland«. Doch nach Informationen von SPIEGEL und ZDF besteht kein Zweifel, dass damit die Solvay-Anlage gemeint ist.

Diese Fabrik hat erst vor Kurzem für Schlagzeilen gesorgt, weil sie jahrelang umweltschädliche Chemikalien in den Neckar geleitet hatte. Nun steht sie im Verdacht, deutlich mehr klimaschädliches SF_6 freizusetzen, als sie öffentlich angibt.

Solvay stellt in Bad Wimpfen unter anderem Grundstoffe für Medikamente und Pflanzenschutzmittel her. Die Anlage darf SF_6 ausstoßen: 56 Kilogramm meldete das Unternehmen dem Umweltbundesamt im Jahr 2023. Das ist womöglich deutlich untertrieben. Rund 30 Tonnen SF_6 im Jahr ermittelten die Frankfurter Atmosphärenwissenschaftler für Südwestdeutschland im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2023, ein großer Teil davon dürfte auf das Werk von Solvay zurückzuführen sein. 30 Tonnen SF_6 entsprechen 729.000 Tonnen CO_2, etwa so viel wie die Jahresemissionen von mehr als 250.000 Sportwagen mit Verbrennermotor oder dem innerdeutschen Flugverkehr.

Sollte dieser Wert stimmen, ginge ein bedeutender Teil aller deutschen SF_6-Emissionen auf die Firma in Bad Wimpfen zurück.

Solvay liefert auf Anfrage keine Erklärung. »Alle notwendigen, wissenschaftlich fundierten Maßnahmen« seien ergriffen worden, »um die Situation zu bewerten und kontinuierlich zu überwachen«, schreibt das Unternehmen stattdessen. Wie viel klimaschädliches SF_6 nach Einschätzung der Firma bislang ausgetreten ist, bleibt unklar.

Die Frankfurter Forscher hatten 2023 die Behörden informiert, dass im Landkreis Heilbronn offenbar unverhältnismäßig viel SF_6 austritt. Es gab mehrere Sitzungen – mit den hessischen und baden-württembergischen Umweltministerien, den Forschenden, auch mit Solvay. Geändert hat sich seither offenbar wenig, es strömt wohl immer noch Gas aus. »Wir sehen weiterhin eine auffällig hohe Verschmutzung durch SF_6«, sagt Engel.

Der Fall der rätselhaften SF_6-Quelle ist eine Geschichte über bürokratisches Hickhack, industriepolitische Interessen und einen erstaunlich laxen Umgang mit hochwirksamen Klimagasen. Sie erzählt vom Selbstbild einer Nation, die Hightechstandort und Klimavorreiter sein möchte, aber dieser Doppelrolle nicht gerecht wird.

Den entscheidenden Hinweis auf die hohe Menge SF_6 in der Luft fanden Engel und Meixner auf dem Kleinen Feldberg im Taunus, gut 825 Meter über dem Meeresspiegel, etwa eine halbe Autostunde von Frankfurt am Main entfernt. Dort steht das Taunus-Obser-

vatorium der Goethe-Universität Frankfurt: mehrere übereinandergetürmte weiße Container, aus denen Antennen, Lufteinlässe, Satellitenschüsseln und Messsonden in den Himmel ragen. Seit mehreren Jahren nehmen Forschende unter Engels Leitung Luftproben auf dem Berg. Sie filtern, verdichten und analysieren die Luft, zerlegen sie in ihre Bestandteile und ermitteln ihre Masse. So sind selbst Spuren kleinster Gasmengen nachweisbar.

Engel und Meixner stießen schnell auf ein Muster: Immer wenn der Wind aus dem Süden kam, aus der Richtung von Heilbronn, etwa 120 Kilometer Luftlinie entfernt, seien die SF_6-Werte in die Höhe geschossen. Das Gas brauche nur wenige Stunden von dort bis zum Kleinen Feldberg, so berichten die Wissenschaftler. »Es handelt sich um keine kleinen Schwankungen, keine Messunsicherheiten«, sagt Doktorandin Katharina Meixner, »sondern um Ausschläge, die deutlich höher waren als an allen anderen europäischen Stationen in unserem Netzwerk.«

Die Daten aus dem Taunus-Observatorium waren der erste konkrete Hinweis darauf, dass irgendwo bei Heilbronn eine große, bislang unerkannte SF_6-Quelle liegen muss. Eine Quelle, die in dieser Größe bei keiner Behörde registriert ist. Eine Quelle, aus der Tonnen eines der gefährlichsten Klimagase ausströmen, ohne dass jemand davon wusste. Oder wissen wollte.

»Uns war schnell klar, dass es hier eine regionale Quelle geben muss«, sagt Meixner. Da Temperaturen, Niederschlag und Wind die Messergebnisse von SF_6 beeinflussen können, habe das Team zunächst weitere Daten abwarten müssen, lange Messreihen seien für ein verlässliches Ergebnis notwendig. Inzwischen liegen SF_6-Werte aus mehreren Jahren vor.

Das Werk von Solvay in Bad Wimpfen erstreckt sich fast einen Kilometer entlang des Neckars, umgeben von Einfamilienhäusern und Wald. Etwa 8000 Menschen leben in der Stadt, Solvay produziert hier seit mehr als 200 Jahren. Aus einer alten Anlage zur Salzgewinnung wurde ein Chemiekomplex mit etlichen weißen Schornsteinen, deren Silhouette heute das Stadtbild prägt.

Die Firma ist derzeit damit beschäftigt, einen Vorwurf zu ihrem Umgang mit dem Umweltschutz aus der Welt zu räumen: Jahrelang hat sie TFA in den Neckar geleitet, eine sogenannte Ewigkeitschemikalie. Das war zwar legal, aber hochumstritten. TFA baut sich praktisch nicht ab, reichert sich in der Umwelt an und steht im Verdacht, die Fruchtbarkeit von Menschen und Tieren zu beeinträchtigen. Im September kündigte Solvay nach jahrelangem Protest von Umweltschutzorganisationen an, die Produktion von TFA einzustellen. Jetzt könnten die Messdaten aus dem Taunus das Unternehmen erneut in Schwierigkeiten bringen.

Das Umweltbundesamt hält die Arbeit der Frankfurter Forscher für valide. Es hat die Studie in Auftrag gegeben und verweist darauf, dass mit ähnlichen Messungen illegale Produktionsstätten des ozonschädigenden Kältemittels R11 enttarnt worden seien.

Atmosphärenchemiker Engel informierte im Mai 2023 zunächst das hessische Umweltministerium über die ersten gesicherten Forschungserkenntnisse. Die Beamten hätten die Information wenige Wochen später an ihre Amtskollegen aus Baden-Württemberg weitergegeben, heißt es von dort. Im Juni 2023 seien die baden-württembergischen Behörden »auf Arbeitsebene« informiert worden, »Details und Vorschläge zum weiteren Vorgehen« seien wenige Wochen später übermittelt worden, so das Umweltministerium in Hessen.

Dann sei erst mal nichts geschehen, so berichten es Beteiligte. Seit einem Treffen im Februar 2024 habe sich »kein weiterer Kontakt« ergeben, erklärt das hessische Ministerium.

Dort hält man die Anlage in Bad Wimpfen für die wahrscheinliche Quelle der hohen SF_6-Werte: »Unserem Haus liegen keine Hinweise vor, die einen anderen Rückschluss zulassen würden«, berichtet das hessische Umweltministerium. In Baden-Württemberg gibt es dagegen offenbar Zweifel an den Ergebnissen der Forscher.

Das von der Grünenpolitikerin Thekla Walker geleitete Umweltministerium in dem Bundesland erklärt auf Anfrage, die Frankfurter Studie sei zwar bekannt, aber »nicht geeignet, anlagenscharf den Nachweis über die Verursachung der Emissionen zu führen«. Das Ministerium hält es offenbar nicht für erwiesen, dass das SF_6-Gas aus dem Werk von Solvay stammt.

Die Firma sei zwar der »einzige Hersteller von Schwefelhexafluorid in Europa«, erklärt das Ministerium zunächst auf Anfrage. Es gebe daneben aber noch eine »Vielzahl von Verwendern von Schwefelhexafluorid im Regierungsbezirk Stuttgart«, etwa Energieversorger und Kraftwerke. Soll heißen: Die hohen SF_6-Werte könnten auch von woanders stammen als aus der Fabrik am Neckar. Auf Nachfrage muss das Ministerium jedoch zugeben, dass diese Alternativen »als Quelle ausgeschlossen werden« konnten.

Solvay habe »erste Untersuchungen« vorgenommen, Ventile getauscht, Dichtigkeitsprüfungen durchgeführt, Prozesse umgestellt, so berichtet das Ministerium in Baden-Württemberg weiter. Doch erst diesen November, mehr als fünf Jahre nach den ersten Hinweisen, hat das Unternehmen nach Ministeriumsangaben externe Experten für Messungen auf die Anlage gelassen. Deren Ergebnis soll in einigen Wochen vorliegen.

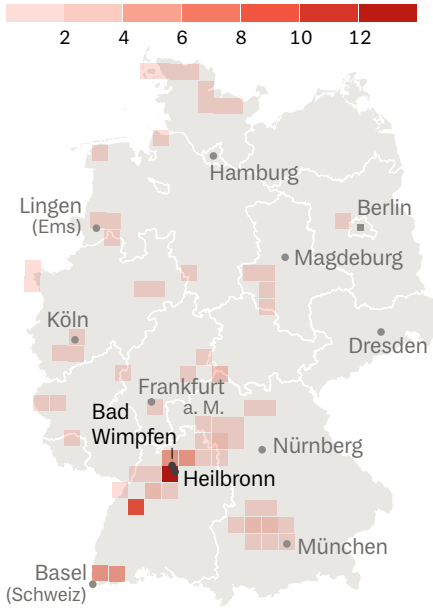
Einen konkreten Plan, die auffälligen Emissionswerte einzudämmen, gibt es offenbar nicht. Dabei ist Deutschland laut Daten der Europäischen Union für rund die Hälfte der SF_6-Emissionen in der Staatengemeinschaft verantwortlich. Pro Jahr, so schätzen Experten, werden dort 100 Tonnen SF_6 freigesetzt. Verglichen mit mehr als 5000 Tonnen in China wirkt das zwar wenig, und doch wirft der Fall grundlegende Fragen auf.

Deutschlands Behörden verlassen sich beim Ausstoß von SF_6 weitgehend auf Angaben der Industrie; danach gibt es keinen SF_6-Hotspot in Baden-Württemberg. Dabei sind Forscher in der Lage, die Emissionen von SF_6 zu messen und unabhängig von Firmenangaben zu überwachen. Teile des Projekts, zu dem das Taunus-Observatorium gehört, werden aus den USA finanziert. Ob es unter der Regierung von Präsident Donald Trump fortgesetzt wird, ist unklar. Auch Deutschland kürzt seine Forschungsausgaben im Umweltbereich. Geld für weitere deutsche Messstationen, heißt es aus dem Umweltbundesamt, sei »in Zeiten des Bürokratieabbaus schwer durchzukriegen«.

Frederik Obermaier, Tanjev Schultz, Sophia Stahl S

Hotspot Heilbronn

Schwefelhexafluorid-Emissionen 2023, in kg pro km²



S • Quelle: Meixner et al. (Characterization of German SF_6 Emissions, ACS EST Air 2025)

Doktorandin Meixner, Forscher Engel: Filtern, verdichten und analysieren

Privat

Eric Alexander Lichtenscheidt

Guglielmo Mangiapane / REUTERS

Der Moment

Unzählige Scherben liegen in Pompeji begraben, wurde die römische Stadt doch mindestens zweimal heimgesucht: Im Jahr 79 brach der Vesuv aus und bedeckte sie unter einer Wolke aus glühender Asche; 1943 ließen die Alliierten mehr als 150 Bomben auf die berühmte Ausgrabungsstätte herabregnen. Mithilfe eines zweiarmigen Roboters haben Archäologen nun versucht, zerstörte Fresken zu rekonstruieren, die aus Abertausenden Puzzlesteinen bestehen. Das Hightechprojekt könnte helfen, längst verlorene Welten wiederauferstehen zu lassen. ME

PLANETEN

Blitze auf dem Mars

Blitze gibt es nicht nur auf der Erde, auf Jupiter und Saturn – sondern auch auf unserem Nachbarplaneten Mars. Das konnte nun erstmals ein Team um den Forscher Baptiste Chide vom Institut de Recherche en Astrophysique et Planétologie in Toulouse beweisen. »Eine Entdeckung wie diese«, sagt Chide stolz, »macht man nur einmal im Leben.«

Schon seit den Siebzigerjahren hatten Forschende diskutiert, ob es elektrische Entladungen auf dem Mars gibt. Eine Sonde, die Blitze finden sollte, ist 2016 bei einer missglückten Landung auf dem Roten Planeten zerschellt. Nun aber konnte Chide das Rätsel mithilfe von Tonaufnahmen lösen, die der Marsrover »Perseverance« eigentlich für ganz andere Zwecke angefertigt hat. In insgesamt 30 Stunden Material, aufgezeichnet über zwei Marsjahre, konnten die Forscher die Blitze hören. Als sie auftraten, registrierte der Rover außerdem, wie sich elektromagnetische Spannung in der Marsatmosphäre entlud. »Wir haben zwei unabhängige Signaturen gemessen, das akustische Signal und die elektromagnetische Emission«, erklärt Chide.

Dass der Rover sich bewegt hat, eine technische Störung vorlag oder in Wahrheit andere Quellen die Blitzgeräusche verursacht haben, schließt das Team aus, wie es im Fachmagazin »Nature« berichtet. Insgesamt konnten die Experten 55 Blitze identifizieren. Fast alle traten bei besonders starkem Wind auf, der Geschwindigkeiten von bis zu 160 Kilometer pro Stunde erreichte.

Auf dem Mars sehen die Erscheinungen anders aus als auf der Erde. »Ich würde von ›Miniblitzen‹ sprechen«, sagt Chide. Sie entstehen vermutlich, wenn winzige Staubkörner aneinander reiben und sich Ladungen ansammeln. Spannung baut sich auf, die sich dann als elektrischer Funke entlädt, der nur wenige Millimeter bis Zentimeter überspringt – »begleitet von hörbaren Schockwellen«, erklärt der Marsforscher. »Solch ein Blitz dürfte sich anfühlen und klingen wie der elektrische Schlag, den man an einem trockenen Tag auf der Erde beim Berühren einer Türklinke spürt«, erzählt er. Vermutlich sind diese Blitze zu schwach und kurz, um Licht zu erzeugen.

Die Entdeckung könnte für künftige Missionen bedeutsam sein: Blitze könnten Forschungsgeräte stören, Probenrückholungen von Marsgestein erschweren oder gar Astronauten gefährden. Schon 1971 brach der Kontakt zur sowjetischen Sonde »Mars 3« nach 20 Sekunden ab – vielleicht durch eine Entladung. Zwar sind heutige Rover mit Blitzableitern geschützt, doch schon kleine Funken könnten die empfindliche Elektronik beeinträchtigen. ALW

NACHGEZÄHLT

8

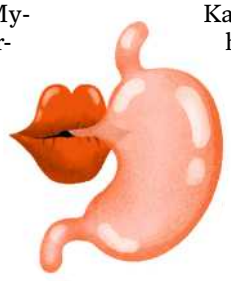
Kätzchen eines Wurfs sind in den Niederlanden dem H5N1-Virus erlegen, dem Erreger der Vogelgrippe. Ihre Mutter hatte sie wohl mit einem infizierten Federtier gefüttert. Die Regierung bittet Katzenbesitzer, äußerst wachsam zu sein.

Quelle: Landwirtschaftsministerin Femke Wiersma im Den Haager Parlament

NACHGEFORSCHT

Verkleben Kaugummis den Magen?

Was wir kauen, schlucken wir meistens hinunter, ohne groß darüber nachzudenken. So kann es passieren, dass auch mal ein Kaugummi im Magen landet. Bange erinnern wir uns an elterliche Warnungen: Das ist gefährlich, ein Kaugummi verklebt den Magen! Mit diesem Mythos wuchs auch Birgit Terjung auf. Als Professorin für Innere Medizin weiß sie es heute besser. »Kaugummis können unter Schultischen und Schuhsohlen kleben, aber in unserem Verdauungstrakt finden sie keinen Halt«, sagt die Sprecherin der Deutschen Gesellschaft für Gastroenterologie, Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten. Mund, Speiseröhre, Magen, Dünn- und Dickdarm sind mit Schleimhäuten ausgekleidet. Deren Flüssigkeitsfilm sorgt dafür, dass verschluckte Kaugummis sich wie auf einer Rutschbahn bewegen und nirgendwo hängen bleiben.



Viele Kaugummis bestehen primär aus synthetischer Kaumasse. Dabei handelt es sich um chemisch hergestellte Polymere, lange Ketten von Molekülen, die überwiegend nicht wasserlöslich sind. Die Kaumasse löst sich deshalb durch Speichel nicht auf. Auch auf dem Weg über die Schleimhäute des Verdauungstrakts hält sie zusammen; sie wird allerdings im wahrsten Sinne des Wortes »eingeschleimt« und zusammengepackt mit anderen Nahrungsteilen, die wir zuvor verzehrt haben.

In einem solchen Paket passiert Kaugummi den Magenpförtner, fließt in einer Welle aus Verdauungssaft in den Dünn- und weiter in den Dickdarm. Dort wird er mit anderen Nahrungsbestandteilen in den Stuhl eingeformt – und schließlich ausgeschieden. MHA

Ben Peter Catchpole

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

»Wir brauchen noch etwas Geduld«

Pushmeet Kohli, 44, Wissenschaftschef bei Google Deepmind, über den Erfolg der firmeneigenen Software AlphaFold, die Proteine entschlüsseln kann

SPIEGEL: Herr Kohli, Ihre künstliche Intelligenz AlphaFold hat viele Bereiche der Wissenschaft innerhalb von nur fünf Jahren von Grund auf verändert. Das Programm ermöglicht innerhalb von Minuten, wofür Forscher zuvor viele Monate im Labor verbringen mussten: Es bestimmt die Gestalt von Proteinen. Im vergangenen Jahr gab es dafür einen Nobelpreis. Was hat Sie am Erfolg am meisten überrascht?

Kohli: Wie viele Forschende heute mit AlphaFold arbeiten. Es wird von 3,3 Millionen Menschen benutzt, auf allen Kontinenten. Wenn Sie mir diese Zahl vor fünf Jahren gesagt hätten, hätte ich das nie für möglich gehalten. Ich wusste nicht einmal, dass es überhaupt so viele Menschen auf dem Planeten gibt, die Proteine studieren.

SPIEGEL: Was ist die wichtigste Erkenntnis, die wir AlphaFold verdanken?

Kohli: Das Ziel von AlphaFold war nie, ein bestimmtes Rätsel zu lösen. Das Besondere an dem Programm ist, dass es so ein vielseitiges Werkzeug ist. In vielen Bereichen der Forschung ist es entscheidend, die genaue Struktur von Proteinen zu kennen: ob Sie ein neues Medikament entwickeln möchten oder ein Molekül, das Plastik abbaut.

SPIEGEL: Eines der großen Versprechen von AlphaFold war, dass man mit der Software neue Wirkstoffe gegen schwere Krankheiten findet. Aber noch ist kein einziges Medikament auf der Basis von AlphaFold-Berechnungen zugelassen worden. Woran liegt das?

Kohli: Bis ein neues Medikament auf den Markt kommt, vergehen meist rund zehn Jahre. Zunächst müssen Sie eine Zielstruktur festlegen, etwa ein Protein auf der Oberfläche eines Krankheitserregers. Dann brauchen Sie ein Molekül, das auf dieses Ziel einwirkt. Schließlich wird dieses Molekül lange untersucht, um sicherzustellen, dass es tatsächlich wirkt und keine ungünstigen Nebenwirkungen hat. AlphaFold kann die ersten beiden Schritte des Prozesses beschleunigen. Die Studien zur Wirksamkeit und Verträglichkeit müssen dann trotzdem noch stattfinden. Wir brauchen also noch etwas Geduld. In den kommenden Jahren werden wir zahlreiche Medikamente sehen, die AlphaFold mitentwickelt hat.

SPIEGEL: Wer wird am Ende dieses Jahrzehnts mehr Entdeckungen machen, der Mensch oder eine KI?

»KI wird Entdeckungen nicht allein machen, sondern mit Menschen.«

Kohli: KI wird bei fast allen wissenschaftlichen Durchbrüchen eine wichtige Rolle spielen. Aber sie wird ihre Entdeckungen nicht allein machen, sondern im Zusammenspiel mit Menschen. Programme wie AlphaFold werden Forscher unterstützen, auch sogenannte KI-Agenten, wo die KI den Forschern wie ein Kollege zuarbeitet. Was KI bisher aber nicht leisten kann: festzulegen, was wir überhaupt erforschen wollen. Vor fünf Jahren war die wichtigste Frage, wie wir das Coronavirus bekämpfen. Und heute vielleicht, wie wir Magnete für Elektromotoren oder Windräder entwickeln, die ohne kritische Rohstoffe wie seltene Erden auskommen. Menschen werden weiterhin definieren, welche Probleme sie angehen möchten. MSK

Illustration: GOLDEN COSMOS / DER SPIEGEL

KULTUR

© Gerhard Richter 2025 (0137)

Richter-Gemälde »Tante Marianne«, 1965: Gesicht der Euthanasie

Übermalte Geschichte

Nationalsozialismus Er gilt als Jahrhundertkünstler, seine Bilder zählen zu den teuersten der Welt. Bisher unbekannte Akten zeigen, wie treu einige von Gerhard Richters Vorfahren dem NS-Regime ergeben waren.

Pariser Museen sind oft gut gefüllt, doch der Andrang auf das Privatmuseum Fondation Louis Vuitton fühlt sich an diesem Herbsttag im Oktober besonders groß an. Das liegt an einem deutschen Künstler, einer Legende: Gerhard Richter.

Paris huldigt hier einem der größten lebenden Maler unserer Zeit. Dem Mann, der unter den vielen berühmten Künstlern aus Deutschland als der bedeutendste gilt, der eine echte Instanz ist und sich trotz seiner scheuen Art wohl auch selbst so sieht. Richter wurde mit seinen Bildern zum Weltstar, die wichtigsten Museen haben seine Werke ausgestellt, in London, New York, Tokio. Seine Bilder sind auch auf dem Markt begehrt, eines wurde für über 40 Millionen Euro versteigert, damit gilt er unter den lebenden Malern als einer der teuersten.

Für den Pariser Rückblick auf das Lebenswerk des 93-Jährigen wurden viele seiner Klassiker zusammengetragen: die großen Abstraktionen, die Bilder seiner Tochter Betty. Viel Aufmerksamkeit zieht auch dieses Gemälde auf sich: »Tante Marianne«, es hängt in einem der ersten Räume des Museums. Und dürfte bald in einem anderen Licht betrachtet werden.

Das Doppelporträt in seinen lichten Grautönen entstand 1965, Richter malte dafür ein altes Familienfoto aus den frühen Dreißigerjahren ab. Man sieht Marianne Schönfelder, die jüngere Schwester von Richters Mutter und damals eine Teenagerin von 14 Jahren. Ihr versonnenes Lächeln lässt sie wie eine kindliche Madonna erscheinen. Vor ihr liegt, auf Kissen gebettet, ein großäugiger Säugling. Es ist der im Februar 1932 geborene Gerhard Richter.

Das Werk gehört in die Reihe der legendären Fotobilder Richters. Im Düsseldorf der Sechzigerjahre war der aus Dresden geflüchtete Maler dazu übergegangen, nach fotografischen Vorlagen zu malen, wobei er die Farbe auf den Leinwänden leicht verwischte. Die Motive wirken dadurch wie verschwommen, als würden sie sich auflösen, als würde sich ihre Wahrheit verflüchtigen.

Dass das Gemälde mittlerweile zu den bekanntesten von Richter zählt, hat vor allem mit Schönfelders tragischer Lebensgeschichte zu tun. Sie war, wie man weiß, ein Opfer der NS-Euthanasie: Am 16. Februar 1945 wurde sie in der Anstalt Großschweidnitz im Rahmen der »Krankenmord-Aktion Brandt« umgebracht. Wenige Jahre zuvor, nachdem das Foto mit ihrem kleinen Neffen aufgenommen worden war, hatte man bei der jungen Frau Schizophrenie diagnostiziert. Wegen des 1933 erlassenen »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« wurde sie mit einem chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht, es war nur eine der zahlreichen von ihr erlittenen Qualen.

Vor gut 20 Jahren enthüllte der mittlerweile verstorbene Journalist Jürgen Schreiber einen Umstand, der Marianne Schönfelders Schicksal noch dramatischer erscheinen ließ. Ausgerechnet Richters erster Schwiegervater, der Dresdner Klinikdirektor und überzeugte Nationalsozialist Heinrich Eufinger, hatte solche gerichtlich angeordneten Sterilisierungen, wie Schönfelder sie hinnehmen musste, vorgenommen.

Für Marianne Schönfelders Operation war die von Eufinger geleitete Frauenklinik zwar nicht zuständig, dennoch wirkte die Parallelität – hier ein Opfer des Erbgesundheitswahns innerhalb einer Familie, da ein Täter – bestürzend, die Enthüllung galt als Weltsensation. Und als filmreif. So nahm sich der Regisseur Florian Henckel von Donnersmarck des von Schreiber recherchierten Stoffs an. Er hatte mit »Das Leben der Anderen« bereits einen Oscar gewonnen. Mit dieser Story über einen Maler und seine von den Nationalsozialisten ermordete Tante, die er »Werk ohne Autor« nannte, wurde er für zwei weitere nominiert.

Damals fehlte aber das Wissen um den eigentlichen Konflikt, und der spielte sich im noch engeren Familienkreis ab als bekannt. Bisher unerforschte Akten, die der SPIEGEL einsah, zeigen unter anderem eine gespenstische Schnittmenge zwischen der Krankheit Marianne Schönfelders und der Karriere ihres sieben Jahre älteren Bruders Alfred. Sie lassen den Schluss zu, dass die Familie des späteren Malers enger mit dem Nationalsozialismus verwoben war als behauptet. Mit einem System, das Marianne Schönfelder als »lebensunwert« betrachtete und sie schließlich umbrachte.

Und sie werfen eine Frage auf: War am Ende auch Richter blind für die wahre Geschichte seiner Familie?

Maler Richter:
»Es hat mich schon erschrocken«

Petr David Josek / AP

Alfred Schönfelder, in der Familie Fred genannt, war ein schlanker junger Mann mit rundglasiger Brille und wollte in der Justiz Karriere machen. Als Referendar durfte der junge Dr. Schönfelder »richterliche Handlungen« ausüben, nach dem zweiten Staatsexamen als Assessor im Bezirk des Oberlandesgerichts Dresden auch Richter vertreten. Im Februar 1942 ernannte der »Führer« ihn per Urkunde zum Amtsrichter. Für die Nazis war Schönfelder schon lange vorher einer der Ihren, ein Mann mit der richtigen Gesinnung. Gegen seine politische Zuverlässigkeit bestünden keine Bedenken, schrieben seine Vorgesetzten.

Zu fürchten hatte er wohl nur, dass der Zustand seiner Schwester herauskommen oder zumindest seine Karriere belasten würde. Zu seinen Ausbildern und Vorgesetzten gehörten fanatische Anhänger der Erbgesundheitslehre. Die Diagnose einer so engen Angehörigen hätte Schönfelders Laufbahn wahrscheinlich beendet, wäre sie in den Justizkreisen bekannt geworden, so lautet die Einschätzung des Vorsitzenden Richters Dirk Reitzig, der die nordrhein-westfälische Forschungsstelle Justiz und Nationalsozialismus leitet. Er kann sich deshalb kaum vorstellen, dass Schönfelder dieses Geheimnis freiwillig preisgeben wollte.

Fast erscheint es wie ein Wunder, dass die Diagnose Marianne Schönfelders tatsächlich keine Spuren in der Personalakte ihres Bruders hinterließ. Denn der Jurist, Jahrgang 1910, taucht in den Krankenakten seiner Schwester namentlich auf, ebenso wie ihr Bruder Rudolf Schönfelder und die verheiratete Schwester Hildegard Richter. Der Staat sah es als seine Pflicht an, die ganze Sippe im Blick zu behalten.

Den Angehörigen sei »angeblich« nichts von weiteren Auffälligkeiten in der Familie bekannt, wurde notiert, und schon diese knappe Bemerkung klingt bedrohlich. Hildegard Richter mag sich gefragt haben, ob die Behörden früher oder später auch ein Auge auf ihre beiden eigenen Kinder werfen würden, sie hatte einige Jahre nach dem Sohn Gerhard die Tochter Gisela bekommen.

Richter hat die Vergangenheit seiner weiteren Verwandtschaft und ihre Verbindungen zum menschenverachtenden Regime in Teilen thematisiert. Als er Mitte der Sechzigerjahre nach einem weiteren alten Familienfoto seinen strahlenden Onkel Rudolf Schönfelder in Wehrmachtsuniform malte, war das Werk auch als eine Provokation fürs Publikum angelegt. Mindestens sollte das Bild ein störender Flashback sein. Denn es erinnerte die Deutschen an das fehlgeleitete Selbstbewusstsein, mit dem sie in den Krieg gezogen waren. 1967 war das Porträt »Onkel Rudi« in einer Berliner Gedenkschau zu sehen, mit der an das Massaker der Nationalsozialisten im heute tschechischen Lidice erinnert wur-

© Gerhard Richter 2025 (0137)

Richter-Werk »Onkel Rudi«, 1965: Provokanter Flashback

de. Nun ist es auch in Paris ausgestellt, es hängt neben »Tante Marianne«.

Zugleich lag dem Maler aber offenkundig daran, dass seine Familie als unideologisch wahrgenommen wurde. Eine Hilfe dabei war ihm Dietmar Elger, der Leiter des in Dresden ansässigen Gerhard-Richter-Archivs, der seit Langem eng mit dem Maler zusammenarbeitet, Bücher über ihn verfasst hat und eine Art Sprachrohr ist. In einer seiner Publikationen ist zu lesen: »Gerhard Richter kann sich nicht erinnern, dass überhaupt irgendjemand in den Familien seines Vaters oder seiner Mutter ein überzeugter Sympathisant des nationalsozialistischen Regimes gewesen sei.« Die Familien beider Elternteile seien dem Künstler »eher unpolitisch« erschienen.

Richters Vater war zwar in der NSDAP, habe sich dieser Mitgliedschaft laut Elger aber wegen seines Lehramts gar nicht entziehen können. Nie habe sich Horst Richter mit der Ideologie der Partei identifiziert und sich nicht an deren Aktivitäten beteiligt. Sogar im Pariser Katalog ist daher von einer »Pflichtmitgliedschaft« die Rede – die es nicht gab.

Diese Wahrnehmung und Weichzeichnung passt allerdings nicht zu den Dokumenten, die in den Tiefen deutscher Archive zu finden sind. Der Eintritt Horst Richters in die NSDAP am 1. Mai 1933 – das Datum war der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt – lässt mindestens auf einen ausgeprägten Opportunismus schließen. Hitler war damals seit drei Monaten Reichskanzler.

Neu an Horst Richters Biografie ist: Nur zwei Monate nach seinem Parteieintritt, am 1. Juli 1933, wurde er in Dresden zum SA-Mann, zum Braunhemd. Zu dieser Zeit hatte dieser brutale Schlägertrupp der Nationalsozialisten bereits für alle sichtbar in der Stadt gewütet. Der angehende Lehrer musste gewusst haben, worauf er sich einließ, als er sich in Dresden der Standarte 108 anschloss, die dann sogar an »Schutzhaft«-Aktionen beteiligt war. Horst Richter nahm seine Rolle als SA-Mann ernst. »Führung gut, Dienstbesuch gut, keine Strafen«, wurde auf einem »Überweisungsschein« von einer Sturmabteilung in eine andere vermerkt.

Auch der Werdegang Alfred Schönfelders, Jurist und Richters Onkel, widerspricht dem Narrativ der unpolitischen, zurückgezogenen Familie, das der Maler pflegt. Schönfelder hatte sich, das belegen Vermerke unter anderem in seiner späteren Personalakte, bereits vor 1933 als Student der Hochschulgruppe der völkisch orientierten Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. Rund neun Monate lang war auch er eines der Braunhemden der SA. In die NSDAP trat er am 1. Mai 1937 ein, außerdem war er als »Obersturmmann« im »Kraftfahrkorps« aktiv, das seinerzeit als eine »stolze Kampfgliederung« der Partei angepriesen wurde. Fast harmlos erscheint dagegen sein Engagement in der »Volkswohlfahrt« der Nazis, da übernahm er einen eigenen »Block«.

Allerdings war es wichtig für Schönfelder, an vielen Stellen Einblicke gewinnen zu können. Warum? In einer dienstlichen Beurteilung von 1941 wurde hervorgehoben, dass Schönfelder »Vertrauensmann« des »SD« sei. Dieser »Sicherheitsdienst« war als Spitzelorganisation der SS gegründet worden und wurde dann dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt, der großen Terrorzentrale des Regimes. Geleitet wurde der SD viele Jahre lang von Reinhard Heydrich, den Hermann Göring ebenfalls 1941 damit beauftragte, die »Endlösung der Judenfrage« vorzubereiten. Und für diesen Apparat war Schönfelder ein V-Mann.

Alfred Schönfelders Personalakte zeichnet zwar nicht das Bild eines eiskalten Spitzels, im Gegenteil. Immer wieder meldete sich der junge Jurist krank. Einmal plagten ihn »nervöse Herzstörungen«, man beobachtete an ihm den »Ausdruck einer gewissen seelischen Unausgeglichenheit«. Er litt unter »doppelseitiger und dann schmerzhaft entzündlicher Knickplattfußstellung«, die Mandeln waren nicht in Ordnung, ein Dienstunfall kam hinzu, als er auf dem Weg zum Gericht auf Glatteis ausrutschte.

Aber seine Ausbilder und Vorgesetzten lobten trotzdem seinen Fleiß, seine Strebsamkeit, sein bestimmtes Auftreten. Er sei charakterlich gefestigt und, wohl am wichtigsten, politisch zuverlässig. Laut einem Vermerk in seiner Personalakte interessierte er sich 1941 für die »Verwaltung im Os-

ten«, wollte womöglich Teil der neuen Bürokratie in den eroberten Ländern in Osteuropa werden, wo besonders brutal durchregiert wurde. In Sachsen wurde bedauert, dass er dann der Rechtsprechung verloren gehen würde.

All diese Informationen überraschen. Einmal war in der Literatur von einer NSDAP-Mitgliedschaft des Onkels die Rede, die sei »pro forma« gewesen, sonst war der Öffentlichkeit wenig über ihn bekannt. War Richters Blick auf die eigene Familie zu naiv? Konnte sie ihm wirklich unpolitisch erscheinen? Wollte er es nicht genauer wissen, um die Behauptung einer unpolitischen Familie aufrechterhalten zu können?

Der SPIEGEL fragte schriftlich bei Richter an, der seit Langem in Köln lebt, er antwortete: »Es hat mich schon erschrocken zu lesen, dass mein Vater und mein Onkel Alfred, den ich so gut wie gar nicht kannte, Mitglieder in diesen Nazi-Vereinen waren.« An der Sicht auf seinen Vater scheinen die Informationen nichts zu ändern: »Dass meine Eltern unpolitisch waren – davon bin ich auch heute überzeugt. Ich habe sie nicht anders wahrgenommen.«

Dietmar Elger, der Leiter des Gerhard-Richter-Archivs, betont ebenfalls, dass ihm diese Sachverhalte bislang unbekannt gewesen seien. Offenbar gab es kein Bedürfnis, die Familiengeschichte, die für die Kunst Richters von großer Bedeutung ist, genauer auszuleuchten.

Als Richter 1965 die Fotografie von sich und seiner jungen Tante abmalte, wusste er einem Interview zufolge, dass sie umgebracht worden war, »aber kaum etwas von ihrem Leben und fast gar nichts von ihrem Leiden«. Er sei anfangs noch »zu klein gewesen, um das mitzukriegen«, schreibt er nun dem SPIEGEL. »Später war ich erschrocken wegen des Leids meiner Großmutter und ihrer Tochter Marianne.«

Und er sah sich 1965, als er das Doppelporträt vollendete, rückblickend wohl als Teil einer Tragödie, als Betroffener, sonst hätte er sich nicht gemeinsam mit der toten Tante gemalt.

Die 1917 geborene Marianne war das vierte und letzte Kind des Kaufmanns Ernst Alfred Schönfelder und seiner Frau Dora. Die Familie wohnte mitten in Dresden, in der Wiesentorstraße nahe der Elbe. Die jüngste Tochter war eine gute Schülerin, doch früh zeigten sich Veränderungen in ihrem Verhalten. Schließlich wurde sie in einer Privatklinik unter anderem mit einer »Insulinkur« behandelt.

Die Maßnahmen entsprachen dem menschenverachtenden Zeitgeist: In den Zeitungen dieser Jahre standen hetzerische Artikel darüber, dass von körperlich oder geistig behinderten Menschen ein Risiko für die Gesundheit des »Volkskörpers« ausgehe. Daher müsse man der Vermehrung »der erbkranken Stämme in unserem Volk entgegentreten«.

Die Familie Schönfelder repräsentierte beide Seiten dieser Ideologie. Da war die »erbkranke« Tochter, und da war auch der ältere Sohn, der als Jurist geschult wurde, in solchen Fragen kein Erbarmen zu kennen. Immer wieder würde Alfred Schönfelder auf das zugrunde liegende Erbgesundheitsgesetz stoßen, das auch andere Rechtsbereiche tangierte, etwa die Weitergabe sogenannter Erbhöfe – ein Feld, das ihn interessierte.

So wurde der Referendar Schönfelder unter anderem ans Amtsgericht Bautzen geschickt, an das eines der neuen Erbgesundheitsgerichte angegliedert war und wo er sich im November und Dezember des Jahres 1937 ausdrücklich auch mit »Erbgesundheits-Sachen« befassen sollte. Zwar meldete er sich im Dezember knapp zwei Wochen krank, aber in der übrigen Zeit könnte er auch Entscheidungen zur Sterilisierung studiert haben, wie sie dort in großer Zahl gefasst wurden. Er konnte beispielsweise in einem Beschluss nachlesen, dass schon Lippen- und Gaumenspalte bei einer 15-Jährigen als »schwere erbliche Missbildung« galten und reichten, um sie unfruchtbar zu machen. Der Vorsitzende Richter am Erbgesundheitsgericht war Schönfelders Ausbildungsleiter Dr. Kühn, ein fanatischer Nazi, und er lobte, dieser Referendar sei »pflichtbewusst« und »ohne Tadel«.

Zeitgleich, ebenfalls im November 1937, stellte das Stadtgesundheitsamt Dresden den Antrag auf Unfruchtbarmachung der 19 Jahre alten Marianne Schönfelder. Laut ihrer Krankenakte stellte ihr Vater einen eigenen Antrag, der von den Erbgesundheitsrichtern als Einverständnis gewertet wurde, womöglich hatte sich Schönfelder senior vom Sohn beraten lassen. So legte der Vater auch keinen Widerspruch ein, als im März 1938 ein Beschluss erging. Er hoffte wohl, den Eingriff und auch weitere Maßnahmen nicht bezahlen zu müssen, jedenfalls gab er an, ohne Vermögen zu sein. Auch das sei erwähnt: Marianne litt offenbar unter der ungewollten Sterilisation, riss den Verband ab, betastete die Wunde.

Geografisch, das zeigen Personaldokumente, blieb der Bruder der Schwester nah. Marianne Schönfelder war 1938 in eine psychiatrische Anstalt in Arnsdorf in der Umgebung Dresdens eingewiesen worden. Im April 1940 wurde der nun knapp 30 Jahre alte Assessor Schönfelder zur Vertretung eines Richters ans Amtsgericht in Radeberg versetzt – Arnsdorf gehörte zum Gerichtsbezirk Radebergs, liegt nur acht Kilometer entfernt und war schon damals in wenigen Minuten mit dem Zug zu erreichen. Ob der junge Hilfsrichter seine Schwester besuchte, ist nicht bekannt. Man weiß stattdessen, dass er zum Radeberger »Teilabschnittsführer« des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes ernannt wurde.

War am Ende auch Richter blind für die wahre Geschichte seiner Familie?

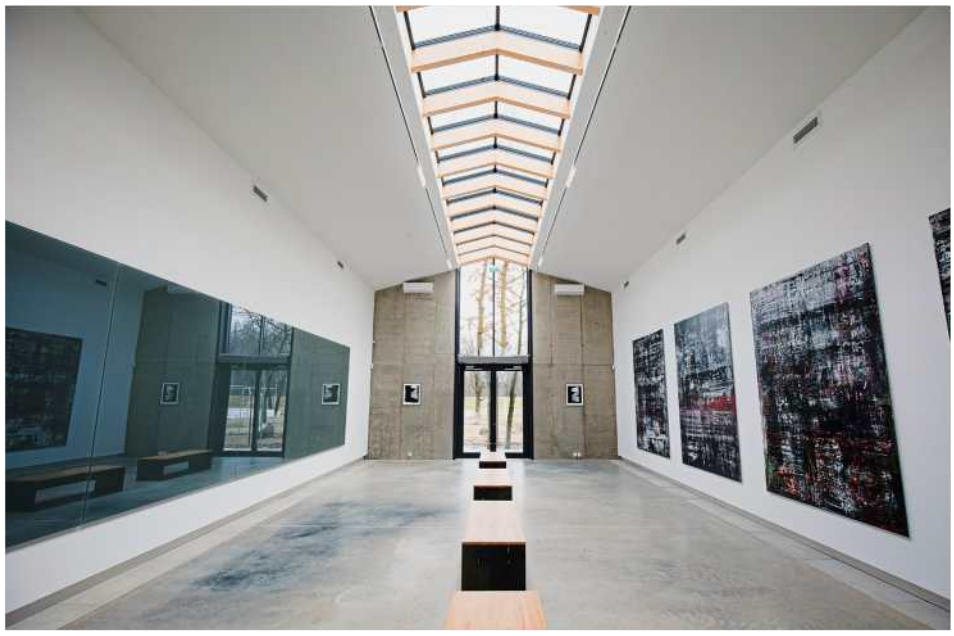
Wann fiel dem Hilfsrichter Schönfelder auf, dass in der Arnsdorfer Anstalt etwas zutiefst Ungutes im Gange war? Während seiner Zeit in Radeberg listete ein vom Gericht bestellter Nachlasspfleger die Namen »verstorbener Baltendeutscher« aus der Arnsdorfer Anstalt auf, die dort eingewiesen worden waren. Und es waren auffallend viele, die in kurzer Zeit starben.

Und das Verbrechen war so viel größer. Seit dem Sommer 1940 wurden von Arnsdorf aus Sammeltransporte in die 30 Kilometer entfernte Anstalt Pirna-Sonnenstein geschickt. Sie war umfunktioniert worden und nun als eine von sechs Tötungsanstalten im Reich in Betrieb. In ihrer Gaskammer wurden knapp 14.000 Menschen umgebracht, 2600 kamen aus Arnsdorf, die Opfer waren echte oder vermeintlich Kranke und KZ-Insassen, die Leichen verbrannte man in Koksöfen. Die Nationalsozialisten waren vom Sterilisieren zum Morden übergegangen, wandelten Heilanstalten zu Mordapparaten um.

Dafür wurde kein Gesetz erlassen. Ein von Hitler im Oktober 1939 auf Privatpapier verfasster und auf den 1. September 1939 zurückdatierter Erlass war die einzige Grundlage. Zuerst wurden Kranke im besetzten Polen erschossen, dann ging man zur Vergasung über, tötete so 70.000 Patientinnen und Patienten. Weil der Massenmord in einer Villa in der Berliner Tiergartenstraße Nummer 4 geplant und organisiert wurde, sprach man später von der Aktion T4.

Dem Historiker Boris Böhm zufolge, der heute die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein leitet, wäre auch Marianne Schönfelder eine typische Todeskandidatin gewesen. Für die Patientinnen und Patienten psychiatrischer Einrichtungen wurden damals sogenannte Meldebögen verfasst und nach Berlin geschickt, wo Gutachter angesichts der Eintragungen über ihr Schicksal entschieden. Böhm ist sich sicher, dass auch ein Bogen für Marianne Schönfelder in Berlin ankam, weil alles andere den Prozeduren von damals widersprochen hätte.

Doch sie entging der ersten Welle, warum auch immer. Ihr selbst muss aber das Verschwinden der anderen Klinikbewohner aufgefallen sein. Schwer zu sagen, was sie mutmaßte, was sie ergründen wollte. In ihrer Akte heißt es nur, sie interessiere sich für



Dominik Smolarek / MDSM

Ausstellungshaus nahe der Gedenkstätte Auschwitz mit Richter-Werken: Nazizeit als Motiv

Politik und »liest jede Zeitung, die sie erwischen kann«.

Allerdings sollte das massenhafte Morden – im Gegensatz zum massenhaften Sterilisieren – ein Geheimprojekt sein. Sogar die juristischen Spitzenbeamten des Reichs wurden erst mit großer Verzögerung einigermaßen formell in Kenntnis gesetzt, im April 1941. Bei der entsprechenden Zusammenkunft war Rudolf Beyer anwesend. Dieser hitlertreue Präsident des Oberlandesgerichts Dresden verfasste nur fünf Monate später eine wohlwollende Beurteilung Alfred Schönfelders, er lobte ausdrücklich seine »sehr bestimmten Lebensanschauungen«.

Als Marianne Schönfelder im April 1941 in eine Klinik im »Sudetengau« verlegt wurde, setzte sich ihre Mutter für ihre Rückkehr nach Arnsdorf ein, obwohl dort, als sie ihre ersten Bittbriefe schrieb, noch Bewohner »abgeholt« wurden. Worüber war ihr Sohn, immerhin ein Spitzel, im Bilde? Und wann war er es? Irgendwann hatte die Kenntnis vom Massenmord ohnehin alle Justizebenen durchdrungen. Oder hoffte die Mutter – vom Sohn aufgeklärt –, durch häufige Besuche ihrer Tochter Schutz bieten zu können?

Auch in der Bevölkerung herrschte wohl kaum eine völlige Unkenntnis, dafür fuhren zu viele der berüchtigten graugrünen Busse mit ihren angestrichenen oder verhängten Scheiben über die Straßen. In Pirna-Sonnenstein wurden zu viele Leichen auf einmal verbrannt, Flammen schlugen aus dem Schornstein hoch, es roch nach verbrannten Haaren. So etwas sprach sich herum.

Hitler ließ die Gasmorde an den Kranken Ende August 1941 stoppen, das in der Prozedur geschulte Personal wurde zum Teil in Konzentrationslagern eingesetzt. Getötet wurden aber auch weiterhin Kranke, Euthanasie wurde nun nur anders betrieben, man geht von Hunderttausenden Opfern aus. »Hungerkuren«, Todesspritzen, vieles mehr wurde eingesetzt. Und in der Heilanstalt Großschweidnitz, in der idyllischen Oberlausitz gelegen, wurde noch bis Anfang Mai 1945 getötet.

Die Gedenkstätte Großschweidnitz befindet sich in einem gelben Backsteinbau aus der Kaiserzeit. Im Seminarraum des modernen Anbaus und dort in einer eigens dafür gestalteten Nische hängt eine fotografische Reproduktion des Gemäldes »Tante Marianne«. Richter hat sie autorisiert und der Gedenkstätte überlassen. Draußen, nur ein paar Schritte entfernt, liegen auf dem alten Friedhof auch ihre Überreste in der Erde, einen Stein gibt es nicht, es handelt sich um ein Grab für mehrere Tote. 1943 war Richters Tante in diese Anstalt verlegt worden, ihre letzten Lebensmonate verbrachte sie in Haus Nummer 11. Marianne Schönfelders Geschichte hat viele Menschen berührt. Manche Besucher kommen vor allem wegen des Bilds, wegen ihrer Geschichte. Richters Tante ist das Gesicht der Euthanasie geworden.

Die Historikerin und Gedenkstättenmitarbeiterin Maria Fiebrandt führt durch die kleine, kluge Ausstellung. Der Massenmord dieser Phase sei nicht mehr zentral koordiniert gewesen, sagt Fiebrandt, »er basierte auf den Entscheidungen der Ärzte, Pfleger und Schwestern vor Ort«. Zuerst aussortiert wurde, wer nicht mehr im anstaltseigenen Betrieb mitarbeiten konnte. Aber irgendwann spielten auch diese Kriterien keine Rolle mehr. Am 27. Januar 1945 wurde eine Notiz über die Patientin Schönfelder eingetragen: »Pat. näht Knöpfe an. Ruhig. Teilnahmslos. Unauffällig«, am 12. Februar: »Pat. sehr abgemagert.« Am 16. Februar starb sie, »Todesursache Kreislaufversagen«.

Auch die Brüder Mariannes waren nicht mehr da. Rudolf Schönfelder, laut Richter innerhalb der Familie der beliebtere der beiden Brüder, fiel 1944 in Frankreich, der Gefreite Alfred Schönfelder galt seit dem Juni desselben Jahres als verschollen. Seine Verbindungen, seine Beförderung zum Amtsrichter hatten ihn nicht vor dem Einsatz an der Front bewahrt.

Und nach dem Krieg? 1946 bat Dora Schönfelder darum, das Grab ihrer Tochter sehen zu dürfen. Die sowjetischen Besatzer stellten 1947 in Dresden medizinisches Personal aus Großschweidnitz und Pirna-Sonnenstein vor Gericht, die Zeitungen berichteten ausführlich. Gerhard Richter war nun 15 Jahre alt, er wurde in diesem Jahrzehnt erwachsen, studierte dann an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden. Schließlich heiratete er in die Familie Eufinger ein und wurde vom Schwiegervater sehr geschätzt, und dieser Ersatzsohn fand den Professor »imponierend«.

Nichts ist einfach an dieser Geschichte einer Familie.

Auf zwei Großthemen kam Richter in seiner Kunst immer wieder zurück. Da waren das Naziregime und seine Opfer: In Zeichnungen setzte er sich mit Anne Frank auseinander, er malte einen brüllenden Hitler (den er dann zerstörte), das Foto einer Erschießungsszene mit SA-Mann wurde zur Vorlage einer weiteren Darstellung (die ebenfalls nicht mehr existiert).

Nach einem im SPIEGEL abgebildeten Foto entstand 1965 Richters Bild »Herr Heyde«, es erzählt von der Verhaftung des Psychiaters Werner Heyde, der als Gutachter Zehntausende Menschen in den Tod geschickt haben soll und somit als einer der Hauptschuldigen der Euthanasie galt. 2014 schuf Richter einen Zyklus namens »Birkenau«, dessen Reproduktion heute nahe der Gedenkstätte in Auschwitz zu sehen ist und sich dort in einem Ausstellungshaus befindet, das Richter entworfen hat.

Und da war seine Familie, seine Angehörigen, die er auf Bildern zeigte: Marianne natürlich, aber auch die Großmutter Dora, die Mutter Hildegard, den Vater Horst, auch seinen Onkel Rudolf Schönfelder. Nur nicht Alfred Schönfelder, den anderen Onkel, den SA-Mann, den Spitzel des NS-Regimes.

Dabei ist es dessen Geschichte, die das Bild dieser zerrissenen Familie vervollständigt.

Ulrike Knöfel, Reimar Kube S

Seine letzte Wette

Showbusiness Thomas Gottschalk hat seinen Ruhestand lange hinausgezögert, nun zwingt eine Krebserkrankung den Moderator dazu. An diesem Samstag beendet der 75-Jährige seine Karriere. Gelingt RTL ein Abschied mit Würde?

Falls ihm bange gewesen sein sollte vor dem Tag, an dem er es nicht mehr vor die Kamera schaffen würde, hat Thomas Gottschalk das gut überspielt. Auf die Frage, in welcher Verfassung er sich seinem Publikum nicht mehr zeigen wolle, antwortete er dem SPIEGEL vor einigen Jahren: »Sobald die Lampe im Kopf nicht mehr angeht, würde ich sagen: Jetzt lass ich's. Falls ich das nicht merke, werdet ihr's mich schon wissen lassen.« In den vergangenen Wochen ließen es ihn viele wissen.

Bei der Bambi-Verleihung Mitte November wirkte der 75-Jährige neben der Spur, er haute einen Chauvi-Spruch raus und wurde ausgebuht. Eine frühere »Bunte«-Chefredakteurin ferndiagnostizierte auf LinkedIn, er habe wohl »zu tief ins Glas geguckt«: »Schämen sollte er sich.« Bei TikTok forderten vornehmlich junge Frauen, ihm keine Bühne mehr zu bieten. Jan Böhmermann recycelte einen alten Gag und stellte sich ein Skelett mit Gottschalk-Locken-Perücke ins Studio.

Vergangenen Freitag, bei einer Gala in Kitzbühel, verlor Gottschalk abermals den Faden. Zwei Tage später machten er und seine Frau in »Bild« öffentlich, dass bei ihm im Juli Krebs diagnostiziert worden sei. Er sei zweimal operiert worden, nehme starke Schmerzmittel mit Nebenwirkungen. Gottschalk bezeichnete es als Fehler, einfach so weitergemacht zu haben. Trotzdem will er sich an diesem Samstag noch einmal zeigen.

Die RTL-Spielshow »Denn sie wissen nicht, was passiert«, in der Barbara Schöneberger, Günther Jauch und er seit 2018 gegeneinander antreten, soll sein TV-Abschied werden. Der Sender teilt mit, die Ausgabe werde ausnahmsweise vorab aufgezeichnet, das Konzept angepasst, Gottschalk müsse »nicht arbeiten«, es solle »eine großartige Party« für ihn werden. Es wirkt wie eine große Wette, ob RTL das mit Würde hinbekommt.

Nostalgiker werden ebenso einschalten wie Katastrophentouristen. Seit er über seinen Krebs geredet hat, repräsentiert Gottschalk die Urangst vieler Menschen: alt und hinfällig zu sein. Deshalb schafft es gerade kaum einer wegzuschauen.

Gottschalk hat seinen Ruhestand lange hinausgezögert. Nun ist er mit dem Versuch gescheitert, eine Fassade aufrechtzuerhalten, sei es aus Scham oder weil er glaubte, das Publikum habe Anspruch auf einen heiteren, vitalen Thommy. Das ist tragisch, doch womöglich war es unausweichlich. Ein Entertainer möchte Applaus, kein Mitleid, und ist darauf getrimmt zu funktionieren. Als Gottschalk kurz vor einer »Wetten, dass..?«-Sendung einen Bandscheibenvorfall bekam, ließ er sich fitspritzen und war am Abend besser denn je. Das ging jetzt nicht mehr.

Für Maler, Bildhauer, Entertainer, Politiker oder Unternehmer gibt es kein festes Rentenalter. Sie entscheiden selbst, wann sie aufhören, und das ist nicht allein eine Frage des Geldes. Nachdem der langjährige Trigema-Chef Wolfgang Grupp in diesem Jahr versucht hatte, sich das Leben zu nehmen, schrieb er an seine Belegschaft, er leide an Altersdepressionen. »Da macht man sich auch Gedanken darüber, ob man überhaupt noch gebraucht wird.«

Manche machen weiter, bis es nicht mehr geht. Der altersschwache Joe Biden war nur schwer davon abzubringen, vier weitere Jahre US-Präsident bleiben zu wollen. Eine zweite Amtszeit wäre ein Desaster geworden.

Unterhalter Gottschalk 2023:
Ein Entertainer möchte Applaus

Paulina Hildesheim / laif

Einst vereinte Gottschalk die Republik vor dem Fernseher. Zuletzt spaltete er sie. Nach der Bambi-Verleihung tobte ein Kulturkampf um ihn. Für seine Kritikerinnen auf TikTok war er der Inbegriff des alten weißen Mannes, der nicht hart genug attackiert werden kann, und man mag ihren Großvätern wünschen, dass sie mit denen besser umgehen, sollten sie unterm Weihnachtsbaum seltsames Zeug reden.

Auf Facebook wiederum, dem Netzwerk der Älteren, flehten Weggefährten und TV-Macher von einst um Milde für Gottschalk. In ihrer Welt ist er immer noch der Größte. Wortführer ist Holm Dressler, in den Achtzigerjahren Redakteur von »Wetten, dass..?«. Dressler schrieb, »wir sollten unsere Helden feiern.« Er werde »immer zu Thomas halten«. Mehr als 7000 Facebook-Nutzer pflichteten ihm bei, darunter der ehemalige TV-Moderator Viktor Worms (»ZDF-Hitparade«) und Schauspielerin Anja Kruse (»Die Schwarzwaldklinik«). Indem sie Gottschalk zur Seite springen, verteidigen sie sich selbst und ihre Generation. Es wirkt wie ein letztes Aufbäumen.

Wenn in den vergangenen Jahren über Gottschalk diskutiert wurde, ging es häufig um sein machohaftes Gebaren in seinen Sendungen. Anrührende Momente gelangen ihm, wenn er alte Männer zu Gast hatte, die er um mehr als einen Kopf überragte. Entgegen seiner Art konkurrierte er mit ihnen nicht um die Aufmerksamkeit des Publikums, sondern überließ ihnen den großen Auftritt.

Dem greisen Schauspieler Heinz Rühmann, der seine Antworten teils von Kärtchen ablas, half er beim Erinnern. Den polternden Literaturpapst Marcel Reich-Ranicki hegte er fürsorglich ein. Der 100-jährige, fast blinde Sänger Johannes Heesters hielt sich an Gottschalk fest.

Er beschützte die alten Männer. Auf sich selbst passte er später nicht so gut auf. Dabei ahnte er, was auf ihn zukommen könnte.

Gottschalks Vorgänger als Showmaster der Nation war Hans-Joachim Kulenkampff. Als der mit Anfang siebzig noch einmal auf den Samstagabend zurückkehrte, sahen die Kritiker ihn als »sabbelnden Fernsehopa, der seine Zeit hinter sich hat«. So steht es in einem Nachruf, den der SPIEGEL 1998 veröffentlichte. Der Autor schrieb, er habe in den letzten Jahren mit »Kuli« gelitten. Bei seinen Versuchen, sich zu Kulenkampffs Tod zu äußern, habe er gemerkt, dass er »dauernd in meinen eigenen Nachruf geriet«. Der Verfasser des Textes war Thomas Gottschalk.

Bei dem Krebs, der Gottschalk befallen hat, soll es sich um einen aggressiven Tumor handeln. Gottschalk wird künftig zwar kein Showmaster mehr sein, etliche seiner verrückten Anzüge hat er bereits ausgemustert, aber vielleicht kann er sich das Lächeln bewahren, das schon immer gesagt hat: Ich schaffe das.

Alexander Kühn

S

»Wir sollten keine Schafe sein, die erst aufwachen, wenn der Wolf schon da ist«

SPIEGEL-Gespräch Bestsellerautorin Margaret Atwood blickt in ihren Memoiren auf ihr Leben zurück. Hier erklärt sie, warum sie ihre Erfolge nicht zu ernst nimmt und wie sie das Alter befreit.

Atwood möchte das Hotel am Berliner Hauptbahnhof nicht verlassen. Vereinbart ist ein Treffen um 16 Uhr in der Lobby, um 15.59 Uhr kommt Atwood aus dem Aufzug. Schwarze Hose, schwarzer Pulli, pinke Bluse. Die Schriftstellerin nimmt in einem Sessel Platz und freut sich über den mitgebrachten Orangensaft. »Danke schön«, sagt die Kanadierin auf Deutsch. Das habe sie in der Schule gelernt, in ihrem Leben hat sie aber auch einige Zeit in Deutschland verbracht. Welche Wörter sie noch erinnert? »Fußpilz.« Atwood lacht. Anfang November ist »Book of Lives: So etwas wie Memoiren« erschienen. Die 86-Jährige schreibt darin über ihr Leben als Schriftstellerin und ihre Erfolge wie das dystopische Buch »The Handmaid's Tale« (auf Deutsch: »Der Report der Magd«). Sie erzählt von ihrer Kindheit in Kanada, ihrer Familie und wie sie ihren Partner, den Schriftsteller und Ornithologen Graeme Gibson, kennenlernte, mehr als 40 Jahre mit ihm zusammen war und ihn schließlich an die Demenz verlor. Das liest sich lustiger, als es klingt.

SPIEGEL: Frau Atwood, ist Humor der beste Weg, um mit dem Leben umzugehen?
Atwood: Ich glaube, ja. Aber das ist kulturell bedingt. Ich bin in Kanada geboren und aufgewachsen. Schon als Kind bekam ich mit, dass über sich zu lachen, eine gute Sache ist. Stirbt man bei uns, gibt es nach der Beerdigung eine Party, auf der lustige Geschichten über einen erzählt werden. Wir nehmen uns selbst nicht unbedingt ernst.
SPIEGEL: Ihre Bücher wurden in mehr als 30 Sprachen übersetzt. Der Roman »Der Report der Magd« wurde zum Serienhit. Sie haben unzählige Preise gewonnen. Wie schwer ist es, das nicht ernst zu nehmen?
Atwood: Es macht mir gar nicht so viel Spaß, mich an diese Dinge zu erinnern. Spannender finde ich Geschichten, in denen etwas Ungewöhnliches oder Absurdes passiert ist. Das ist viel interessanter als das, was die kleine Margaret mal für Sorgen oder Erfolge hatte.
SPIEGEL: In einigen Kapiteln schreiben Sie knappe Lebenslektionen. Insbesondere wenn es vorher um ernste Themen ging, sind die oft witzig.
Atwood: Welche hat Ihnen am besten gefallen?
SPIEGEL: »Wenn du unbedingt Penisse auf Fledermäuse zeichnen musst, lass dich nicht erwischen.«
Atwood: Es ist besser, keine zu zeichnen. Ein Mädchen, das auf das Bild einer Fledermaus an der Tafel einen Penis malte, erzählte mir, es sei deshalb von der Schule geflogen.
SPIEGEL: Die Lektionen nehmen im Laufe des Buchs ab. Am Ende gibt es keine mehr. Haben Sie später im Leben weniger dazugelernt?
Atwood: So ist es. Je älter man wird, desto mehr Antworten kennt man bereits. In meinem Alter zeichne ich aber sowieso keine Penisse mehr auf Fledermäuse.
SPIEGEL: Hatten Sie Spaß daran, Ihr Leben aufzuschreiben?
Atwood: Meistens, aber wenn man sich mit dem eigenen Leben beschäftigt, schaut man auch auf die traurigen Momente. Menschen sterben. Normalerweise zuerst deine Eltern. Dann sterben Menschen, die etwas älter sind als du, und dann sterben mehr Menschen in deinem Alter. In dem Alter, in dem ich jetzt bin, sterben sehr viele.
SPIEGEL: Sorgt Sie das?
Atwood: Nein. Ein Vorteil am Alter ist, dass Sie sich daran erinnern können, wie es ist, jung zu sein.
SPIEGEL: Und wie ist es, 86 zu sein?
Atwood: 86 ist ungefähr das Gleiche wie 85. Man sollte nicht hoffen, sich in meinem Alter gut zu fühlen. Ich bin aber in besserer Verfassung als viele meiner Freunde. Die haben Arthritis und solche Dinge.
SPIEGEL: Sie reisen gerade viel, um Ihre Memoiren vorzustellen. Ist das so anstrengend, wie ich es mir vorstelle?
Atwood: Ja. Wirklich eine dämliche Idee. Macht aber nichts. Denn wissen Sie was? Ich habe jetzt einen Herzschrittmacher, und seitdem reise ich ganz anders.
SPIEGEL: Wie denn?
Atwood: Ich lege bei der Sicherheitskontrolle meine Hände auf mein Herz. Woanders würde das Liebe bedeuten. Am Flughafen aber wissen Sie, dass da der Schrittmacher ist und du musst nicht in die Kontrollmaschine. Sie tasten dich ab. Die Schuhe muss ich in meinem Alter auch nicht mehr ausziehen, nur manchmal anheben, damit sie druntergucken können. Es ist immer gut, die Dinge aus verschiedenen Perspektiven zu sehen.
SPIEGEL: Ihre eigene Geschichte lassen Sie in Ihren Memoiren weit vor Ihrer Geburt beginnen. In der Kindheit Ihrer Eltern. Genau genommen mit einer »riesigen, grünen Raupe«.
Atwood: Die Raupe hat mein Vater Carl gefunden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einem sehr ländlichen Teil von Nova Scotia, als er als barfüßiges Kind von der Schule nach Hause lief. Es war die Larve des Pfauenspinners. Kennen Sie die?
SPIEGEL: Ich fürchte, nein.
Atwood: Mein Vater nahm die Raupe mit nach Hause, fütterte sie und konnte beobachten, wie aus ihr ein großer Falter wurde. Googeln Sie mal, und sehen Sie sich die Bilder an! Die Tiere haben wunderschöne Muster. Vorher hatte Carl sich nie für Insekten interessiert, aber da änderte sich das. Schließlich wurde er Entomologe, und so hat er meine Mutter getroffen. Ich verdanke meine Existenz also dieser dicken Raupe.
SPIEGEL: Viele sehen Sie nun als alte weise Frau. Verwehren Sie sich dem mit absurden Lebenslektionen und dieser Alles-ist-Zufall-Raupengeschichte?
Atwood: Ja nun, ich kann den Menschen die Art von Lebensweisheit, die sie sich wünschen, nicht geben. Der Grund: Ich kenne sie nicht. Was für eine Person sehr nützlich sein könnte, könnte für eine andere der völlig falsche Rat sein.
SPIEGEL: Aber in gewisser Weise geben Sie schon Lebensweisheiten ab: Sie setzen sich immer wieder und lautstark für Menschenrechte ein, sind auch politisch aktiv.
Atwood: Das ist wichtig. Wenn man nicht darauf achtet, was man tut und was um einen herum passiert, ist das eine Gefahr. Wir sollten keine Schafe sein, die auf der Wiese dösen und erst aufwachen, wenn der Wolf schon da ist. Wir sollten wachsam sein, ob sich der Wolf anpirscht. Künstler werden außerdem gern nach ihrer Meinung gefragt, weil wir keine Angestellten sind und nicht gefeuert werden können, wenn wir sie gesagt haben.
SPIEGEL: Trotzdem sprechen sich nicht alle Autorinnen und Autoren gegen Bücherverbote oder Donald Trump aus. Sie schon. Empfinden Sie sich als mutig?

* Margaret Atwood: »Book of Lives«. Aus dem Englischen von Helmut Krausser, Beatrice Renauer. Berlin Verlag; 768 Seiten; 36 Euro.
Das Gespräch führte die SPIEGEL-Mitarbeiterin Anne Backhaus.

Atwood: Ich bin als Jugendliche in den Fünfziger- und frühen Sechzigerjahren sozialisiert worden. Feminismus war damals nicht präsent, die zweite Welle kam erst später. Aber Menschenrechte waren ein Thema. Deshalb habe ich eine Menge über schreckliche Dinge gelernt, die in anderen Teilen der Welt passierten. In Kanada war ich aber nie direkt bedroht. Also nein, ich würde nicht sagen, dass ich besonders mutig bin. Es gibt in vielen anderen Ländern mutige Menschen, die ihr Leben riskieren.

SPIEGEL: Wovor haben Sie Angst?

Atwood: Einer, der versucht hat, mir das Autofahren beizubringen, gab auf. Er sagte: »Ich kann dir nicht helfen. Du hast keine Angst.« Es war ihm zu gefährlich mit mir im Auto!

SPIEGEL: Hatte er recht?

Atwood: Vermutlich. Ich habe tatsächlich nicht so leicht Angst vor Dingen, die andere Menschen erschrecken. Trotzdem kenne ich Angst. Vor Waldbränden und Gewittern zum Beispiel. Und ich habe großen Respekt vor Bären.

SPIEGEL: Sie haben einen Großteil Ihrer Kindheit in kanadischen Wäldern verbracht. Ihr Vater hat dort als Insektenforscher gearbeitet. Wie war diese Zeit für Sie?

Atwood: Wir hatten in unseren Blockhütten keinen Strom, kein Telefon, kein fließendes Wasser. Dafür viele Bäume und Seen um uns herum. Das Hauptfortbewegungsmittel war das Kanu. Wenige Leute würden so leben wollen. Die meisten finden es seltsam, dass ich im Wald aufgewachsen bin. Für Kinder ist aber alles normal. Sie sind nicht in der Lage, ihr Leben mit dem Leben anderer Kinder zu vergleichen.

SPIEGEL: War es eine gute Kindheit?

Atwood: Ja, ich hatte viele Freiheiten. Wir Kinder waren allein im Wald unterwegs. Heute würden Eltern wahrscheinlich für so etwas verhaftet werden. Was haben die sich dabei gedacht? Wir haben uns aber nie verirrt. Unsere Eltern haben uns beigebracht, wie wir uns draußen verhalten müssen. Was ist gefährlich, was ist nicht gefährlich. Essen rumliegen zu lassen, lockt zum Beispiel Bären an, das haben wir nicht gemacht. Mein Bruder Harold wäre aber mal fast ertrunken.

SPIEGEL: Was ist passiert?

Atwood: Er ist mit zweieinhalb Jahren vom Steg ins Wasser gefallen. Unsere Mutter hat aus dem Fenster geschaut und ihn nicht mehr im Sandkasten gesehen. Da rannte sie los, hörte es blubbern, sah ihn sinken. Sie hat Harold gerade noch rechtzeitig an seinen Haaren herausgezogen. Wir hatten außerdem auch viel gefährliches Werkzeug.

SPIEGEL: Was zum Beispiel?

Atwood: Äxte, Sägen, Messer, Ziehmesser, Spitzhacken. So was halt. Man muss in der Lage sein, Dinge zu reparieren, wenn sie kaputtgehen. Du kannst in der kanadischen Wildnis nicht einfach den Klempner rufen.

SPIEGEL: Wie viel von dieser Zeit steckt in der Margaret von heute?

Christopher Wahl / Guardian / eyevine / laif

Schriftstellerin Atwood: »Wenn wir im Wald wären, würden Sie eine andere Margaret erleben«

Atwood: Es hängt davon ab, wo ich bin. Jetzt sind wir in einem Hotel, und Sie sehen keinen Anteil dieser Kindheit. Aber wenn wir draußen im Wald wären, würden Sie eine andere Margaret erleben.

SPIEGEL: Welche?

Atwood: Ich würde Sie herumkommandieren. Tun Sie das nicht! Gehen Sie da nicht rein!

SPIEGEL: Klingt super.

Atwood: Das wäre nur zu Ihrem eigenen Besten. Ich will ja nicht, dass Sie sterben.

SPIEGEL: Wie wichtig war es für Sie, dass Ihre Tochter als Kind viel in der Natur war?

Atwood: Mein Partner Graeme, unsere Tochter Jess und ich haben immer einen Teil des Sommers draußen in der Wildnis verbracht. Bewusst habe ich Jess aber nichts extra weitergeben wollen. Eine von ihren lebhaftesten Kindheitserinnerungen ist eine gigantische Kröte.

SPIEGEL: Was war damit?

Atwood: Ich habe sie auf einer Wanderung in meine Tasche gesteckt. Das hat meine Tochter sich gemerkt: Mama hat die dicke Kröte mitgenommen.

SPIEGEL: Sie scheinen in der Familie ein Faible für Tiere am Wegesrand zu haben.

Atwood: O ja! Diese Kröte war so groß, das war unvorstellbar. Deswegen wollte ich sie vermutlich anderen zeigen. So genau weiß ich das nicht mehr. Aber noch mal zurück zu Ihrer Frage, wie viel der Jugendzeit in mir steckt: Zeit und Ort sind wichtige Faktoren bei Menschen. Sie können zur selben Zeit wie jemand anderes leben, sind aber vollkommen unterschiedlich geprägt, weil

Sie woanders aufwachsen. Die Autorin Simone de Beauvoir und meine Mutter sind zum Beispiel nahezu gleich alt. Jetzt stellen Sie sich aber mal de Beauvoir beim Eisschnelllauf vor. Und?

SPIEGEL: Seltsame Vorstellung.

Atwood: Eine absurde Idee, oder? Simone de Beauvoir ist in Frankreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufgewachsen. Sie wurde streng und bürgerlich erzogen. Sie war natürlich nie gut im Eisschnelllauf. Meine gleich alte Mutter aus Kanada ist das komplette Gegenteil. Sie war sehr schnell auf ihren langen Kufen. Sie liebte Pferde, war eine erfahrene Kanufahrerin. Simone de Beauvoir in einem Kanu? Geht auch nicht. Also, deswegen müssen wir Zeit und Ort mitdenken. Für die Charaktere in meinen Büchern schreibe ich mir immer auf, wo und wie alt sie zum Zeitpunkt wichtiger Weltereignisse waren.

SPIEGEL: Sie schreiben auch über das »death cleaning« Ihrer Mutter, das Ausmisten vor dem eigenen Tod, um sich bewusst von Unnötigem zu trennen und am Ende des Lebens aufzuräumen. Sind Memoiren für Sie eine solche Befreiung?

Atwood: Ich mache das »death cleaning« nun selbst zu Hause. Zu den Memoiren haben mich aber meine Verleger überredet, die wollte ich nie schreiben.

SPIEGEL: Sie wirken nicht wie jemand, der etwas macht, das er nicht machen möchte.

Atwood: Wenn man in meinem Alter ist, sind – wie gesagt – schon eine Menge Menschen gestorben. Deshalb kann ich Dinge sagen, die ich nicht gesagt hätte, wenn sie noch am Leben wären. Das hat schon seinen Reiz.

SPIEGEL: Sie teilen auch gegen einige lebende Menschen aus, etwa die Reporterin Jan Wong, die Sie vor mehr als 25 Jahren für die kanadische Tageszeitung »Globe and Mail« interviewt hat. Sie werfen ihr unter anderem »Feindseligkeit« und »boshafte Erfindung« vor. Sind Sie nachtragend?

Atwood: Ich bin Sternzeichen Skorpion, und wir sind dafür bekannt, lange unseren Groll zu hegen. Es ist nichts, worauf ich stolz bin.

SPIEGEL: Wie möchten Sie erinnert werden?

Atwood: Es ist mir egal, wie man sich an mich erinnert. Ich werde ja nicht da sein, um es mitzubekommen. Außerdem kann keiner kontrollieren, was andere über einen denken.

SPIEGEL: Sie räumen mit einigen Geschichten auf, die über Sie kursieren. Etwa, dass Sie sich Ihren Partner Graeme »gekrallt« und ihn seiner Ehefrau ausgespannt hätten.

Atwood: Und ich hatte auch nie eine Haustiermuschel, die in einem Glas auf meinem Schreibtisch stand. Die Leute haben Biografien über mich geschrieben und dabei immer Fehler gemacht. Also habe ich versucht, die Ereignisse so genau wie möglich zu schildern. So gibt es keine Entschuldigung mehr, Unwahres zu berichten.

SPIEGEL: Was ist Ihr liebstes Gerücht über sich selbst?

Atwood: Mein Favorit geht so: Ich verkleide mich regelmäßig in vorrevolutionärer französischer Hoftracht. Also mit hoher und weiß gepuderter Perücke, Reifrock und Fächer. Und so wandere ich nachts durch die Straßen von Toronto.

SPIEGEL: Das klingt doch toll.

Atwood: Es ist nie passiert! Keine Ahnung, woher diese Geschichte kam.

SPIEGEL: Welches Gerücht über sich würden Sie sich wünschen?

Atwood: Ich hätte gern elektrische Kräfte, mit denen ich Menschen durch Stromschläge töten könnte.

SPIEGEL: Oha. Wie in dem Buch »Die Gabe« von Naomi Alderman?

Atwood: Naomi und ich haben einen Zombie-Serienroman geschrieben. Warten Sie, im Buch ist ein Bild von uns.

Atwood blättert, ruft: »Da ist sie!« Und zeigt ein Foto, auf dem sie selbst gelassen dasteht. In ihrem Rücken krallt Naomi Alderman die Hände, reißt den Mund auf, als würde sie Atwood beißen wollen.

Atwood: Sie tut so, als wäre sie ein Zombie. Ich wusste von nichts! Ein tolles Foto. Und hier sind noch viele andere Bilder. Lassen Sie uns welche ansehen. Da bin ich vor Ewigkeiten in Berlin.

Sie zeigt auf sich an einem Schreibtisch. Dort begann sie 1984 ihr wohl bekanntestes Buch »Der Report der Magd«. Atwood blättert aber schon weiter. Sie sagt laut: »Da steht Graeme in einem Sumpf!«

SPIEGEL: Man muss über Ihr Buch viel lachen, aber die Kapitel zur Demenzerkrankung und zum Tod Ihres Partners 2019 sind auch ziemlich traurig. Ist Schreiben für Sie eine Möglichkeit gewesen, etwas mehr Zeit mit einem geliebten verstorbenen Menschen zu haben?

Atwood: Natürlich. Du verbindest dich wieder mit Menschen, die du zu Lebzeiten geliebt hast. Sie sind nicht mehr bei dir, aber in gewisser Weise ermöglicht dir das Schreiben, entweder einige der lustigeren oder einige der überraschenderen Momente mit ihnen noch einmal zu erleben.

Atwood blättert weiter. Als Nächstes zeigt sie auf ihre kleine Tochter, Bilder von ihrer Schwester, ihrem Bruder.

SPIEGEL: Fiel es Ihnen schwer, die Fotos für das Buch auszuwählen?

Atwood: Es war furchtbar, weil es so viele gab. Aber meine Schwester hat mir geholfen.

SPIEGEL: Hatten Sie keine Sorge, zu viel von sich zu teilen?

Atwood: Das stimmt wohl, es ist eine Gefahr. Aber es zwingt einen ja niemand dazu. Wenn Sie Ihre Memoiren schreiben, geht es genau darum: Sie machen sich angreifbar.

SPIEGEL: Frau Atwood, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. **S**

Künstlerin Atwood 1972: »Ich würde nicht sagen, dass ich besonders mutig bin«

Ron Bull / Toronto Star / Getty Images

Und sie tanzen doch!

Technokultur *In Berlin eröffnen wieder neue Klubs und Discos. Möglicherweise waren die Nachrufe auf das Nachtleben verfrüht.*

Von Tobias Rapp

Stefan Ziese / ddp

Zaun vor dem Klub Tresor: Improvisationsgabe und Selbstbewusstsein

Es gibt sie wieder, die guten Nachrichten. Sogar aus der Kulturwelt Berlins, wo man sich in den vergangenen Jahren resignativ damit angefreundet zu haben schien, dass die wilden Jahre vorbei sind, die Anziehungskraft der Stadt schwindet, die weltberühmten Freiräume verschwinden. Und nun? Eröffnen neue Läden.

Am vergangenen Wochenende hat der AM Club in Spandau aufgemacht. Kommendes Wochenende soll zum ersten Mal das C115 öffnen, noch ein Technoklub, und zwar auf der Avus-Tribüne. Das sind die Zuschauerreihen an der Stadtautobahn, die in den Dreißigern errichtet wurden, als auf der Avus Rennen gefahren wurden, das letzte fand 1998 statt. Außerdem hat die Berliner Kultursenatorin Sarah Wedl-Wilson vorgeschlagen, dass das Watergate, einer der bekanntesten Technoklubs der Stadt, der vor knapp einem Jahr schließen musste, in die Neuköllner Location einziehen könnte, in der sich bislang das SchwuZ befand, einer der ältesten schwulen Klubs der Hauptstadt. Das SchwuZ musste am 1. November schließen.

Das Berliner Nachtleben hat immer vom Abenteuergeist seiner Klubbetreiber gelebt. Er sei »Raumforscher« hat Dimitri Hegemann einmal gesagt, der Begründer des legendären Klubs Tresor. Im Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer befanden sich diese Räume meist im Ostteil der Stadt, erst in der Innenstadt, dann weiter außerhalb. Das Nachtleben ist eine flüchtige Angelegenheit, mehrmals gab es Momente, in denen es aussah, als ob nun alles vorbei wäre, der Schreckbegriff vom »Klubsterben« begleitet die Hauptstadt seit den Neunzigern. Immer hat sich aber etwas Neues ergeben. Vielleicht ist es jetzt wieder so weit. Im Westen.

Als die Berliner Technokultur 2024 zum immateriellen Unesco-Kulturerbe erklärt wurde, war das natürlich ein großer Quatsch. Mit wahrem Kern. Diese Musik ist seit Langem integraler Bestandteil dessen, was Berlin kulturell ausmacht. Noch wichtiger: In dieser Musik überlebt etwas, das größer ist als Melodie und Rhythmus. Die Improvisationsgabe und das Selbstbewusstsein eines Subkulturmilieus, das das Beste an Berlin ist – und weiter bleiben wird. S

Friedhof der Kuscheltiere

Mode Pelz galt lange als angestaubt und problematisch. Mittlerweile sind echte und künstliche Felle zurück auf den Laufstegen. Und junge Frauen suchen Vintage-Mäntel in Secondhandläden.

Es begann mit Prada. Anfang des Jahres schritten Models mit kaltem Blick und täuschend echt wirkenden Nerzen an ihren Schultern über den Laufsteg in Mailand. Wie Jäger sahen sie aus, die die Kragen ihrer Mäntel trophäengleich präsentierten. Bei Armani sah man die Vision des Hauses direkt als Auftakt der Show: eine überdimensionale Pelzstola in Flieder. Dolce & Gabbana ließen eine ganze »Fellmäntel«-Armee über den Laufsteg schreiten, als käme sie direkt aus dem Hochgebirge. Und bei Fendi, eines der wenigen Modehäuser mit Echtpelzmanufaktur, feierte man sein 100-jähriges Bestehen mit schalartigen Westen aus Fuchspelz.

Egal wohin man bei den Herbst-Winter-Modenschauen blickte, man sah etwas, das es so noch nicht gab: hyperrealistischen Pelz, überwiegend aus Kunstfasern, aber auch echten. Die Felle waren in rund 70 Prozent der Shows präsent, ermittelte der »Guardian«.

Dieser Look ist nun in den Schaufenstern und Geschäften angekommen. Chloé, Ferragamo, Alaïa, Etro oder Stella McCartney präsentieren in diesem Winter viele pelzig anmutende Silhouetten: Es gibt Boots mit Fellbesatz, Westen aus Lammfell, Jacken in Vogelfederoptik. Die Günstigketten haben die Stücke in Windeseile kopiert. Bei Cos, Mango und H&M liegt jede Menge Kleidung im Echtpelz-Look.

Ist Pelz wieder »cool«? Und wenn ja, wie konnte das passieren?

Über viele Jahre herrschte in der Mode ein Agreement: Pelze sind tabu. Sie galten als angestaubt, gestrig und maximal problematisch, weil man ja immer ein totes Tier mit sich herumträgt. Auch Kunstpelz hatte es schwer, weil er aus Plastik besteht. Und wenn ihn doch jemand trug, dann deutlich als Fake erkennbar, stark gefärbt oder bearbeitet.

Das vielleicht letzte Mal, dass jemand einen echten Pelz unkommentiert und ungeniert in der Öffentlichkeit tragen konnte, war 1999. In einer Folge von »Sex and the City« sah man Carrie Bradshaw (Sarah Jessica Parker) nach der Trennung von Mr. Big mit gebrochenem Herzen auf den Rängen des Yankee-Stadions, verquollene Augen hinter einer Sonnenbrille, Zigarette im Mund, Bier im Plastikbecher. Und über ihren Schultern: ein monströser Pelzmantel, weich, sicher sündhaft teuer und moralisch noch nicht wirklich infrage gestellt. Die einen, sagte Bradshaw in der Folge, seien eben Baseball-Fans, sie sei einfach nur Fan davon, nachmittags irgendwo rauchen und trinken zu können, ohne dabei verurteilt zu werden. Und eben auch, schamlos Pelz zu tragen.

Dabei war der Kampf gegen Pelzliebhaber längst im Gange. Schon 1994 besetzten Peta-Aktivistinnen das New Yorker Büro von Calvin Klein und brachten den Designer dazu, auf Pelz in seinen Kollektionen zu verzichten. Zwei Jahre später beschimpfte eine Tierrechtsaktivistin »Vogue«-Chefin Anna Wintour als »Pelzhexe« und warf ihr einen toten Waschbären auf den Teller im Restaurant des Four Seasons. Wintour hatte kurz zuvor in einem Leitartikel öffentlich ihre Liebe zu saftigen Steaks und edlem Pelz verteidigt. Aber selbst Wintour musste irgendwann einsehen: In der Modebranche war kein Platz mehr für Pelz. In den politisch progressiven Zehnerjahren verbannten unter anderem Gucci, Versace, Michael Kors, Burberry und Chanel den Pelz aus ihren Häusern. Inzwischen haben sich weltweit über 1600 Marken und Einzelhändler zu einer pelzfreien Unternehmenskultur verpflichtet.

Dennoch hat sich etwas verschoben. Erstens: So realistisch wie heute sah der Pelzlook noch nie aus. Die Tote-Tier-Ästhetik ist angesagter denn je, auch bei Fake-Pelzen. Es lässt sich sogar kaum erkennen, was da eigentlich genau über den Laufsteg getragen wird, Kunst- oder Echtpelz? Bei Prada und zum Teil auch bei Fendi bestand das vorgeführte Material der Herbstkollektion aus Shearling, also Schaffell oder Lammfell, der Haut eines Schafs beziehungsweise Lamms. In der Regel, so auch hier, ist das Material ein Nebenprodukt der Fleischindustrie und damit zwar irgendwie weniger problematisch, am Ende aber doch: echtes Fell. So zumindest würden Tierwohl-Organisationen argumentieren. Die Designerinnen ließen das Shearling so behandeln, dass es stellenweise täuschend echt nach Nerz aussah.

Die zweite, wohl größere Veränderung: Bei Kundinnen wächst der Wunsch nach Vintage-Echtpelz.

Laut dem Trendanalyse-Unternehmen Trendalytics sind die Google-Suchanfragen nach »Vintage-Pelzmänteln« seit 2023 um 688 Prozent gestiegen. Besonders die Gen Z scheint wieder auf Pelz zu stehen. Auf TikTok boomte schon im Frühjahr 2024 die »Mob Wife Ästhetik«, also Outfits im Stil von Mafia-Gattinnen der Neunzigerjahre: High Heels, Goldschmuck, Pelzmäntel und rote Lippen. Inzwischen findet man

Rapperin Cardi B mit Tochter, Schauspieler Al Pacino: Angesagte Tote-Tier-Ästhetik

Giada Papini Rampelotto / EuropaNewswire / picture alliance

Cyril Pecquenard / SIPA / picture alliance

viele Videos junger Content-Creator, die sich in Secondhandläden filmen, eingehüllt in riesige Pelzmäntel. Wie die Influencerin @alyssaa.cruzz0: »Wie mich Pelz im Thrift Shop fühlen lässt«, also im Vintage-Shop, schreibt sie unter ihr Video, das sie im beigefarbenen XL-Pelzmantel durch einen US-Secondhand-Store tanzend zeigt. Sie erhielt dafür über 500.000 Likes.

Wer sich mit den Besitzerinnen von Secondhandläden unterhält, erfährt, dass sich der Trend längst auch dort zeigt: Auffallend junge Kundinnen fragen nach Echtpelzjacken. Gebraucht und damit nachhaltig sollen sie sein, so wie Omas Pelz aus den Siebzigerjahren. Aber von Nachhaltigkeit kann bei Vintage-Pelz kaum die Rede sein (vergisst man mal das brutale Tiertöten). Viele der Stücke wurden mit Chemikalien konserviert, die das Material zwar haltbar machen, aber weder umweltfreundlich noch gesundheitlich unbedenklich sind.

Und auch Fake-Pelz ist nicht gerade nachhaltig. Die meisten Kunstpelze bestehen aus synthetischen Fasern wie Polyester oder Acryl, Plastik eben, sind schwer biologisch abbaubar und entstehen auf Basis fossiler Rohstoffe. Blickt man so auf die Stücke, ist das erstaunlich: Weder Pelz noch Kunstpelz passten in den Zeitgeist, zumindest bis jetzt.

Ohne einen Shitstorm zu kassieren, wurde Rihanna im Dezember 2024 in einem Vintage-Nerz von John Galliano fotografiert. Kurz darauf gab es Bilder aus dem US-amerikanischen Nobelskiort Aspen: Kendall Jenner, Kylie Jenner, Hailey Bieber, alle, wie es schien, im Echtpelz. Kendall, das war sicher, trug ein Fuchsfell von Balenciaga aus dem Jahr 2011.

Die »New York Times« fragte schon Anfang des Jahres, ob die neue Sichtbarkeit von Pelz mit dem sich verändernden politischen Klima zusammenhängt. Schließlich sehnen sich nicht nur MAGA-Bewegung und Trump-Anhänger nach der Kultur der Reagan-Ära und »der guten alten Werte« zurück. In konservativeren Kreisen wächst sowieso die Ablehnung gegenüber »wokem Konsumverhalten« und jeder Art von Vorschrift. Dazu kommt der generelle Hang zur Nostalgie, über alle politischen Lager hinweg. So wie man sich in der Popkultur zurück in die Achtzigerjahre träumt, bewegt man sich nun auch in der Mode zurück. Und findet Schätze in Omas Kleiderschrank, auch wenn die nach Mottenkugeln riechen.

Vielleicht ist Pelz allerdings nicht bloß ein Symptom des Konservativismus. Vielleicht ist der Kauf eines schweren Pelzmantels, vor allem für die Gen Z, eher ein Trotzreflex. Eine Reaktion auf das Gefühl, dass ohnehin nichts mehr sicher ist. Die Rente nicht, der Job nicht, das Klima erst recht nicht. Wozu Biobaumwolle tragen, wenn die Welt eh untergeht?

Miriam Amro S

BELLETRISTIK

David Hunter befindet sich in der abgelegenen Ortschaft Edendale, als er im Wald ein menschliches Skelett entdeckt. Der Anthropologe will zur Polizei gehen – aber ein Sturm schneidet das Dorf von der Außenwelt ab. **| Platz 3**

1	(1)	**Der Nachbar** Sebastian Fitzek	Droemer; 25 Euro
2	(–)	**Brimstone – Königin der Finsternis. Krieger der Wölfe** Callie Hart	Penguin; 24 Euro
3	(2)	**Knochenkälte** Simon Beckett	Wunderlich; 26 Euro
4	(4)	**The Secret of Secrets** Dan Brown	Lübbe; 32 Euro
5	(5)	**Der stille Freund** Ferdinand von Schirach	Luchterhand; 22 Euro
6	(9)	**Stonehenge – Die Kathedrale der Zeit** Ken Follett	Lübbe; 36 Euro
7	(7)	**Qwert** Walter Moers	Penguin; 42 Euro
8	(6)	**Die Holländerinnen** Dorothee Elmiger	Hanser; 23 Euro
9	(8)	**Lázár** Nelio Biedermann	Rowohlt Berlin; 24 Euro
10	(13)	**Du musst meine Hand fester halten, Nr. 104** Susanne Abel	dtv; 24 Euro
11	(11)	**Tote Seelen singen nicht** Jussi Adler-Olsen / Stine Bolther / Line Holm	Penguin; 28 Euro
12	(10)	**Königin Esther** John Irving	Diogenes; 32 Euro
13	(12)	**Die Frauen von Ballymore** Lucinda Riley	Goldmann; 25 Euro
14	(17)	**Miss Merkel – Mord unterm Weihnachtsbaum** David Safier	Kindler; 16 Euro
15	(16)	**Die Assistentin** Caroline Wahl	Rowohlt; 24 Euro
16	(14)	**Alchemised** SenLinYu	Forever; 34,99 Euro
17	(15)	**Rauhnächte** Ellen Sandberg	Penguin; 22 Euro
18	(–)	**Was wir wissen können** Ian McEwan	Diogenes; 28 Euro
19	(3)	**Der Tote mit dem Silberzeichen** Robert Galbraith	Blanvalet; 32 Euro
20	(20)	**Für Polina** Takis Würger	Diogenes; 26 Euro

SACHBUCH

Steht der Weltuntergang kurz bevor, oder wird vieles nur schlechtgeredet? Der Autor glaubt: Zum Optimismus gibt es keine vernünftige Alternative, allen Herausforderungen zum Trotz. Und die Menschheit hat mehr Lösungen als Probleme. **| Platz 3**

1	(1)	**Wenn die Sonne untergeht** Florian Illies	S. Fischer; 26 Euro
2	(3)	**Organisch** Giulia Enders	Ullstein; 24,99 Euro
3	(4)	**Hoffnungslos optimistisch** Dirk Steffens	Penguin; 20 Euro
4	(5)	**Das Versagen** Katja Gloger / Georg Mascolo	Ullstein; 26,99 Euro
5	(–)	**Unerwartet** Howard Carpendale / Sabine Eichhorst	Heyne; 25 Euro
6	(7)	**Angststillstand** Richard David Precht	Goldmann; 20 Euro
7	(10)	**Szenario** Florence Gaub	dtv; 25 Euro
8	(6)	**Cum/Ex, Milliarden und Moral** Anne Brorhilker / Traudl Bünger	Heyne; 24 Euro
9	(9)	**Wenn ich eine Wolke wäre** Volker Weidermann	Kiepenheuer & Witsch; 23 Euro
10	(8)	**Wie fühlst du dich?** Axel Hacke	DuMont; 22 Euro
11	(15)	**8000 Arten, als Mutter zu versagen** Carolin Kebekus	Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
12	(12)	**Wie konnte das geschehen? Deutschland 1933 bis 1945** Götz Aly	S. Fischer; 34 Euro
13	(–)	**Anna oder: Was von einem Leben bleibt** Henning Sußebach	C. H. Beck; 23 Euro
14	(13)	**Wunderland** Harald Jähner	Rowohlt Berlin; 32 Euro
15	(2)	**Nobody's Girl** Virginia Roberts Giuffre	Yes Publishing; 26 Euro
16	(–)	**Zeit der Oligarchen** Aldous Huxley	Carl Hanser; 14 Euro
17	(16)	**Gute Nacht, Gehirn** Volker Busch	Droemer; 18 Euro
18	(–)	**In the Name of Freedom** Enes Kanter Freedom	Ariston; 23 Euro
19	(–)	**Nie war Früher schöner als Jetzt** Oliver Kalkofe	Knaur HC; 22 Euro
20	(–)	**Thomas Schaaf. Die Biografie** Daniel Cottäus	Die Werkstatt; 26,90 Euro

SPIEGEL-Bestseller werden im Auftrag des SPIEGEL ermittelt von »BuchMarkt« und media control. Informationen unter spiegel.de/bestseller

KINO

Der Deutsche als Horrorclown

Bernd Stromberg ist am Ende. In verzweifeltem Selbstmitleid wirft er sich einem greisen Obdachlosen um den Hals. Dieser Tiefpunkt des Helden ist ein Höhepunkt des Films, der zu diesem Zeitpunkt bereits alle Erwartungen unterlaufen hat, die Freunde des peinlichen Schenkelklopfers an **Stromberg – Wieder alles wie immer** haben konnten. Sogar das aus Serie und vorherigem Film altbekannte Büro der Capitol-Versicherung ist nur noch eine entkernte Baustelle. Die Zeit ist vorbei.

Weil wir uns aber gern erinnern, ist die Rahmenhandlung des Films in ein modernes Fernsehstudio verlegt worden. Dort soll Moderator Matthias Opdenhövel ein Wiedersehen der Helden aus der »Abteilung Schadensregulierung M bis Z« als nostalgische TV-Show moderieren. Klassentreffen, sozusagen.

Ulf (Oliver Wnuk) ist noch immer mit Tanja (Diana Staehly) verheiratet, die bei der Capitol-Versicherung inzwischen Karriere gemacht hat. Berthold »Ernie« Heisterkamp (Bjarne Mädel) hat sich vom Mobbingopfer zum Coach und Autor eines Anti-Mobbing-Buchs entwickelt. Jennifer (Milena Dreißig) hat einen neuen Freund, den Content-Creator Julian (László Branko Breiding). Nur Stromberg (Christoph Maria Herbst) hat sich nicht verändert. Entsprechend hadert er mit den veränderten Zeiten, reflektiert sie sogar: »Da sage ich irgendwann, ich ess' gerne Quarkbällchen, und dann sagt irgendeiner, Hitler isst auch gerne Quarkbällchen. Dann war's das für mich und für die Quarkbällchen.« Gegenüber den alten Kollegen gibt er sich weiter als Chef aus, angestellt bei einem »innovativen Multi-Purpose-Unternehmen«. Tatsächlich nutzt die Firma nur seine typischen Unmöglichkeiten, um sie der Belegschaft in abschreckenden Lehrvideos vorzuspielen: »Lernt von Bernd.«

Offenbar hat es Ralf Husmann (Drehbuch) und Arne Feldhusen (Regie) gerade nicht gereizt, in diesem Kinofilm »wieder alles wie immer« ablaufen zu lassen. Mit fünf Staffeln, 46 Episoden und einem Film (»Stromberg – Der Film«, 2014) im Rücken hätte das bewährte Team auch eine ruhige Kugel schieben können. Mit Stromberg war ihnen ein archetypisches Ekel gelungen, wie es die deutsche Fernsehunterhaltung nur in ihren Sternstunden hervorbringt. Überdies hat die unzeitgemäße Figur in den vergangenen Jahren die sozialen Medien erobert und sich dort einem staunenden Publikum vertraut gemacht, das wohl noch gar nicht am Leben war, als das Ekel im altmodischen Fernsehen seine Sprüche klopfte. Dabei war dieser ebenso übergriffige wie duckmäuserische, frauen- und fremdenfeindliche Charakter schon bei seinen ersten TV-Auftritten ein Anachronismus. Der Deutsche als trauriger Horrorclown, gebannt im Bernstein der Lächerlichkeit.

Das archetypische Ekel Stromberg ist zurück im Kino. Zentrales Thema des Films: der angeblich hypermoralische Zeitgeist.

Willi Weber / MadeFor Film

Willi Weber / MadeFor Film

Mit ein paar lauwarmen Konzessionen hätte Stromberg unverändert in ein routiniertes Sequel geschickt werden können. Doch in »Stromberg – Wieder alles wie immer«, der ab jetzt im Kino zu sehen ist, erlebt der unverbesserliche Antiheld nicht nur Gegenwind für sein Verhalten. Er steht im Sturm. Denn Husmann und Feldhusen haben den angeblich hypermoralischen Zeitgeist zum zentralen Thema dieses Films gemacht. Trotz bester Vorsätze platzt die TV-Show, die das Wiedersehen der alten Stars feiern sollte, weil es vor dem Studio zu Tumulten zwischen zombiehaften »Stromberg«-Anhängern und Feministinnen kommt – eine weitere Metaebene in einer Komödie, der man ohnehin beim Nachdenken über ihre eigenen Bedingungen zuschauen kann.

Es kommt, wie's kommen muss: Stromberg dreht durch und büchst aus, was die eigentliche Handlung in Gang setzt. Die übrige Belegschaft macht sich auf die Suche nach dem irrlichternden »Papa«, der nicht Pol sein will in einer polarisierten Welt.

Vor seinem kreiselnden Plot kapituliert irgendwann allerdings auch der Film. Wenn sich zum Happy End per Videoschalte dann noch Manager Joe Kaeser, CDU-Politiker Carsten Linnemann und Vizekanzler Lars Klingbeil (»Ein bisschen mehr Stromberg würde der SPD wahrscheinlich ganz guttun«) melden, sind alle analytischen Ambitionen zu den Akten gelegt.

Ein bisschen mehr Stromberg hätte »Stromberg« wahrscheinlich nicht geschadet – so wie Stromberg die Umarmung eines Obdachlosen guttut. Der Moment überraschender Menschlichkeit dauert gerade lange genug. Dann murmelt Stromberg: »Meister, du musst dir auch mal wieder ein Wunderbäumchen umhängen.«

Arno Frank

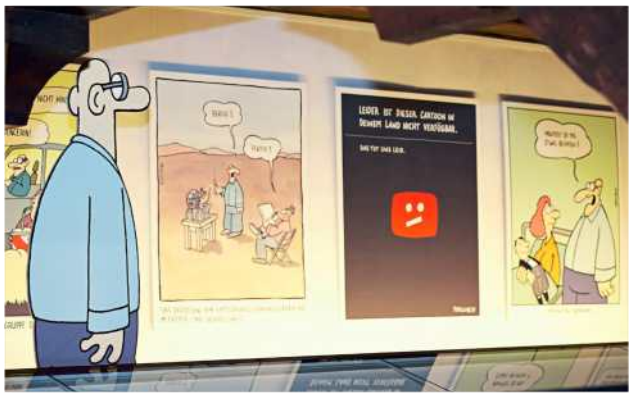
S

FILM

Ewig Mr Nice Guy

Ist George Clooney wirklich der Sympath, als der er in der Öffentlichkeit gilt? Ein charmanter, grau melierter Cary-Grant-Wiedergänger, der noch dazu politisch auf der richtigen Seite steht? Die Anfangsszene von **Jay Kelly** scheint dieses Image zunächst auch im fiktionalen Raum aufrechtzuerhalten: Selbst seine Sterbeszene soll perfekt sein. Aber sein Manager, seine Publizistin, seine entfremdeten Töchter und auch der Alt-Regisseur, der Kelly einst entdeckte, sie alle müssen erleben, dass dieser strahlende Mr Nice Guy auch seine anstrengenden, narzisstischen und egozentrischen Seiten hat. Daraus hätte man einen mutigen Film über die psychischen und charakterlichen Herausforderungen großer Stars machen können. Noah Baumbach aber, eigentlich Regisseur nervöser, tiefgehender Beziehungskomödien wie »Der Tintenfisch und der Wal« und »Marriage Story«, war bei seinem neuesten Film vielleicht selbst zu »starstruck« von seinem prominenten Hauptdarsteller. Er begnügt sich damit, seinem Regie-Vorbild Woody Allen in dessen seichte Spätphase zu folgen: Filmen, in denen die wechselnden europäischen Kulissen oft interessanter waren als Dialoge und Plot. Denn Baumbach schickt seinen emotional zerknautschten, von allen guten Geistern, Freunden und Familie verlassenen Jay Kelly auf eine kitschig-pittoreske Toskana-Reise, bei der er zunehmend sentimental auf sein Leben zurückblickt. Baumbachs Drehbuch lässt ihn nie weit genug in die Abgründe seiner im Spiegelkabinett des Ruhms herumirrenden Figur eindringen. BOR

»Jay Kelly«. Regie: Noah Baumbach. Mit George Clooney, Adam Sandler, Laura Dern, Billy Crudup. 132 Minuten. Auf Netflix.



Britta Frenz / Caricatura Museum, Frankfurt

»Das kann nur Perscheid«. Caricatura Museum, Frankfurt am Main. Bis 7. Juni 2026.

AUSSTELLUNG

Selbstverteidigung gegen die Dummheit

Martin Perscheid war der Großmeister der Gemeinheit. Als er 2021 mit nur 55 Jahren starb, hinterließ er rund 4300 Cartoons – von denen nun eine Auswahl in Frankfurt am Main zu sehen ist. Unter dem Titel **Das kann nur Perscheid** widmet ihm das Caricatura Museum eine Retrospektive. Die museale Hängung präsentiert die Cartoons als Gemälde, was »Perscheids Abgründe«, so der Sammeltitel aller seiner Cartoons, neu ausleuchtet. Auf Augenhöhe und im großen Format betrachtet, erstaunt die Sorgfalt von Strich und Kolorierung, die Klarheit seiner Kompositionen. Perscheids Spektrum reichte von der ordinären Zote bis zur pointierten Analyse – wobei er sich über mögliche Empfindlichkeiten seines Publikums hinwegsetzte. Es sind im besten Sinne bedenkenlose Bilder. Bisweilen hat Perscheid seine Cartoons auch wie ideologische Fallen konstruiert. Ist das Lachen darüber reaktionär? Natürlich ist es das! Perscheid aber ging das nichts an, er saß bereits an der nächsten Zeichnung. Dabei ist ein Perscheid immer unmissverständlich – aber nur bis zum nächsten Cartoon, der eine entgegengesetzte Stoßrichtung haben kann. Weil es der spürbare Stoß ist, auf den es ankommt. Und der dient bei Perscheid immer der Selbstverteidigung gegen die Einfalt, den Bullshit, kurz: die menschliche Dummheit. FRA

POP

Beinahe wie aus einem Guss

Wenige andere Bands haben sich so radikal neu erfunden wie Fleetwood Mac. Die Gruppe begann 1967 in London als britische Bluesrock-Combo mit Hits wie »Black Magic Woman«, einem Song, den später Santana coverte. Der 2020 verstorbene Bandleader Peter Green gilt als einer der besten Gitarristen seiner Generation, wurde psychisch aber zunehmend instabil und verließ die Gruppe 1970. Nach Jahren des Misserfolgs zogen Drummer Mick Fleetwood, Bassist John McVie und dessen Frau Christine, die auch Teil der Band war, nach Kalifornien. Hier engagierten sie Stevie Nicks und Lindsey Buckingham, die ebenfalls ein Paar waren. Das klassische Line-up der Band war gefunden, im Sommer 1975 erschien das Album »Fleetwood Mac«. Die nun erstmals eigenständig veröffentlichte Aufnahme **Live 1975** (sie war zuvor Teil einer Wiederveröffentlichung des Albums »Fleetwood Mac«) entstand im Oktober des Jahres, als die Band noch frisch zusammen war. Die Setlist besteht aus neuen Songs, die in Richtung Folk- und Poprock streben, und Klassikern aus der britischen Anfangszeit, die hier durch Keyboard und Gesang eine weichere Klangfarbe bekommen. Tatsächlich wirken die Songs trotz ihrer Unterschiedlichkeit beinahe wie aus einem Guss, zusammengehalten durch eine Präsenz und Intensität, die angesichts der komplizierten Bandgeschichte erstaunen. Vor allem die hymnische Version von »Rhiannon« begeistert mit ihrer Energie. Fleetwood Mac präsentieren sich hier wie eine Band, die selbst noch nicht fassen kann, wie gut sie klingt. KAE

Fleetwood Mac: »Live 1975«.

Verlagsangebot

Preview am 15. Dezember
Kinostart am 8. Januar

Die exklusive Kino-Preview!

Präsentiert von DER SPIEGEL

Jetzt zwei kostenlose Karten reservieren.

Focus Features © 2025 All Rights Reserved

www.spiegel.de

»Song Sung Blue«

Als Mike Sardina (Oscar®-Nominierter Hugh Jackman, »Les Misérables«) die Sängerin Claire Stengl (Oscar®-Nominierte Kate Hudson, »Almost Famous – Fast berühmt«) zum ersten Mal auf der Bühne sieht, ist es sofort um ihn geschehen. Mike, ein Vietnamveteran und trockener Alkoholiker, jobbt als Mechaniker – doch sein Herz schlägt für die Musik, die er abends auf kleinen Bühnen spielt. In Claire erkennt er dieselbe Begeisterung. Schnell entsteht zwischen den beiden eine tiefe Verbundenheit. Sie gründen die Neil-Diamond-Tribute-Band Lightning & Thunder – es ist der Beginn einer unvergesslichen Liebesgeschichte, die weit über die gemeinsame Leidenschaft zur Musik hinausgeht.

Mit »Song Sung Blue« präsentiert Regisseur und Drehbuchautor Craig Brewer (»Hustle & Flow«) ein mitreißendes Epos über die innige und kreative Verbindung zweier Musiker, die zeigen, dass es keine Rolle spielt, wann im Leben man sich findet – Hauptsache, Herz und Musik schlagen im gleichen Takt. Inspiriert von wahren Begebenheiten erzählt der Film die Geschichte von Claire und Mike Sardina, die es als Band Lightning & Thunder von einer kleinen Garage bis in die Klubs von Milwaukee schaffen. Das Paar gelangt zu unerwartetem Erfolg, der allein auf der engen Verbundenheit zueinander beruht. Selbst als ein Schicksalsschlag alles verändert, besinnen sich die beiden auf ihre Liebe – zur Musik und zueinander.

www.upig.de/micro/song-sung-blue

Die Preview-Aktion wird am Montag, dem 15.12.2025, stattfinden. Für zwei kostenlose Kinokarten können Sie sich ab sofort online registrieren: **www.spiegel.de/kinopreview**

Ab Donnerstag, dem 11.12.2025, werden Sie per E-Mail informiert, ob Sie bei der Preview dabei sind.

Achtung: Die Tickets sind nicht übertragbar. Missbrauch wird zur Anzeige gebracht.

QR-Code scannen und online registrieren unter **www.spiegel.de/kinopreview**

Berlin
Zoo Palast
Hardenbergstraße 29 a
Beginn: **20 Uhr**

Düsseldorf
Atelier
Graf-Adolf-Straße 47
Beginn: **20 Uhr**

Frankfurt am Main
Cinema
Roßmarkt 7
Beginn: **20 Uhr**

Hamburg
Passage Kino
Mönckebergstraße 17
Beginn: **20 Uhr**

Hannover
Kino am Raschplatz
Raschplatz 5
Beginn: **20 Uhr**

Köln
Filmpalast
Hohenzollernring 22
Beginn: **20 Uhr**

Leipzig
Passage Kinos
Hainstraße 19 a
Beginn: **20 Uhr**

München
City Kinos
Sonnenstraße 12 a
Beginn: **20 Uhr**

Nürnberg
Cinecitta
Gewerbemuseumsplatz 3
Beginn: **20 Uhr**

Stuttgart
EM
Bolzstraße 4
Beginn: **20 Uhr**

SPORT

Der Kulturbotschafter

Karrieren Giovane Elber verzauberte die Bundesliga mit einem Tor von der Eckfahne. Heute ist er Farmbesitzer, pendelt zwischen bayerischer Allianz-Arena und brasilianischen Kuhweiden. Wo gehört er hin?

Farmer Elber in Brasilien

Olivia Lehmann / DER SPIEGEL

Am Ende der Regenzeit, als für die Fußballer Europas schon die neue Saison begonnen hat, steuert Giovane Elber einen weinroten Pick-up durch den wilden Westen Brasiliens, um, so sagt er es, sein »schönes Paradies« zu zeigen.

Elber zu folgen, braucht Vertrauen – und Allrad. Dreieinhalb Stunden sind es vom Flughafen Cuiabá ins Nirgendwo, die Strecke ist durchsetzt von Schlaglöchern und roterdigen Schlammlachen. Wasser dringt beim Durchqueren tiefer Pfützen durch die Türritzen des Mietwagens; mehrfach droht das Auto stecken zu bleiben.

Links und rechts ist das Land grün, mannshohes Zuckerrohr verwandelt die Straße in einen Tunnel. Schließlich taucht am Ende eines Feldwegs die »Fazenda São Paulo« auf, der Ort, an dem sich Giovane Elber, inzwischen 53 Jahre alt und Farmer, zu Hause fühlt.

Geboren in Londrina im Süden Brasiliens, ist Elber ein Wanderer zwischen den Kulturen. Aufgewachsen in einfachen, aber stabilen Verhältnissen, ging er 1991 nach Europa, gerade mal 19 Jahre alt, Familienfotos, zwei Trainingsanzüge und kaum ein Wort Fremdsprache im Gepäck.

Beim VfB Stuttgart war er Teil des »Magischen Dreiecks«. 1997 wechselte er zum FC Bayern, viermal stemmte er auf dem Münchner Rathausbalkon die Meisterschale in die Luft.

Was die meisten übersahen: wie viel Kraft es Elber oft kostete, das Schwere leicht aussehen zu lassen. In der Fremde musste er lernen, mit Geld, Ruhm und Versuchungen aller Art klarzukommen, mit Rückschlägen und Enttäuschungen. Vor allem musste er lernen, neue, ihm unbekannte Zeichensysteme zu durchschauen: die fremden Sprachen, eine andere Mimik, neue Temperamente, ein anderes Körpergefühl.

Zu Beginn litt er in Europa, Psychologen nennen das »kognitive Dissonanz«. Es ist der Schmerz, dass alles so anders ist, so verwirrend. Dass man manchmal nicht mehr weiß, wo man hingehört.

Viele brasilianische Spieler sind daran gescheitert: der Dribbelkönig Garrincha, der während seines Gastspiels in Italien fast verging vor Heimweh und der irgendwann, längst zurück in der Heimat, an Leberzirrhose starb; Sócrates, der Arzt und Fußball-Intellektuelle, der es nur ein Jahr in Florenz aushielt und sich totsoff; oder Ronaldinho, der große Zauberer, der in Europa Millionen verdiente und das meiste verprasste.

Auch Elber kämpfte gegen den Strudel, aber er blieb oben. Die Sehnsucht besiegte er mit einer kulturellen Schocktherapie: Er lebte gesund, passte sich an, fügte sich ein. Und er war immer gut mit Geld.

Seit 2017 arbeitet er für den FC Bayern als Markenbotschafter, als Gesicht für die Bayern-Anhänger bei Heimspielen und bei öffentlichen PR-Terminen in aller Welt – beliebt unter deutschen Fans, oft auch bestaunt in seiner brasilianischen Heimat.

Man könnte sagen, dass es Elber doppelt gibt. Er liebt doppelt, er hadert doppelt. Hier diese Deutschen, die so ernst sind und sich selten in den Arm nehmen. Dort die Brasilianer, die man kaum greifen kann, trotz aller Umarmungen. »Beides ist meine Heimat. Eins allein, das hieße, mir eine Herzkammer rauszureißen«, sagt er, Portugiesisch und Deutsch mischend.

Eine Identitätsgeschichte. Wo gehöre ich hin? Was macht mich aus? Wie sehr muss ich mich anpassen? Und was muss ich bewahren, damit ich mich nicht selbst verliere?

Elber integrierte sich, indem er sich nicht integrierte. Zumindest nie ganz. Indem er sich wandelte und trotzdem überall Elber blieb. Was nicht so einfach ist, wie es klingt.

Am nächsten Morgen, die Sonne ist gerade aufgegangen, zeigt Giovane Elber, wie sein Leben in Brasilien aussieht. Erst raunt er, dann ruft er, schließlich singt er beinahe. »Komm, komm, komm, komm!«, lockt er die Tiere, »ai, ai, ai, ai!«

Die Rinder stieren erst, dann traben sie langsam in seine Richtung. »Servus, Papa ist wieder da!«, sagt Elber. Er wirkt müde. Wie jemand, der eine lange Reise hinter sich hat.

Wenn er bei seinen Cowboys ist, dann ist er einer von ihnen. Er ist dann Elber, der Brasilianer, ein Vaqueiro, der mit den anderen Vaqueiros arbeitet. Manchmal reitet er mit ihnen, manchmal reitet er allein, die Zügel lässig in der rechten Hand, die Herde vor sich hertreibend: ein früherer Fußballheld, heute ein Landbesitzer, auf dessen 10.000 Hektar rund 4500 Rinder grasen.

Elber, der eigentlich Élber de Souza heißt, trägt eine teure True-Religion-Jeans und braune Cowboy-Stiefeletten, an deren Fersen Kuhdung klebt. Im Gürtel steckt ein Messer. Die Farm ist sein Rückzugsort, das Zentrum seiner Komfortzone. Er ist hier nicht einer der erfolgreichsten Ausländer der Bundesligageschichte, sondern ein Landmann, bescheiden und bodenständig. Auf eine gewisse Art ist Elber immer der Junge aus der »bairro humilde« geblieben, der Junge aus einem »bescheidenen Viertel«. Gut möglich, dass ihn das gerettet hat.

Bayern-Spieler Elber mit Meisterschale 2000: Alles monströs und Furcht einflößend

IMAGO

Einmal holt er sein Handy heraus und sucht ein Foto, das ihn als Markenbotschafter während eines USA-Besuchs zeigt. Neben ihm stehen die Schauspieler Arnold Schwarzenegger, Sylvester Stallone und Dolph Lundgren sowie Lothar Matthäus.

»Schau doch mal«, sagt er. »Dass solche Weltstars überhaupt ein Foto mit mir gemacht haben. Mann, Mann, Mann.«

Vier Brüder waren sie zu Hause, einer starb an einer Knochenmarkserkrankung. Der Vater arbeitete als Wachmann, die Mutter ging putzen. Die Eltern lehrten ihn, dass man für alles dankbar sein muss im Leben. Auch für die abgewetzten Lederbälle, mit denen Elber mit fünf Jahren auf der Straße bolzte. Sie schärften ihm auch ein, dass man beharrlich und gewissenhaft sein muss. Elber wusste früh: Er musste sich von anderen unterscheiden, wenn er den Unterschied machen wollte.

Mit 15 war Giovane Elber ein flinker Hallenfußballer, der die anderen beim Spiel Sieben gegen Sieben austrickste. Er glaubte nicht an eine Profikarriere, stattdessen jobbte er in einer Bank in der Dokumentverwaltung. An den Nachmittagen schnitt er vier Stunden lang Schecks zurecht, klebte und verschickte sie – und verdiente mehr als doppelt so viel wie sein Vater. »Für mich war klar, dass ich mit dem Geld meine Familie unterstütze«, sagt Elber.

Als 16-Jähriger fuhr er mit dem Bus zum Maracanã-Stadion, 1000 Kilometer von Londrina bis nach Rio. Hier kickte sein Idol Zico, den sie »den weißen Pelé« nannten und den er einmal spielen sehen wollte.

Zico verbrachte von 1983 bis 1985 zwei erfolgreiche Jahre in Italien und spielte kurz vor seinem Karriereende noch für Kashima Antlers in Japan. Sein Beispiel zeigte Elber, dass es gelingen kann, in der Fremde erfolgreich zu sein, ohne aufzugeben, was einen zum Brasilianer macht.

Der örtliche Fußballklub Londrina EC lehnte Elber zunächst bei fünf Probetrainings ab. Er blieb beharrlich, dann wurde sein Talent bei einem Hallenturnier erkannt. Er unterschrieb seinen ersten Vertrag, bald spielte er in Junior-Nationalauswahlen.

1991 wechselte er zum AC Mailand, für die damals beachtliche Summe von umgerechnet einer Million Euro. Als er in Mailand landete, sah er Menschen, die Hemden statt Achselshirts trugen und Lackschuhe statt Badelatschen. Er sah den Dom, eine Renaissance-Uni und das Giuseppe-Meaz-

za-Stadion mit seinen hitzigen Fans. Er merkte: Hier hat vieles eine jahrhundertealte Geschichte. Und: In Europa wird Fußball gearbeitet, nicht zelebriert.

In Mailand schmorte Elber hinter dem Ensemble um die Superstars Marco van Basten, Ruud Gullit und Frank Rijkaard. Klubs in Europa durften damals noch maximal drei Ausländer pro Spiel einsetzen.

Bald darauf wurde er an den Grasshopper Club Zürich ausgeliehen. Es sollte eine Perspektive sein, doch das Leiden fing erst richtig an. Elber fühlte sich verloren, saß zwischen den Trainings in seiner Zweiraum-Mietwohnung und guckte stundenlang MTV. Oder er fuhr planlos mit der Straßenbahn durch die Stadt. Er konnte damals kaum Deutsch; in Restaurants bestellte er seine Gerichte nach dem Zufallsprinzip – und hoffte jedes Mal, dass sie ihm etwas Genießbares servieren würden.

Einen Teil seines Gehalts schickte er nach Hause. Er verdiente gut, »aber ich baute keine Paläste«, sagt er heute. Diese Bodenständigkeit prägt sein ganzes Leben.

»Du musst die Sprache lernen, das ist der Schlüssel zu allem«, sagte ihm die Mutter am Telefon. Und dass er kochen lernen solle. »Mamas Ratschläge haben mir damals mehr geholfen als alles andere«, sagt Elber. Als ihm sogar sein Trainer riet, mal in eine Disco zu gehen, um Anschluss zu finden, wusste Elber: Es musste etwas passieren.

Gegen Mittag ist Elber von seinem Ausflug zurück. Im Garten seiner Farm glitzert die Sonne auf dem Wasser, der Pool ist gleich neben der Loggia mit Sitzecke und großem Grill. Die Fazenda hat vier Schlafzimmer und einen Wohnbereich, in dem man drei Lkw parken könnte. Die Sonne steht im Zenit, und Elber orchestriert den Herd.

Er trägt Latschen und eine kurze Hose mit Paulaner-Emblem. Hantiert am Drehknopf für die Temperatur wie ein DJ an den Reglern seines Mischpults. Salzt nach. Die Hüftsteaks zischen in heißem Öl; Elber probiert den Sud. Es kommt auf das Zusammenspiel aller Parameter an. Würze, Sämigkeit, Garpunkt. Alles muss ausbalanciert sein, um ein sinnvolles Ganzes zu ergeben.

»Wenn einer in der Leistung abfällt, zieht er das ganze Team runter. Dann muss er gehen.«
Giovane Elber

Es dauerte lange, bis Elber in Europa angekommen war. Doch er blieb beharrlich, so wie er es in Londrina gelernt hatte.

Er wurde Torschützenkönig bei den Grasshoppers und Pokalsieger. Weil er »dranblieb«. Dabei half ihm auch sein Pragmatismus. Er fragte nicht: Warum sind die Menschen in Europa so? Er sagte sich: Die sind so. Und ich bin anders.

Elber lernte, sich anzupassen, ohne die eigene Identität zu verleugnen. Die Mitspieler kannten bald seine Laufwege, und er wusste, was eine Rösti-Ecke ist. Die Telefonate nach Brasilien wurden seltener.

Sein Schweizer Spiel weckte Begehrlichkeiten in der Bundesliga. 1994 wechselte Elber zum VfB Stuttgart. Er spielte mit weißen Schuhen und tanzte nach Toren, er mühte sich, im Bundesliga-Ozean Welle zu sein statt nur Schaumkrone.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Klubpatriarch und Präsident des VfB Stuttgart, liebte Elber – wie alle im Klub. Einmal im Monat lud er die Spieler zum Essen ein. Elber sagt: »Er war wie ein Vater.«

Doch dann lernte Elber, dass Fußball auch ein Geschäft ist. Er wurde abermals entwurzelt, zu einem Zeitpunkt, als er gerade Wurzeln geschlagen hatte.

Elber war inzwischen mit Cintia verheiratet, die er als Vierjähriger in Londrina zum ersten Mal gesehen hatte. In der Stuttgarter Zeit war sie ihm hinterhergezogen. Während eines Brasilienbesuchs hatten sie sich wiedergetroffen. Mit ihr sollte er Tochter Camilla und Sohn Victor bekommen.

Der VfB, erfuhr Elber, trug sich mit der Absicht, ihn zu verkaufen. »Ich habe die Welt nicht verstanden«, sagt er heute. »Ich wollte doch überhaupt nicht weg.« Doch die Schwaben wollten ihren erfolgreichen Stürmer zu Geld machen, daran änderte auch die Zuneigung von Mayer-Vorfelder nichts. Und so wechselte Elber 1997 für zwölf Millionen D-Mark zum FC Bayern München.

Alles hatte sich gerade erst gefunden. Alles hätte bleiben können, wie es ist. Aber alles wurde anders.

Auf Elbers Farm erzählen die Wände Geschichten. Teller aus aller Welt hängen dort an der Wand, aus Paris, Prag oder Nürnberg. Erinnerungen an viele Reisen, vor allem mit den Bayern.

Auf dem Putz im Flur prangt ein Gemälde von einem jüngeren, rennenden Elber, kurz nach seinem Wechsel zu den Bayern. Das Trikot ist ihm an den Ärmeln ein wenig zu groß. Er sieht entschlossen aus. Und gleichzeitig verletzlich.

In München war alles monströs und organisierter, als Elber es kannte. Auch Furcht einflößend – weil beim FC Bayern nichts so verboten war, wie Fehler zu machen. Elber passte sich schnell an, wieder einmal. 1999 traf er gegen Hansa Rostock von der Eckfahne aus, sein Tor wurde später in der »Sportschau« zum Tor des Jahres gekürt. 2002/03 wurde er Bundesliga-Torschützenkönig, 2001 im Halbfinale schoss er Real Madrid aus der Champions League, die er dann mit den Bayern gewann. Mit 139 Treffern ist er heute der Zehnte in der ewigen Torschützenliste des Vereins.

Wichtiger war, dass Elber in München Anschluss fand. Dass er sich mit den Menschen verband; der Erfolg half ihm dabei. Je mehr er in sich selbst ruhte, desto nahbarer wurde Elber. Und je mehr er wusste, wer er war, desto mehr konnte er sich für neue Erfahrungen öffnen.

Elber erzählt, er denke und träume oft auf Deutsch, seit er in München gespielt habe. Mit der Zeit lernte er, die Deutschen zu schätzen. »Ich mag es, wenn Dinge funktionieren«, sagt er heute. »Wenn sie realistisch eingeschätzt werden und nicht Gefühle alles leiten.« Er klingt selbst sehr deutsch, wenn er das sagt; er hat jetzt nur wenig brasilianischen Sing-Sang-Akzent in der Stimme.

Irgendwann wurde er, obwohl er erfolgreich spielte, auch in München aussortiert. Trainer Ottmar Hitzfeld, der später sagen sollte, er habe keinen kompletteren Spieler trainiert als Elber, teilte ihm mit, dass mit Roy Makaay ein neuer Stürmer komme und

Fußballer Elber mit VfB-Präsident Mayer-Vorfelder 1997, im Trikot von Olympique Lyon 2003: »Ich mag es, wenn Dinge funktionieren«

Sportfoto Rudel / IMAGO

Panoramic / IMAGO

dass für ihn kein Platz mehr im Kader sei. Elber wechselte nach Frankreich, zu Olympique Lyon.

Die Zeit dort beschreibt er mit einem Wort: »vergeudet«. Cintia wurde am ersten Tag in der neuen französischen Heimat die Handtasche gestohlen, die Mitspieler empfand Elber als missgünstig. Er sagt, sie hätten ihm keinen Ball gegönnt.

Vielleicht war all das auch eine kulturelle Volte zu viel. Vielleicht ist selbst Giovane Elber nicht unendlich integrierbar.

Auf dem Platz behauptete er sich dennoch. Als Lyon in der Champions League gegen den FC Bayern spielte, schoss Elber seinen Ex-Verein ab – im Münchner Olympiastadion. »Ich habe danach ein bisschen geweint«, sagt er.

Warum?

Elber würde das selbst nie sagen, aber vielleicht war nicht sein Bayern-Tor gegen Madrid das wichtigste seiner Karriere, sondern eben jenes Tor für Lyon gegen Bayern. Weil es seine Ehre wiederherstellte. Es zeigte den Lyonern, was er konnte. Und es zeigte den Bayern, wen sie abgeschoben hatten.

Sogar viele Bayern-Fans feierten ihn im Stadion. Vielleicht wurde Elber, der Bayer, ausgerechnet in diesem Moment erst komplett. Sein Groll gegen den Ex-Verein löste sich auf. Und wahrscheinlich konnte er dadurch später zu dessen Markenbotschafter werden und wieder Lederhosen tragen. Heute, sagt er, freue er sich wieder jedes Jahr auf die Wiesn.

Als Elber Lyon verließ und seine Bundesligazeit nach einem Umweg über Borussia Mönchengladbach schließlich endete, ging er aufrecht zurück nach Brasilien.

Am nächsten Morgen haben die Seriemas-Vögel Elber um sechs Uhr mit ihrem Lärm geweckt. »Hier draußen bist du ein Teilchen einer gigantischen Welt. Du merkst, wie bedeutungslos ein einziger Mensch ist«, sagt er, während er sachte den Pick-up startet.

Elber rumpelt über Sandpisten, fährt zu einer Koppel, nicht weit von der Farm. Die Kühe im Gatter sollen heute gegen Parasiten geimpft werden. Elber mischt sich wieder unter seine Cowboys.

Mit einem Stock, an den ein leerer Reissack geheftet ist, hilft er, die Tiere in einen hölzernen Korridor zu treiben. An dessen Ende wird jedes Tier in einem Apparat fixiert und bekommt eine Spritze.

Und plötzlich, bei der Impfung, wird Elber, der Vaqueiro, zu Elber, dem Deutschen. Er achtet genau darauf, dass die Cowboys bei jeder 50. Rinderimpfung die Nadel tauschen, weil das so vorgeschrieben ist und weil es den Kühen Schmerzen durch krumme Kanülen erspart. Vorschrift ist Vorschrift.

Sein Personal sucht Elber stets sorgfältig aus. Er habe auch schon Cowboys entlassen, sagt er. »Es ist wie beim Fußball: Wenn einer in der Leistung abfällt, sich nicht in die Gruppe einfügt, zieht er das ganze Team runter. Keiner kann in dem Fall seine Bestleistung zeigen. Dann muss er gehen.«

Olivia Lehmann / DER SPIEGEL

Rückkehrer Elber in Brasilien: Ein Teilchen in einer gigantischen Welt

2006 spielte Elber noch einmal in einem brasilianischen Verein, bei Cruzeiro Belo Horizonte. Er erfüllte sich seinen alten Traum und lief in seinem Heimatland auf, wo sein Vorbild Zico zu Hause gewesen war.

Doch seine Zeit war um. Elber, der alternde Profi, litt an vielen Verletzungen, nach nur acht Monaten beendete er seine Karriere.

Zugleich fiel ihm auf, dass er Brasilien inzwischen mit anderen Augen sah. Ihn störte die Kriminalität, die Vetternwirtschaft in der Politik. »Wir haben amtierende Minister, die längst der Korruption überführt worden sind«, sagt er. »Man muss sagen, der letzte Präsident ist besser dagegen vorgegangen.«

Der »letzte Präsident« war Jair Bolsonaro, den viele als »Trump Brasiliens« sehen. Für viele Brasilianer ist er eine Projektionsfläche für den Leitspruch, der auf der Nationalflagge prangt: »Ordem e Progresso« – Ordnung und Fortschritt. Ein Hoffnungsträger nach 21 Jahren Militärdiktatur, etlichen Währungsreformen, hoher Inflation und Politikern, die sich vor allem selbst bedienten.

Elber, der Heimkehrer, fühlt erneut kulturelle Dissonanz. Nur ist es dieses Mal umgekehrt. Nicht Brasilien hat sich verändert, sondern er.

Auch persönlich fremdelte Elber zunächst. Kaum einer kannte ihn hier, ihn, der in Deutschland so bewundert worden war.

Eine größere Karriere in der brasilianischen Nationalmannschaft blieb ihm verwehrt. 15-mal spielte er für die Seleçao, schoss respektable sieben Tore, aber sie nahmen ihn nie zu einem großen Turnier mit. Heute sagt Elber: »Ich bin damit im Reinen.« Es klingt trotzig.

Viele Spieler fallen beim Aufhören in ein Loch. Für Elber ist der heutige Job bei Bayern auch eine Garantie, dass er nicht ganz vergessen wird. »Ich bin heute mehr Deutscher«, sagt er.

Seine Frau und er haben inzwischen einen deutschen Pass – das vereinfacht das weltweite Reisen, ist aber auch eine Bestätigung für ihn. Beim Einbürgerungstest habe er mehr als 90 Prozent richtig gehabt, erzählt er stolz.

Am Abend fährt er seine Besucher mit einem kleinen Boot über einen nahe gelegenen Fluss, im Wasser leben Alligatoren. Der Außenborder röhrt, Elber öffnet zwei Knöpfe an seinem Hemd. Das Handy hat er ausgeschaltet, der Kopf ist auf Stand-by.

»In solchen Momenten denke ich null an den FC Bayern und Europa«, sagt er. Es sieht so aus, als sei er angekommen, als habe er, nach den Jahren des Umherziehens, endlich seine Ruhe gefunden.

Beim Anlegen fällt er beinahe ins Wasser, gleitet dann aber doch noch geschmeidig zurück ins Boot. Sobald er an Land ist, holt er sein Smartphone heraus und checkt seine Mails.

Christoph Wöhrle S

Rund
20 %
sparen im ersten Jahr

Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Ihr flexibles Vorteilsangebot: Die ersten 52 Ausgaben DER SPIEGEL erhalten Sie für nur 5,30 € pro Ausgabe statt 6,60 €.

Sie sparen rund 20 % und können jederzeit monatlich kündigen.

Jetzt bestellen und sparen:
abo.spiegel.de/20flex
oder telefonisch unter 040 3007-2700

DER SPIEGEL

Randsportart

Schach und Boxen, das sind zwei Sportarten, die kaum weiter voneinander entfernt sein könnten. Das macht den Reiz aus, Schachboxen wird immer beliebter. Dabei treten die Kämpferinnen und Kämpfer abwechselnd in den Boxring und ans Schachbrett. Sechs Runden Denksport, fünf Runden Faustkampf, die Entscheidung fällt durch Knock-out, Schachmatt, Aufgabe, Disqualifikation – oder wenn die Schachuhr abläuft. In diesem Jahr fand die WM in Serbien statt, Alina Rath und Lasse Räbinger gewannen Gold für Deutschland. KRÄ

HALTUNGSNOTE

Die Würde des Schiedsrichters

Timo Gerach ist kein Star im Fußball, er gehört zu den eher Unbekannten der Branche. Sein Job ist es, nicht im Mittelpunkt zu stehen.

Timo Gerach ist Bundesliga-Schiedsrichter.

Am Wochenende hat er die Partie zwischen Borussia Mönchengladbach und RB Leipzig geleitet, 0:0 hieß es am Ende, die meisten werden das Spiel rasch vergessen. Timo Gerach nicht.

Er wird zwei Szenen im Gedächtnis behalten: Kurz nach dem Wechsel schoss die Borussia ein Tor, Gerach erkannte es an, dann griff der Videoschiedsrichter ein und kassierte den Treffer, weil der Torschütze um eine Schuhspitze im Abseits stand. Und man dachte mit Wehmut an die Zeiten, als es noch Begriffe wie »gleiche Höhe« und »im Zweifel für den Angreifer« gab und solche Tore durchgewinkt wurden.

Später pfiff Gerach einen Elfmeter für Gladbach. Wieder revidierte der VAR: Der Leipziger Willi Orban hatte zwar seinen Gegenspieler, aber auch den Ball getroffen.

Der Videobeweis lässt den Spielraum von Schiedsrichtern wie Timo Gerach schrumpfen. Sie müssen auch vermeintliche Irrtümer öffentlich erklären.

Zweimal hat der Schiedsrichter nichts falsch gemacht. Das Abseits war selbst im Standbild nicht zu erkennen, das Foul Auslegungssache. Und dennoch: Weil DFB und DFL eingeführt haben, dass Schiedsrichter Korrekturen durch den Videobeweis per Mikrofon zu erläutern haben, musste Gerach vor 50.000 Menschen zweimal erklären, dass er sich geirrt habe.

Wie ein Schüler, der vor der Klasse öffentlich zugeben soll, dass er abgeschrieben hat.

Gerach hat zweimal nach seinem Ermessensspielraum entschieden. Aber die moderne Videotechnik duldet kein Ermessen.

Öffentlich Fehler einzugestehen, die im Grunde keine sind, das ist demütigend. Man sollte Gerach und seine Kollegen bewundern, dass sie Spieltag für Spieltag Würde bewahren. AHA

Ulrich Hufnagel / dpa, Oli Scarff / AFP

DER SPIEGEL

SPIEGEL-VERLAG
Rudolf Augstein GmbH & Co. KG
Ericusspitze 1, 20457 Hamburg

TELEFON +49 (0) 40 3007-0
FAX -2246 (Verlag) | -2247 (Redaktion)
MAIL spiegel@spiegel.de

WEBSITE spiegel.de
INSTAGRAM instagram.com/spiegelmagazin
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTION Dirk Kurbjuweit (V. i. S. d. P.), Thorsten Dörting, Cordula Meyer

LEITENDE REDAKTEURE **Editorial Desk:** Judith Horchert, Barbara Hardinghaus, Alexander Neubacher, Hendrik Ternieden, Oliver Trenkamp, Stefan Weigel. **Managing Editor:** Birger Menke, Bente Kirschstein (Geschäftsführende Redakteurin). **Leiterin Derivate:** Dr. Susanne Weingarten. **Redaktionelle Entwicklung:** Matthias Streitz

CHEFS VOM DIENST **Leitung:** Patricia Dreyer, Malte Müller-Michaelis, Jörn Sucher, Anselm Waldermann (stellv.). **CvD Digital:** Melanie Ahlemeier, Lisa Erdmann, Kevin Hagen, Olaf Heuser, Olaf Kanter, Sabrina Knoll, Nicolai Kwasniewski, Florian Merkel, Charlene Optensteinen, Dr. Dominik Peters, Dr. Jens Radü, Daniel Raecke, Martin Wolf

AUTOREN/REPORTER DER CHEFREDAKTION Dr. Melanie Amann, Susanne Beyer, Ullrich Fichtner, Lothar Gorris, Marc Hujer, Stefan Kuzmany, Thomas Schulz

NEWS **Leitung:** Janko Tietz, Benjamin Schulz (stellv.); Henrik Bahlmann, Anna Ehlebracht, Malte Göbel, Miriam Khan, Charlotte Lüder, Jonas Mielke, Jan Petter, Florian Pütz, Sven Scharf, Elisa Schwarze, Kim Staudt, Sebastian Stoll, Anastasia Trenkler, Nadine Wolter

HAUPTSTADTBÜRO **Leitung:** Christoph Hickmann, Roland Nelles, Maria Fiedler (stellv.), Marina Kormbaki (stellv.). **Redaktion:** Sophie Garbe, Florian Gathmann, Milena Hassenkamp, Fabian Hillebrand, Paul Anton Krüger, Ann-Katrin Müller, Andreas Niesmann, Anna Reimann, Jonas Schaible, Christoph Schult, Christian Teevs, Linda Tutmann, Severin Weiland. **Autoren, Reporter:** Deike Diening, Markus Feldenkirchen, Sebastian Fischer, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Philipp Wittrock. **Politik Hamburg:** Felix Keßler, Marc Röhlig

DEUTSCHLAND **Leitung:** Anke Dürr, Dr. Markus Verbeet, Guido Mingels (stellv.), Sophia Schirmer (stellv.), Ansgar Siemens (stellv.). **Redaktion:** Birte Bredow, Lisa Duhm, Fiona Ehlers, Silke Fokken, Kathrin Fromm, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelrath, Levin Kubeth, Annette Langer, Katrin Langhans, Gunther Latsch, Christopher Piltz, Hannes Schrader, Swantje Unterberg, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler.
Investigativ/Innere Sicherheit: Jörg Diehl, Wolf Wiedmann-Schmidt; Susanne Amann, Maik Baumgärtner, Sven Becker, Lukas Eberle, Roman Höfner, Philipp Kollenbroich, Roman Lehberger, Nicola Naber, Sven Röbel, Fidelius Schmid, Sara Wess.
Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise.
Autoren, Reporter: Jürgen Dahlkamp, Julia Jüttner, Dr. Klaus Wiegrefe.
Berlin: Frauke Böger, Juliane Löffler

WIRTSCHAFT/NETZWELT **Leitung:** Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Stefan Kaiser, Cornelia Schmergal, Simon Hage (stellv.). **Redaktion:** Vicky Bargel, Dr. Philip Bethge, Benjamin Bidder, Michael Brächer, Florian Diekmann, Kristina Gnirke, Max Hoppenstedt (Teamleitung Netzwelt), Henning Jauernig, Dr. Matthias Kaufmann, Katharina Koerth, Matthias Kremp, Martin U. Müller, Thilo Neumann, Alexander Preker, Stefan Schultz, Kim Staudt, Udo Trichtl. **Autoren, Reporter:** Markus Becker, David Böcking, Angela Gruber, Alexander Kühn, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach.
Berlin: Markus Dettmer, Michael Kröger

AUSLAND **Leitung:** Mathieu von Rohr, Özlem Topçu, Maximilian Popp (stellv.), Julia Prosinger (stellv.), Kurt Stukenberg (stellv.). **Redaktion:** Mohannad Alkhalil Alnajjar, Ann-Dorit Boy, Alexander Chernyshev, Francesco Collini, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Serafin Reiber, Anna-Sophie Schneider. **Autoren, Reporter:** Alexandra Berlin, Christian Esch, Susanne Koelbl, Katrin Kuntz, Steffen Lüdke, Juliane von Mittelstaedt, Nadia Pantel, Christoph Reuter, Alexander Sarovic, Fritz Schaap.

WISSEN **Leitung:** Julia Merlot, Katja Thimm, Patrick Beuth (stellv.). **Redaktion:** Marco Evers, Anika Freier, Johann Grolle, Arvid Haitsch, Marc Hasse, Lukas Kissel, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Julia Köppe, Martin Schlak, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität). **Autoren, Reporter:** Jörg Blech, Maik Großekathöfer, Christoph Seidler, Olaf Stampf, Antje Windmann.
Berlin: Susanne Götze, Kerstin Kullmann, Alina Schadwinkel

KULTUR **Leitung:** Philipp Oehmke, Eva Thöne, Elisa von Hof (stellv.), Anton Rainer (stellv.). **Redaktion:** Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Oliver Kaever, Ulrike Knöfel, Annina Metz, Carola Padtberg, Katharina Stegelmann. **Autoren, Reporter:** Laura Backes, Andreas Borcholte, Xaver von Cranach, Sebastian Hammelehle, Michail Hengstenberg, Wolfgang Höbel, Enrico Ippolito.
Berlin: Lars-Olav Beier, Matern von Boeselager, Tobias Rapp, Jurek Skrobala

REPORTER **Leitung:** Özlem Gezer, Christoph Scheuermann, Felix Dachsel (stellv.). **Redaktion:** Nora Gantenbrink, Julia Kopatzki, Jonah Lemm, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Max Polonyi, Cathrin Schmiegel, Jonathan Stock. **Autoren, Reporter:** Frauke Hunfeld, Alexander Osang

SPORT **Leitung:** Hauke Goos, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). **Redaktion:** Peter Ahrens, Matthias Fiedler, Marco Fuchs, Jan Göbel, Nina Golombek, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Jonas Kraus, Marvin Rishi Krishan, Jochen Leffers, Danial Montazeri, Gerhard Pfeil, Jörg Römer, Tobias Scharnagl, Annika Schultz, Cedric Voigt

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Friederike Freiburg, Lena Greiner, Maximilian Rau, Anne Seith. **Tests:** Markus Linden

MEINUNG & DEBATTE **Leitung:** Anna Clauß, Ralf Neukirch. **Redaktion:** Jan Hoffmeister, Swantje Karich, Martina Kix (Teamleitung), Charlotte Klein, Hannah Pilarczyk

LEBEN **Leitung:** Ayla Kiran, Frauke Lüpke-Narberhaus, Helene Endres (stellv.), Nike Laurenz (stellv.). **Redaktion:** Julian Aé, Irene Berres, Antje Blinda (Teamleitung Reise), Christopher Bonnen, Franziska Bulban, Markus Deggerich, Tanya Falenczyk, Helene Flachsenberg (Teamleitung Start), Florian Gontek, Sylvie Gühmann, Dr. Veronika Hackenbroch, Lukas Hildebrand, Katharina Hölter, Maren Hoffmann, Maren Keller, Heike Klovert, Eva Lehnen, Dr. Heike Le Ker, Philipp Löwe, Benjamin Maack, Franca Quecke, Claudio Rizzello, Marthe Ruddat, Sandra Schulz, Julia Stanek, Markus Sutera, Verena Töpper, Nina Weber. **Autoren:** Jule Lutteroth, Marianne Wellershoff

GESCHICHTE **Leitung:** Dr. Eva-Maria Schnurr, Dr. Felix Bohr (stellv.). **Redaktion:** Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Frank Patalong, Frank Thadeusz. **Autorin:** Rafaela von Bredow

CROSSMEDIA **Leitung:** Carolin Katschak, Anne Martin, Johanna Röhr, Aleksandra Janevska (stellv.), Sven Preger (stellv.), Leonie Voss (stellv.). **Redaktion:** Ilyass Alaoui, Elena Bock, Benjamin Braden (CvD), Sven Christian, Dennis Deuermeier (Teamleitung), Philipp Dreyer, Benjamin Eckert, Philipp Fackler, Simon Garschhammer, Natascha Gmür, Birgit Großekathöfer, Janita Hämäläinen, Lucia Heisterkamp, Maria Herbst, Kim Höbel, Florian Hofman, Martin Jäschke (CvD), Heike Janssen, Amrei Jöns-Anders (CvD), Lenne Kaffka, Marco Kasang, Kim Ly Lam, Andreas Landberg, Fabius Leibrock, Sebastian Maas, Petra Maier, Marius Mestermann (Teamleitung), Jonathan Miske, Julia Parker, Luana Partimo, Fabian Pieper, Rachelle Pouplier, Robert Schlösser (CvD), Jerrit Schmidtke, Alexander Schmitt, Mathis Schneider, Dirk Schulze (CvD), Maximilian Sepp, Sandra Sperber (Leitende Redakteurin), Marie Steffens, Regina Steffens, Martin Sümening (CvD), Christian Weber, Sebastian Wilke, Yasemin Yüksel, Katharina Zingerle

DATEN & VISUALISIERUNGEN **Leitung:** Dr. Matthias Stahl, Klaas Neumann (stellv.), Patrick Stotz (stellv.); Anna Behrend, Holger Dambeck, Carla Grefe-Huge, Guido Grigat, Max Heber, Ferdinand Holsten, Frank Kalinowski, Anna-Lena Kornfeld, Nina Krug, Chris Kurt, Niklas Marienhagen, Gernot Matzke, Dawood Ohdah, Marcel Pauly, Bernhard Riedmann, Anna-Lena Schou, Achim Tack, Alexander Trempler, Rina Wilkin, Christoph Winterbach, Mascha Zuder

DEIN SPIEGEL **Leitung:** Bettina Stiebel, Alexandra Klaußner (stellv.). **Redaktion:** Antonia Bauer, Claudia Beckschebe, Pelle Kohrs, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gartred Alfeis, Esther Bloch, Gesine Block, Regine Brandt, Ursula Junger, Birte Kaiser (Teamleitung), Dörte Karsten, Sylke Kruse, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sandra Waege

PRODUKTION **Leitung:** Angela Ölscher, Petra Thormann; Kathrin Beyer, Christoph Brüggemeier, Linda Grimmecke, Julia Kemp, Gesche Sager, Stefan Schütt, Martina Treumann, Holger Uhlig, Valérie Wagner, Katrin Zabel

BILDREDAKTION **Leitung:** Jose Blanco, Maxim Sergienko; Claudia Apel, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Niklas Hausser, Signe Heldt, Daniel Hofmann (Teamleitung), Andrea Huss, Rosa Kaiser, Jan Kappelmann, Carolin Klemm, Theresa Lettner, Parvin Nazemi, Nicole Neumann (Teamleitung), Daniel Nide, Pia Pritzel, Inka Recke (Teamleitung), Jens Ressing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubial, Erik Seemann, Henriette Simons, Anke Wellnitz, Lennart Woock
Mail: foto@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

DESIGN **Leitung:** Jens Kuppi (Art Director), Ann-Kristin Köhn (stellv.); Michael Abke, Lisa Debacher, Sarah Dillon, Lynn Dohrmann, Bettina Fuhrmann, Linna Grage, Fabian Greve, Lennart Hespenheide, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Annika Loebel, Dagmar Nothjung, Franziska Palma, Kamila Ramezani, Lea Rossa, Marco Stede

TITELBILD **Teamleitung:** Johannes Unselt; Suze Barrett, Torben Bockholt, Julia Gaes

KORREKTORAT **Leitung:** Sebastian Hofer; Dr. Sebastian Bartosch, Bastian Bredtmann, Thomas Fuchs, Claudia Garcia, Matthias Reisner, Barbara Schulz-Kamm, Catrin Zander

SEO **Teamleitung:** Insa Winter; Alexandra Knape, Bastian Midasch, Veronika Silberg, Heiko Stammel, Hanna Zobel

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin Alexanderufer 5, 10117 Berlin, Tel. 030 886688-100
Dresden Carlotta Böttcher, Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0
Düsseldorf Markus Böhm, Alexander Demling, Tobias Großekemper, Torsten Kleinz, Miriam Olbrisch, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01
Frankfurt am Main Matthias Bartsch, Tim Bartz, Fellnerstraße 7-9, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680
Karlsruhe Dietmar Hipp, Stephanienstraße 30, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737
Leipzig Peter Maxwill, Postfach 310315, 04162 Leipzig
München Katrin Elger, Jan Friedmann (Koordination Nachrichten), Martin Hesse, Maria Marquart, Katherine Rydlink, Timo Schober, Kathrin Werner, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 45459510
Baden-Württemberg Christine Keck

REDAKTIONSVERTRETUNGEN/ KORRESPONDENTENBÜROS AUSLAND
Bangalore Laura Höflinger
Boston Dr. Claus Hecking
Brüssel Timo Lehmann, Benedikt Müller-Arnold, Britta Sandberg, Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv.bruessel@spiegel.de
Kairo Dunja Ramadan
London Christoph Giesen
Los Angeles Jonas Leppin
Mexiko-Stadt Jens Glüsing (frei), Tel. +52 55 56630526
Moskau Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 3637623
Nairobi Muriel Kalisch
New York Nicola Abé, Frank Hornig, Marc Pitzke, Bernhard Zand
Paris Leo Klimm, René Pfister, 4, Rue Goethe, 75116 Paris
Peking Georg Fahrion, Maria Stöhr
Rio De Janeiro Gerald Traufetter (Chefkorrespondent)
San Francisco Simon Book
Sydney Anna-Lena Abbott, Johannes Korge
Tahiti Björn Hengst
Taipeh Cornelius Dieckmann
Tel Aviv Thore Schröder, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel
Washington Julia Amalia Heyer, Britta Kollenbroich, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222
Wien Walter Mayr, Jörg Schindler

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Dr. Andreas Bernard, Marian Blasberg, Christo Buschek, Arno Frank, Christo Grozev, Oliver Das Gupta, Jochen-Martin Gutsch, Asia Haidar, Florian Haupt, Jasmin Lörchner, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Josef Saller, Alexander Smoltczyk, Ron Ulrich, Ines Zöttl

DOKUMENTATION **Leitung:** Cordelia Freiwald, Kurt Jansson, Dr. Julia Lange (stellv.), Dr. Gerret von Nordheim (stellv.); Zahra Akhgar, Nikolai Antoniadis, Dr. Susmita Arp, Dennis Barg, Lars Böhm, Eva Bräth, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eltzschig, Catrin Fandja, Dr. Matthias Fett, Leonie Charlotta Geiger, Janine Große, Imko Haan, Chris Häuser, Thorsten Hapke, Dr. Dorothee Heincke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Jonas Huggins, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Roman Kierst, Anna Köster, Ines Köster, Mara Küpper, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt, Anna Sophia Martin, Dr. Andreas Meyhoff, Marvin Milatz, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Sandra Öfner, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Sara Maria Ringer, Friederike Röhreke, Dr. Eva Saß, Andrea Sauerbier, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Anna Schwarz, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Louisa Uzuner, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
ANZEIGEN Britta Ermrich
Anzeigenpreisliste 2025
Mediaunterlagen: www.spiegel.media, www.iqmedia.de
VERTRIEB Torben Sieb
HERSTELLUNG Silke Kassuba

DRUCK
Mohn Media Gütersloh

MIX
Papier
FSC® C011124

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

DER SPIEGEL (USPS no 01544520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: Data Media (A division of Cover-All Computer Services Corp.), 2221 Kenmore Avenue, Suite 106, Buffalo, NY 14207-1306. Periodicals postage is paid at Buffalo, NY 14205, Postmaster: Send address changes to DER SPIEGEL, Data Media, P.O. Box 155, Buffalo. NY 14205-0155, e-mail: service@roltek.com, toll free: +1-877-776-5835; Kanada: SUNRISE NEWS, 47 Silver Shadow Path, Toronto, ON, M9C 4Y2, Tel +1 647-219-5205, e-mail: sunriseorders@bell.net

SERVICE

LESERBRIEFE
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbriefe@spiegel.de
Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

HINWEISE FÜR INFORMANTEN
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörende Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

OMBUDSSTELLE Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de.
Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter: hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

REDAKTIONELLER LESERSERVICE Telefon: 040 3007-3540
Fax: 040 3007-2966 Mail: leserservice@spiegel.de

NACHDRUCKE IN MEDIEN ALLER ART Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken oder Videos Kontakt, Beratung: www.gruppe.spiegel.de/syndication und Bestellung: syndication@spiegel.de,
Tel.: 040 3007-3540 für Deutschland, Österreich, Schweiz.
Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Simone Daley, Mail: simonedaley@nytimes.com,
Telefon: +44 20 7061 3507, ISSN 0038-7452

NACHBESTELLUNGEN SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter shop.spiegel.de innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

HISTORISCHE AUSGABEN Historische Magazine Bonn, www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

ABONNEMENT FÜR BLINDE Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

ABONNEMENTSPREISE Inland: 52 Ausgaben € 343,20, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 218,40, Auslandspreise auf Anfrage, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

ABONNENTENSERVICE Persönlich erreichbar
Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

ABONNEMENTSBESTELLUNG

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
- ❑ für € 6,60 pro gedruckte Ausgabe
- ❑ für € 0,70 pro digitale Ausgabe zusätzlich zur gedruckten Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,69)

Der Bezug ist monatlich kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter spiegel.de/kuerzel

Régis Bossu

* 1.10.1944 † 28.11.2025

Seine große Einzelausstellung im Jahr 2019 trug den vielsagenden Titel »More Than Just a Kiss« – mehr als nur ein Kuss war auf seinem berühmtesten Foto zu sehen, und viel mehr als dieses Bild hat der französische Fotograf Régis Bossu während seiner langen Karriere geschaffen. Das Kussbild von Erich Honecker und Leonid Breschnew, entstanden 1979 während der Feier zum 30. Jahrestag der DDR, ging um die Welt. Die scheinbar wild knutschenden Sozialisten sind auf T-Shirts, Taschen und als Graffito in der East Side Gallery zu sehen. Plagiate – so ein küssendes Trump-Putin-Pärchen – nahm Bossu heiter als Kompliment. Häufig sprach er viel zu bescheiden von Glück und Zufall, wenn er gefragt wurde, wie er es so oft geschafft habe, im richtigen Augenblick den Auslöser zu betätigen. In Verdun geboren, versuchte er sich schon als junger Mann hinter der Kamera. Mit der US-Armee ging er nach Deutschland, arbeitete bald als Fotograf für die Armee, dann für deutsche Zeitungen. Er war der Erste, der 1984 die Pershing-2-Raketen im Wald bei Heilbronn fotografierte. In Gorleben begleitete der Autodidakt auf einem Klapprad die Demonstranten, die Beerdigung Ayatollah Khomeinis in Iran 1989 dokumentierte er vom Hubschrauber aus. Das Mitglied der Agentur Sygma veröffentlichte in SPIEGEL, »Stern«, »Time« oder »Paris Match«. Für seine Ausstellung in Frankfurt wählte er damals nur 90 Motive aus. Darunter auch Naturstudien und Straßenszenen. Jetzt könne seine weitverzweigte Familie mal ein paar seiner Bilder sehen, zitierte ihn die »FAS«: »Die wissen ja gar nicht, was ich gemacht habe.« Régis Bossu starb im Alter von 81 Jahren in Darmstadt. KS

Tom Stoppard

* 3.7.1937 † 29.11.2025

Ebenso süß wie ehrfurchtsvoll haben der britische König Charles III. und seine Gattin Camilla den Dramatiker anlässlich seines Todes mit dem Satz gewürdigt: »Er war ein lieber Freund, der sein Genie mit Leichtigkeit trug.« Der 1997 zum Sir geadelte Autor Tom Stoppard wurde im Jahr 1937 als Tomáš Sträussler in der damaligen Tschechoslowakei geboren, sein Vater war ein jüdischer Arzt. Die Familie floh vor den Deutschen nach Singapur. Die bald verwitwete Mutter heiratete den Briten Kenneth Stoppard, der ihre beiden Söhne adoptierte. Tom Stoppard begann als Journalist und wurde durch das wunderbar absurde Theaterstück »Rosencrantz und Güldenstern sind tot« (1966) weltberühmt. Für seine Verfilmung des Dramas bekam er 1990 beim Filmfestival in Venedig den Goldenen Löwen. In seiner Arbeit als Dramatiker parodierte er höchst erfolgreich Agatha Christie im Stück »Der wahre Inspektor Hound«. Als Drehbuchautor verfasste er für Rainer Werner Fassbinder das Skript von »Despair – Eine Reise ins Licht« und zusammen mit Terry Gilliam und Charles McKeown das für den Kinofilm »Brazil«. Gemeinsam mit Marc Norman schrieb Stoppard die Vorlage für den Film »Shakespeare in Love«. Tom Stoppard starb in seinem Haus in der britischen Grafschaft Dorset. HÖB

Billy Bonds

* 17.9.1946 † 30.11.2025

West Ham United war Billy Bonds, und Billy Bonds war West Ham United. Das gab es früher weitaus häufiger als heute, dass Fußballer durch ihre Vereinstreue bestachen, aber das Verhältnis von Billy Bonds zu dem überaus traditionsbewussten Klub im Osten Londons war auch für damalige Verhältnisse außergewöhnlich.

Von 1967 bis 1988 spielte er für die Hammers, seine letzte Partie für den Klub bestritt er im Alter von 41 Jahren. Er absolvierte in dieser Zeitspanne 799 Pflichtspiele für West Ham. Dass das bis heute Vereinsrekord ist, versteht sich fast von selbst. Bonds war gebürtiger Londoner, ein Spieler, der auf dem Platz rustikal und elegant gleichermaßen sein konnte, vor allem aber ein echter Kämpfer, einer, wie ihn das englische Fußballpublikum liebt. Die Kapitänsbinde bei West Ham übernahm er vom legendären Bobby Moore, zweimal hat Bonds danach den FA Cup, den traditionsreichen englischen Pokalwettbewerb, mit seinem Verein gewonnen, 1975 und 1980.

Bonds wurde eine Klubikone, eine Tribüne im Stadion von West Ham ist nach ihm benannt. Als der Verein 1978 abstieg, war völlig klar: Bonds geht mit ihm in die Zweitklassigkeit. Ein Vereinswechsel kam für ihn nicht infrage. Eine große internationale Laufbahn war ihm nicht vergönnt. Nicht ein einziges Mal spielte Bonds für England. Das Königreich hat ihn dennoch geehrt, ihm wurde die Auszeichnung MBE, Member of the Most Excellent Order of the British Empire, verliehen. Nach seiner Profizeit machte er als Trainer weiter – natürlich bei West Ham United. Billy Bonds starb im Alter von 79 Jahren. AHA

Tim Wegner / laif, Godfrey Argent / National Portrait Gallery / INTERFOTO, Paul Harding / AP

PERSONALIEN

»Ich liebe Berlin«

Der Südafrikaner Trevor Noah, 41, moderierte sieben Jahre lang die US-Talksendung »The Daily Show«. Er tourt als Comedian und schreibt Bücher.

SPIEGEL: Herr Noah, das Klima in den USA wird rauer, gerade für migrantische Künstler. Sind Sie um sich selbst besorgt?
Noah: Nein, ich bin in einer glücklichen Lage. Ich verbringe viel Zeit in Südafrika, die USA betrachte ich nicht als meine einzige Option. In Deutschland habe ich zum Beispiel einige meiner schönsten Zeiten verbracht. Ich liebe Berlin, dort hat man eine garantiert gute Zeit, aber ich habe auch Dortmund geliebt.
SPIEGEL: Das hört man nicht oft.
Noah: Ich kann einen Ort einfach wegen der Menschen und der Atmosphäre mögen, so war das in Dortmund. Auch in Köln übrigens, den Karneval mochte ich, die Altstadt ist wunderschön. Beide Städte sind auch sehr eigenwillig, ihre friedliche Einfachheit habe ich sehr genossen.
SPIEGEL: Können wir notieren, dass Deutschland eine Option für Sie ist?
Noah: Nicht mit euren Wintern!
SPIEGEL: Fehlt Ihnen »The Daily Show«, die Sie 2022 auf eigenen Wunsch verließen?
Noah: Es gibt Momente, da fehlen mir die Arbeit und die Menschen. Was ich nicht vermisse, ist, jeden Tag Nachrichten zu lesen. Jetzt geht es mir besser. Gleichzeitig fühle ich mich manchmal ausgeschlossen, auch von der ständigen Angst, die die News einem bescheren. AEH

Mary Ellen Matthews / Insel Verlag; Samir Hussein / Wirelmage / Getty Images

Die Schönheit von Fehlern

»Wednesday«-Star **Jenna Ortega,** 23, ist kein Fan von künstlicher Intelligenz – und hat dennoch Hoffnung für die Zukunft. Es sei sehr leicht, Angst vor KI zu haben. Schließlich löse sie eine »tiefe Unsicherheit« aus, so Ortega: »Es ist, als hätten wir die Büchse der Pandora geöffnet.« Das berichtet das Branchenmagazin »Variety« vom marokkanischen Filmfestival, das von »Parasite«-Regisseur Bong Joon-ho geleitet wird und bei dem Ortega in der Jury sitzt. Beide wurden dort auf die Verbreitung von KI im Kino angesprochen. »Es gibt Dinge, die KI einfach nicht nachbilden kann«, sagte Ortega, »in Schwierigkeiten und Fehlern liegt Schönheit, ein Computer kann das nicht, er hat keine Seele.« Die große künstlerische Revolution durch KI scheint Ortega nicht zu fürchten. Im Gegenteil. KI, so die Schauspielerin, könne eher zu »mentalem Junkfood« werden. Für die Revolution sind in Ortegas Augen Künstlerinnen und Künstler verantwortlich: Schwierige Zeiten spornten schließlich oft an, sich mehr zu engagieren, sagte sie. Hoffentlich hat sie recht. CPA

Klare Kante

Popsängerin **Sabrina Carpenter,** 26, wehrt sich gegen die Trump-Regierung. Das Weiße Haus hat ein Video, das die brutale Festnahme von Menschen zeigt, ohne Carpenters Einverständnis mit ihrem Song »Juno« unterlegt. »Dieses Video ist bösartig und widerwärtig. Beziehen Sie mich oder meine Musik niemals in Ihre unmenschliche Agenda mit ein«, schrieb die Musikerin unter das Video auf X. In dem vom Weißen Haus auf der Social-Media-Plattform geposteten Clip sieht man zunächst Demonstranten, die gegen die Einwanderungsbehörde ICE protestieren. Dann ist zu sehen, wie Sicherheitskräfte einen Mann in Handschellen legen und einen anderen zu Boden werfen. Dazu läuft in Schleife die Textzeile »Have you ever tried this one?« (Hast du dies schon mal probiert?), in dem Song »Juno« geht es um Sexpositionen. Auf TikTok und X erzielte der Propaganda-Clip zusammen mehr als fünf Millionen Views. Das Portal »The Hill« zitiert eine Sprecherin des Weißen Hauses, die sich direkt an Carpenter wendet: »Wir entschuldigen uns nicht dafür, dass wir gefährliche, kriminelle, illegale Mörder, Vergewaltiger und Pädophile aus unserem Land abschieben. Jeder, der diese kranken Monster verteidigt, muss dumm sein.« Es ist nicht das erste Mal, dass Popmusik als Soundtrack für zynische Videoclips missbraucht wird, die aus dem Weißen Haus oder Ministerien wie dem US-Heimatschutzministerium kommen. Vor Carpenter verwehrten sich bereits Beyoncé, die Band Foo Fighters, Olivia Rodrigo und andere gegen diese Art der Vereinnahmung – ohne allzu großen Eindruck zu hinterlassen, wie es scheint. PTZ

UND DAVON KANN MAN LEBEN?

Die Bauleitung

Fundamente gießen, Möbel zimmern, Hausfassade verputzen: **Cindy-Adriana Speich,** 30, packt für den Traum des Eigenheims an. Vor drei Jahren hat die gelernte Friseurin mit ihrem Mann ein rund 100 Jahre altes Haus in Thüringen gekauft, das sie seitdem zum Großteil in Eigenregie sanieren. Den Baufortschritt postete sie auf ihrem Instagram-Kanal @haus_plan_b, was sie zur Zielscheibe machte: Männer sprachen ihr das handwerkliche Können ab, sie wurde beleidigt. In ihren Reels griff sie die Hasskommentare auf und traf damit einen Nerv: Ihre Videos werden millionenfach angesehen, sie hat inzwischen mehr als 850.000 Follower, eine große Baumarktkette wirbt mit ihr. Speich lebt mittlerweile von dem Content auf Instagram. »Ich habe aus dem Hass mein Business gemacht«, sagt sie. HEM

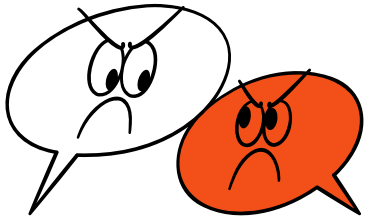
Vom Starkoch zum Hotdog-Verkäufer

Der Schauspieler **Jeremy Allen White,** 34, international bekannt aus der Starkoch-Psychodrama-Serie »The Bear« und derzeit als Bruce Springsteen in den Kinos zu sehen, fremdelt immer noch mit seinem Ruhm – und mit seinem Namen ebenfalls. Das gestand er gerade in einem Interview mit »Vanity Fair«: »Es fühlt sich an, als würden die Leute über jemanden sprechen, den ich nicht kenne.« Seinen zweiten Vornamen benutzt er nur beruflich aus praktischen Gründen, weil er feststellen musste, dass es bereits einen Schauspieler gibt, der sich vor ihm als Jeremy White bei der Gewerkschaft Screen Actors Guild registrieren ließ. »Ich würde ihn sehr gern treffen«, sagte White. »Ich könnte mit ihm sprechen, und vielleicht würde er mir erlauben, mich wieder Jeremy White zu nennen.« Gesprächsstoff gäbe es genug. Zum Beispiel erscheint nun der Soundtrack zum Biopic »Deliver Me From Nowhere«, auf dem White den Rockstar Bruce Springsteen covert. Seine beiden Töchter, sieben und vier Jahre alt, sind allerdings weder davon noch von seiner Schauspielerei sonderlich beeindruckt. White berichtete, dass die beiden von der vielfach ausgezeichneten »The Bear«-Serie nur die Einstiegsszene kennen, in der er aus Angst vor einem Bären auf den Hintern fällt: »Das finden sie unglaublich lustig. Sie denken, das sei der ganze Plot der Serie.« Einmal sollten sie ihn am Set besuchen, stattdessen trafen sie sich an einer Hotdog-Bude, weil der Drehplan sich geändert hatte. »Meine Jüngste, Dolly, ist überzeugt, dass ich so oft reisen muss, um Hotdogs zu verkaufen.« KS

Jean-Marc Haedrich / SIPA / picture alliance; Jannis Große / DER SPIEGEL; Emma McIntyre / Getty Images

POSTEINGANG

UNSER KRITIKER



»Warum schildern Sie die Schwächen der Bundeswehr so detailliert?«

Der Leser Heinz-Jürgen Wurm, 83, aus Siegburg hat das Interview mit dem neuen Inspekteur der Luftwaffe in Heft 48 kritisiert. Matthias Gebauer, der das Gespräch gemeinsam mit Paul-Anton Krüger führte, hat ihn angerufen.

SPIEGEL: Herr Wurm, Sie haben sich über unser Interview geärgert. Warum?
Wurm: Ich fühlte mich beim Lesen an die Spiegel-Affäre in den Sechzigerjahren erinnert, als Ihr Magazin die Schwächen der Bundeswehr offenlegte. Gerade jetzt, da wir mit einer neuen Bedrohung durch Russland konfrontiert sind, kann ich nicht verstehen, dass Sie die Lücken so detailliert schildern.
SPIEGEL: Auch wir diskutieren mittlerweile häufiger, wie genau wir Schwachstellen bei den Streitkräften beschreiben. Hier aber enthüllen wir ja nichts gegen den Willen der Bundeswehr, sondern sprechen mit einem führenden Militär.
Wurm: Das stimmt. Ich habe mich sehr gewundert, wie redefreudig Generalleutnant Neumann bei Ihrem Treffen war. Vielleicht lag es an Ihren bohrenden Fragen. Ganz unschuldig sind Sie also nicht.

BRIEFE

Wie kann es so weit kommen?

Nr. 49/2025 Titel: Die Akte White Tiger

Danke, dass Sie sich diesem Abgrund mit einer gut recherchierten und empathisch ausformulierten Titelgeschichte genähert haben. Als Vater zweier Heranwachsender berührt mich der Fall zutiefst. Er zeigt, dass Halt suchende junge Menschen im digitalen Raum selbst bei größter Fürsorge durch das nahe Umfeld in die Fänge des schlicht Bösen geraten und daran zerbrechen können. Und doch bleibt es unerlässlich, dass Eltern ihren Kindern angesichts der im Netz lauernden Gefahren kontinuierlich Schutz, Orientierung und Hilfestellung bieten. Hierzu ist es kein Widerspruch, wenn sie ihnen sukzessiv und altersgerecht jene wachsenden Freiheiten lassen, die es ihnen ermöglichen, im digitalen Umfeld zu lernen und mit anderen Menschen in einen positiven Austausch zu kommen.
Hermann Steveker, Düsseldorf

Es ist gut, dass wieder einmal Ihre Redakteure ein solch bedauerliches Verhalten in unserer Gesellschaft aufgegriffen und angeprangert haben. Zum Glück sind das nur Ausnahmefälle. Wie kann es so weit kommen? Haben die Eltern versagt, das persönliche Umfeld oder unsere Politik? Freiheit: ja – aber in einem Rahmen, der von Gesellschaft, Politik und Religionsgemeinschaften vorgegeben werden sollte. Es ist bedauerlich, dass ein Teil unserer Gesellschaft und das harmonische Zusammenleben immer mehr verwahrlosen. Wo sind in unserer Gesellschaft noch entsprechende Vorbilder?
Horst Kolod, Dortmund

Nach dem Lesen frage ich mich, ob menschliche Perversion noch tiefer sinken kann. Es müssen klare Regeln und Gesetze für die Nutzung des Internets gelten. Auch der Einführung einer Altersperre, wie schon diskutiert, stehe ich nun nicht mehr abgeneigt gegenüber.
Jürgen Schöfer, Manila (Philippinen)

Mit Nazis macht man gar nichts

Nr. 48/2025 Leitartikel: Eine Minderheitsregierung ist kein Modell für den Bund

Die CDU muss sich darüber im Klaren sein, dass sie viele Stammwähler verlieren wird, wenn sie durch eine Minderheitsregierung die innere Sicherheit Deutschlands gefährdet. Und wofür das Ganze? Zu Recht weisen Sie darauf hin, dass es mit der AfD kaum inhaltliche Übereinstimmungen gibt, schon gar nicht bei dem aufgeheizten Thema Rentenreform.
Inga Hänsel-Nell, Wuppertal

Die Minderheitsregierung ist der Fluchtpunkt gescheiterter Kompromissversuche. Es ist nicht absehbar, wie der Reformstau – etwa in der Sozialversicherung – aufgelöst werden kann, schon gar nicht mit einer Partei, die das Ganze »Bullshit« nennt. Solange sich die SPD verweigert, könnte die Minderheitsregierung zum Damoklesschwert werden, das Bewegung in die Fronten bringt. Sinnhaft freilich

nur mit einer Schleifung der Brandmauer, die der SPD ein faktisches Vetorecht verschafft. Am Ende bliebe ein Experiment, das im günstigsten Fall die politischen Optionen erweitert, ansonsten jedoch nur ein Anlauf zu Neuwahlen wäre. Das Regierungsgeschäft mag dadurch zunächst instabiler werden. In der Abwägung wirken fortdauernder Attentismus und der nostalgisch anmutende Retrokurs der SPD jedoch kaum erbaulicher. Wenn die AfD dabei aufgewertet würde, wäre das auch der Intransigenz des linken Lagers geschuldet. Den Versuch wäre es schließlich wert.
Christoph Schönberger, Aachen

Die CDU-Fraktion ist nur stark, wenn sie von einem Getreuen des Kanzlers geführt wird. Wie der selbstverliebte, maskengeschwächte, selbst ernannte »Kanzler in spe« auf den Posten gehievt werden konnte, entzieht sich meinem Verständnis.
Dr. Jean-Arno Topp, Moosinning (Bayern)

Wer Demokratie will, muss den Willen des Volkes respektieren, der in Wahlen zum Ausdruck kommt. Können das die guten Demokraten sein, die Gespräche und Koalitionen mit der größten Gewinnerpartei ausschließen und sich lieber von einer abgewählten SPD manipulieren lassen, die zu den desolaten Zuständen unseres Landes beigetragen hat? Wer so etwas sagt, muss immer noch damit rechnen, dass er mit solchen Einwänden in TV-Talkshows und leider auch schon meist bei Leserbriefen ausgegrenzt wird, weil er ein Sympathisant der AfD sein könnte. Höchste Zeit für eine Zeitenwende, die auch alternative Ansätze respektiert und wegkommt von festgefahrenen Denkstrukturen.
Simon Kirschner, Gaimersheim (Bayern)

Mit einer Partei, die mit Rechtsradikalen und Nazis besetzt ist, macht man gar nichts. Niemand sollte vergessen, was vor fast 100 Jahren in Deutschland passiert ist, vor allem passieren konnte. Lothar Wirth, Berlin

Der Druck steigt

Nr. 48/2025 Das Riesendilemma des Friedrich Merz

Das Ende der Vernunft dieser Regierung nimmt rasant Fahrt auf. Was hält sie davon ab, mit der angekündigten Staatsreform die Grundlage für Wachstum zu schaffen, das Niveau der Pensionen an das der Renten anzugleichen, damit Spielraum für Renten zu gewinnen und endlich eine überfällige, ideologiefreie Reform vorzulegen? Vermutlich das Ego der Handelnden und gesellschaftspolitische Kurzsichtigkeit, gepaart mit Unvermögen.
Gero Golding, Römerstein (Bad.-Württ.)

Besten Dank an die SPIEGEL-Redaktion für die tolle Arbeit. Ihr Merz-Artikel ist vernichtend. Leider völlig zu Recht. Allerdings ist dieser ältere, etwas überforderte Herr ohne jegliche Regierungs- oder Führungserfahrung (gut gewählt, CDU), nur ein Teilaspekt des Problems. Auch wenn vieles komplex ist, liegen Lösungen längst auf der Hand. Würden gute Leute vernünftig zusammenarbeiten, könnten auch viele kleine Schritte Deutschland voranbringen. Doch der Berliner Betrieb ist dysfunktional. Viele Wirtschaftsexperten hoffen nur noch, dass die aktuellen Rentenpläne in der Tonne landen. Wenn weiter nur Mist aus Berlin kommt, steigt der Druck im Kessel gefährlich an.
Karl Jetter, München

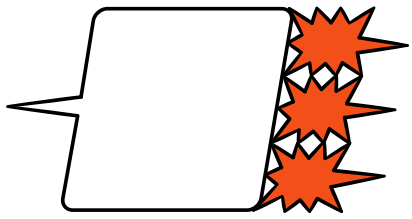
Die impulsive Rhetorik der vermeintlich klaren Worte von Friedrich Merz lässt zunehmend den Geist Wilhelms II. aufscheinen.
Pedro Bruncken, Königstein (Sachsen)

Ein hohes Gut

Nr. 48/2025 Der Kampf gegen Hatespeech gefährdet die Meinungsfreiheit

Frau Hovens klarsichtiger Appell findet hoffentlich nachhaltig Gehör in Justiz, Politik und Medien. Eigentlich ist kaum nachvollziehbar, wieso sich die

DEBATTE



Wünschen Sie sich von Unternehmen eine klare Abgrenzung zur AfD?

Stimmabgaben: 8528

Täglich können Sie im Debatten-Ressort auf SPIEGEL.de über aktuelle Fragen diskutieren. Hier sind ausgewählte und gekürzte Antworten:

Ja

»Eine klare Distanzierung ist für mich kein politischer Luxus, sondern ein notwendiges Bekenntnis zu Menschlichkeit, Gleichberechtigung und Respekt.«
Klaus Jansen

Nein

»Nein, denn Unternehmen sollten sich auf das eigentlich wichtige konzentrieren: das unternehmerische Tun.«
Christian Walzl

Sagen Sie auch digital Ihre Meinung – auf SPIEGEL Debatte:

DRAHT IN DIE REDAKTION

Welchem Thema sollte DER SPIEGEL mehr Aufmerksamkeit schenken? Worüber soll dringend berichtet werden? Schreiben Sie an: **draht@spiegel.de** oder per Post an: DER SPIEGEL / Draht, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg

Illustrationen: Arne Bellstorf / DER SPIEGEL

HOHLSPIEGEL

Hinweis in einem Restaurant in Aachen:

Aus der »Badischen Zeitung«:

»Mit einem mutmaßlich gestohlenen Fahrrad haben Bundespolizisten einen 25-Jährigen in einem Zug am Freiburger Hauptbahnhof festgenommen.«

Hinweis an einem Aufzug im Bahnhof Hamm:

Von geo.de:

Aus der »Speyerer Rundschau«:

Eingesandt von Leserinnen und Lesern. Bitte schicken Sie Ihre Vorschläge an: **hohlspiegel@spiegel.de**

Akzente im Umgang mit – selbst grenzwertiger – Kritik an Politikern so massiv verschieben und Widerhall in der Rechtsprechung finden konnten. Umso verdienstvoller, wie klar Frau Hoven die Akzente dort setzt, wo sie zum Schutz der Meinungsfreiheit im demokratischen Rechtsstaat hingehören.

Hans Dietrich Knoth, Chemnitz

Bei Satire oder polemischer Zuspitzung ist die Grenze schwerer zu ziehen. Dennoch kann nicht jeder Hasstirade im Internet von vornherein unterstellt werden, dass sie schon nicht böse gemeint sei. Alles andere ist eine Rechtsgüterabwägung: Die (Meinungs-)Freiheit der oder des Einen endet dort, wo die Freiheit der oder des Anderen anfängt. Das von Ihnen zitierte Gefühl, man könne die Meinung nicht frei äußern, bezieht sich meiner Ansicht nach weniger auf den Inhalt als auf die Form des Widerspruchs. Sei es die Befürchtung, dass ein sachlicher Diskussionsbeitrag einen Shitstorm nach sich ziehen könnte, sei es die Angst, dass es aus dem Wald so herausschallen könnte, wie man hineinzurufen beabsichtigt. Zur Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts müssen Gesetzgeber und Justiz Grenzen setzen.

Jens Duda, Hamburg

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie wird aber oft von denen eingefordert, die sie der anderen Seite nicht zubilligen, wie gerade in den USA. Bewusst die Grenzen des Sagbaren zu überschreiten oder auszutesten, ist mittlerweile fest im Repertoire der AfD, aber auch der CSU – wenn von dort gegen die Grünen gehetzt wird – verankert. Ziel der verbalen Grenzgänger ist es, die eigene Anhängerschaft zu ermutigen, die Grenzen zu überschreiten. Der nächste Schritt ist die Ausübung oder zumindest die Androhung von Gewalt. Diesen Zusammenhang verkennt der Beitrag leider. Übelste Beleidigungen von Politikern mit »Machtkritik« gleichzusetzen, die gefälligst nicht zu verfolgen sei, da dies sonst als »erneute Machtausübung« wahrgenommen werden könnte, ist eine weitere Entgleisung im Text. Es fehlt leider jegliches Verständnis für Verhältnismäßigkeit.

Dr. Stephan Kohlhoff, Wiesbaden

Beeindruckendes Interview

Nr. 48/2025 SPIEGEL-Gespräch mit dem Mediziner Otto Kernberg über bösartigen Narzissmus

Sie haben genau die Fragen gestellt, die ich mir auch schon seit einigen Jahren stelle, und Otto Kernberg bestätigt im Wesentlichen meine Beobachtungen. Der SPIEGEL-Redaktion gebührt großer Dank, dass sie dieses Gespräch veröffentlicht hat. Ich halte es für den wichtigsten und sinnvollsten Beitrag zum Thema, zumindest in diesem Jahr. Wir sind erst vor knapp zwei Jahren nach Greifswald gezogen, ich als »Wessi«, meine Partnerin als »Ossi«, nach Jahrzehnten in München, und die Umfrageergebnisse unter anderem zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern treiben uns (und einige Freunde und Bekannte) sehr um.

Werner Bader, Greifswald (Meckl.-Vorp.)

Was für ein beeindruckender Mann. Was für ein beeindruckendes Interview. Wenn ich Kontakt zu Otto Kernberg hätte, würde ich ihn bitten, fünfzig seiner besten Kolleg:innen weltweit anzustiften, eine gemeinsame Diagnose dieses Molochs zu veröffentlichen. Die amerikanische Justiz zu bewegen, Trump endgültig in eine sichere Verwahrung zu bringen. Eine Lehre für die Menschheit, die eigentlich durch den Hitler-Faschismus vorgewarnt war. Vielleicht könnte es gelingen, Putin dann auf dasselbe Zimmer zu bringen, gleiche Diagnose.

Ralf Flechner, Hamburg

Leserbriefe bitte an: leserbriefe@spiegel.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.de zu archivieren.

FAMILIENALBUM

Privat

»Meine Eltern sagten nie: Wir haben doch gar nichts gewusst!«

Georg Jahn, 79, aus Velbert, über eine ungewöhnlich glückliche Kindheit

»Ich bin kein Diplomatensohn, habe nie den Dalai Lama getroffen, noch nicht mal Thomas Gottschalk. Aber das Foto zeigt vielleicht doch etwas Besonderes: Wir waren eine glückliche Familie.

Das Bild ist 1953 entstanden, da ging ich in die erste Klasse. Wir hatten einen kleinen Garten angemietet, da mähten wir Heu und kümmerten uns um die Kaninchen. Meine Mutter war Hausfrau, mein Vater Dachdecker. Andere Kinder sind mit dem Teppichklopfer oder dem Kleiderbügel verhauen worden, ich nie, selbst wenn ich es verdient gehabt hätte. Abends lagen wir im Bett und hörten Krimisendungen im Radio, oder wir spielten ›Mensch ärgere dich nicht‹. Manchmal haben wir mit den Nachbarn im Hof gesessen und Bowle getrunken. Wenn mein Vater mich zu meinem Geburtstag umarmte, bedeutete mir das viel. Auf dem Nachttisch lag der SPIEGEL, ich bekam ihn schon als Kind zu lesen.

Meine Eltern sind mir Vorbild, nicht nur wegen ihrer Fürsorge und Liebe, sondern weil sie in der heuchlerischen Nachkriegszeit die einzigen Menschen in meinem Umfeld waren, die den verlogenen Satz ›Wir haben doch gar nichts gewusst!‹ nicht benutzt haben, sondern mich behutsam und ehrlich an das traurige Thema Holocaust geführt haben. Sie waren selbst keine Helden, sie haben selbst weggeschaut, aber sie haben mir gesagt: ›Wer die Pogromnacht erlebt hat, der wusste doch Bescheid. Wenn Nachbarn an den Haaren auf Lastwagen gezogen werden, dann fahren die ja nicht auf Kur.‹

Als wir als Kinder in der Schule unseren größten Wunsch aufschreiben sollten, mit zehn Jahren, da schrieben meine Klassenkameraden ›Pony‹ oder ›Fahrrad‹, ich dagegen schrieb: Ich hätte gern einem Juden das Leben gerettet. Damals waren unsere Lehrer noch ehemalige Soldaten, die aus dem Krieg wiedergekommen waren, manche verstümmelt. An den Wänden hingen noch Bilder von den verlorenen Gebieten im Osten. Meine Eltern wurden also damals in die Schule zitiert, ich galt mit dem Satz als geistig verwirrt. Mein Vater nahm mich stattdessen in den Arm und sagte mir: ›Ich bin so stolz auf dich.‹

Das Foto, das auf den ersten Blick vielleicht etwas skurril anmutet, ist ein Beispiel für eine Zeit, in der Zusammenhalt mehr zählt als Glamour und Reichtum.«

Aufgezeichnet von Jonathan Stock

Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten?
Schreiben Sie an: **familienalbum@spiegel.de**

SPIEGEL Akademie
In Kooperation mit der SRH Fernhochschule

Akademische Kompetenz ergänzt durch SPIEGEL-Praxiswissen

Bereit für 2026? Zünden Sie Ihren Bildungsbooster.

Erreichen Sie zeitlich flexibel und ortunabhängig einen staatlich anerkannten Zertifikatsabschluss zur Erweiterung Ihres beruflichen Profils.

Jetzt nur 995 € statt ~~1.290 €~~

Sichern Sie sich jetzt unser Angebot mit dem Code Booster2026.*

Alle Kurse und Infos
akademie.spiegel.de

*Der Aktionscode gilt bis einschließlich 28.02.2026.

»Sie hatte Haare von Marilyn Monroe«

Die Großmutter der US-Amerikanerin Lindsay Evans hat ihr ein ungewöhnliches Erbe hinterlassen: ein Museum, voll mit Kunstwerken aus Haaren. Was macht man damit?

SPIEGEL: Frau Evans, Ihre Großmutter Leila Cohoon ist im vergangenen Jahr im Alter von 92 Jahren verstorben. Nun nehmen Sie auch Abschied von Ihrem besonderen Erbe: Ihre Oma sammelte Haare sowie Kunstwerke aus Haar.

Evans: Es bricht mir das Herz, aber ich kann die Sammlung nicht weiterführen. Ich bin deshalb dabei, einen neuen Platz für die mehr als 3000 Stücke zu finden. Ich bin in Kontakt mit Dutzenden Museen. Das ist viel Arbeit, aber ich mache das zu Ehren meiner Großmutter.

SPIEGEL: Wie kam Ihre Großmutter zu dieser Leidenschaft?

Evans: Es gab zwei Gründe: Meine Großmutter war Friseurin und Kosmetikerin. Sie betrieb in Independence, Missouri, eine eigene Beauty-Schule und hat sogar mal bei den »Hair Olympics« mitgemacht – einer Art Olympische Spiele für Friseure. Aber die Haare hatten für sie auch einen kunsthistorischen Wert.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Evans: Viele ihrer Stücke stammen aus dem Viktorianischen Zeitalter. Das wissen viele Menschen heute nicht mehr, aber: Zahlreiche Familien bewahrten damals Haarsträhnen als Erinnerung auf, etwa von Verstorbenen. Oder sie flochten Kränze aus den Haaren der Familienmitglieder – wenn jemand neu hinzukam, fügten sie auch dessen Haare hinzu. Das war echte Kunst, ein eigenes Handwerk. Meine Großmutter liebte diese Genealogie.

SPIEGEL: Wo fand Ihre Großmutter Ihre Stücke?

Evans: Anfangs durchstöberte sie Antiquitätenläden in der Umgebung. Mit der Zeit sprach sich das herum, und die Händler meldeten sich gezielt bei ihr, ebenso Familien, die Haarkunst bei sich gefunden hatten und nicht wussten, was sie damit anstellen sollten. Die Wände im Haus meiner Großmutter und in der Beauty-Schule hingen irgendwann voll mit den Kunstwerken. Als auch in den Schränken und unter dem Bett kein Platz mehr war, gründeten meine Großeltern »Leila's Hair Museum« in einem ehemaligen Autohaus hier in der Stadt.

AP

Erbin Evans, Sammlerin Cohoon 2015: »Ich vermisse sie sehr«

SPIEGEL: Ihre Großmutter gab an, sogar Haarsträhnen von Jesus zu besitzen.

Evans: Während des Irakkriegs meldete sich jemand aus dem Nahen Osten bei ihr, der die Haare von Jesus besaß, angeblich. Er fürchtete, sie könnten im Krieg verloren gehen oder Schaden nehmen. Also schickte er ihr die Strähne – mit einem Zertifikat aus dem Vatikan.

SPIEGEL: Gibt es weitere Berühmtheiten in der Sammlung?

Evans: Aber ja. Meine Großmutter hatte Haare von Marilyn Monroe, Elvis Presley, John Lennon, sogar von US-Präsident George Washington. Irgendwo muss auch noch eine Strähne des verstorbenen Rockstars Ozzy Osbourne sein. Er hatte das Museum mal besucht, und meine Großmutter schnitt ihm eine Strähne ab.

SPIEGEL: Sind viele Museen an der Sammlung interessiert?

SPIEGEL: Ja. Einige Stücke gehen sogar an das Metropolitan Museum of Art.

SPIEGEL: Das berühmte Met in New York City?

Evans: Genau, für die Sammlung dort sind Stücke mit einer Geschichte interessant, etwa Haarkränze, auf denen Namen zu finden sind, Orte, ein Datum. Ein Team im Museum wird mithilfe der Daten versuchen, mehr über das Leben der Menschen herauszufinden, zu denen die Haare gehören, und über die Geschichte des Objekts. Ich freue mich darüber. Bisher wird Haarkunst viel zu selten in Museen ausgestellt.

SPIEGEL: Vielleicht weil viele Menschen die Stücke als makaber oder gruselig empfinden, weil die Haare häufig von Verstorbenen stammen?

Evans: Das mag sein. Die Strähnen von Promis sind das eine. Aber das andere ist eben die Haarkunst. Ich glaube, dieses Handwerk hat lange kaum Aufmerksamkeit bekommen, weil die aufwendig geflochtenen Kränze vor allem von Frauen gemacht wurden. Das beherrschen heute nur noch wenige Menschen. Eine von ihnen war meine Großmutter. Sie hatte sich viele alte Techniken selbst beigebracht und andere darin unterrichtet. Wir haben auch Haare von meiner Großmutter aufbewahrt. Sie sollen nun zu einem Kunstwerk werden.

SPIEGEL: Werden Sie auch einige Exponate behalten?

Evans: Mein Lieblingsstück ist ein Kranz aus Haaren von allen Mitgliedern der »League of Women Voters« aus Vermont, einer Organisation, die schon Ende des 19. Jahrhunderts das Wahlrecht für Frauen forderte. Ich liebe ihn wegen seiner feministischen Geschichte. Sie passt auch gut zu meiner Großmutter: Sie war eine Frau, die gegen alle Widrigkeiten ihr eigenes Geschäft aufgebaut hat. Ich vermisse sie sehr.

Interview: Julia Köppe **S**

Stationen **1931** Geburt Leila Cohoons **1956** Beginn des Haaresammelns **1986** Eröffnung des Haarmuseums **2024** Tod Leila Cohoons **2025** Schließung des Haarmuseums

Schenken Sie Lesefreude

Jetzt Ihren Wunschtitel verschenken und Gutschein sichern.
Die Belieferung endet jeweils automatisch.

DER SPIEGEL für ½ Jahr
Deutschlands bedeutendstes Nachrichten-Magazin steht für einen unabhängigen und investigativen Journalismus.
26 Ausgaben für nur 6,60 € pro Ausgabe.

DEIN SPIEGEL für 1 Jahr
DEIN SPIEGEL, das Nachrichten-Magazin für Kinder, informiert altersgerecht, sorgt für Unterhaltung und gibt konkrete Tipps.
12 Ausgaben für nur 5,70 € pro Ausgabe.

SPIEGEL GESCHICHTE für 1 Jahr
Hier wird die Vergangenheit emotional und packend erzählt. Jede Ausgabe widmet sich einem historischen Thema.
6 Ausgaben für nur 9 € pro Ausgabe.

Effilee für 1 Jahr
Das kulinarische Kulturmagazin mit eindrucksvollen Reportagen, allem rund um Essen & Genuss – inklusive Zugang zum Digitalangebot und Rezeptarchiv.
3 Ausgaben für nur 20 € pro Ausgabe.

Ihr Geschenk:
20 € für Sie zur freien Verfügung.

Einfach jetzt anfordern:
abo.spiegel.de/geschenk
oder telefonisch unter 040 3007-2700

DER SPIEGEL

1&1 Weihnachts-Special

Für jeden das passende Weihnachtsgeschenk – jetzt bei 1&1
zu Top-Preisen und inklusive Mobilfunktarifen.*

1&1 – Immer wieder besser.

TOP-ANGEBOTE FÜR IHR FEST!*

Kids Watch ab 7,99 €/Monat* DAUERHAFT!

Handy ab 9,99 €/Monat* DAUERHAFT!

z.B. Samsung Galaxy A17
inkl. 1&1 All-Net-Flat XS (10 GB)

Laptop / Tablet ab 14,99 €/Monat* DAUERHAFT!

z.B. Samsung Galaxy Tab A11
inkl. 1&1 Daten-Flat S (10 GB)

1&1

1und1.de

24/7 **0721 / 960 6000**
Sie erreichen uns rund um die Uhr kostenlos aus dem 1&1 Netz.

MEMBER OF united internet

*Z.B. das Samsung Galaxy A17 5G in Verbindung mit 1&1 All-Net-Flat XS mit Multicard und 10 GB Highspeed-Volumen/Mon. (bis zu 300 MBit/s Download/bis zu 50 MBit/s Upload, danach je max. 64 kBit/s), 9,99 €/Mon. Mit Einmalzahlung 30,– € zahlbar bei Vertragsende, spätestens nach 36 Vertragsmonaten. Oder ohne Einmalzahlung bei Auswahl eines neuen Geräts bei 1&1 und Rücksendung des Altgerätes in gebrauchsfähigem Zustand. Alternativ wird treuen Kunden, sofern der Vertrag nach 36 Monaten noch besteht, die Einmalzahlung im 36. Monat automatisch gutgeschrieben, sodass sie sich auf 0,– € reduziert (Geräterückgabe hierfür nicht erforderlich). Gratis Telefonieren u. Surfen gilt nicht für Sonder- u. Premiumdienste, Verbindungen aus Deutschland ins Ausland sowie Roaming außerhalb EU gemäß Preisliste. Oder z.B. das Galaxy Tab A11 5G in Verbindung mit 1&1 Daten-Flat S mit 10 GB Highspeed-Volumen/Mon. (bis zu 300 MBit/s Download/bis zu 50 MBit/s Upload, danach je max. 64 kBit/s) für 14,99 €/Mon. Einmalige Zahlung 80,– € zahlbar bei Vertragsende, spätestens nach 36 Vertragsmonaten. Gleichzeitig wird treuen Kunden, sofern der Vertrag dann noch besteht, die Einmalzahlung im 36. Monat automatisch gutgeschrieben, sodass sie sich auf 0,– € reduziert. Bereitstellungspreis je 39,90 €. Oder z.B. die TCL Kids Watch für 7,99 €/Mon. in Verbindung mit 1&1 Kids mit 1 GB Highspeed-Volumen/Mon. (bis zu 50 MBit/s Download/bis zu 25 MBit/s Upload, danach je max. 64 kBit/s). Telefonie/SMS: 100 Freieinheiten für Telefon-Minuten und/oder SMS pro Monat in alle Fest- und Mobilfunknetze innerhalb Deutschlands, des EU-Auslands und aus EU nach Deutschland plus Island, Liechtenstein und Norwegen, danach jeweils Sperre. Kostenkontrolle durch voreingestellt gesperrte kostenpflichtige Sonder- und Servicerufnummern der Rufnummerngassen 0900, 0180, 118 und 0137 bei Inlandsnutzung, Premium-Voice/SMS, internationale Verbindungen aus Deutschland ins Ausland sowie Roaming-Verbindungen; Internationale Verbindungen aus Deutschland ins Ausland sowie Roaming-Verbindungen auf Kundenwunsch wieder aktivierbar; Preise gemäß Preisliste. Auf Wunsch inklusive Einrichtungshilfe für Kinderschutz-Apps Google Family Link oder Apple iOS Kinderschutz. Bereitstellungspreis 19,90 €. Nur zur Nutzung durch Kinder des Vertragspartners. Energieeffizienz: S25 FE: B, A17 5G: B, Z Flip7: B, Tab A11: D. Je 24 Monate Mindestvertragslaufzeit. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur. WEEE-Nr. DE13470330